Die approbierte Originalversion dieser Diplom-/Masterarbeit ist an der Hauptbibliothek der Technischen Universität Wien aufgestellt (http://www.ub.tuwien.ac.at).

The approved original version of this diploma or master thesis is available at the main library of the Vienna University of Technology (http://www.ub.tuwien.ac.at/englweb/).

TECHNISCHE UNIVERSITÄT WIEN
Vienna University of Technology

**MASTERARBEIT**

# Auswirkungen der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 im Rahmen der 5. EU-Erweiterung:

Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten österreichischer Grenzregionen hinsichtlich Migration und Pendlerbewegungen

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades
einer Diplom-Ingenieurin

unter der Leitung von
**Univ.-Prof. Mag. Dr. Michael Getzner**

E 280/3

Fachbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik
Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung

eingereicht an der Technischen Universität Wien
Fakultät für Architektur und Raumplanung

von
**Marlene Hawelka, BSc**
0525486
Gentzgasse 7, 1180 Wien

Wien, am 12.12.2011

## Kurzbeschreibung

Durch die EU-Osterweiterung in den Jahren 2004 und 2007 kam es zu einer Vergrößerung der Staatengemeinschaft um 12 Mitgliedsländer, die eine im Vergleich zu den alten Mitgliedsländern geringere Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung aufwiesen. Aufgrund der erwarteten Zuwanderung aus den neuen – speziell aus den vier an Österreich grenzenden – Mitgliedstaaten wurde seitens der österreichischen Politik mit einem verstärkten Druck auf den nationalen Arbeitsmarkt gerechnet. Die österreichische Regierung nahm daher die Möglichkeit wahr, Übergangsregelungen für die nach EU-Recht geltende uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit zu erlassen.

Seit 1. Mai 2011 ist nun zeitgleich die Arbeitnehmerfreizügigkeit für acht der Mitgliedstaaten ohne Einschränkungen möglich. Bereits im Vorfeld gab es zahlreiche Studien und Prognosen über das Zuwanderungspotential, Pendlerströme und über die Auswirkungen des Zustroms auf den österreichischen Arbeitsmarkt.

Mikroökonomische Theorien verstehen die Entscheidung zur Migration als einen individuellen Nutzenmaximierungsprozess. Nach Abwägung relevanter finanzieller und nicht-monetärer Aspekte werden Entscheidungen über die Wanderung, den Verbleib oder die Option, mit einer derartigen Entscheidung zu warten, abgewogen. Vor allem in Grenzregionen stellt Pendeln eine Alternative zur Verlagerung des Wohnortes dar. Studien schreiben der österreichischen Grenzregion eine steigende Anzahl an Pendlern in die Region zu, da die räumliche Nähe und höhere Reallöhne in Verbindung mit einem besseren Lebensstandard zentrale Argumente für eine Arbeitsortverlagerung darstellen. Prognosen des quantitativen Migrations- und Pendlerpotentials sind aufgrund zahlreicher Einflussfaktoren naturgemäß mit Unsicherheit behaftet.

Tatsächlich ist zu Beginn der Arbeitnehmerfreizügigkeit mit einem Anstieg der jährlichen Migration zu rechnen, der jedoch im zeitlichen Verlauf schwächer wird und quantitativ deutlich unter dem jährlichen Pendlerpotential liegt. Hoch qualifizierte Arbeitnehmer und Schlüsselarbeitskräfte konnten unter bestimmten Voraussetzungen bereits früher zuwandern, wodurch das verbliebene Potential geringer ist als ursprünglich erwartet. Die zugewanderte Bevölkerung aus den neuen Mitgliedstaaten ist zwar jünger, jedoch nicht zwangsläufig besser ausgebildet als die österreichische und besitzt theoretisch die gleiche Beschäftigungswahrscheinlichkeit, tatsächlich jedoch ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko.

Die Auswirkungen der Zuwanderung auf Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Wertschöpfung können zu Beginn geringfügig nachteilig ausfallen, gleichen sich im Zeitverlauf jedoch wieder an das Ausgangsniveau an oder entwickeln sich darüber hinaus positiv. Die Wirkungen sind generell gering, können jedoch regional oder branchenspezifisch stärker spürbar sein. Gleichzeitig wird durch die Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten kein substantieller Einfluss auf die demographische Struktur der Untersuchungsregion ausgeübt.

In diesem Kontext ergeben sich für urbane Räume spezifische Herausforderungen aus der im Vergleich zu ländlichen Räumen relativ stärksten Zuwanderung bei vergleichsweise hoher Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig weisen diese Räume die jüngste Bevölkerung innerhalb der Untersuchungsregion auf, während der ländliche Raum von Alterung, einer rückläufigen Erwerbsquote und geringer Zuwanderung geprägt ist. Gefragt ist daher eine neue Perspektive bei der Betrachtung interregionaler, grenzüberschreitender Arbeitsmärkte sowie die Entwicklung neuer Instrumente zur räumlichen Verteilung der Migration und Attraktivierung ländlicher Räume.

In Hinblick auf kommende EU-Erweiterungen stellt das Modell der Übergangsregelungen mit stufenweiser Liberalisierung eine praktikable Vorgangsweise zum Abbau des Migrations- und Pendlerpotentials dar, welches tatsächlich geringer ist, als ursprünglich prognostiziert.

## Abstract

In the process of the eastward enlargement of the European Union in the years 2004 and 2007 the EU was expanded to twelve economically weaker countries. As four of them are immediate neighbours of Austria, Austrian policy makers expected a significant rise in in-migration from the new member states - particularly from the neighbours - to negatively affect the national labour market. Therefore, the Austrian government exercised the right to decide for temporarily governing unrestricted free movement of workers granted by EU legislation.

Since May, 1st 2011 the free movement for workers is in effect for eight of the new member states. Already prior to the discontinuation of the transitional arrangement and even prior to the recent expansion, numerous surveys and forecasts were carried out addressing the in-migration potential, commuters' flows and the effects of the inflow to the Austrian labour market.

Micro-economic theories suggest that migration decisions are based on a rationale of optimizing individual benefit. Weighing financial and non-financial aspects, the decision whether to migrate, to stay in the home country or to rather opt for delaying the migration decision are traded off against each other. Particularly in border regions, commuting is frequently considered an attractive alternative to relocating. Due to spatial proximity and prospects to increase real wages and to improve living conditions, which are identified to be relevant decision factors when changing the place of work, a number of studies expected high commuters' rates into the region under consideration. Clearly, the quantitative forecasts of potential migration and commuters' numbers are uncertain as there are a number of typically non-observable influencing factors.

Actually, the amount of in-migration will peak during the initial phase of absolute free movement for workers while it is expected to diminish over time in the following phases. In quantitative terms it will clearly rank below the annual commuters' potential. As the highly-educated workforce and key employees were already free to in-migrate before the new regulation, the number of remaining migrants has been reduced. In demographic terms, the expected in-migration originating from the new member states is younger, while not necessarily holding above-average levels of education compared to the Austrian population in the considered region. Thus, new migrants stand comparable chances of employment, while facing higher relative risk of unemployment.

The effects of in-migrants on employment, unemployment and added value can possibly be disadvantageous at the beginning, but will soon return to original levels or even beyond, i.e. trigger beneficial effects. In general, the expected effects are somewhat small, but can vary considerably by region and sector. At the same time, the amount of in-migration from the new member states is not able to substantially influence the considered region's demographic structure.

Urban regions face the challenge of highest relative in-migration shares and relatively high levels of unemployment. Yet those regions hold the youngest population within the inspected region whilst peripheral and rural areas are facing ageing, decreasing labour force participation rates and low levels of in-migration.

This study's findings clearly call for a novelty approach when assessing interregional, cross-border labour markets and developing new instruments aiming at a better spatial dispersion and more attractive rural areas.

Concerning future enlargements of the EU, the model of transitional arrangements (including a stepwise liberalisation) is considered appropriate for reducing migration and commuters' potentials which in fact turned out to be lower than expected in the first place.

## Vorwort

Die Wahl des Themas der vorliegenden Arbeit fiel während des Masterstudiums in Folge einer Lehrveranstaltung, deren Inhalte Stadt- und Regionalökonomie und im Speziellen (regionale) Arbeitsmärkte und die EU-Osterweiterung 2004 und 2007 sowie ihre Folgen waren.

Zum Zeitpunkt der Absolvierung der Lehrveranstaltung 2008/2009 war bereits bekannt, dass die Übergangsregelungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in Österreich bis 2011 verlängert werden. Umso spannender war die Beschäftigung mit dem Thema möglicher Auswirkungen, die zu diesem Zeitpunkt nur geschätzt und anhand bis dahin erfolgter Entwicklungen prognostiziert werden konnten.

Aufgrund der Aktualität des Themas, vermehrt auftretenden Zeitungsartikeln und Medienberichten, die sich mit der Thematik Migration und ihren wirtschaftlichen Auswirkungen befassten, geführten Diskussionen im universitären aber auch privaten Umfeld, wurde mein Interesse am Thema verstärkt. Vor allem die scheinbare Beeinflussung und Meinungsbildung zur EU-Erweiterung und der so genannten Arbeitsmarktöffnung erweckte in mir den Ehrgeiz, die weitgehend negativen Szenarien zu überprüfen und mögliche Entwicklungen aufgrund statistischer Daten, bisheriger Entwicklungen und Studien in Kombination mit theoretischen Grundlagen, so weit in gegebenem Rahmen möglich, genauer zu untersuchen.

Von Beginn an stellte sich mir die Frage, ob Menschen tatsächlich so stark, wie oft durch Medien glaubhaft gemacht, auf den Wegfall von Grenzen reagieren und ich kam zu dem Schluss, dass die Chancen im Zielland sehr viel größer sein müssten, als im Heimatland, da vor allem in Europa Mobilität ein viel geringeres Phänomen als beispielsweise in den USA ist. Ich entwickelte meinen Standpunkt, dass bei bestehenden Unterschieden der Lebens- und Arbeitsbedingungen aus mikroökonomischer Sicht tatsächlich viel mehr Personen nach Österreich oder in die anderen Mitgliedstaaten von vor 2004 einwandern müssten. Da der Großteil der Bevölkerung jedoch nicht auswandert, schien der Schluss nahe, dass Einkommen und Beschäftigung alleine nicht ausschlaggebend für die Wanderungsentscheidung sein können und es noch andere persönliche Aspekte geben muss, die mitwirken.

Da seit Mai 2011 – vor Fertigstellung der vorliegenden Arbeit – die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit für die neuen Mitgliedstaaten aus der Erweiterungsrunde 2004 gilt, wurde versucht, kurzfristige Entwicklungen im Jahr 2011 so weit wie möglich zu berücksichtigen. Langfristige Wirkungen können im Rahmen der vorliegenden Arbeit abgeschätzt und aufgrund verschiedener bisheriger Entwicklungen und Studien abgeleitet werden; eine Analyse dieser Wirkungen kann jedoch erst in einigen Jahren erfolgen. Für die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit als Recht für Personen aus Rumänien und Bulgarien, die seit 2007 EU-Mitglieder sind, können eine Abschätzung der potentiellen Migration, möglicher Pendlerströme und deren Auswirkungen auf eine Teilregion Österreichs erfolgen.

---

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit und der inhaltlich nicht geschlechtsspezifisch differenzierten Betrachtung von Migrantinnen und Migranten sowie Pendlerinnen und Pendlern wird auf eine geschlechtsneutrale Differenzierung bei Gruppenbezeichnungen (z.B. EinwohnerInnen) verzichtet. Entsprechende Begriffe stehen im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

## Danksagung

Besonderen Dank möchte ich meinem wissenschaftlichen Betreuer Univ.-Prof. Mag. Dr. Michael Getzner aussprechen, der mich während des Verfassens der Arbeit von Beginn an mit konstruktiver Kritik, hilfreichen Ratschlägen und motivierenden Worten unterstützt hat.

Der Austausch mit Dr. Peter Mayerhofer in der Anfangsphase meiner Arbeit war von größter Bedeutung für die Eingrenzung meiner umfangreichen Ideen. Mit seiner kritischen Betrachtung, den zahlreichen Literaturvorschlägen und der Zurverfügungstellung von Studien hat er wesentlich zur theoretischen und analytischen Auseinandersetzung mit der Thematik beigetragen.

Christian Doiber, Angela Muth, Christina Simon und Christina Steininger danke ich besonders für ihr engagiertes Lektorat sowie für die kritischen Anmerkungen, die maßgeblich zur Verbesserung der Arbeit beigetragen haben.

Die fachlichen Diskussionen mit meinen engsten Studienfreunden sowie die zahlreichen Reisen und daraus gewonnen Erfahrungen während unserer gemeinsamen Studienzeit haben wesentlich zu meiner persönlichen Entwicklung beigetragen und ich freue mich auf weitere gemeinsame Erlebnisse.

Ganz herzlicher Dank gilt an dieser Stelle meinem besten Freund und Partner, Christian Doiber, der immer ein offenes Ohr für mich hat und mich in allen Lebenslagen unterstützt, sowie meiner Familie, die mir das Studium ermöglicht und die Studienzeit durch ihre Unterstützung wesentlich erleichtert hat.

## Inhalt

**Verzeichnisse** ..... **I**

Abkürzungsverzeichnis ..... I

Abbildungsverzeichnis ..... III

Tabellenverzeichnis ..... V

**1 Thematische Einführung, Zielsetzung und Aufbau der Arbeit** ..... **1**

1.1 Zielsetzung und Fragestellungen ..... 1

1.2 Methodik und Aufbau der Arbeit ..... 3

1.3 Stand der Forschung und begriffliche Festlegungen ..... 4

**2 Ausgangssituation und Rahmenbedingungen** ..... **7**

2.1 EU-Erweiterungen 2004 und 2007 ..... 7

2.2 Uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 ..... 9

2.3 Abgrenzung des Untersuchungsraumes und Festlegung der Regionstypen ..... 11

**3 Potentielle Migration und Pendlerströme in die Untersuchungsregion** ..... **16**

3.1 Allgemeine Einführung: Was bedeutet *Migration*? ..... 16

3.2 Ursachen für Migration und Pendeln aus theoretischer Sicht ..... 17

*3.2.1 Der humankapitaltheoretische Ansatz: individuelle Nutzenmaximierung* ..... *18*

*3.2.2 Räumliche Immobilität: Bleiben und der Optionswert des Wartens* ..... *19*

*3.2.3 Relative Stellung von Migranten in der Gesellschaft* ..... *21*

*3.2.4 Charakteristika von Migranten: die Selbstselektion* ..... *22*

*3.2.5 Pendeln als Alternative zu Migration* ..... *23*

3.3 Potentielle Migration und Pendlerströme nach Österreich ..... 24

*3.3.1 Migrations- und Pendlerpotentiale: ein Überblick* ..... *25*

*3.3.2 Motive für Wanderung und Erwartungen an das Zielland* ..... *26*

*3.3.3 Potentielle Migration nach Österreich: eine regionale, quantitative Betrachtung* ..... *30*

*3.3.4 Potentielle Pendlerströme nach Österreich: eine regionale, quantitative Betrachtung* ..... *33*

*3.3.5 Charakteristika der Migranten und Pendler: eine qualitative Betrachtung* ..... *35*

3.4 Die österreichische Untersuchungsregion als Zielregion für Migration und Pendlerströme ..... 39

3.5 Zusammenfassung der theoretischen und analytischen Betrachtung für die Untersuchungsregion ..... 45

**4 Regionale Arbeitsmärkte vor dem Hintergrund veränderter Migrations- und Pendlerströme** ..... **47**

4.1 Wirkungen potentieller Migration und Pendlerströme auf (regionale) Arbeitsmärkte aus theoretischer Sicht ..... 48

*4.1.1 Die neoklassische Theorie: Arbeitsmarkteffekte der Wanderung in einem homogenen Arbeitsmarkt* ..... *49*

*4.1.2 Der humankapitaltheoretische Ansatz: Arbeitsmarkteffekte bei differenzierter Qualifikationsstruktur* ... *51*
*4.1.3 Makroökonomische Auswirkungen: Wohlfahrtseffekte* ... *53*
*4.1.4 Regionale Arbeitsmarkteffekte durch Pendlermobilität* ... *56*
4.2 Potentielle Wirkungen der Migration und Pendlerströme auf (regionale) Arbeitsmärkte aus empirischer Sicht ... 56
*4.2.1 Wirkungen von Wanderungen auf regionale Arbeitsmärkte: ein Überblick* ... *56*
*4.2.2 Sektorale und regionale Wirkungen auf Arbeitsmärkte* ... *58*
*4.2.3 Makroökonomische Wirkungen von Migration und Pendlerbewegungen* ... *60*
4.3 Schlussfolgerungen aus der theoretischen und analytischen Betrachtung für die Untersuchungsregion ... 64
**5 Aufnahmefähigkeit der Zielregion: Entwicklungen seit der EU-Osterweiterung ... 66**
5.1 Bevölkerungsstruktur ... 66
*5.1.1 Demographische Struktur* ... *66*
*5.1.2 Qualifikationsstruktur* ... *74*
*5.1.3 Wanderungsstruktur* ... *79*
5.2 Wirtschaftsstruktur ... 85
*5.2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Untersuchungsregion* ... *85*
*5.2.2 Beschäftigungsentwicklung und -struktur* ... *89*
*5.2.3 Preis- und Lohnniveaus* ... *100*
5.3 Schlussfolgerungen zur Aufnahmefähigkeit österreichischer Grenzregionen ... 104
**6 Resümee ... 108**
6.1 Handlungsanforderungen und -möglichkeiten für die Untersuchungsregion ... 108
6.2 Ausblick: Regionale Perspektiven in Hinblick auf zusätzliche Erweiterungen und neue Arbeitsmärkte in der EU ... 110
6.3 Schlussfolgerungen für (österreichische) Grenzregionen ... 113
**Literaturübersicht ... 115**
**Anlagen ... 120**
A.1 Untersuchungsregion nach politischen Bezirken, NUTS 3 - Regionen und Arbeitsmarktbezirken ... i
A.2 Zuordnung der NUTS 3-Regionen zu den wirtschaftlichen Regionstypen nach der Bezirkszuordnung von Palme (1995) ... iii
A.3 Berechnete Migrations- und Pendlerpotentiale in die österreichische Grenzregion ... iv

## Verzeichnisse

### Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---|---|
| AFLA | Arbeitskräftemobilität und Fachkräftebedarf nach der Liberalisierung des österreichischen Arbeitsmarktes (Studie des WIFO zur Erhebung der Migrations- und Pendelbereitschaft erwerbsfähiger Personen und der Arbeitskräftenachfrage von Unternehmen in Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Befragungen im Herbst/Winter 2010/11). (Nowotny, 2011a) |
| AMS | Arbeitsmarktservice. |
| BIP | Bruttoinlandsprodukt (Wert aller Güter, die von In- und Ausländern in einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres hergestellt werden). |
| BRD | Bundesrepublik Deutschland. |
| BRP | Bruttoregionalprodukt (regionales BIP). |
| EG | Europäische Gemeinschaft. |
| EU 8 | 8 Mitgliedstaaten der EU, für die die Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2011 in Kraft tritt (Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Polen, Estland, Lettland, Litauen). |
| EU 10 | 10 neue Mitgliedstaaten der EU seit der Erweiterung 2004 (EU 8 sowie Malta und Zypern). |
| EU 12 | 12 neue Mitgliedstaaten der EU seit der Erweiterung 2004/2007 (EU 10 sowie Bulgarien und Rumänien). |
| EU 15 | 15 Mitgliedstaaten der EU ab der Erweiterung 1995. |
| EU 25 | 25 Mitgliedstaaten der EU ab der Erweiterung 2004. |
| EU 27 | 27 Mitgliedstaaten der EU ab der Erweiterung 2007. |
| FAMO | Fachkräftemonitoring - regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in den Grenzregionen Ostösterreichs mit der Slowakei (Zweiteilige Studie des WIFO zur Erhebung des Fachkräftebedarfs von Unternehmen in Wien und der Westslowakei. Befragungen im Herbst/Winter 2008/09 – FAMO I – sowie 2010/11 – FAMO II). (Nowotny/Hierländer, 2009) |
| HVPI | Harmonisierter Verbraucherpreisindex (zur Vergleichbarkeit der Inflation in der EU). |
| Interreg-IIIA | EU-Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit. |
| ISCED | englisch *International Standard Classification of Education*. Einheitliches System zur internationalen Klassifizierung von Schultypen und Schulsystemen, von der UNESCO entwickelt. Level 0, 1 und 2 entsprechen vorschulischer Erziehung, Grundbildung und Unterstufe der Sekundarschulen, Level 3 und 4 entsprechen Oberstufe der Sekundarbildung, Berufsbildung und Lehrabschluss und Level 5 und 6 umfassen die Hochschulbildung an Universitäten oder Fachhochschulen und postgraduale Bildung wie Doktorat und Habilitation. (Nowotny, 2011a: 31) |
| KKS | Kaufkraftstandard (reale Entsprechung des Euro; *künstliche*, gemeinsame Währung innerhalb des Eurostat-OECD-Programms. (Statistik Austria, 2011d) Die Umrechnung der in nationalen Währungen ausgedrückten Wirtschaftsindikatoren in Kaufkraftstandards erfolgt mittels Kaufkraftparitäten, um die Kaufkraft zwischen nationalen Währungen vergleichen zu können. (Datenbank Statistiken der Eurostat |

| | |
|---|---|
| | der Europäischen Union, 2011: tsier010: Vergleichende Preisniveaus - Vergleichende Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern (EU-27=100)). |
| LAMO | Arbeitsmarktmonitoring - Entwicklung, Anwendung und Validierung eines Monitoringinstruments zur regelmäßigen Beobachtung der Veränderungen am Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung (Zweiteilige Studie des WIFO im Rahmen der Interreg-IIIA-Programme Österreich–Tschechien, Österreich–Ungarn, Österreich–Slowakei zur Erhebung der Migrations- und Pendelbereitschaft der Personen in den Grenzregionen sowie des Arbeitskräftebedarfs in den Regionen. Befragungen im Herbst/Winter 2004/05 – LAMO I – sowie Herbst/Winter 2006/07 – LAMO II). (siehe dazu Nowotny, 2011a: 2) |
| NUTS | französisch *Nomenclature des Unités Territoriales Statistiques*. Eine hierarchische, territoriale Gliederung der EU für die Statistik. Die Ebenen untergliedern sich in NUTS 0-Regionen (Nationalstaaten), NUTS 1 (Regionen der Europäischen Gemeinschaften, in Österreich Ost-, Süd- und Westösterreich), NUTS 2 (Grundverwaltungseinheiten, in Österreich die Bundesländer) und NUTS 3 (Unterteilungen der Grundverwaltungseinheiten, in Österreich 35 Regionen; 26 bestehend aus einem oder mehreren Politischen Bezirken, 8 auf Basis von Gerichtsbezirken, wobei jede Gemeinde genau einer NUTS-Einheit zugeordnet ist). (Statistik Austria, 2011e) |
| OECD | englisch *Organisation for Economic Co-operation and Development*. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. |
| VPI | Verbraucherpreisindex. |
| WIFO | Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. |

## Abbildungsverzeichnis


Abbildung 1 Schrittweise Verarmung der EU durch Erweiterungen (2007 und 2008: Prognosen); in Kaufkraftstandards (Basis: 2000) ..... 8
Abbildung 2 Abgrenzung der österreichischen Untersuchungsregion auf Ebene der NUTS 3 und Arbeitsmarktbezirken (Gebietsstand 01.01.2011) ..... 12
Abbildung 3 Funktionale Abgrenzung der österreichischen Untersuchungsregion nach Palme ..... 13
Abbildung 4 Erweiterte Untersuchungsregion in Europa. ..... 15
Abbildung 5 Mobilitätspotential nach Österreich nach höchster abgeschlossener Ausbildung (gemäß ISCED-Klassifizierung) der Migranten und Pendler. ..... 37
Abbildung 6 Gesamte, potentielle Nettomigration in die österreichische Grenzregion. Gliederung nach Regionstypen. ..... 40
Abbildung 7 Potentielle Nettomigration in die österreichische Grenzregion. Gliederung nach Regionstypen. ..... 41
Abbildung 8 Pendlerpotential in die Untersuchungsregion im Vergleich zum Migrationspotential 2011. Gliederung nach Regionstypen. ..... 42
Abbildung 9 Arbeitskräftebestand aus Migrations- und Pendlerbewegungen in Folge der EU-Erweiterung 2004 und der Arbeitsmarktöffnung 2011. ..... 44
Abbildung 10 Wohlfahrtseffekte durch interregionale Migration (blaues Dreieck) ..... 54
Abbildung 11 Interregionales Arbeitsmarktgleichgewicht bei flexiblen Kapital ..... 55
Abbildung 12 Bevölkerungsentwicklung 2002 bis 2011 nach wirtschaftlichen Regionstypen. ..... 67
Abbildung 13 Bevölkerungswachstum in der Untersuchungsregion 2004 bis 2011 ..... 69
Abbildung 14 Zuwachs der Wohnbevölkerung der Untersuchungsregion nach Staatsangehörigkeit 2002 bis 2010. Basis 2002 = 100%. ..... 70
Abbildung 15 Altersstruktur der Wohnbevölkerung mit Staatsbürgerschaft einer der neuen Mitgliedstaaten in der gesamten Untersuchungsregion 2002 und 2010. ..... 71
Abbildung 16 Altersstruktur der Wohnbevölkerung mit österreichischer Staatsbürgerschaft in der gesamten Untersuchungsregion 2002 und 2010. ..... 71
Abbildung 17 Entwicklung der Wohnbevölkerung in humankapitalintensiven Regionen nach Altersklassen 2002 bis 2011. Basis 2002 = 100%. ..... 72
Abbildung 18 Entwicklung der Wohnbevölkerung in sachkapitalintensiven Regionen nach Altersklassen 2002 bis 2011. Basis 2002 = 100%. ..... 73
Abbildung 19 Entwicklung der Wohnbevölkerung in ländlichen Regionen nach Altersklassen 2002 bis 2011. Basis 2002 = 100% ..... 73
Abbildung 20 Relative Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung von 2002 bis 2011 nach wirtschaftlichen Regionstypen. ..... 74
Abbildung 21 Veränderung der Bildungsstruktur (Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren nach höchster abgeschlossener Ausbildung) in den neuen Mitgliedstaaten und Österreich im Vergleich 2004 / 2010. Einteilung nach ISCED-Klassifikation. ..... 75
Abbildung 22 Anteil der Personen mit einem Abschluss auf Hochschulniveau (ISCED 5-6) an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) in den neuen Mitgliedstaaten und Österreich 2010. ..... 76
Abbildung 23 Anteil der Personen mit einem Abschluss auf Pflichtschulniveau oder darunter (ISCED 0-2) an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) in den neuen Mitgliedstaaten und Österreich 2010. ..... 76
Abbildung 24 Bildungsstruktur der Wohnbevölkerung in Österreich (ohne Salzburg, Tirol, Vorarlberg) nach Staatsangehörigkeit 2004 und 2010. Zuordnung nach höchster abgeschlossener Ausbildung. ..... 78

Abbildung 25 Veränderung der Bildungsstruktur (Personen nach höchster abgeschlossener Ausbildung) in den Bundesländern im Vergleich 2004 / 2010. Einteilung nach ISCED-Klassifikation. .... 78
Abbildung 26 Internationale Wanderungsbilanz für die Untersuchungsregion nach Staatsangehörigkeit 2002 bis 2010. .... 79
Abbildung 27 Zu- und Wegzug von Personen mit Staatsangehörigkeit von einem der neuen Mitgliedstaaten 2002 bis 2010. .... 80
Abbildung 28 Regionale Verteilung der Zuwanderer aus den neuen Mitgliedstaaten in die Untersuchungsregion von 2004 bis 2009. .... 80
Abbildung 29 Herkunft der Zuwanderer in die Untersuchungsregion von 2004 bis 2009. .... 81
Abbildung 30 Regionale Verteilung der Zuwanderer aus Rumänien, Polen, Slowakei und Ungarn in die Untersuchungsregion von 2004 bis 2009. .... 82
Abbildung 31 Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien in die Untersuchungsregion 2002 bis 2009. .... 83
Abbildung 32 Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten in die Untersuchungsregion nach Altersklassen von 2004 bis 2009. .... 84
Abbildung 33 Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten in die ländlichen Bereiche der Untersuchungsregion nach Altersklassen von 2004 bis 2009. .... 85
Abbildung 34 Entwicklung des realen BRP in der Untersuchungsregion 1996 bis 2008 und Wirtschaftswachstum in % des realen BRP zum Vorjahr. Preisbasis 2005 = 100%. .... 86
Abbildung 35 Entwicklung des realen BRP je Einwohner in der Untersuchungsregion 1996 bis 2008 und Veränderung des realen BRP je Einwohner in % zum Vorjahr. Basis 2005 = 100%. .... 86
Abbildung 36 Veränderung des realen BRP nach NUTS 3- Regionen 2004 bis 2008. Preisbasis 2005. .... 87
Abbildung 37 Entwicklung der Erwerbstätigen 1995 bis 2008 nach wirtschaftlichen Regionstypen. .... 89
Abbildung 38 Wachstum der Erwerbstätigenzahlen (Beschäftigungsverhältnisse) in der Untersuchungsregion 2004 bis 2008. .... 90
Abbildung 39 Entwicklung der Beschäftigungsquote (Beschäftigungsverhältnisse/Gesamtbevölkerung) von 2002 bis 2008 nach wirtschaftlichen Regionstypen. .... 91
Abbildung 40 Anteil der bewilligungspflichtig Beschäftigten an allen Arbeitnehmern der Untersuchungsregion 2004 bis 2008. Farbliche Zuordnung nach wirtschaftlichen Regionstypen. .... 93
Abbildung 41 Arbeitslosenquoten der EU 12-Staaten und Österreich 2004 und 2010. Jahresdurchschnitt. Relativer Anteil arbeitsloser Personen an allen Erwerbspersonen zwischen 15 und 74 Jahren. .... 95
Abbildung 42 Arbeitslosenquoten in der Untersuchungsregion 2004 und 2009. Jahresdurchschnitt. Relativer Anteil arbeitsloser Personen an allen Erwerbspersonen (erwerbstätig und arbeitslos) zwischen 15 und 74 Jahren. .... 95
Abbildung 43 Anteil Arbeitsloser mit Herkunft aus einem der neuen Mitgliedstaaten an allen Arbeitslosen der jeweiligen NUTS 3-Region. .... 96
Abbildung 44 Anteil der Arbeitslosen an der Wohnbevölkerung (jeweils nach Herkunft) zwischen 15 und 59 Jahren in der Untersuchungsregion 2004 bis 2010. .... 98
Abbildung 45 Preisniveauindizes der neuen Mitgliedstaaten und Österreich 2004 und 2010. Basis EU 27 = 100. .... 101
Abbildung 46 Entwicklung der Netto-Jahreslöhne in den Mitgliedstaaten und Österreich 2000 bis 2009 in KKS. Grundlage: Alleinstehende ohne Kinder, 100% des Durchschnittsarbeiter-Lohns. .... 103

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Jährliche Bevölkerungswachstumsraten nach NUTS 3-Regionen 2003 bis 2011. Werte in %. Farblicher Verlauf je Region: dunkelblau = starkes Wachstum, weiß = geringes Wachstum. Farbliche Zuordnung der wirtschaftlichen Regionstypen: rot = humankapitalintensiv, gelb = sachkapitalintensiv, grün = ländlich. ..... 68
Tabelle 2 BIP zu Marktpreisen in KKS pro Einwohner in den neuen Mitgliedstaaten und Österreich 2004 bis 2008. ..... 88
Tabelle 3 Arbeitslose Personen mit Staatsangehörigkeit aus einem der EU 12-Staaten in der Untersuchungsregion 2004 und 2010. ..... 97
Tabelle 4 Anzahl der Arbeitslosen insgesamt je sofort verfügbarer offener Stellen nach NUTS-3 Regionen 2004 und 2010. ..... 100
Tabelle 5 Jährliche Inflationsraten der EU 12 und Österreich 2002 bis 2010. Veränderung des HVPI in % zum Vorjahr. Farblicher Verlauf je Mitgliedstaat: dunkelblau = hohe Inflationsrate, weiß = geringe Inflationsrate. ..... 102

# 1 Thematische Einführung, Zielsetzung und Aufbau der Arbeit

*„Durch die Öffnung des Marktes könne es **kurzfristig** zu **erhöhter Arbeitslosigkeit** und **Lohn-Dumping** kommen." (Kapek, 2010)*

*„Laut **Studien** sei mit etwa **20.000 bis 25.000 Arbeitskräften aus dem Ausland** zu rechnen. Für Bulgaren und Rumänen bleibt der Arbeitsmarkt bis 2013 geschlossen." (APA, 2010)*

Am 1. Mai 2011 erfolgte die Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes gegenüber den Mitgliedstaaten, die der EU im Jahr 2004 nach jahrelangen Verhandlungen beigetreten sind. Wie die beiden einleitenden Zitate beispielhaft zeigen sollen, besteht vor allem Angst vor einer steigenden Arbeitslosigkeit der einheimischen Bevölkerung durch ein großes Arbeitskräfteangebot aus den neuen Mitgliedstaaten, die aufgrund niedriger Lohnkosten das reale Lohnniveau in Österreich senken könnten. Die Hoffnung der Unterstützung des heimischen Sozialsystems sowie die demographische Verjüngung der Gesellschaft stehen dabei scheinbar einer viel größeren Angst der Erwerbstätigen vor Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt gegenüber.

Die politische und mediale Präsenz des Themas schürt Angst vor der Öffnung des Arbeitsmarktes und prophezeite negative Auswirkungen für Österreich. Die Internationalisierung des Arbeitsmarktes, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte und der freie Personenverkehr verursachen Angst vor starker Wanderung von Ost nach West, wodurch ironischerweise die Situation entsteht, dass in kurzer Zeit nach dem Fall des Eisernen Vorhanges wieder versucht wird, Arbeitskräfte vom westlichen Arbeitsmarkt fernzuhalten. Tatsache ist, dass – vor allem internationale – Migration ein bedeutendes Thema ist, das nicht nur die Wirtschaft, sondern auch das soziale Leben, Politik und Gesellschaft stark beeinflusst. (Straubhaar, 2000: 7-8)

Aufgrund des eigenen Interesses und der Verfolgung des medialen Diskurses aber vor allem der Diskussionen von Personen, die Angst vor den Auswirkungen der Öffnung auf ihr eigenes Dienstverhältnis bzw. auf jenes von anderen Betroffenen haben, wird versucht, fern von medialen Aussagen, die potentiellen Wanderungsströme zu analysieren, um herauszufinden, welche Auswirkungen tatsächlich zu erwarten sind.

Hinterfragt werden dabei vor allem die propagierten Auswirkungen der potentiell stark ausfallenden Migration nach Österreich, die damit steigende Arbeitslosigkeit der einheimischen Bevölkerung, sinkende Reallöhne sowie mögliche ansteigende Pendlerströme. Interessant ist daher, ob es sich bei der öffentlichen Meinungsbildung durch Medien um Panikmache vor dem zukünftigen vergrößerten Arbeitsmarkt oder um eine ernst zu nehmende Entwicklung handelt, die eine Vorbereitung wie die erfolgte erforderte und ob diese ausreichend war, um negative Effekte nach dem 1. Mai 2011 auf den österreichischen Arbeitsmarkt möglichst gering zu halten.

## 1.1 Zielsetzung und Fragestellungen

Vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktöffnung Österreichs gegenüber Märkten mit niedrigeren realen Lohnniveaus[1] und unterschiedlicher Arbeitslosigkeit stellt sich die Frage, was sich nach Ende der Übergangsfrist zur Öffnung gegenüber den östlichen Mitgliedstaaten auf dem österreichischen Arbeitsmarkt verändern wird. Dabei wird es Auswirkungen auf den (erweiterten) Arbeitsmarkt geben, aber auch speziell für Unternehmen, die neuen Absatzmärkten gegenüberstehen sowie

[1] Zu bedenken sind allerdings auch niedrigere Preisniveaus, wodurch die Kaufkraft bzw. das reale Einkommen durch Migration nicht zwangsläufig steigen muss.

infolge erwarteter Migrations- und Pendelwanderungen auch auf den Wohnungsmarkt. Die Untersuchung aller möglichen Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung wäre sehr umfangreich. Sie würde das geforderte Ausmaß dieser Arbeit weit überschreiten oder zu starken Qualitätsverlusten führen, weshalb sich die vorliegende Untersuchung vor allem auf Migration und das Pendeln der Erwerbstätigen nach Österreich konzentriert. Durch die Öffnung bzw. die Erweiterung der EU im Allgemeinen entstehen auch Möglichkeiten für Österreicher, in einen anderen Staat zu migrieren. So arbeiten viele Österreicher in den Nachbarstaaten Schweiz und Deutschland. Auf eine detaillierte Analyse österreichischer Migranten im Ausland wird jedoch mit Absicht verzichtet, da vor allem die Veränderungen in österreichischen Grenzregionen betrachtet werden. Dafür soll von der nationalen Betrachtung abgewichen und der räumliche Fokus auf die regionale Ebene, vor allem die Grenzregionen, gelegt werden, die hinsichtlich Migration und Pendeln vermutlich mit größeren Auswirkungen zu rechnen haben, als die westlichen Bundesländer Salzburg, Tirol und Vorarlberg, die aus der detaillierten Analyse gänzliche ausgeklammert werden. (Details dazu siehe in Kapitel 2.3)

Aus diesem Interesse leitet sich folgende Fragestellung ab:

**Welche kurz- und langfristigen Auswirkungen hat die Arbeitsmarktöffnung im Rahmen der EU-Ostintegration am 1. Mai 2011 auf die Arbeitsmärkte der österreichischen Grenzregionen unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung und wie können diese darauf reagieren?**

Als Teilfragestellungen dazu:

Welche Entwicklungen hinsichtlich Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur konnten in den österreichischen Grenzregionen seit dem Beitritt der neuen Mitgliedstaaten verzeichnet werden?
Welche Theorien zu Migration und dem Arbeitskräfteaustausch zwischen Arbeitsmärkten bei Wegfall einer Grenze gibt es und was sagen sie aus?

- Wie können die Wanderungen zwischen Regionen – hervorgerufen durch neu erschlossene Arbeitsmärkte – beschrieben werden?
- Welche Form kann der Austausch zwischen Arbeitsmärkten bei Wegfall einer Grenze annehmen?

Welche Aussagen werden in empirischen Studien zu Wanderungen und Pendlerbewegungen als Folge der Arbeitsmarktöffnung im Rahmen der EU-Ost-Integration getroffen?

- Wie sehen zu erwartende Migrations- und Pendlerströme quantitativ, aber auch räumlich und nach Charakteristika wie Qualifikation oder Altersstruktur aus?
- Welche Wirkungen hat die zu erwartende Zuwanderung auf die regionalen Arbeitsmärkte im Zielland bzw. dem Ziel-Regionstyp?
- Wie verändern sich Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur der Regionen kurz- und langfristig?

Welche – regional differenzierten – Handlungsanforderungen ergeben sich für unterschiedliche Regionstypen und welche (wirtschafts-)politischen Instrumente stehen zur Verfügung?
Konnten sich die (Grenz-)Regionen ausreichend auf die veränderte Situation vorbereiten und in welcher Form?

Aus diesen Fragestellungen und dem theoretischen Vorwissen wird die Hypothese abgeleitet, dass der mediale Umgang mit der bevorstehenden Öffnung mehr Panikmache als realistische Einschätzung ist bzw. war und es daher zwar zu vermehrter Migration und einem erhöhten Pendleraufkommen kommen wird, allerdings die Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt im Verhältnis dazu weniger stark spürbar sein werden. Es ist anzunehmen, dass vor allem regional starke Unterschiede dieser Entwicklungen zu verzeichnen sind bzw. sein werden und die Auswirkungen im Osten Österreichs anders ausfallen werden, als dies im Westen der Fall sein wird. Regional differenziert ist die Hypothese, dass vor allem urbane Räume, also ostösterreichische Mittel- und Großstädte sowie Wien und deren Umland, ein attraktives Ziel für Pendeln und Migration darstellen.

Zielsetzung der Arbeit ist es daher, eine wissenschaftlich fundierte Analyse bereits vorhandener Studien und statistischer Daten vorzunehmen und bisherige Entwicklungen seit dem Beitritt der östlichen Staaten zu untersuchen, um eine Aussage über zukünftige Entwicklungen in den Grenzregionen treffen zu können. Aus diesen Handlungsanforderungen können in weiterer Folge regionale Instrumente abgeleitet werden, die einen geregelten Umgang mit den Auswirkungen ermöglichen und Chancengleichheit zwischen der nationalen und der zugewanderten Bevölkerung schaffen.

## 1.2 Methodik und Aufbau der Arbeit

Der methodische Zugang der Arbeit umfasst eine Literaturstudie über Theorien und empirische Studien zu Wanderungsbewegungen, um diese miteinander vergleichen zu können und in weiterer Folge mit der Praxis und daher mit realen Bewegungen der Bevölkerung zu verknüpfen und zu vergleichen. Der theoretische Teil der Arbeit ist daher die Grundlage für die Untersuchung der tatsächlichen Migration in Folge der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die Betrachtung ist dabei vor allem auf allgemeine Gründe für Migration, Pendeln oder das Verbleiben im Heimatland fokussiert, wobei der humankapitaltheoretische Ansatz zentral ist. Zusätzlich werden Theorien zu den Auswirkungen von (Nicht-) Migration auf regionale Arbeitsmärkte untersucht, die in weiterer Folge das politische Handeln in den jeweiligen Grenzregionen beeinflussen.

Die Analyse der Studien konzentriert sich auf Untersuchungen, die sich mit der österreichischen Situation und dabei vor allem mit der österreichischen Grenzregion beschäftigen. Dabei finden sowohl quantitative Analysen durch Berechnungen, Schätzungen und Modelle Eingang, aber auch qualitative Untersuchungen zur Struktur potentieller Migranten durch Befragungen. Daraus werden Schlüsse für die österreichische Grenzregion als Untersuchungsgegenstand abgeleitet.

In einem eigenständigen empirischen Teil der Arbeit wird auf Basis der theoretischen Bestimmungsgründe für Migration und Sekundärdaten eine Analyse der Ausprägungen dieser Gründe in der Zielregion und den neuen Mitgliedstaaten als Quellregion durchgeführt, um daraus die Aufnahmefähigkeit der Zielregionen mithilfe einer Analyse, unter anderem vom Arbeitsmarkt und der Wirtschaftsstruktur durchgeführt.

Der methodische Zugang erfolgt über die deskriptive Statistik. Zur Analyse der bisherigen Entwicklung in den Grenzregionen seit dem EU-Beitritt 2004 dienen Daten der Statistik Austria, Eurostat sowie des Arbeitsmarktservice Österreich. In Verbindung mit empirischen Studien zur (meist nationalen) Abschätzung der Auswirkungen sollen regionale Trends und Auswirkungen

abgeleitet werden, um darauf aufbauend Handlungsanforderungen und -möglichkeiten zu diskutieren und mit Hilfe eines Ausblicks auf weitere Erweiterungen, das Instrument der Übergangsregelungen und Perspektiven für Grenzregionen eigenständige Schlüsse für die österreichische Grenzregion zu ziehen.

Der erste Teil der Arbeit umfasst ein einführendes Kapitel zur Thematik, Erläuterung von Zielsetzung und Fragestellungen sowie dem aktuellen Stand der Forschung und begrifflichen Festlegungen.

Im darauffolgenden, zweiten Kapitel werden Rahmenbedingungen und die Ausgangsituation für die vorliegende Arbeit abgegrenzt. Zusätzlich zur Beschreibung der bereits erfolgten Erweiterungen der EU erfolgt die Erläuterung der bis Mai 2011 gültig gewesenen eingeschränkten Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Abschließend wird eine Untersuchungsregion abgegrenzt, die Inhalt der folgenden Untersuchungen ist.

In Kapitel 3 wird in einem theoretischen Abschnitt ein Überblick über vorhandene Theorien zu Ursachen für Migration und Pendeln sowie eine wirtschaftliche Definition des Begriffs Migration dargelegt. Aufbauend auf der Analyse bereits erfolgter Studien werden erste Schlussfolgerungen für die zuvor definierte Untersuchungsregion abgeleitet.

Danach werden in Kapitel 4 die potentiellen Auswirkungen der Migration und des Pendelns – wiederum in einem theoretischen und einem analytischen Teil – betrachtet. Aus diesen beiden Betrachtungsweisen werden abschließend die Auswirkungen für die spezielle Untersuchungsregion abgeleitet.

Mithilfe der Analyse statistischer Daten erfolgt in Kapitel 5 eine Betrachtung der bisherigen Entwicklung in der Untersuchungsregion und den Nachbarstaaten hinsichtlich Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur seit der EU-Erweiterung 2004 bzw. bereits davor, um bereits mögliche Auswirkungen der Erweiterung abzuleiten, die wiederum in einem Zwischenschritt zusammengefasst werden.

Im abschließenden Resümee werden die regional differenzierten Herausforderungen der Untersuchungsregion zusammengefasst und daraus Handlungsmöglichkeiten abgeleitet. In einem Ausblick wird auf zukünftige Erweiterungen und das Instrument der Übergangsregelungen für bestehende Mitgliedstaaten eingegangen, um allgemeine Perspektiven für Grenzregionen abzuleiten. Aufbauend auf diesen Punkten wird ein Fazit für die österreichische Grenzregion gezogen und der Rückbezug zur ursprünglichen Hypothese und den Fragestellungen hergeleitet.

## 1.3 Stand der Forschung und begriffliche Festlegungen

Schon vor der EU-Erweiterung 2004 gab es zahlreiche Studien zu möglichen Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte der alten, aber auch der neuen Mitgliedstaaten. Dabei wurden Potentiale der Zuwanderung auf die alten Mitgliedstaaten, so z.B. der positive Beitrag zur demographischen Entwicklung durch die Zuwanderung junger Personen und einem höheren Durchschnitt der Fertilität oder der Zuzug von Fachkräften zum Ausgleich nationaler Defizite in ausgewählten Branchen, prognostiziert, wobei der Fokus meist ein nationaler war, sowie Strategien zur Nutzung der Übergangsregelungen entwickelt und untersucht. Nach der Öffnung gab es bald Studien zu den ersten, kurzfristigen Auswirkungen und bisherigen Entwicklungen, die auch Inhalt dieser Untersuchung sind, doch soll hier der Fokus gezielt auf die österreichischen Grenzregionen sowie

die Hauptstadtregion gelegt werden, die vermutlich die attraktivsten Migrationsziele für Zuwanderer darstellen.

Zu Beginn der Arbeit bedarf es jedoch der Eingrenzung wichtiger Begriffe, die auch den Titel der Arbeit prägen:

- **Alte Mitgliedstaaten**
  Die alten Mitgliedstaaten sind jene 15 Staaten, die im Jahr 2004, also bereits vor der fünften EU-Erweiterung, Mitglieder der EU waren.
- **Arbeitsmarkt**
  Als Teilmarkt einer Volkswirtschaft treffen am Arbeitsmarkt Angebot von und Nachfrage nach Arbeitsleistung zusammen.
- **(Arbeitsmarkt-)Öffnung/uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit**
  Dieser Begriff steht für das Auslaufen der Übergangsregelungen und der daraufhin uneingeschränkt geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU als eines der Grundrechte aller EU-Bürger.
- **EU-Erweiterung/EU-Ostintegration/EU-Osterweiterung**
  Unter diesen Begriffen wird die fünfte EU-Erweiterung in den Jahren 2004 und 2007 verstanden. Die neuen Mitgliedstaaten nach dieser Erweiterung waren Estland, Lettland, Litauen, Malta, Slowakei, Slowenien, Polen, Tschechien, Ungarn, Zypern (2004) sowie Rumänien und Bulgarien (2007).
- **Funktionelle Regionsgliederung/Regionstypen**
  Regionstypen werden durch Gliederung der Untersuchungsregion nach funktionellen Kriterien festgelegt. Sie werden nach wirtschaftlicher Ähnlichkeit als human- oder sachkapitalintensiv und kapitalextensiv (ländlich, peripher) eingeteilt. Humankapitalintensive Regionen (dazu gehören die Metropole Wien, Großstädte, Mittelstädte und allgemein städtisches Umland) zeichnen sich durch eine hohe Bevölkerungsdichte und einen großen Anteil produktionsnaher Dienstleistungen aus. Sachkapitalintensive Regionen (intensive Industrie- und intensive Tourismusregionen) zeichnen sich im Gegensatz dazu durch hohe Arbeitsplatzkapazitäten in der Sachgüterproduktion bzw. durch eine hohe Beschäftigung in Hotelbetrieben aus. Kapitalextensive Regionen beinhalten extensive Industrieregionen sowie industrielle und touristische Randgebiete. Sie weisen einen Überschuss des Arbeitskräfteangebots auf und die Arbeitsmärkte basieren größtenteils auf natürlichen Ressourcen. (Palme, 1995: 397, 399) Aufgrund der Verfügbarkeit statistischer Daten, die anhand politisch-administrativer Grenzen erhoben werden, ist eine zusätzliche Gliederung der Untersuchungsregion nach den jeweiligen Verwaltungsgrenzen, notwendig. (Siehe dazu Kapitel 2.3)
- **Migration**
  Migration oder Wanderung steht für den dauerhaften Wechsel des Wohnortes, der mit dem Aufbau eines neuen Lebensmittelpunktes samt Arbeitsplatz einhergeht. Für die vorliegende Untersuchung ist interregionale, Staatsgrenzen überschreitende Migration zentral. Tages- und Wochenpendler z.B. von Bratislava nach Wien oder umgekehrt werden hierbei nicht berücksichtigt.

- **Neue Mitgliedstaaten**
  Darunter werden die 12 Mitgliedstaaten verstanden, die seit 2004 bzw. 2007 Mitglieder der EU sind.
- **Pendler**
  In dieser Arbeit werden unter Pendlern jene Personen verstanden, deren Wohn- und Arbeitsort nicht in der gleichen Region – in diesem Fall auch nicht im gleichen Staat – liegen und die in regelmäßigen Abständen (täglich oder wöchentlich) zwischen ihrem Wohn- und Arbeitsort pendeln, wobei die Verkehrsmittelwahl für diese Betrachtung nicht relevant ist.
- **Untersuchungsregion/Zielregion/Grenzregion(en)**
  Die Untersuchungsregion, auch Zielregion genannt, wird räumlich auf NUTS 3 - Ebene innerhalb Österreichs abgegrenzt und umfasst jene Regionen, die zur Analyse und Prognose der Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung herangezogen werden sollen.
- **Übergangsfrist**
  Die Übergangsfrist wird im Zuge der Arbeitnehmerfreizügigkeit als jene 7-jährige Phase verstanden, in denen den Nationalstaaten die Regelung hinsichtlich der Zuwanderung und des Zugangs von Migranten zum Arbeitsmarkt überlassen wird. Diese endete mit 30. April 2011.

Detaillierte Informationen zu Arbeitsmarktöffnung sowie EU-Erweiterung werden in weiterer Folge ebenso erläutert, wie die Abgrenzung der Untersuchungsregion und die Gliederung nach Regionstypen. Für die Arbeit sind diese Begriffe und dabei vor allem das Verständnis über den Untersuchungsraum der österreichischen Grenzregionen zentral, weshalb diesen ein eigenes Kapitel (2 Ausgangssituation und Rahmenbedingungen) gewidmet ist.

Auch der Begriff der Migration ist von großer Bedeutung und bedarf einer detaillierten theoretischen Auseinandersetzung, die in Kapitel 3.1 zu finden ist. In Kapitel 3.2 werden allgemeine Theorien zu Ursachen für Migration, Pendeln und Mobilität erwerbstätiger Bevölkerung untersucht. Regionale Arbeitsmärkte sowie Theorien zu Auswirkungen der grenzüberschreitenden Mobilität werden in Kapitel 4 genauer erläutert.

# 2 Ausgangssituation und Rahmenbedingungen

*„Ein wesentliches **Ziel** der europäischen Integration besteht darin, **vollständige Freizügigkeit** der (im Prinzip) mobilen Produktionsfaktoren **Kapital und Arbeit** herbeizuführen." (Huber/Brücker, 2003: 11)*

*„**Ziel** der Europäischen Union ist eine gerechte und solidarische Gesellschaft, die sich zur **Förderung des wirtschaftlichen Wohlstands** und zur **Schaffung von Arbeitsplätzen** verpflichtet, indem sie Unternehmen wettbewerbsfähiger macht und Arbeitnehmer mit neuen Fähigkeiten und Fertigkeiten ausstattet." (Europäische Union, 2010)*

In diesem Sinne stellt die EU eine Staatengemeinschaft mit einer insgesamt starken Wirtschaftskraft[2] dar, die eine Gleichstellung ihrer Bürger zum Ziel hat, wobei sich die politische und wirtschaftliche Situation für Österreich im Zuge der Erweiterungen verändert hat. Durch die letzte große Erweiterung 2004/2007 ist Österreich von einer Grenzlage ins Zentrum des europäischen Raumes gerückt, was Auswirkungen auf die geopolitische Lage sowie die regionalpolitische und wirtschaftliche Situation zur Folge hatte. Damit verbunden waren auch der freie Warenverkehr, also keine Handelsbeschränkungen am europäischen Binnenmarkt, der freie Kapital- und Zahlungsverkehr für den freien Transfer von Geld und Wertpapieren zwischen Mitgliedstaaten, aber auch zwischen Mitglied- und Drittstaaten, die Dienstleistungsfreiheit, die Unternehmen mit Sitz in der EU das Angebot ihrer Dienstleistungen auch in anderen Mitgliedstaaten erlaubt und abschließend die Personenfreizügigkeit, die sich aus Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit für EU-Bürger zusammensetzt – neben der allgemein gültigen Freizügigkeit für Unionsbürger, sich innerhalb der EU frei bewegen zu dürfen. Gegenüber den neuen Mitgliedstaaten wurden hinsichtlich der Personenfreizügigkeit, vor allem zur Vorbereitung für grenznahe Staaten wie Österreich, Übergangsfristen geschaffen. Besonders betroffen sind österreichische Grenzregionen, -gemeinden und -städte, da diese direkt am Eisernen Vorhang situiert waren, nun ins Zentrum gerückt sind und im Zuge der Beendigung der Übergangsfristen vor möglichen Zuwanderungsströmen aus den neuen Mitgliedstaaten stehen.

## 2.1 EU-Erweiterungen 2004 und 2007

Im Zuge der so genannten Fünften EU-Erweiterung[3] traten im Mai 2004 und im Jänner 2007 insgesamt 12 Staaten der EU bei. Dabei wuchs die EU durch die Beitritte von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Slowakei, Slowenien, Polen, Tschechien, Ungarn, Zypern im Jahr 2004 von 15 auf 25 Mitglieder und im Jahr 2007 durch die Beitritte Rumäniens und Bulgariens weiter auf 27 Mitgliedstaaten. Diese zwei Phasen der Erweiterung stellten die zahlenmäßig größte EU-Erweiterung dar.

Wie im einleitenden Text zu Kapitel 2 erläutert, ist ein primäres Ziel der EU die Förderung ihrer Wirtschaftskraft (sog. Lissabon-Agenda). Die Erweiterungen der Union waren ursprünglich und sind nach wie vor ein Friedensprojekt, dienten aber auch der Ausdehnung des Binnenmarktes. Der eklatante Unterschied bei der fünften Erweiterung war die hauptsächlich politische Motivation zur Kennzeichnung des Endes der politischen Teilung Europas. Bei einem Zuwachs der EU-

[2] Dies schließt nicht aus, dass innerhalb der EU große Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern hinsichtlich bestimmter Parameter wie BIP, Arbeitslosigkeit oder Staatsfinanzen existieren.

[3] In der Literatur sowie den Medien sind die Bezeichnungen EU-Osterweiterung und EU-Ostintegration mit dieser EU-Erweiterung gleichzusetzen.

Bevölkerung von 15 auf 27 Mitgliedstaaten um 27%, erhöhte sich das BIP/Kopf um 13%; die positiven, ökonomischen Effekte der Erweiterung waren daher im Jahr 2007 gering. Diese Änderung der Motivation zeigte eine Veränderung in der Funktion der EU, sie wurde dadurch „immer mehr zum Friedensprojekt in Europa und in der Welt" (Breuss, 2007: 935).

Die Motivation des Zusammenschlusses mehrerer Staaten erfuhr eine Richtungsänderung weg von der wirtschaftlichen, hin zur politischen Motivation, was durch den Beitritt früherer, kommunistischer oder auch diktatorischer Staaten belegt werden kann, die ihre politische Ausrichtung änderten und für den Beitritt an die Kopenhagener Beitrittskriterien[4] anpassten. Ergänzend dazu zeigt die Veränderung der europäischen Wirtschaftskraft den Trend weg von der ökonomischen Motivation. Markant ist dabei der relative Rückgang der Wirtschaftskraft durch die fünfte Erweiterung trotz stetigem, absolutem Anstieg im Zuge aller Erweiterungen durch die Vergrößerung der absoluten Anzahl von Arbeitskräften. (Siehe hierzu Breuss, 2007: 933-935)

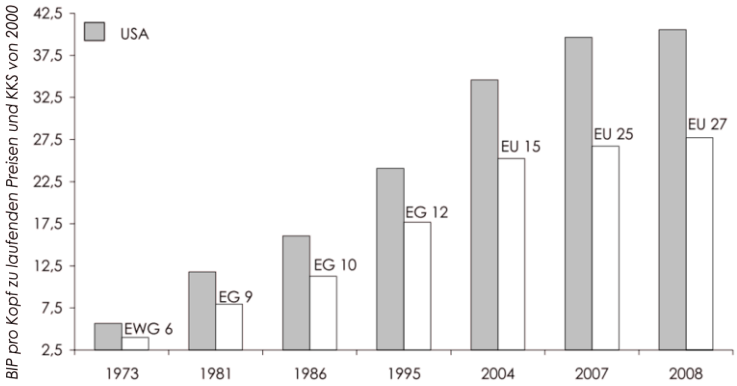


*Abbildung 1 Schrittweise Verarmung der EU durch Erweiterungen (2007 und 2008: Prognosen); in Kaufkraftstandards (Basis: 2000)*

*Quelle entnommen aus Breuss (2007: 936; nach Eurostat, WIFO-Berechnungen)*

Wie in Abbildung 1 ersichtlich, ist das BIP/Kopf der EU bis zum Stadium der EU 15 stetig gestiegen; seit der Erweiterung von 15 auf 25 Mitgliedstaaten liegt das BIP-Wachstum trotz der Erweiterung um 10 Staaten[5] – und damit einem absoluten Zuwachs der Bevölkerung (+ 74,1 Mio. Einwohner gegenüber den EU 15) und folglich auch der Arbeitskräfte jedoch deutlich unter dem bisherigen Wachstum . Dies deutet auf die Aufnahme von einkommensschwächeren Ländern im Vergleich zu den bisherigen Mitgliedern hin. Ein Vergleich wird durch die Verwendung von laufenden Preisen und Kaufkraftstandards (KKS) gewährleistet, die eine fiktive, jedoch vergleichbare Einheit darstellen und Unterschiede im Preisniveau ausgleichen. (Breuss, 2007: 933-935)

Ein weiteres wichtiges Ziel der EU ist allerdings die Unterstützung der politischen Stabilisierung in Osteuropa und die Angleichung des Wohlstandes zur Verringerung des Migrationsdrucks (Stankovsky, 2000: 11).

Durch die Osterweiterung kam es jedoch zu großen Einkommensunterschieden innerhalb der EU, es wurden allerdings auch neue Absatzmärkte erschlossen, während im Westen abgeschlossene

[4] Die Kopenhagener Beitrittskriterien erforderten die Umwandlung der Staaten in Demokratien, die Einführung der Markt- an Stelle der Planwirtschaft sowie die Übernahme der Ziele und des Rechtsbestandes der EU. (Breuss, 2007: 935)

[5] Im Vergleich dazu wurde die EU davor jeweils nur um 1 - 3 Staaten erweitert.

Arbeitsmärkte weiterbestanden. Es folgten die Teilnahme der neuen Mitgliedstaaten an der Zollunion[6], die Teilnahme der Staaten Slowenien, Malta, Zypern sowie seit 2009 bzw. 2011 Slowakei und Estland an der Währungsunion[7] und die Anpassung des Schengenraumes[8] mit gesonderten Bestimmungen für Rumänien, Bulgarien und Zypern. Mit 1. Jänner 2007 war die fünfte, bisher größte EU-Erweiterung daher formell abgeschlossen. (Breuss 2007: 933-935)

Die Positionierungen zur Osterweiterung und die Interessen der einzelnen Staaten waren bei den EU 15 jedoch differenziert. Vor allem die Nachbarn der neuen Mitgliedstaaten waren an einer zügigen politischen Stabilisierung und wirtschaftlichen Angleichung in den Nachbarregionen interessiert, da sie als Zielregion für Migration am attraktivsten erschienen (Stankovsky, 2000: 12).

Erwartet wurden im Jahr 2007 nach der Erweiterung generell vor allem Integrationseffekte hinsichtlich Faktorwanderungen. Dabei wurde mit einer zukünftigen Wanderung von Kapital von West nach Ost sowie einer gegenläufigen Wanderung von Arbeitskräften von Ost nach West gerechnet. Diese Effekte wurden durch eine 7-jährige Übergangsregelung – nicht nur – in Österreich vorübergehend gestoppt. (Breuss, 2007: 937)

## 2.2 Uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011

Eine der vier Freiheiten der EU ist die Personenfreizügigkeit. Dazu gehören einerseits die Niederlassungsfreizügigkeit und andererseits die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die jede unterschiedliche Behandlung von Arbeitskräften aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit unterbindet. Diese kann sich in der Gestaltung der nominellen Lohnhöhe, der Beschäftigung, also dem Zugang zum Arbeitsmarkt, oder sonstigen Arbeitsbedingungen äußern. Darüber hinaus wird EU-Bürgern das Recht eingeräumt, sich auch nach Beendigung eines Dienstverhältnisses in einem anderen Mitgliedstaat wie Einheimische aufzuhalten. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit wird durch zahlreiche Abkommen zwischen und Verordnungen in den Staaten durchgesetzt und erleichtert.[9] (Huber/Brücker, 2003: 14)

Die Festlegung der Arbeitnehmerfreizügigkeit erfolgte im Vertrag zur Gründung der EG, Artikel 39, welcher der einzige Artikel ist, der von der Bestimmung der Übergangsregelungen

[6] Ein Bestandteil des gemeinsamen europäischen Markts ist die Zollunion, durch die alle Zölle und Beschränkungen zw. EU Staaten aufgehoben sind und ein gemeinsamer Zolltarif für Waren aus Drittstaaten festgelegt ist. Nach außen wird zudem eine gemeinsame Handelspolitik verfolgt. (Republik Österreich. Parlamentsdirektion, 2011: Zollunion)

[7] Korrekt als Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bezeichnet. Ziel bei Einführung waren die gemeinsame Währung und die Sicherstellung von Stabilität und Wachstum in der EU. Derzeit sind 17 Staaten Teil der WWU: Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Österreich, Spanien, Griechenland, Slowenien, Malta, Zypern und Slowakei. Lettland und Litauen haben einen Wechselkursmechanismus, Dänemark (ebenfalls mit Wechselkursmechanismus) und Großbritannien haben sich eine Opting-out-Klausel vorbehalten und somit den Euro nicht eingeführt. (Republik Österreich. Parlamentsdirektion, 2011: Wirtschafts- und Währungsunion)

[8] Der Schengenraum wird durch das Schengener Abkommen festgelegt, das 1985 in Schengen (Luxemburg) abgeschlossen wurde. Inhalt ist der Abbau von Personenkontrollen an Binnengrenzen der EU sowie der freie Personenverkehr. Folgende Staaten sind Mitglieder des Schengenraumes: Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Spanien, Portugal, Italien, Österreich, Griechenland, Dänemark, Finnland, Schweden sowie die assoziierten Staaten Island, Norwegen und Schweiz. Es werden noch Bulgarien, Rumänien, Liechtenstein und Zypern folgen. Großbritannien und Irland wenden nur einige Regelungen an. (Republik Österreich. Parlamentsdirektion, 2011: Schengener Abkommen)

[9] So zum Beispiel durch die Angleichung von Bildungsabschlüssen oder die Anerkennung ebendieser. Nicht zu verwechseln mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer ist das Aufenthaltsrecht, das unabhängig von einer Beschäftigung gewährt werden kann und durch den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) festgelegt ist.

betroffen ist (Huber/Brücker, 2003: 14). Diese wurden zur Verzögerung des freien Arbeitnehmerverkehrs im Beitrittsvertrag 2003 festgelegt und 2006 im *Bericht über die Anwendung der im Beitrittsvertrag 2003 festgelegten Übergangsregelungen (Zeitraum 1. Mai 2004 - 30. April 2006)* (Kommission der europäischen Gemeinschaften, 2006), nach Ablauf der ersten von drei Phasen überprüft (Kommission der europäischen Gemeinschaften, 2006: 4-5).

Die Übergangsregelungen ermöglichten den EU 15 eine Aufrechterhaltung nationaler Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt, wobei ein verstärkter Zugang ermöglicht werden sollte, einmal gewährte Rechte nicht mehr aberkannt werden durften sowie Arbeitnehmer der neuen Mitgliedstaaten ein Vorrecht gegenüber anderen Staaten erhalten sollten (Huber/Brücker, 2003: 15). Diese waren jedoch nur auf den Arbeitsmarktzugang – unabhängig von Aufenthaltsrecht und Leistungen oder Gesetzen, die mit einem bestehenden Zugang zum Arbeitsmarkt verknüpft sind[10] – anzuwenden.

Anzumerken ist dabei, dass auch Zugangsbeschränkungen seitens der neuen Mitgliedstaaten gegenüber den alten erlassen werden durften, so die Übergangsregelungen auf sie selbst anzuwenden waren. Sonderregelungen wurden außerdem für jene Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen getroffen, die bereits zum Zeitpunkt des Beitritts bzw. während der Übergangszeit einen Zugang zum Arbeitsmarkt bzw. ihren Wohnsitz in dem jeweiligen Staat hatten, wobei dafür zeitliche Grenzen von 12 und 18 Monaten festgelegt wurden. (Huber/Brücker, 2003: 15-16)

Die hier angeführten Übergangsregelungen stellen bzw. stellten eine Ausnahme zu der Grundfreiheit der Arbeitnehmerfreizügigkeit dar, die jedoch ab dem 1. Mai 2011 endgültig für alle EU-Bürger, mit Ausnahme jener aus Bulgarien und Rumänien, gilt. Bisher war nach einem 2 - 3 - 2 - Prinzip eine jeweilige Verlängerung der Übergangsfrist nach zwei um weitere drei und danach wiederum um zwei Jahre möglich, insgesamt also auf 7 Jahre. Der Wunsch auf Verlängerung der Frist musste jedoch jeweils gesondert, unter Vorlage von Beweisen über die (mögliche) Störung des Arbeitsmarktes, mitgeteilt werden, ansonsten galten nach Auslaufen der jeweiligen Phase keine gesonderten Bestimmungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Bis zum Ablauf der sieben Jahre hatten jedoch auch jene Mitgliedstaaten das Recht, erneut Restriktionen festzulegen, die bereits auf die Übergangsregelungen verzichtet hatten, so der nationale Arbeitsmarkt gefährdet sein sollte und auch nur bis zur Normalisierung der Verhältnisse. Mit dieser flexiblen Regelung wurde der schwierigen Prognostizierbarkeit von Migration Rechnung getragen, wobei bereits gesetzte Liberalisierungsschritte nicht mehr rückgängig gemacht werden durften. (Huber/Brücker, 2003: 20)

In der ersten Phase von 2004 bis 2006 durften die Zuwanderungsregelungen national getroffen werden, Schweden und Irland verzichteten als einzige Staaten komplett auf eine Reglementierung des Arbeitsmarktzugangs; Großbritannien nutzte ein System zur Registrierung der Arbeitnehmer und verzichtete ebenfalls auf Übergangsregelungen. Nach der zweiten, dreijährigen, Phase von 2006 bis 2009 beantragten und verlängerten nur Österreich und Deutschland die Übergangsregelung für die 8 neuen Mitgliedstaaten[11] bis zum 30. April 2011; Belgien und Dänemark, die ebenfalls die Möglichkeit auf Verlängerung der Frist bis 2011 gehabt hätten, verzichteten bereits nach der zweiten Phase im Jahr 2009, wodurch bereits seit damals in allen anderen EU-Mitgliedstaaten das uneingeschränkte Grundrecht der Arbeitnehmerfreizügigkeit der Mitgliedstaaten aus der

[10] Dabei kann es sich um Regelungen bezüglich des Arbeitsentgeltes, soziale Leistungen oder steuerliche Angelegenheiten handeln.

[11] Für Malta und Zypern gilt die Freizügigkeit bereits seit 1. Juni 2007.

Erweiterung von 2004 gilt. Großbritannien behielt das Meldesystem ebenfalls bei. Für Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien gelten die Übergangsregelungen in Österreich noch bis 30. April 2013. (Bug, 2011: 5-6)

Aus politischer Sicht war es daher wichtig, Maßnahmen zu setzen, die nach Ablauf der Übergangsfrist zu einem schwächeren Einfluss auf den heimischen Arbeitsmarkt führen, als dieser bei sofortiger Öffnung gegenüber den neuen Mitgliedstaaten gewesen wäre, da sie Sinnhaftigkeit andernfalls zu hinterfragen wäre.

Huber und Brücker (2003: 21-23) fassen dazu Ziele und Nebenbedingungen zusammen, die zu drei Politikoptionen hinsichtlich der Öffnungsstrategien führen. Zur Erreichung der Einkommensmaximierung aus Zuwanderung, der Minimierung von Hemmnissen zwischen Arbeitsmärkten und einer negativen Einkommensverteilung dienen die Irreversibilität von aufgehobenen Einwanderungsrestriktionen vor Ablauf der Frist, der Einfluss der Strategien von Drittländern auf die Entwicklung in Österreich, die Ungewissheit hinsichtlich des Migrationspotentials und der Einkommensverteilung und die Akzeptanz der tatsächlich stattfindenden Öffnung mit Ablauf der Übergangsfrist.

Daraus ergeben sich die drei Möglichkeiten der Aufhebung von Restriktionen nach Ablauf der Übergangsfrist, eine flexible Aufhebung während der Übergangsphase[12] und der Verzicht auf Restriktionen[13]. In Verbindung mit der Reduktion von Familiennachzug gemäß der ersten Möglichkeit kommt es zwar zu geringen Risiken, aber auch geringen Gewinnen während der Phase des Übergangs, allerdings kann es nach Ablauf der Frist zu einem unvorhersehbaren, sprunghaften Anstieg der Migration kommen, die schwer steuerbar ist. Bei der flexiblen Variante können in Kombination mit einer gesteuerten Zuwanderung die Risiken etwas minimiert, die Nutzen jedoch teilweise ausgeschöpft werden, da z.B. die Migration hinsichtlich Qualifikation der Personen gesteuert werden kann. Dadurch kann das Potential der Zuwanderung schon teilweise während der Übergangsphase reduziert und gleichzeitig dieses Potential durch die Antragstellungen besser abgeschätzt werden. Der Verzicht auf Restriktionen kann einerseits zu höheren Wanderungsgewinnen führen, andererseits sind aufgrund der möglicherweise schnellen Zuwanderung Risiken hinsichtlich des Arbeitsmarktes oder der Einkommensverteilung zu erwarten, wobei eine Abschätzung der Zuwanderung aufgrund der Handlungsoptionen anderer Mitgliedstaaten schwer möglich ist.

## 2.3 Abgrenzung des Untersuchungsraumes und Festlegung der Regionstypen

Wie im Titel der Arbeit ablesbar, konzentriert sich die vorliegende Arbeit auf die Untersuchung österreichischer Grenzregionen, wobei dieser Fokus bewusst auf die nationale Ebene gelegt wurde, da in weiterer Folge Schlüsse zu politischen Instrumenten gezogen werden sollen und mit einer besseren Datenverfügbarkeit zu Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Migration und anderen, für die Untersuchung bedeutsamen Indikatoren, zu rechnen war. Für die detaillierte Betrachtung der grenznahen Regionen gibt es zwei unterschiedliche Betrachtungs- und Abgrenzungsmöglichkeiten.

Die *administrative* Abgrenzung erfolgt nach politisch-administrativen Grenzen, die jedoch unabhängig von einer *funktionalen* Gliederung erfolgt. Eine funktionale Abgrenzung erfolgt nach

[12] Österreich vollzog (gemeinsam mit Deutschland) eine Mischung aus erster und zweiter Variante: Ausnützung der Übergangsregelungen für den gesamten Zeitraum von 7 Jahren bei bereits eingeführter Zuwanderungssteuerung.

[13] Diese Variante wählten nur Schweden, Irland und – mit dem System der Arbeitnehmerregistrierung – Großbritannien.

zweckdienlichen Verflechtungen, beispielsweise Pendlerverflechtungen, zwischen Regionen oder Städten, die nicht durch administrative Grenzen erfassbar bzw. abgrenzbar sind. Eine weitere Möglichkeit der Einteilung – wie sie auch für diese Arbeit herangezogen wurde und noch näher erläutert wird – ist die Einteilung nach wirtschaftlichen Kriterien, die Ähnlichkeiten zwischen Regionen aufzeigt und eine Festlegung von Regionstypen ermöglicht.

Für die Abgrenzung der konkreten Untersuchungsregion muss jedoch auf administrative Grenzen Rücksicht genommen werden, da statistische Daten auf Grundlage dieser Abgrenzung erhoben und zur weiteren Verarbeitung zur Verfügung gestellt werden. (Abbildung 2)

In die weitere Analyse werden vor allem Ost- und Südösterreich inklusive Wien als Bundeshauptstadt – und damit potentieller Migrationszielort – einbezogen. Im Detail sind dies alle Grenzregionen, die an der Staatsgrenze zu einem der neuen Mitgliedstaaten – also Slowakei, Slowenien, Tschechien oder Ungarn – liegen oder sich in direkter Nähe befinden. Dabei wurde die Festlegung in Anlehnung an jene von Huber und Brücker (2003: 101) getroffen, wobei auf die Klassifizierung der NUTS 3 -Gliederung[14] zurückgegriffen wurde, die in Österreich Gruppen von politischen Bezirken bzw. Gerichtsbezirken umfassen. Des Weiteren wurde die von Huber und Brücker gewählte Region um St. Pölten ergänzt.

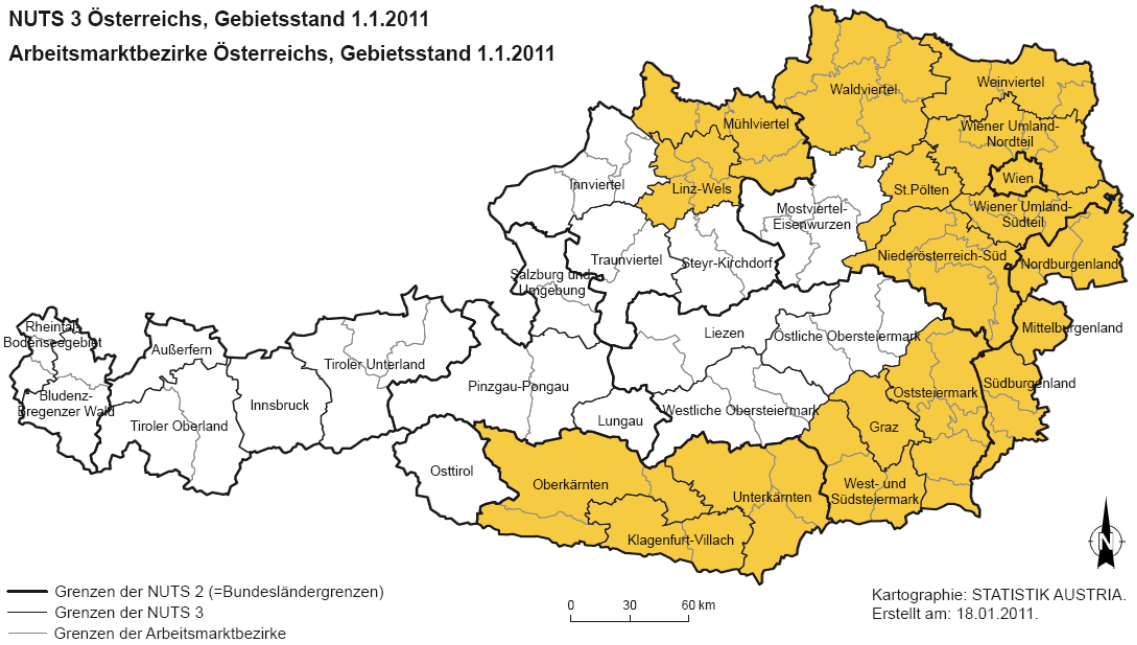


*Abbildung 2* *Abgrenzung der österreichischen Untersuchungsregion auf Ebene der NUTS 3 und Arbeitsmarktbezirken (Gebietsstand 01.01.2011)*

*Quelle:* *Kartengrundlage: Statistik Austria (2011a); Statistik Austria (2011e: Thematische Karte); eigene Bearbeitung.*

Die Auswahl der in die Untersuchung einbezogenen Regionen umfasst daher in Oberösterreich das Mühlviertel, in Niederösterreich das Wald- und Weinviertel, das gesamte Wiener Umland und

[14] Durch diese Gliederung kommt es zu einer Abweichung von der Abgrenzung nach Huber und Brücker, da diese auf der Ebene der politischen Bezirke getroffen wurde.

Niederösterreich-Süd[15], das gesamte Burgenland, in der Steiermark den Osten und Süden sowie ganz Kärnten. Ergänzend zu diesen *tatsächlichen* Grenzregionen zu den neuen Mitgliedstaaten, werden die Region um Linz und Wels, Graz, St. Pölten und Wien als Mittel- und Großstädte bzw. Metropole mit einbezogen[16], da sie aufgrund dieses Status attraktive Migrationsziele darstellen (können). Abbildung 2 verdeutlicht die räumliche Abgrenzung der in dieser Arbeit betrachteten Regionen in Österreich.

Die Auswahl dieser Abgrenzung bzw. die Wahl der Betrachtungsebene ist zu Beginn der Arbeit sehr schwer gefallen. Aufgrund der Verfügbarkeit von Daten wäre die Abgrenzung auf der Ebene der Bundesländer womöglich am einfachsten gewesen, allerdings wäre Österreich dabei fast gänzlich in die Untersuchungsregion gefallen, der Fokus sollte jedoch ein regionaler sein.

Durch Abwägen der räumlichen Tiefe und der Datenverfügbarkeit wurden Regionen auf NUTS 3 - Ebene festgelegt. Diese Abgrenzung bietet den Vorteil der Datenverfügbarkeit auf politischer Bezirks- aber auch auf NUTS 3 - Ebene, die sich in diesem Fall mit jener der Arbeitsmarktbezirke deckt, auf deren Ebene ebenfalls statistische Daten zu erhalten sind.

Trotzdem sollen eingangs auch funktionelle Merkmale der Regionen betrachtet werden, die unterschiedliche Ausgangssituationen für eine mögliche zukünftige Entwicklung beschreiben und eine gesonderte Abgrenzung, unabhängig von administrativen Grenzen ergeben. (Abbildung 3)

Nach Gerhard Palme (1995: 394-399) werden österreichische Regionen in dynamische Wirtschaftsregionen eingeteilt, um funktionale Ähnlichkeiten von Regionen hervorzuheben und daraus die Bestimmungsfaktoren für Spezialisierung und die weitere regionale Entwicklung ableiten zu können.

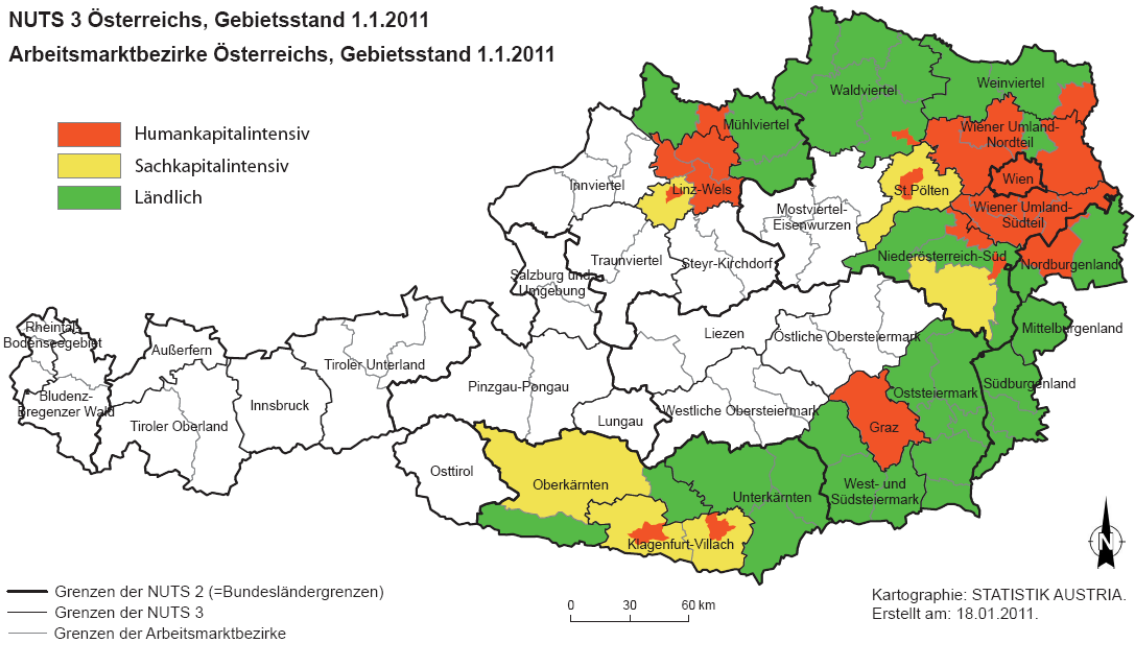


*Abbildung 3 Funktionale Abgrenzung der österreichischen Untersuchungsregion nach Palme*
*Quelle: Palme (1995: 401, 416); Kartengrundlage: Statistik Austria (2011a); Statistik Austria (2011e: Thematische Karte); eigene Bearbeitung.*

[15] Aufgrund der geringen Distanz zu den neuen Mitgliedstaaten, wurde auch diese NUTS-Region in die Untersuchung mit einbezogen.

[16] Zur Zugehörigkeit politischer Bezirke zu den wirtschaftlichen Regionstypen siehe Palme (1995: 416).

Seine Einteilung der Regionen war abhängig von der Kapitalintensität, wodurch es zu einer Zweiteilung in kapitalintensive und -extensive Gebiete kommt. Für das Klassifikationsverfahren wurden hauptsächlich Arbeitsmarktdaten über Struktur und Zahl der Beschäftigten herangezogen. Kapitalintensive Regionen werden nach der Art des Kapitals, also Human- oder Sachkapital, weiter untergliedert. Kapitalextensive Regionen, die vor allem Randgebiete und extensive Industrieregionen umfassen, bilden den ländlichen Raum. Daraus lässt sich die in Abbildung 3 farblich dargestellte Regionsgliederung für den Untersuchungsraum ableiten.

Wien als Hauptstadt, sowie die übrigen Großstädte der Region, aber auch Mittelstädte und deren Umland stellen humankapitalintensive Regionen (orange) dar. Intensive Tourismus- und Industrieregionen, die in der Karte gelb (sachkapitalintensiv) dargestellt sind, gibt es nur wenige in der Grenzregion. Ein großer Teil des Gebietes ist ländlicher Raum (grün), was bedeutet, dass es sich dabei um extensive Industrieregionen oder touristische bzw. industrialisierte Randgebiete handelt, die durch arbeitsintensive Produktion und eine wenig fortgeschrittene Tertiärisierung gekennzeichnet sind. (Zu den Kennzeichen der Regionstypen siehe Palme, 1995: 405)

Zu bedenken ist allerdings, dass die Abgrenzung aufgrund des Anteils von Beschäftigten in den einzelnen Branchen stattfand, um die Kapitalintensität feststellen zu können. Die Zuteilung einer Region erfolgt daher im Großen und Ganzen nach dem größten Beschäftigtenanteil einer Branche an allen Beschäftigten in der jeweiligen Region. (Für Details siehe Palme, 1995: 396-397) Daher können die absoluten Ausprägungen eines Sektors im regionalen Vergleich stark von den relativen abweichen. Ein Beispiel ist die Stadt Wien, die absolut vermutlich mehr Industrie beherbergt als manche sachkapitalintensive Region, der relative Anteil ist in Wien jedoch geringer, da Dienstleistungen enorm stark vertreten sind und daher der humankapitalintensive Sektor relativ gesehen stärker vertreten ist. Für Pendler und Migranten kann jedoch die absolute Ausprägung ausschlaggebend für die Entscheidung über die Zielregion sein, da absolut gesehen mehr mögliche Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Ein weiterer Punkt, der bei dieser Klassifikation zu beachten ist, betrifft die räumliche Gliederung, die sehr grob – auf Bezirksebene – getroffen wurde, wodurch lokale Ausprägungen nicht darstellbar sind und es daher zu einem Genauigkeitsverlust kommt. Nichtsdestotrotz ermöglicht die Gliederung einen Überblick und die grobe Unterscheidung zwischen eher ländlichem Raum und urbanem Raum, in dem die Dienstleistungsbranche besonders stark vertreten ist.

Für eine Migrations- oder Pendelentscheidung ist die Einteilung insofern interessant, da es verschiedene Motivationen gibt, den Arbeitsplatz bzw. auch den Wohnort in einen anderen Staat zu verlegen, wobei das Angebot in den Zielregionen unterschiedlich passend ist. Ein Beispiel dafür sind persönliche Sprachkenntnisse, die vor allem in Dienstleistungsberufen eine große Rolle spielen, in der Landwirtschaft oder Industrie womöglich weniger. Ein weiteres Beispiel: technisch hoch qualifizierte Pendler oder Migranten aus dem Ausland brauchen ebenfalls ein bestimmtes Arbeitsplatzangebot der jeweiligen Branche, die ihr Berufsfeld abdeckt und so eine Beschäftigungschance bietet. Dafür ist jedoch jeweils das absolute Angebot relevant, das in der dargestellten Klassifikation nur vermutet werden kann. Es kann jedoch angenommen werden, dass vor allem urbane Räume – die nach der Klassifikation humankapitalintensiv eingestuft sind – attraktive Zielregionen sind, da speziell dort das Angebot sehr vielfältig und absolut gesehen sehr groß ist.

Die funktionale Abgrenzung diente allgemein der Ableitung regionaler Entwicklungschancen, eventuell auch für informelle Zusammenschlüsse zwischen Regionen zur Stärkung der

Wirtschaftskraft. In der Analyse sollen, basierend auf zukünftig möglichen Arbeitsmarktentwicklungen, regionale Handlungsanforderungen und darauf aufbauend Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden. Die Klassifikation dient daher u.a. der Überprüfung der These, dass urbane Räume die attraktivsten Migrations-Zielregionen sind und dem Vergleich bisheriger Entwicklungen seit der Erweiterung mit vermuteten Entwicklungen im Vorfeld der Osterweiterung.

Auf eine weitere Differenzierung der funktionalen Regionsgliederung und somit einen höheren Detaillierungsgrad wurde bewusst verzichtet, um in weiterer Folge – nach der Analyse der bisherigen Entwicklung und der Ableitung möglicher Trends – regional differenzierte Handlungsmöglichkeiten ausarbeiten zu können.

Zusätzlich zur österreichischen Grenzregion werden in Abbildung 4 die neuen EU-Mitgliedstaaten als erweiterte Untersuchungsregion festgelegt, da Migration und Pendlerströme aus diesen Staaten nach Österreich untersucht werden. Dabei wird deutlich, dass Österreich direkte Staatsgrenzen zu vier neuen Mitgliedstaaten hat und dadurch mehr ins Zentrum der EU gerückt ist.

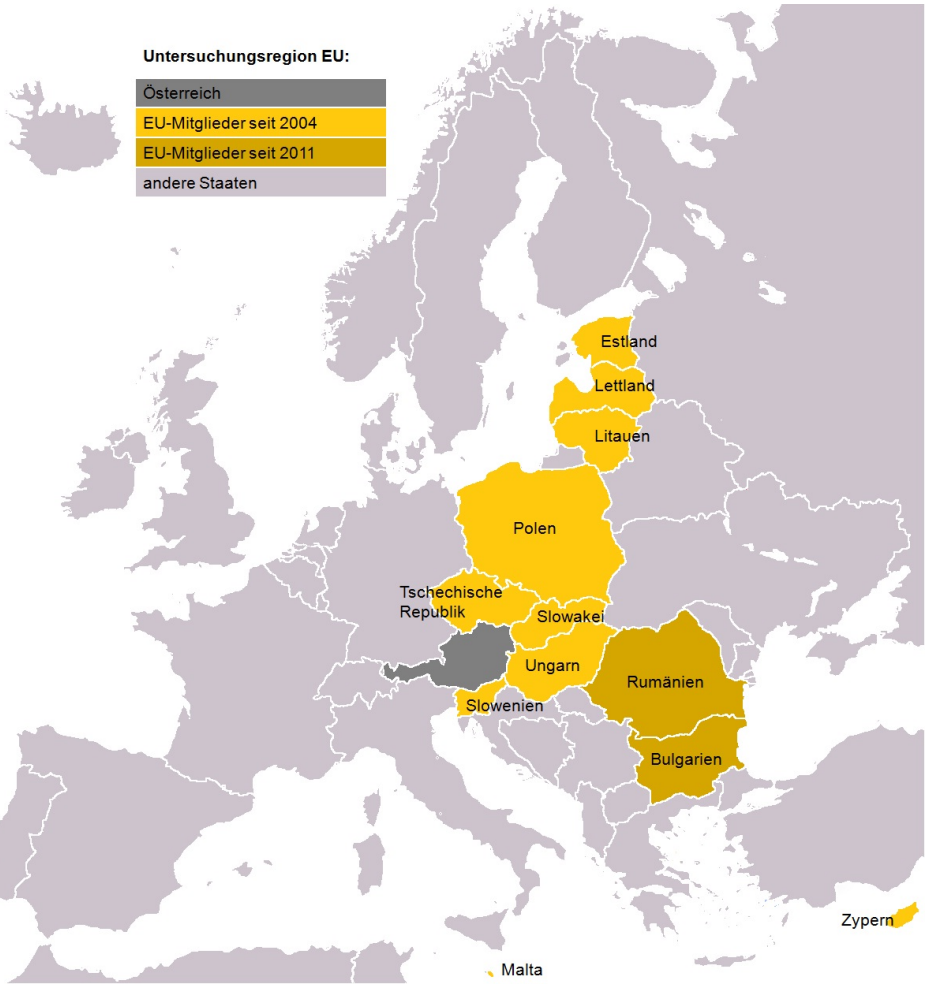


*Abbildung 4* *Erweiterte Untersuchungsregion in Europa.*
*Quelle:* *Kartengrundlage: Benkert (2005); eigene Bearbeitung.*

# 3 Potentielle Migration und Pendlerströme in die Untersuchungsregion

*„Die **Nachbarstaaten der Beitrittskandidaten** haben ein größeres politisches Interesse an einer Stabilisierung der Region als weiter entfernte Länder, sie sind aber auch viel **stärker einem Migrationsdruck ausgesetzt**." (Stankovsky, 2000: 12)*

*„Ab Mai können Bürger der neuen EU-Staaten ungehindert in Österreich arbeiten. Aufgrund von Sonderregelungen sind jedoch **viele längst da - und es werden mehr kommen, als bisher offiziell erwartet.**" (Enigl, 2011: 20)*

Kommentare in Zeitschriften und Zeitungen, aber auch Zitate aus Studien lassen die Angst bzw. die Vorsicht vor der Zuwanderung von den neuen Mitgliedstaaten nach Österreich spüren. Gleichzeitig wird jedoch auf die bereits stattgefundene Veränderung und mögliche Zuwanderung hingewiesen, die aufgrund bestimmter Regelungen bereits seit der Osterweiterung im Jahr 2004 stattgefunden hat. Die Übergangsregelungen konnten nicht die gesamte Migration nach Österreich abhalten. Um jedoch die noch zu erwartenden Migrations- und Pendlerströme nach Österreich bzw. speziell in die Untersuchungsregion aus theoretischer und empirischer Sichtweise zu betrachten muss anfangs der Begriff *Migration* näher definiert werden. Danach kann eine theoretische Betrachtung der Mobilität erfolgen, auf der aufbauend eine empirische Analyse der zukünftigen Migrations- und Pendlerströme in die Untersuchungsregion durchgeführt wird, deren Auswirkungen in Kapitel 4 erläutert werden.

## 3.1 Allgemeine Einführung: Was bedeutet *Migration*?

Der Begriff *Migration* ist auch in der nicht wissenschaftlichen Welt geläufig, wird in den Medien häufig verwendet und doch bedarf es einer Erläuterung, um in weiterer Folge die theoretische und empirische Auseinandersetzung mit dem Phänomen leichter verständlich zu machen.

Hoffmann-Nowotny (1970: 51-53) hat im Zuge einer Studie des Soziologischen Instituts Zürich von 1966 bis 1969 verschiedene Definitionen der Migration untersucht, um diese zu vergleichen und zentrale Elemente hervorzuheben. Dabei stellte er fest, dass diese nach verschiedenen Kriterien stark voneinander abweichen. Bei allen Definitionen ist Migration jedoch Teil einer Oberkategorie, die Hoffmann-Nowotny als „Bewegung von Einzelpersonen oder Gruppen im Raum" (1970: 53) bezeichnet, die weiter differenziert werden kann. Je nach Definition ist ein räumliches oder ein kulturelles Element entscheidend für den Migrationsbegriff. Räumlich wird der Zielpunkt, der Wechsel der Wohnung oder jener des Wohnsitzes teilweise mit dem zusätzlichen Kriterium des Wechsels in eine andere Gemeinde als relevant angesehen. Eine andere Definition beschreibt Migration als die Bewegung in eine andere Gesellschaft, sozio-kulturelle Umgebung oder (Sub-)Kultur im Allgemeinen. Zu diesen beiden grundsätzlichen Unterscheidungstypen kommen Kriterien wie Dauer des Aufenthaltes, Distanz zum Heimatort und der Abbruch physischer Kontakte dorthin, individuelle Charakteristika der Individuen und die Planung der Wanderung. Auch der Begriff der *Freiwilligkeit* der Wanderung fließt in die Definitionen mit ein, wird jedoch unterschiedlich vorausgesetzt bzw. ausgeschlossen.

Nach eigener Auffassung wird Migration als Wanderung von Individuen mit dauerhaftem – zumindest mehrjährigem – Wechsel des Wohn- und Arbeitsortes verstanden. Wie in Kapitel 1.3 kurz erläutert, ist für die vorliegende Untersuchung vor allem interregionale, Staatsgrenzen

überschreitende Wanderung zentral. Anhand der zuvor erläuterten Kriterien von Hoffmann-Nowotny sind folgende Kriterien relevant:

Als Zielpunkt wird die in Kapitel 2.3 festgelegte Untersuchungsregion verstanden. Es muss nicht nur ein Wechsel der Wohnung, sondern auch einer des Wohnsitzes in einen anderen Staat stattfinden; im vorliegenden Fall ein Wohnsitzwechsel nach Österreich. Dabei kommt es auch zu einer Bewegung in eine andere Gesellschaft und – je nach Person – in eine andere Kultur. Die Dauer des Aufenthalts am Zielort muss zumindest mehrjährig sein, um von Migration zu sprechen; die exakte Distanz zum Heimatort ist dabei jedoch nicht relevant. Ein Abbruch physischer Kontakte wird mit der Migration von Personen einhergehen, ist jedoch nicht Festlegungskriterium für Migration. Die Charakteristika der Personen – so z.B. der Bildungsstand und das Alter – sind in der weiteren Betrachtung sehr wohl relevant, für die Definition als Migrant per se werden jedoch keine Unterschiede zwischen den Personen gemacht. Die Planung des Vorhabens zu migrieren ist eng verbunden mit der Freiwilligkeit. Die Planungsphase hat höchste Bedeutung für die Abwägung aller Kriterien für das jeweilige Individuum und hat vor allem in der theoretischen Betrachtung zu erwartender Migration einen großen Stellenwert. Angenommen wird die Hoffnung auf einen höheren gesellschaftlichen Stand, ein besseres Einkommen o.ä. als Grund für Migration. Für die vorliegende Untersuchung ist die freie Entscheidung der Migration zentral. Es wird daher klar abgegrenzt, dass bei den folgenden Analysen die ökonomische Perspektive im Vordergrund steht und die aus dieser Sicht resultierenden Vor- und Nachteile der Migration. Es soll daher eine klare Abgrenzung der untersuchten *Arbeitsmigration* von politischer Verfolgung, Kriegsflucht oder anderwärtig erzwungener Migration bzw. Flucht stattfinden, in denen Planung z.B. aus zeitlichen oder politischen Gründen nicht möglich ist und die Entscheidung nicht auf Freiwilligkeit basiert. Bei diesen Arten der Migration stehen außerdem nicht Kosten und Nutzen aus der wirtschaftlichen Perspektive im Vordergrund sondern Menschenrechte. Es wird daher festgelegt, dass Planung und Freiwilligkeit in ihrem Zusammenhang beide Voraussetzungen für das hier notwendige Verständnis von Migration sind, die aus einer wirtschaftlichen Perspektive und nicht der sozialen betrachtet wird.

Nach dieser klaren Abgrenzung von Migration in einer allgemeinen Betrachtung, kann nun in weiterer Folge auf verschiedene Theorien zu Migrationsgründen, -ursachen und -auswirkungen eingegangen werden.

## 3.2 Ursachen für Migration und Pendeln aus theoretischer Sicht

Die Literatur zu Migrationsverhalten und -ursachen sowie beeinflussenden Faktoren zur Migrationsentscheidung ist sehr umfassend, wobei Pendeln als Möglichkeit der grenzüberschreitenden Mobilität – die vor allem in der Grenzregion eine Alternative zu Migration darstellen kann – wenig Beachtung findet. Zu Migration gibt es sehr unterschiedliche Modelle, wobei grundsätzlich zwischen der individuellen Entscheidung zu migrieren und der makroökonomischen Sicht zu unterscheiden ist.

In weiterer Folge wird auf den humankapitaltheoretischen Ansatz als Grundlage für weitere Modelle eingegangen, um darauf aufbauend die Theorien über den Optionswert des Wartens, der relativen Stellung bzw. der Selbstselektion von Migranten, der Welfare-Magnet-Hypothese und Pendeln als Alternative zu Migration zu betrachten und zu erläutern.

### *3.2.1 Der humankapitaltheoretische Ansatz: individuelle Nutzenmaximierung*

Nach dem humankapitaltheoretischen Ansatz als Erweiterung des neoklassischen Modells ist „die Wanderungsentscheidung […] ein Investitionskalkül für Humankapital" (Siebert, 1993: 230); jedes Individuum versucht daher, den Nutzen bzw. das Einkommen zu maximieren. Dabei ist für das Individuum die Nutzenmaximierung über die Lebenszeit relevant. Die Entscheidung ist dabei gewissen Restriktionen hinsichtlich individuell verfügbaren Budgets, Einkommensmöglichkeit im Zielland, Beschäftigungssituation und Wanderungskosten unterworfen. In den verschiedenen Ansätzen unterschiedlich bewertet werden die u.a. Risiken bezüglich Einkommen und Beschäftigung, psychische Kosten, Information über Einkommen und Beschäftigung, Suchverhalten und -kosten, Alter und Bildung. (Siebert, 1993: 229-236)

Es handelt sich daher um einen individuellen Such- und Optimierungsprozess, dem rationales Handeln der Individuen unterstellt wird, die nur dann migrieren, wenn – unter Berücksichtigung der oben angeführten Kriterien – der Gegenwartswert des Nettonutzens aus der Wanderung zum Entscheidungszeitpunkt größer ist als jener bei einem Verbleib im Heimatland. (Straubhaar, 2000: 11; Straubhaar, 2002: 29)

Aus makroökonomischer Sicht ist nicht die individuelle Entscheidung zentral, sondern allgemeine Wanderungsströme zwischen Ländern, die als Summe der Entscheidungen der Individuen Wirkungen im jeweiligen Aus- und Einwanderungsland erzeugen. Dabei wird zwischen Nachfragesogwanderung, Angebotsdruckwanderung und simultanem Sog und Druck[17] unterschieden, die zu Wanderungsströmen zwischen Ländern führen. (Siebert, 1993: 229-236)

In den untersuchten Theorien werden jedoch vor allem mikroökonomische Ansätze verfolgt, die auf der Betrachtung der individuellen Entscheidung beruhen und makroökonomische Elemente[18] in ihre Annahmen über den individuellen Entscheidungsprozess einfließen lassen.

Die Grundlage des humankapitaltheoretischen Ansatzes wie oben erläutert, bildet *The Costs and Returns of Human Migration* von Larry Sjaastad (1962), der in den 1960er Jahren Migration und deren Auswirkungen auf reale Lohnunterschiede zwischen Staaten untersucht hat. Dafür hat er Kosten und Nutzen der Migration auf öffentlicher und individueller Seite mit dem Ziel untersucht, den Nutzen der Migration zu bestimmen, die als Investition in die Produktivität der Ressource Mensch verstanden wird. Seine Betrachtungsweise umfasst individuelle Kosten und Nutzen der Migration, die monetär und nicht monetär ausfallen können. Private, monetäre Kosten umfassen höhere Lebenserhaltungskosten, Reisekosten und die Kosten, einen neuen Beruf zu erlernen. Diese monetären Kosten fallen seiner Meinung nach bei der Migrationsentscheidung womöglich geringer ins Gewicht als nicht monetäre Kosten, die vor allem Opportunitätskosten[19] und psychische Kosten[20] beinhalten. Letztere sind schwierig quantifizierbar, da sie keine direkten Ressourcenkosten darstellen, beeinflussen jedoch sehr stark die Entscheidung zur Migration. (Sjaastad, 1962: 80-85)

Dem gegenüber steht der individuelle Nutzen der Migration, der aus finanzieller Sicht nicht nur aus der Veränderung des nominellen – zu laufenden Preisen gemessenen – Einkommens

[17] Nachfragesog: Einwanderungsland fragt Arbeitskräfte aus dem Ausland nach; Angebotsdruck: der Grund für Wanderung liegt in veränderter Situation im Auswanderungsland, die die individuelle Lage verschlechtert, Sog und Druck: Mix aus beiden, geringe Abstraktion.

[18] So z.B. die Arbeitsmarktsituation im Zielland.

[19] Darunter fällt z.B. entgangenes Einkommen während der Reise oder der Jobsuche; ein Teil davon stellt eine Funktion der Distanz dar, d.h. die Kosten steigen mit erhöhter Wanderungsdistanz.

[20] Diese Kosten fallen u.a. durch Verlassen der bekannten Umgebung, Familie und Freunde an.

entsteht, sondern auch des realen – zu konstanten Preisen gemessenen – in Kombination mit z.B. Konsummöglichkeiten und erhöhten Lebenskosten. Unterschiede bei den Löhnen entstehen jedoch nicht nur durch ein Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt; auch Beschäftigungsstruktur, Geschlecht, Alter und Produktivität beeinflussen die individuelle Lohnhöhe. Bei der individuellen Wanderungsentscheidung ist auch die Tätigkeit selbst zentral, da durch Investitionen in das Humankapital durch Weiterbildungen oder eine zusätzliche Ausbildung auch andere Branchen im Zielland attraktiv werden, was die Abschätzung der Kosten und Nutzen allerdings komplexer macht. (Sjaastad, 1962: 85-91)

Die nicht finanzielle Komponente zeigt die Präferenz für ein bestimmtes Land. Migranten können beispielsweise aufgrund der für sie bedeutsamen Präferenz für ein bestimmtes Klima, den Grad der Verstädterung oder der Kultur auf höhere reale Einkommensunterschiede verzichten. Ein weiterer Aspekt ist die Erhöhung der Einkommen in Kombination mit der Verfügbarkeit von Konsumgütern zur Befriedigung von Bedürfnissen. (Sjaastad, 1962: 86-87)

Auch Todaro und Maruszko (1987: 912-914) bauen mit ihrer Abhandlung im *Palgrave Dictionary of Economics* auf dieser Theorie auf. Zu den Einkommensunterschieden kommt in ihrer Betrachtung die Arbeitslosigkeit im Heimat-, aber auch im Zielland als Entscheidungsfaktor hinzu. So setzt sich in ihrer Betrachtung der erwartete Nutzen der Migration aus dem tatsächlichen Nutzen, den Migrationskosten und der Wahrscheinlichkeit zusammen, eine Anstellung im Zielland zu finden.

### *3.2.2 Räumliche Immobilität: Bleiben und der Optionswert des Wartens*

Thomas Straubhaar (2000: 11-15; 2002: 29-32) hat sich mit den traditionellen, mikroökonomischen Modellen auseinandergesetzt und wie seine Vorgänger festgestellt, dass eine Wanderung stattfindet, wenn der Gegenwartswert im Falle der Migration zum aktuellen Zeitpunkt größer ist als jener im Falle des Verbleibs im Heimatland. Da es sich bei der Entscheidung zu migrieren um einen laufenden Prozess mit sich ändernden Bedingungen handelt, der nicht alleine, sondern in der Familie oder Gruppe getroffen wird, kommt es zu einer Überschätzung der räumlichen Mobilität auf einer makroökonomischen Ebene.[21]

Bei der Betrachtung des Arbeitsmarktes, also auf Seiten der Einkommenserzielung, ergeben sich gesellschaftsspezifische, ortsspezifische und firmenspezifische Vorteile. Diese äußern sich u.a. im Nutzen von Insidervorteilen, der Kenntnis von informellen Kanälen, Normen und Werten (gesellschaftsspezifisch), in der Kenntnis von Produktionstechnologien oder dem Umgang mit Behörden (ortsspezifisch) sowie firmeninternen Kenntnissen, die im Falle der Migration, verbunden mit einem Firmenwechsel verloren gehen würden.

Beim Konsum, der Einkommensverwendung, gehen ebenfalls ortsspezifische Vorteile, wie z.B. Kenntnisse über Preis-Leistungsverhältnisse oder Zugänge zu informellen Kanälen verloren. Auch Anerkennung und Prestige durch ehrenamtliche Tätigkeiten o.ä. als gesellschaftsspezifische Vorteile verlieren ihren Wert.

Durch den Verlust dieser Vorteile – die im Heimatland nutzbar sind und im Falle der Migration aufgegeben werden – bekommt der Verbleib im Heimatland einen besonderen Wert.

[21] Die Kosten der Migration und der Wert der Immobilität werden nach Straubhaar (2000; 2002) in den traditionellen Modellen zu wenig berücksichtigt.

Dieser besteht aus Know-how, das auf dem Arbeitsmarkt und bei Konsumentscheidungen für das Individuum relevant ist. (Siehe hierzu insgesamt Straubhaar, 2000: 18-19; Straubhaar, 2002: 35-37)

Zum Verlust dieser Vorteile kommen nationalstaatliche Regelungen hinzu, die durch die Bindung an nationale Transferzahlungen, Sozialleistungen oder andere Services die Wanderung erschweren. Sind diese Leistungen auch im Zielland vorhanden und dort auch für Migranten relevant, so kann dadurch auch das Gegenteil, die Motivation zur Wanderungen bewirkt werden.[22]

Die Idee der Theorie der Immobilität ist es daher, zum Barwert des Einkommensüberschusses den Wert der Immobilität einzuberechnen und somit alle standortspezifischen Vorteile zu berücksichtigen (Straubhaar, 2000: 19-21; Straubhaar, 2002: 37-39).

Ähnlich dazu hat auch die zeitliche Verschiebung der Migrationsentscheidung einen Wert. Siebert (1993: 231-232) und Burda (1995: 4-11) sehen in der Entscheidung zu warten, einen positiven Optionswert, da Unsicherheit und Risiko durch die Sammlung zusätzlicher Informationen verringert werden können. Wichtig ist dabei jedoch die Annahme des Trends zur Annäherung der realen Lohnniveaus zwischen Herkunfts- und Zielland, dass sich die nominellen Einkommen schneller angleichen, als ursprünglich erwartet. Falls es nicht zu einer Annäherung der realen Lohnniveaus kommt, kann später immer noch gewandert werden; im Falle eines Auseinanderdriftens der Einkommen bekommt Warten jedoch einen negativen Wert, da eine frühe Wanderung es ermöglicht, beim positiven Trend im Zielland zu partizipieren.

Aufbauend auf dem humankapitaltheoretischen Ansatz fließen in die Entscheidungsfindung, zu wandern oder zu warten, z.B. die Fixkosten, als nicht rückgewinnbare Kosten für die Wanderung sowie der Verlust von Freunden ein. Der Unsicherheitsfaktor über Aspekte wie z.B. zukünftige Einkommen oder Lebensstandard kann durch einen zusätzlichen Informationsgewinn während der Zeit des Wartens verringert werden. Warten ist daher eine praktikable Option im Entscheidungsprozess.

Ähnlich wie in der Finanztheorie wird durch die Durchführung der Migration die Option der Tätigkeit zerstört (Burda, 1995: 5-8), der Nutzen muss daher die Fixkosten und den Wert der Option, zu migrieren, übersteigen. Mathematisch betrachtet erfolgt ein Vergleich der Gegenwartswerte der beiden Optionen, wobei im Falle des Wartens in der 2. Periode gewandert oder wiederum gewartet werden kann. Dabei fließen in die Berechnung die Fixkosten der Wanderung, das aktuelle Einkommen, *best* und *worst case* der Einkommensentwicklung im Zielland sowie die jeweilige Wahrscheinlichkeit des Eintretens und eine Diskontierungsrate ein. Dadurch kann ein numerischer Wert berechnet werden; je größer er ist, desto besser ist es, die Entscheidung, zu migrieren, zu verzögern.

Der Grundgedanke ist daher, der Option, also der Entscheidungsmöglichkeit, zu migrieren, einen Wert zu geben. Die Entscheidung zeitlich zu verzögern und zu warten beruht auf dem Gedanken, zusätzliche Informationen sammeln zu können und damit Risiko und Unsicherheit zu minimieren.

Straubhaar (2002: 37-39) bezieht dabei in seiner aktuelleren Betrachtung bereits Netzwerke als Informationsquelle mit ein, die immer mehr an Bedeutung gewinnen, es erleichtern, Informationen zu erhalten, aber auch ermöglichen, standortspezifische Vorteile an einem anderen Ort zu nutzen

[22] Die Theorie dazu geht von *Welfare Magnets*, also anziehenden Kräften der Sozialleistungen aus. (Siehe dazu Borjas, 1999a: 607-635) Standortentscheidungen, welcher Staat als Zielland gewählt wird, werden dabei u.a. durch die Sozialleistungen im Zielland beeinflusst, die dem Migranten Sicherheit im Falle der Arbeitslosigkeit bietet. Unterschiede der Systeme von Staaten generieren einen Magneteffekt migrierende Bevölkerung.

und somit allgemein die Eintrittsbarrieren verringern. Ein weiterer Aspekt dieses Gedankens ist die Netzwerk-Migration, die es späteren Migranten leichter macht, nachzufolgen, wobei es – je nach Haltung der Aufnahmegesellschaft – auch zu Konkurrenzsituationen kommen kann. Je offener und individualisierter die Aufnahmegesellschaft ist, desto leichter dürfte die Entscheidung zu migrieren fallen, da standortspezifische Vorteile ein geringeres Gewicht bekommen. Auch die zunehmende Internationalisierung erleichtert Wanderungen, da sich Verhalten und Konsum global annähern, was ebenfalls positiv für die Entscheidung, zu wandern, sprechen kann.

Allgemein steht die Theorie der Immobilität jedoch hinter dem Gedanken, dass es mikroökonomisch rational sein kann, nicht zu wandern, auch wenn aus gesamtwirtschaftlicher Sicht Aspekte dagegen sprechen, weshalb für Straubhaar „internationale Immobilität die Regel und grenzüberschreitende Wanderung die Ausnahme ist“ (Straubhaar, 2002: 39), wobei auch die im folgenden Abschnitt erläuterten Aspekte im Entscheidungsprozess eine Rolle spielen können.

### *3.2.3 Relative Stellung von Migranten in der Gesellschaft*

Die Theorie der relativen Deprivation (siehe hierzu insgesamt Stark/Taylor, 1991: 1163-1168; Stark/Micevska/Mycielski, 2009: 119) beschreibt, dass nicht zwangsläufig die absolute Verbesserung des Einkommens oder der Lebensumstände ausschlaggebend für die Entscheidung zu wandern sind, sondern die relative Stellung in der Gesellschaft bzw. der jeweiligen Referenzgruppe eine große Bedeutung haben.

Jede Verbesserung für einen anderen Haushalt verschlechtert die relative Stellung des eigenen, während jede Einkommenserhöhung die eigene relative Position stärkt. Sobald daher die Stellung in einer Referenzgruppe bei Migration besser ist, als ohne, wird ein Haushalt eine Wanderung in Betracht ziehen.

Für die Migrationsentscheidung ist jedoch neben der Verbesserung der relativen Stellung auch die absolute Einkommenserhöhung relevant. Da es beide Betrachtungsweisen bzw. Theorien zur Migration gibt, ist es für die Entscheidung zentral, dass in beiden Fällen oder zumindest in Kombination eine Verbesserung für den Migranten bzw. den Haushalt eintritt. Nach Betrachtungsweise der absoluten Einkommenserhöhung haben Haushalte, deren absolutes Einkommen im Heimatland steigt, weniger Anreiz zu wandern, da sich ihre Situation absolut verbessert. Bei Betrachtung der relativen Stellung bei einer sinkenden Stellung in der Referenzgruppe im Heimatland wird von einem steigenden Anreiz der Migration ausgegangen, da aufgrund des erwarteten höheren Reallohns im Zielland die relative Stellung gegenüber der Referenzgruppe im Heimatland verbessert wird.

Eine weitere Annahme ermöglicht den Wechsel der Referenzgruppe, also eine nicht stabile Funktion der relativen Stellung eines Haushaltes. Dadurch kann es zu einer Schlechterstellung in der neuen, trotz Besserstellung gegenüber der ursprünglichen, Referenzgruppe kommen. Ein Wechsel der Referenzgruppe fällt bei internationaler Migration besonders schwer, wodurch eine Abwendung vom Aufnahmeland bestehen bleibt, der mitunter beabsichtigt ist, um die Besserstellung gegenüber dem Heimatland nicht zunichte zu machen. Dadurch ergibt sich wiederum eine neue Fragestellung zur Integration von Migranten, die jedoch weder Teil der Theorie von Stark und Taylor (1991: 1166-1667) noch dieser Arbeit ist. Zusammenfassend besagt die Hypothese zum relativen Einkommen, dass bei Fixierung des ursprünglichen absoluten Haushaltseinkommens und Humankapitals die ursprüngliche relative Stellung des Haushalts einen

positiven Einfluss auf die Tendenz zur Migration in Zielländer hat, wo der mögliche Nutzen groß genug ist, um die relative Position in der Gemeinde zu ändern und das Risiko des Wechsels der Referenzgruppe möglichst gering zu halten. Diese Theorie zeigt, dass es scheinbar besser ist, arm in einer eher armen Bevölkerung zu sein als in einer reichen.

### *3.2.4 Charakteristika von Migranten: die Selbstselektion*

Auch bei der Selbstselektion von Migranten kommt der Ansatz der relativen Stellung in der Gesellschaft zum Einsatz. Ähnlich wie bei der relativen Deprivation und dem Optionswert des Wartens werden neben quantitativen auch qualitative Charakteristika betrachtet. Es werden jedoch nicht standortspezifische Vorteile oder die Stellung bzw. das Prestige in der Gesellschaft betrachtet, sondern der Bildungsstand und andere beobachtbare und nicht beobachtbare Charakteristika. Beobachtbar sind beispielsweise Alter oder Schulbildung, die in beiden Staaten bewertbar sind, während Risikofreudigkeit und Motivation ex ante beobachtbare Charakteristika darstellen.

Selbstselektion liegt vor wenn Personen aufgrund ähnlicher Charakteristika eine Gruppe bilden. Die Mitglieder dieser Gruppe unterscheiden sich dadurch von anderen Gruppen – im vorliegenden Fall also Migranten von der verbleibenden Bevölkerung. (Steinhardt et al., 2005: 75)

Wichtig ist diese Differenzierung vor allem in der politischen Betrachtung der Zuwanderungssteuerung hinsichtlich der Beteiligung von Migranten am nationalen Arbeitsmarkt.

Nach dem Roy-Modell zur Erklärung der Selbstselektion (siehe hierzu insgesamt Steinhardt et al., 2005: 75-78; Borjas, 1999b: 13-18; Brücker/Defoort, 2006: 2-3) wird die Wahrscheinlichkeit der Migration von heterogenen Gruppen untersucht. Es kann aufgrund der Ausprägung der Eigenschaften zu zwei unterschiedlichen Arten der Selektion kommen. Eine positive Selektion der Einwandernden findet statt, wenn ein migrierendes Individuum hinsichtlich der Charakteristika bzw. des Einkommens über dem Durchschnitt dieser Eigenschaften der verbleibenden Bevölkerung liegt. Bei negativer Selektion verhält es sich umgekehrt, die Ausprägungen liegen dabei unter dem Durchschnitt der verbleibenden Bevölkerung.[23] Die Art der Selbstselektion hängt neben dem Durchschnittseinkommen jedoch auch von den Erträgen der Schuldbildung und der relativen Streuung der Einkommensverteilung im Vergleich zw. Quell- und Zielland ab, was vor allem für die aktuelle Betrachtung der neuen EU-Staaten mit Österreich relevant ist.

Unter der Annahme, dass die Charakteristika zw. den Staaten übertragbar sind, wird die relative Entlohnung für Bildung betrachtet. Sind die Erträge für einen gewissen Bildungsstand im Zielland größer als in der Heimat, so findet eine positive Selbstselektion der Hochqualifizierten statt, für die Migration aufgrund der höheren Wanderungsgewinne attraktiver ist. Umgekehrt findet bei einer geringeren Bewertung der Bildung im Zielland eine negative Selektion der Niedrigqualifizierten statt, da sie in der Heimat unter dem Durchschnitt liegen und für sie der Wanderungsgewinn relativ größer ist als für Hochqualifizierte.

Ähnlich verhält es sich mit unsichtbaren Charakteristika, deren Ertrag sich vor allem in der Einkommensstreuung zeigt. Ist die Einkommensstreuung im Zielland geringer, so werden Charakteristika wie Risikofreudigkeit oder Motivation geringer entlohnt, wodurch der Anteil der

[23] Anzumerken ist dabei, dass bei Borjas (1999b: 14) die Wanderungskosten als konstant angenommen werden, bei Brücker und Defoort (2006: 2-3) z.B. auch die Überlegung gemacht wird, dass Wanderungskosten im Falle einer höheren Bildung und dadurch einem leichteren Zugang zu gewünschten Informationen verringert werden können und somit Migration attraktiv wird.

Motivierten und Risikofreudigen an den Migranten schrumpft. Migration wird daher vor allem für jene Personen mit einer geringen Ausprägung dieser Charakteristika interessant, da sie eine Absicherung im Falle einer negativen Arbeitsmarktentwicklung vorfinden. In diesem Fall findet eine negative Selektion dieser Gruppe statt. Im Falle der höheren Einkommensstreuung verhält es sich folglich genau umgekehrt.

Da die Streuung der Einkommen in hochentwickelten Staaten wie Österreich kleiner ist, lässt sich daraus schließen, dass vorzugsweise Gruppen, die hinsichtlich der Charakteristika unter dem Durchschnitt im Heimatland liegen, nach Österreich migrieren werden. Ein weiteres Ergebnis der Selbstselektion ist die Ähnlichkeit der migrierenden Personen, die schon vor der Einwanderung zu einer Gruppierung führen und schließlich eine homogenere Gruppe im Zielland bilden, als sie in ihrem Heimatland sind.

Für die Einwanderungspolitik kann dieser Fakt höchst interessant sein, da Angebot und Nachfrage der Migranten oft nicht zusammenpassen und es daher für die Steuerung von zentraler Bedeutung ist, Anreizsysteme für die gewünschte Gruppe zu schaffen.

### *3.2.5 Pendeln als Alternative zu Migration*

Neben der Möglichkeit zur Migration kann sich regionale Mobilität auch durch das Pendeln von Erwerbstätigen äußern, um den persönlichen Nutzen zu erhöhen. Wie zu Beginn der Arbeit definiert, entspricht das Pendeln dem regelmäßigen Wechsel zwischen Wohn- und Arbeitsort.

Wie in den betrachteten Theorien erläutert, hängt die Wahrscheinlichkeit der Migration eines Individuums von der Einkommensentwicklung sowohl im Heimat- also auch im Zielland ab (Nowotny, 2010: 4-6). Da in der Praxis keine vollständige Information über die zukünftige Entwicklung vorherrscht, sind die Eingangsvariablen mit großer Unsicherheit behaftet, wodurch Pendeln vor allem in der Grenzregion eine attraktive Alternative zur Migration darstellt.

Nowotny und Huber (2008: 4-10) haben dazu die Beziehungen zwischen der Bereitschaft zu pendeln gegenüber jener zu migrieren untersucht:

Das Individuum erhält im Falle des Pendelns ein Einkommen in der Zielregion und profitiert von vorhandenen Nutzencharakteristika und Sozialleistungen in der Heimatregion.[24] Es entstehen allerdings Pendelkosten, die wiederum berücksichtigt werden müssen. Unter der Annahme eines Jobangebots im Ausland mit bestimmten Einkommenserwartungen entstehen verschiedene Nutzenfunktionen für Migration und Pendeln. Die Betrachtung der Einkommensunterschiede alleine genügt nicht, da von ihnen in beiden Fällen profitiert wird. Vorteile wie geringe Mieten oder Sozialleistungen im Heimatland können jedoch nur im Falle des Pendelns genossen werden. Hinzu kommen Pendelkosten. Direkte Nutzengewinne können daher allgemein aus dem Einkommen, Mobilitätskosten und Unterschieden in staatlichen Leistungen gewonnen werden. Sie fließen in die Entscheidungsoptionen Pendeln oder Bleiben, Migration oder Bleiben und Migration oder Pendeln ein, wobei z.B. höhere Einkommensunterschiede die Wahrscheinlichkeit für Pendeln und Migration gegenüber dem Verbleib erhöhen und höhere Unterschiede in den Vorteilen des Wohnortes die Wahrscheinlichkeit für Pendeln und den Verbleib verringern.

Klaus Nowotny (2010: 2-6) hat in seiner späteren Studie dazu die Hypothesen aufgestellt, dass sich mit steigender Risikoaversion die Bereitschaft zur grenzüberschreitenden Mobilität verringert,

[24] Dazu können auch geringe Mieten, also der Vorteil geringerer Kosten, gehören.

wobei der relative Effekt auf die Entscheidung zur Migration höher ist[25]. Des Weiteren unterstellt er, dass die Attraktivität zu Wandern mit steigendem Alter sinkt, da auch die Anzahl der Jahre, in denen das Einkommen im Zielland erworben werden kann, sinkt, was jedoch auf die Pendelentscheidung keinen Einfluss hat, da die Kosten fürs Pendeln jede Periode entstehen. Die Pendelbereitschaft selbst steigt mit dem erwarteten Einkommen und sinkt gleichzeitig mit steigender Risikoaversion, steigendem Einkommen im Heimatland und den Pendelkosten. Diese drei Faktoren[26] beeinflussen daher die Entscheidung zu pendeln oder nicht und damit den persönlichen Nutzen – unabhängig von Migration – zu erhöhen.

Huber und Nowotny haben 2008 daher die menschliche Risikoaversion wenig berücksichtigt und dafür Nutzercharakteristika im Zielland beachtet, die Nowotny 2010 als für den Entscheidungsprozess nicht relevant betrachtet.

Huber und Brücker (2003: 50-51) haben die Vorteile und Nachteile des Pendelns betrachtet, wobei auch sie die Vorteile in den höheren Löhnen am Arbeits- gegenüber dem Wohnort sehen. Hinzu kommen geringere Lebenshaltungskosten, Sozialleistungen und andere Annehmlichkeiten am Wohnort sowie die Vermeidung psychischer Kosten und Migrationskosten durch den Verbleib. Als Nachteil wird die tägliche Reise aus finanzieller und zeitlicher Sicht betrachtet. Die Kosten sind abhängig von der zu überwindenden Distanz, der Qualität der Infrastruktur zur Überwindung dieser[27], der Preis für Verkehrsmittel, aber auch die alternative Zeitverwendung, jedoch vor dem Hintergrund, dass Migrationskosten gespart werden können.

Weitere Einflüsse auf die Pendeldistanz haben auch die tägliche Arbeitszeit, da die Kosten pro Stunde verringert werden können, die Arbeitslosenrate in der Zielregion, der Wohnungsmarkt am Wohnort, aber auch die Charakteristika des Haushalts des Pendlers, da die alleinige Verlagerung des Arbeitsortes eine Alternative gegenüber der Migration des gesamten Haushalts darstellt

Durch die Beibehaltung der eigenen Sprache und Kultur, die Inanspruchnahme des Sozialsystems am Wohnort und die Unsicherheit über die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung ist Pendeln in Grenzregionen daher eine abgesicherte Art der grenzüberschreitenden Mobilität.

## 3.3 Potentielle Migration und Pendlerströme nach Österreich

Die bisher theoretische Betrachtung der zu erwartenden Pendler- und Migrationsströme und Beweggründe für die räumliche Mobilität soll nun um eine empirische Betrachtung ergänzt werden. Dazu gab es bereits zahlreiche Studien vor der EU-Erweiterung und auch danach, in denen die voraussichtlichen Entwicklungen – u.a. abhängig von der angewandten Methode – unterschiedlich eingeschätzt wurden.

In den analysierten Studien stellen die jährliche Anzahl an Migranten und jene an Pendlern eine Gesamtbetrachtung dar und berücksichtigen dabei nicht, wie viele Personen bereits seit 2004 jährlich ein zusätzliches Arbeitskräfteangebot in Österreich schaffen.[28]

[25] Der Wechsel des Wohnortes ist mit zusätzlichem Risiko behaftet, während im Falle des Pendelns nur der Arbeitsort räumlich verlagert wird.

[26] Einkommen, Risikoaversion, Mobilitätskosten.

[27] Mit steigender Qualität des Infrastrukturnetzes und höheren Durchschnittsgeschwindigkeiten können bei gleicher Zeit größere Distanzen überwunden werden.

[28] Nowotny (2011a: 80) weist darauf hin, dass seit der Erweiterung 2004 jährlich etwa 9.400 Personen aus Ungarn, Tschechien oder der Slowakei zuwanderten. Die angegebenen Zahlen stellen daher kein zusätzliches Wachstum gegenüber den Jahren 2004 bis 2011 dar, sondern die Gesamtsumme aus den neuen Mitgliedstaaten, wodurch die

### *3.3.1 Migrations- und Pendlerpotentiale: ein Überblick*

Zur Abschätzung der Anzahl potentieller Migranten und Pendler gibt es unterschiedliche Methoden. (Siehe hierzu insgesamt Huber/Brücker, 2003: 29-31) Mit Hilfe ökonometrischer Untersuchungen wird versucht, aus wirtschaftlichen Theorien, mathematischen Methoden und statistischen Daten die Potentiale zu berechnen, wobei meist die Annahme zugrunde liegt, dass Reallohnunterschiede zwischen Regionen oder Ländern die treibende Kraft für die Entscheidung sind. Wie bereits Sjaastad 1962 (82) in Studien festgestellt hat, hat sich auch in den Untersuchungen von Huber und Brücker herausgestellt, dass die Effekte auf die Nettozuwanderung[29] durch erhöhte Pro-Kopf-Einkommen nur gering sind. So führen um 10% höhere Pro-Kopf-Einkommen zu Erhöhungen der Nettozuwanderung um 0,26% in den USA oder 0,064% in Europa was auf eine geringere Mobilitätsbereitschaft der Europäer schließen lässt. In den untersuchten Studien für Europa kommt es jedoch aufgrund zahlreicher Annahmen[30] zu einem sehr heterogenen Ergebnis über potentielle Migranten und Pendler. Selbst nach Bereinigung der Unterschiede der Annahmen zw. den Studien wurden Potentiale von 41.000 bis 680.000 Migranten aus fünf neuen Mitgliedstaaten in die gesamte EU in der ersten Aufnahmerunde errechnet.

Mit dem Verweis auf eine Studie von Boeri und Brücker aus dem Jahr 2000 in der als Referenz die Wanderungen in die BRD herangezogen wurden, wird der detaillierte Ansatz zur Darstellung der Unterschiede zw. Staaten unter Berücksichtigung von u.a. differenzierten Familienstrukturen oder Kulturen positiv hervorgehoben. Zudem erfolgt eine zeitliche Differenzierung der Zuwanderung. Unter der damaligen Annahme eines Beitritts aller 10 Staaten im Jahr 2002 liegen die Ergebnisse innerhalb des Rahmens der oben angeführten Abgrenzung unterschiedlicher Studien. Im Jahr 2002 werden 40.000 potentielle Migranten geschätzt, die bis auf ca. 5.000 Migranten im Jahr 2020 zurückgehen. EU-weit sind es 335.000 Migranten 2002 bis zu 52.000 Migranten im Jahr 2020. Es ist bereits hier anzumerken, dass diese Zahlen im Vergleich zu den Arbeitsmarktgrößen auf nationaler[31] und EU-weiter Ebene gering sind und Effekte daher gering ausfallen sollten – die Verteilung der Migration jedoch ausschlaggebend ist. So ist die größte erwartete Zuwanderung nach Deutschland, Österreich und Italien als direkte Nachbarn sowie nach Großbritannien, wo es von Beginn an keine Übergangsfristen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit gab, zu erwarten.

Neben den Berechnungen stellen Befragungen der Bevölkerung eine Methode zur Abschätzung von Migrationspotentialen dar. Vorteilhaft ist diese Herangehensweise aufgrund der möglichen Aussagen über die Struktur der wandernden Bevölkerung zur ergänzenden Durchführung einer qualitativen Analyse. Die Nachteile sind fehleranfällige quantitative Aussagen aufgrund fehlender Ernsthaftigkeit bei der Beantwortung[32] und die Stichprobengröße, die meist

Zahlen und daher die Effekte zu relativieren sind; auf derartige Unterschiede wird bei den jeweiligen Angaben und Berechnungen jedoch hingewiesen.

[29] Nettozuwanderung entspricht Zuwanderung minus Abwanderung und daher dem tatsächlichen Zuwachs der Bevölkerung.

[30] Zu Beginn mussten auch Annahmen über die Anzahl der tatsächlich beitretenden Staaten und daher über die Summe zusätzlicher Bevölkerung im europäischen Raum getroffen werden. Auch der genaue Zeitpunkt des Beitritts war bei manchen Studien noch unklar.

[31] Im 1. Quartal 2011 waren ca. 4 Mio. Personen erwerbstätig (Statistik Austria, 2011b). Unter der Annahme der erst jetzt – nach Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit – auftretenden prognostizierten Potentiale entsprechen diese ca. 1% der Erwerbstätigen am österreichischen Arbeitsmarkt mit sinkenden Anteilen pro Jahr.

[32] Dieser Fehlerquelle wird versucht, durch Klassifikationen der Migrations- oder Pendelbereitschaft entgegen zu wirken. Je nach Wahrscheinlichkeit der tatsächlichen Migration werden die Aussagen der Befragten unterschiedlich gewichtet,

aufgrund der Kosten der Erhebung verhältnismäßig klein ausfällt. Zu berücksichtigen sind außerdem die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften im Zielland, da das Arbeitskräfteangebot alleine das Ergebnis verfälschen würde, sowie die zeitliche Komponente, d.h. die geplante Aufenthaltsdauer im Zielland. (Huber/Brücker, 2003: 31-32)

Auch zur Abschätzung des Pendlerpotentials wurden bereits zahlreiche Studien, vor allem auf österreichischer Seite, durchgeführt. Einschränkungen gab es dabei hinsichtlich der Untersuchungsregion – meist wurden Regionen im Umkreis von 30 km oder 90 Minuten Reisezeit auf Sender- und Empfängerseite sowie österreichische Stadtregionen berücksichtigt – der Auswahl der Staaten – so wurde die Slowakei oftmals nicht mit einbezogen, da sie noch kein Kandidat war – und der Reallohnunterschiede, die in den Studien keine Beachtung fanden, vermutlich allerdings ein Teil der Wanderungsentscheidung sind. (Huber/Brücker, 2003: 52, 56)

Je nach Methode[33] und Abgrenzung der Region nach zeitlichen oder räumlichen Aspekten werden Tagespendlerzahlen von 40.000 bis 150.000 prognostiziert, wobei jeweils von einem Hauptszenario ohne Übergangsfristen ausgegangen wurde, die das Potential verringern können.

Bei Betrachtung der regionalen Verteilung führen diese Studien zu dem Ergebnis, dass vor allem die östlichen Bundesländer Österreichs, das Wiener Umland, Randgebiete, Wien selbst und weitere mittelgroße Städte Hauptziel der Migration sein werden.

### *3.3.2 Motive für Wanderung und Erwartungen an das Zielland*

Die Untersuchung der Motive zur Wanderungsentscheidung sowie der Erwartungen an das Zielland und beruflicher Aussichten kann im Zuge der Abschätzung der Potentiale zu einer Detaillierung beitragen, da die Relevanz bestimmter Faktoren wie Arbeitslosigkeit und Reallohndifferenzen gewichtet und abgeschätzt werden können (Nowotny/Hierländer, 2009: 42).

Zur Untersuchung der Motive und Erwartungen werden die beiden Studien *AFLA* (Nowotny, 2011a) und *FAMO I* (Nowotny/Hierländer, 2009) aus den Jahren 2011 bzw. 2009 herangezogen, die sich mit Mobilität von Arbeitskräften in der Slowakei, Tschechien und Ungarn (*AFLA*) bzw. nur der Slowakei (*FAMO I*) nach Österreich beschäftigten.[34]

Allgemein werden die Motive zur Wanderung durch Push- und Pull-Faktoren bestimmt, also durch abstoßende Kräfte des Heimatlandes bzw. anziehende Kräfte des Ziellandes. Da es sich bei den neuen Mitgliedstaaten um hoch entwickelte Staaten handelt sind vor allem Pull-Faktoren ausschlaggebend[35]. Die meist genannten Motive[36] waren ein besserer Verdienst, gute

---

wobei die Wahrscheinlichkeit aufgrund bereits vollzogener Schritte zur tatsächlichen Migration durchgeführt wurden (z.B. Wohnungssuche, Jobangebot)

[33] Dabei wurden Interviewdaten analysiert oder Pendlermodelle, Erreichbarkeitsmodelle oder österreichische Pendlerzahlen auf ausländische Beziehungen umgelegt.

[34] Die Abschätzung der Mobilität erfolgt dabei anhand von Haushaltsbefragungen in den Untersuchungsländern, wobei *AFLA* (Arbeitskräftemobilität und Fachkräftebedarf nach der Liberalisierung des österreichischen Arbeitsmarktes) zeitgleich mit *FAMO II* erfolgte und an die Studien *LAMO I* und II (Labour Market Monitoring) sowie *FAMO I* (Fachkräftemonitoring) anknüpft, die unterschiedliche Befragungswellen mit gleicher Vorgehensweisen zur Vergleichbarkeit im zeitlichen Verlauf von 2004 bis 2010. Während die älteren Studien nur die angrenzenden Regionen in den Nachbarstaaten untersuchten, bezieht *AFLA* die Gesamtstaaten ein. In Face-to-Face Interviews wurden Wanderungsabsichten und -wahrscheinlichkeiten erfragt und die Charakteristika der Personen erhoben, um ein quantitatives und qualitatives Bild der potentiellen Migration zu schaffen. Die Ergebnisse beruhen aus insgesamt 20.819 Beobachtungen.

[35] Bei niedrig entwickelten Ländern sind es vorrangig Push-Faktoren wie Armut oder Kriege.

Beschäftigungsaussichten, bessere Arbeitsbedingungen, ein besserer Lebensstandard und die guten Erfahrungen anderer. Danach folgt ein Push-Faktor – die fehlende ökonomische Verbesserung in der Heimat, die als ungewisses Potential für die Zukunft in der Heimat wirkt. Weitere Pull-Faktoren sind Freunde und Bekannte sowie Familie und Verwandte, die bereits im Ausland sind, der Wunsch, etwas Neues kennenzulernen, bessere Aufstiegschancen und Weiterbildungsmöglichkeiten und größere politische und persönliche Freiheit. Abstoßend wirken die schlechte wirtschaftliche oder politische Lage, der Arbeitsplatzverlust, eine schlechte Umweltsituation oder das Vorherrschen von Diskriminierung. Im zeitlichen Verlauf zeigt sich zudem, dass die Faktoren, etwas Neues zu erleben bzw. kennenzulernen, die guten Erfahrungen anderer/Familie und Verwandte bereits im Ausland, bessere Weiterbildungsmöglichkeiten, immer mehr Personen mit verlorenem Arbeitsplatz oder der Erfahrung der Diskriminierung stetig an Bedeutung gewonnen haben. Diese Entwicklung spricht für eine zunehmende Bedeutung von Netzwerken und die bereits erfolgte Migration vieler Personen nach 2004[37] aber auch der schlechten wirtschaftlichen Lage, die zu Arbeitsplatzverlusten führt. Die oben angeführten Motive variieren zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten, da von einer differenzierten wirtschaftlichen Lage und Entwicklung ausgegangen werden kann, wobei die Variation allgemein geringfügig ist. (Nowotny, 2011a: 51-55; Nowotny/Hierländer, 2009: 55-56)

Wie bereits im Theorieteil beschrieben, gibt es auch Argumente für Immobilität und den Verbleib im Heimatland. Auch diese wurden in den Studien erhoben. Dazu wurden auch jene Personen befragt, die keine Mobilitätsbereitschaft aufwiesen.

Unter den gleichen methodischen Voraussetzungen waren Faktoren zu beurteilen, die zu einem klaren Bild führten, dass vor allem persönliche Gründe zu einem Verbleib im Heimatland führen. Soziale Kontakte und das Heimatgefühl, das Sicherheit verschafft führten in allen Befragungen das Ranking der Gründe an. Bei der letzten Befragung (*AFLA*) folgten der fehlende Reiz, im Ausland zu arbeiten, immobiles Vermögen, fehlende Kontakte und Fremdsprachenkenntnisse, in den vorangegangenen Befragungen waren dies vor allem altersbedingte, gesundheitliche oder andere persönliche Gründe, Besitz von immobilem Vermögen, aber auch das Vorhandensein eines guten Arbeitsplatzes und wiederum fehlende Fremdsprachenkenntnisse.

Die Veränderung im zeitlichen Verlauf ist daher minimal. In allen Befragungen sind organisatorische, verwaltungstechnische oder (direkt) monetäre Gründe den persönlichen nachgereiht. Die – auch oben angeführten – Hauptgründe für Immobilität sind hauptsächlich qualitative Aspekte und daher schwierig zu quantifizieren. Es wurde jedoch gezeigt, dass es auch zahlreiche Gründe gibt, nicht zu migrieren. (siehe dazu Nowotny, 2011a: 55-56; Nowotny/Hierländer, 2009: 58-59)

Ist die Entscheidung zu Migration oder grenzüberschreitendem Pendeln getroffen, folgt die Entscheidung über das Zielland und in weiterer Folge für eine bestimmte Region.

Allgemein sind die entsprechend höheren Reallöhne das Hauptmotiv für die Entscheidung zur Wanderung in das genannte Zielland. Hinzu kommen z.B. auch bereits gewanderte Freunde oder

[36] Befragt wurden dabei alle Personen im Mobilitätspotential in alle Länder, wobei auf einer vierstufigen Skala bewertet werden musste, ob das jeweilige Kriterium keine Rolle spielt, weniger wichtig, wichtig oder sehr wichtig ist, wobei Mehrfachnennungen der Motive möglich waren.

[37] Anmerkung: Die Bedeutung von Netzwerken aufgrund der beiden genannten Faktoren ist zu relativieren, da auf die Erfahrungen anderer erst im zeitlichen Verlauf zurückgegriffen werden kann. Auch die steigende Zahl von Angehörigen führt zu Folgewanderungen.

Bekannte aber auch die räumliche Nähe oder vorhandene Sprachkenntnisse. Österreich ist dabei vor allem aufgrund der räumlichen Nähe attraktiv für Migranten und Pendler, wobei dieser Faktor im zeitlichen Verlauf zugunsten der guten Bezahlung relativ an Bedeutung verloren hat. Das Hauptziel der Migration ist die Hauptstadt, wobei auch andere Städte attraktiv sind, wodurch der Fokus der Migration auf städtische Agglomerationen verdeutlicht wird. Auch für Pendler ist diese Entscheidung verständlich, da im vorliegenden Fall Wien als Hauptstadt grenznahe gelegen ist und daher auch für Pendler einen möglichen Arbeitsort darstellt der innerhalb kurzer Zeit von der Grenze aus erreichbar ist. In Kombination mit der Erhebung maximal akzeptierter Wegzeiten ergibt dies ein beträchtliches Pendelpotential für Wien aber auch andere Städte der Grenzregion, da annähernd 80% der Slowaken im erwerbsfähigen Alter zw. 15 und 64 Jahren mit einem generellen Pendelpotential aus den Regionen Bratislava und Trnava eine tägliche Pendelzeit von über 1 Stunde in eine Richtung in Kauf nehmen würden. Für Wochenpendler liegt die Bereitschaft, auch über 2,5 Stunden in eine Richtung zurückzulegen über 60% der Befragten. (Nowotny, 2011a: 56-59; Nowotny/Hierländer, 2009: 44-54)

Neben den Motiven zur Wanderung beeinflussen auch die Erwartungen über zukünftige Arbeitsbedingungen die Entscheidung und geben Aufschluss über betroffene Branchen, Qualifikationsniveaus und erwartete Reallöhne.

Nach Bock-Schappelwein et al. (2009: 72-73) sind Bauwesen, Einzelhandel, Beherbergungs- und Gaststättenwesen, Erbringung von unternehmerischen Dienstleistungen und das Gesundheitswesen jene Branchen mit dem größten Anteil – annähernd die Hälfte – an im Ausland geborenen Beschäftigten. Auch im Zuge der Befragungen im Rahmen der beiden Studien *AFLA* (Nowotny, 2011a: 59-61) und *FAMO* (Nowotny/Hierländer, 2009: 64-65) entsprechen die Anteile der im Ausland geborenen Beschäftigten ungefähr diesem Trend; beinahe 30% der Befragten im Mobilitätspotential nach Österreich nannten das Baugewerbe als gewünschte Branche für ihre Beschäftigung, fast 20% strebten Beherbergung und Gastronomie an, etwas über 10% werden in der Land- und Forstwirtschaft oder Fischerei ein Anstellung suchen und knapp darunter liegt der Anteil für verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren.[38] Die Präferenz für die angeführten Branchen ist eng mit der Art der Anstellung verknüpft, da vor allem in den drei erstgenannten Zweigen saisonale Arbeit gesucht wird, die von annähernd 40% der potentiellen Migranten bevorzugt gesucht wird. Der Anteil jener Personen, die eine Vollbeschäftigung suchen liegt mit ca. 36% nur knapp darunter.

Mit diesen Vorstellungen über die Beschäftigung im Ausland, wurden die Chancen, eine Anstellung zu finden sehr optimistisch eingeschätzt. Über 97% der Befragten schätzten ihre Chancen als durchschnittlich oder darüber ein; der Anteil jener Personen mit gering eingeschätzter Chance liegt mit 2,6% sehr niedrig. Dies könnte jedoch darauf zurückzuführen sein, dass hierfür bereits Personen mit Mobilitätspotential ausgewählt wurden. Da sich diese Personen bereits detaillierter mit einer möglichen Migration auseinandergesetzt haben, ist die optimistische Sicht über die Berufschancen Mit-Grundlage in der Entscheidungsfindung. Auffallend war im Zuge der Befragung auch, dass vor allem (persönliche) Kontakte für die Jobsuche relevant sind, was die Bedeutung informeller Netzwerke hervorhebt. (Nowotny, 2011a: 61-62)

Bei der Suche nach einer Anstellung spielen Arbeitsbedingungen und Qualifikationsanforderungen eine große Rolle. Dabei wird deutlich, dass fast 40% auch eine Arbeit

[38] Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass die Klassifizierung durch die Personen selbst stattgefunden hat, wodurch Ungenauigkeiten entstehen können.

unter ihrer Qualifikation – formelle und Erfahrung – akzeptieren würden. Der Rest sucht nach einer Anstellung die mindestens den eigenen Qualifikationen entspricht. Bei den Arbeitsbedingungen ist 45% der potentiellen Migranten aus der Slowakei egal, auf welche Arbeitsbedingungen sie treffen, 31% akzeptieren nur bessere Bedingungen, 16% würden auch unter gleichen Bedingungen arbeiten. Die Anforderungen an den Beruf hinsichtlich Qualifikation werden oftmals zurückgeschraubt, da Humankapital nicht frei transferierbar ist. Nowotny und Hierländer merken an, dass es gesamtwirtschaftlich für beide Staaten von Nachteil ist, da im Sendeland Potential und Humankapital verloren geht, während im Empfängerland Ressourcen ungenutzt bleiben. (Siehe dazu Kapitel 4, in dem die Effekte der Migration dargestellt werden) Doch hat sich in Studien auch gezeigt, dass die Beschäftigung unter der eigenen Qualifikation nicht nur unfreiwillig, sondern oftmals auch auf freiwilliger Basis passiert, was auf das höhere reale Lohnniveau im Empfängerland zurückgeführt werden kann. Für die Person selbst kann es wirtschaftlich von Vorteil sein, überqualifiziert zu arbeiten. (Nowotny 2011a: 62-63; Nowotny/Hierländer, 2009: 60-61)

Erwartet wurde in den Befragungen von mehr als der Hälfte der Personen ein ungefähr doppelt bis drei Mal so hoher Reallohn. Dieser Lohn stellt jenes Niveau dar, ab dem die Person bereit wäre, zu migrieren. Diese Anforderungen schätzt Nowotny – unter Berücksichtigung unterschiedlicher Reallohnniveaus – als realistisch ein.[39] Dabei muss davon ausgegangen werden, dass Migranten diesen Medianlohn erhalten, was bei Überqualifikation nicht anzunehmen ist. Das Niveau des Reserverationslohns für Pendler wurde nicht erhoben, sollte jedoch deutlich unter dem oben angeführten liegen, da bei Grenzüberschreitung vom niedrigeren Preisniveau am Wohnort bei höheren Nominallöhnen am Arbeitsort profitiert werden kann.[40] Die Verwendung des erhöhten Einkommens würde laut Befragungen größtenteils in den Kauf oder Bau eines Eigenheims, Geldsendungen ins Heimatland, die Anschaffung teurer Konsumgüter und die Ausbildung der Kinder fallen, wobei größere Anteile dieser Investitionen im Heimatland geplant sind, was wiederum darauf hindeutet, dass die Verbindung zum Heimatland nicht komplett abgebrochen wird. Temporäre Migration wird teilweise als Mittel zur Einkommenserhöhung für große Investitionen in der Heimat in Betracht gezogen. (Nowotny, 2011a: 63-65; Nowotny/Hierländer, 2009: 62-64)

Bereits in der ersten Studie *FAMO* (Nowotny/Hierländer, 2009: 42-44) wurden die geplante Aufenthaltsdauer potentieller Migranten sowie der erwartete Zeitpunkt der Migration erhoben. Dabei wurde offensichtlich, dass bei der Erhebung in den Jahren 2008 bis 2009 viele Personen nicht sofort eine Beschäftigung im Ausland anstreben, sondern erst mit einer Verzögerung von einigen Monaten bis Jahren. Je größer das Mobilitätspotential und konkreter die Planungen, desto größer wird der Anteil potentieller Migranten, die eine Wanderung in einem kürzeren Zeitraum anstreben. Beim generellen Potential strebten ca. 40% eine Anstellung nach drei bis fünf Jahren, also ab 2011 bis 2014 an. Bei wahrscheinlichem oder realem Mobilitätspotential wird dieser Zeitraum von über 75% der Personen bereits auf ein Jahr eingeschränkt, in der sie eine Anstellung

[39] Nowotny (2011a: 63) verweist dabei auf EU Daten von 2009, in denen der Median des Nettoäquivalenzeinkommens inkl. Transfereinkommen Beschäftigter von 18-64 Jahren in Österreich 22.500€ beträgt, in Tschechien ca. 8.500€ (2,6-fach), in der Slowakei ca. 6.600€ (3,4-fach) und in Ungarn ca. 5.300€ (4,2-fach).

[40] Auf wirtschaftliche Kennzahlen Österreichs und teilweise der Nachbarstaaten wird in weiterer Folge noch eingegangen, doch soll hier für den Vergleich gezeigt werden, dass das BIP/Kopf in Österreich im Vergleich zu den Nachbarländern 2009 zu Marktpreisen 2,3 bis 3,5 Mal so hoch war. Im Vergleich zu Kaufkraftparitäten war das BIP/Kopf allerdings nur 1,5 bis 2 Mal so hoch.

im Zielland anstreben. Relativ gesehen ist die Dauer des Aufenthalts im Zielland jedoch größtenteils unbegrenzt geplant. Bei Betrachtung der Gruppe mit dem konkretesten Potential ist der Anteil jener Personen, die planen, bis zu fünf Jahre im Zielland zu bleiben mit jenem gleichzusetzen, der plant, bis zur Pensionierung und dem Anspruch auf Sozialleistungen zu bleiben. Die geplant kurzen Aufenthalte nehmen mit Konkretisierung des Potentials zu.

Es stellt sich nun die Frage, welche Auswirkungen diese Motive und Erwartungen auf die tatsächlich stattfindende Migrations- und Pendelbereitschaft haben, da aufgrund der Befragungen Unsicherheiten über die Durchführung bestehen bleiben.

### *3.3.3 Potentielle Migration nach Österreich: eine regionale, quantitative Betrachtung*

Die durchgeführten Studien zur Feststellung zukünftiger Migrationsströme kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen, sie basieren jedoch auch auf unterschiedlichen Annahmen und Regionsabgrenzungen. Zur Untersuchung der Potentiale werden die Studien *PREPARITY* (Huber, 2001)[41], *AFLA* (Nowotny, 2011a) und je eine Untersuchung von Boeri und Brücker (2000) bzw. Huber und Brücker (2003) herangezogen.[42]

In der aktuellsten Studie *AFLA* (Nowotny, 2011a: 20-21) wird unter Berücksichtigung der erwerbstätigen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren in den österreichischen Nachbarstaaten Tschechien, Slowakei und Ungarn ein Potential mobilitätsbereiter Personen von 0,4% der Bevölkerung prognostiziert.[43] Bei einer Bevölkerungszahl von ca. 18 Mio. im Jahr 2009 entspricht dies ungefähr 70.000 Personen[44] im erwerbsfähigen Alter. Etwas weniger als die Hälfte der mobilitätsbereiten Personen plant, auch den Wohnort nach Österreich zu verlagern, was einer Zahl von ca. 32.000 Personen entspricht, die in den nächsten zwei Jahren insgesamt aus diesen Ländern nach Österreich zu migrieren planen. Festzustellen war in den Befragungen deutlich, dass das Potential in den Grenzregionen der Nachbarstaaten – also den direkt angrenzenden NUTS 2 - Regionen – deutlich über jenem der restlichen Regionen der Nachbarländer liegt. Was die

[41] *PREPARITY* ist ein transnationales Projekt zur Vorbereitung der EU-Erweiterung, das in Deutschland, Italien und Österreich durchgeführt und von Europäischen Kommission unterstützt und 2001 abgeschlossen wurde. Mit dem Ziel, politisch Verantwortliche in den EU-Grenzregionen auf die EU-Erweiterung vorzubereiten wurden wirtschafts- und regionalpolitisch relevante Entscheidungshilfen zur Vorbereitung auf den EU-Beitritt 2004 ausgearbeitet.

[42] Auf die Studie *FAMO* wird dabei bewusst verzichtet, da die Befragungen in *AFLA* auf gleichen Fragebögen aufbauend und nach gleichem Bewertungsschema fortgeführt wurden. *AFLA* bezieht in Vergleichen auch die älteren Daten mit ein und wird daher als umfassendere Studie herangezogen.

[43] Die Mobilitätsbereitschaft wurde in der Studie differenziert betrachtet um tatsächlich geplante Vorhaben von allgemeinen Wünschen der Befragten zu unterscheiden, wobei Mobilitätspotentiale Migration und Pendeln berücksichtigen. Das generelle Mobilitätspotential trifft auf alle Befragten zu, für die es in Frage käme, im Ausland zu arbeiten, im wahrscheinlichen Mobilitätspotential wurden bereits erste Schritte unternommen bzw. Informationen eingeholt, die für eine Realisierung sprechen und im realen Mobilitätspotential wurden konkrete Schritte hinsichtlich Beschäftigung oder Wohnen unternommen. Hier findet außerdem die Differenzierung in Migrations- und Pendelpotential statt, die in den beiden vorliegenden analysiert werden. In weiterer Folge wird immer das reale Mobilitätspotential herangezogen, da dieses die konkretesten Aussagen liefert. (siehe dazu Nowotny, 2011a: 16-18)

[44] Dabei ist nicht zu vernachlässigen, dass es sich dabei um potentielle Migranten oder Pendler aus Tschechien, Ungarn und der Slowakei handelt. Die übrigen Staaten der EU 8 wurden dabei nicht berücksichtigt. Das Potential ist vermutlich in den direkt angrenzenden Staaten am größten. Hinzu kommt, dass die Ergebnisse aus Befragungen stammen, in denen die Erwerbstätigen ihre Situation selbst einschätzen. Ob es zu einer tatsächlichen Umsetzung der Pläne kommt, kann nicht sicher aus den Momentaufnahmen abgeleitet werden. Die Zahl ist außerdem kritisch zu betrachten, da seit 2004 jährlich auch bereits ein Migrationsaufkommen aus den drei Staaten zu verzeichnen ist; der quantitative Sprung durch die Arbeitsmarktöffnung also tatsächlich etwas geringer ist – dies gilt daher in weiterer Folge auch für die regionale Verteilung und ähnliche Berechnungen.

Verteilung betrifft, so werden etwa 19.000 Migranten aus Tschechien erwartet, 10.000 aus Ungarn und 3.000 aus der Slowakei.

Mit Hilfe der Informationen zu Zielregionen wird deutlich, dass vor allem Wien und die österreichischen Grenzregionen als gewünschter Wohnort angegeben werden. Etwa 35% der Befragten streben Wien an, ca. 32% die Grenzregion, rund 11% ländliche Regionen und 6% andere Städte, wobei etwa 17% der Befragten keine Angabe machten. (Nowotny, 2011a: 23-24)

In Kombination mit den zuvor erhobenen Daten ohne Berücksichtigung der genauen Herkunft der Migranten würden daher ca. 11.100 Personen nach Wien migrieren, ca. 10.200 in die Grenzregion, 3.500 in die ländliche Region, 1.900 in andere Städte und ca. 5.400 Personen in diese Regionen verteilt.

Da die anderen fünf Mitgliedstaaten Polen, Estland, Lettland, Litauen und Slowenien, für die ebenfalls seit 2011 keine Einschränkungen mehr gelten, in den Befragungen nicht berücksichtigt werden konnten, wurde versucht, das Migrationspotential aus diesen Ländern abzuschätzen. Dabei wurde jenes aus Polen geringer als aus den drei untersuchten Staaten eingeschätzt, wobei auf die Größe des Landes hingewiesen wird, die das Potential wiederum bedeutsam macht. Eine genaue Größenordnung wird allerdings nicht genannt. Da in den Jahren 2008 und 2009 netto nur eine Migration von 154 bzw. 192 Personen aus den baltischen Staaten in Österreich verzeichnet wurde, wurde dieses Potential als nicht signifikant eingestuft. Bei der Betrachtung Sloweniens muss allerdings die geographische Nähe und teilweise die Sprache berücksichtigt werden, die ein Anreiz sein könnten, nach Österreich zu migrieren. In der Studie wurde daher ein gesamtes Migrations- und Pendlerpotential von 5.500 Personen angegeben. (Nowotny, 2011a: 77-79)

Huber und Brücker haben 2003 eine Untersuchung zu den Auswirkungen der Übergangsfristen veröffentlicht. Dazu haben sie eine Schätzung des Migrationspotentials durchgeführt.

Unter Berücksichtigung des humankapitaltheoretischen Ansatzes und der Einbeziehung von Daten der Statistik Austria, der Weltbank, den World Development Indicators, der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und nationalen statistischen Ämtern wurde aufgrund von Daten der EU 15, Norwegen und Island[45], den Nachfolgestaaten Jugoslawiens[46] sowie der Türkei, Zyperns und Maltas ein Schätzmodell erstellt. (Huber/Brücker, 2003: 35-40)

Mit Hilfe von drei Szenarien wurde versucht, die möglichen Entwicklungen einzugrenzen, wobei im Basisszenario die wahrscheinlichste Entwicklung von Maßzahlen wie BIP/Kopf oder Pro-Kopf-Einkommen abgebildet wird und je ein Szenarium die Entwicklung darüber bzw. darunter darstellt. Die Berechnungen wurden unter Annahme der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2004 berechnet, wobei auch Modelle im Falle einer späteren Öffnung – so auch im Jahr 2011 – simuliert wurden. Interessant war dabei, dass sich das Migrations- und Pendlerpotential zwischen diesen Modellen kaum unterschied, es kam lediglich zu einer zeitlichen Verschiebung der Wanderung bzw. Mobilität.[47] Bei Betrachtung der Migration bis 2030 und des Bestandes an

[45] Mitglieder des EWR (Europäischer Wirtschaftsraum)

[46] Zum Zeitpunkt der Studie waren dies die fünf Staaten Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und die damalige Bundesrepublik Jugoslawien.

[47] Als Grundlage diente das Basisszenario; ergänzend flossen die Annahmen einer unveränderten Einwanderungspolitik Österreichs, einer Bevölkerungsentwicklung der Personen aus den neuen Mitgliedstaaten wie seit 1995 und einer unabhängigen Entwicklung der Einwanderungsströme nach Österreich von den Übergangsfristen anderer Staaten mit ein. Die letzte Annahme wird als sehr kritisch angesehen, da sie realitätsfern ist.

Bevölkerung aus den neuen Mitgliedstaaten im Jahr 2030 sind keine signifikanten Unterschiede zu erkennen. Huber und Brücker führen dies auf den nur langsam erfolgenden Ausgleich der Pro-Kopf-Einkommen zurück. (Huber/Brücker, 2003: 41-45)

In ihrem Basisszenario bei einer Übergangsfrist bis 2011 wird das Potential bis ins Jahr 2030 geschätzt, wobei dieses in den ersten beiden Jahren je ungefähr 22.000 Nettomigranten beträgt, im Jahr 2013 etwa 21.500, 2014 ca. 20.000, 2015 ca. 18.000 und danach bis 2030 auf etwa 1.000 Migranten fällt (Huber/Brücker, 2003: 100).

Wie bereits in Kapitel 3.3.1 erläutert, haben Brücker und Boeri 2000 eine sehr umfangreiche Studie veröffentlich, die mit Hilfe der früheren Migration in die BRD versuchte, die Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten abzuschätzen, wobei Malta und Zypern nicht berücksichtigt wurden, Bulgarien und Rumänien jedoch schon. Auf jeden Fall zu beachten sind die Annahmen des Beitritts aller Staaten im Jahr 2002 und der Wegfall von Barrieren zwischen den Staaten zu Beginn der EU-Mitgliedschaft. Auch in anderen Studien positiv hervorgehoben ist allerdings der Detaillierungsgrad der Untersuchung samt der Berücksichtigung der vielfältigen Unterschiede zwischen den Ländern hinsichtlich z.B. Kultur und Sprache und des Zeitverlaufs der Migration. Sie gehen dabei von einem Migrationspotential nach Österreich im Jahr des Beitritts von etwa 40.000 Personen aus, die im Jahr 2005 nur noch 30.000, 2010 noch etwa 17.000 Personen und im Jahr 2020 gar nur noch ca. 5.000 und 2030 etwa 300 Personen ausmachen.[48] (Boeri/Brücker, 2000: 126)

Für die weitere Untersuchung der quantitativen Migrationspotentiale in die Untersuchungsregion werden auch diese Zahlen herangezogen, da in den anderen Studien – so z.B. auch bei Huber und Brücker bzw. Nowotny verdeutlicht wurde, dass die Übergangsfristen das Potential der Migration nur geringfügig verringern und hauptsächlich zeitlich verschieben.

In der Studie *PREPARITY* (Huber, 2001: 79-81) wurde im Vergleich dazu versucht, die Struktur der Migration nach Regionstypen festzulegen. Aufgrund der Feststellung verschiedener regionaler Siedlungsmuster von Migranten wurden Gewichtungen der Zuwanderung vorgenommen. Beruhend auf der Studie von Walterskirchen - Dietz aus dem Jahr 1998 wurde die Verteilung der Gesamtmigration nach Österreich nach Sendestaaten übernommen und als Gewichtung für die Siedlungsstruktur der Migranten genutzt. Mit Hilfe des Verteilungsschlüssels, der die Migration zu 63% auf Polen, 11% Tschechen, 8% Slowaken, 3% Slowenen und 15% Ungarn aufspaltet und der bisherigen Siedlungsstruktur stellt Huber die regionale Verteilung zukünftiger Migranten fest. Dabei wird deutlich, dass vor allem Wien als Hauptstadt sehr attraktiv für Zuwanderer ist, wo 47% der Migranten erwartet werden. Auch das Umland von Großstädten ist mit 15,3% noch attraktiv, danach folgen industrialisierte Randgebiete (8,8%), extensive Industrieregionen (7,3%) und intensive Industrieregionen (7%).[49] Nach Bundesländern wird folgende Verteilung erwartet: Wien 47%, Niederösterreich 22,5%, Burgenland 6,75%, Steiermark 5,6%, Kärnten 1,9%, Oberösterreich 10,7% und Salzburg 2,1% der Migranten.[50]

Diese Verteilungen machen den Fokus der Migration auf den Osten und die Städte Österreichs deutlich. Nach der durchgeführten Regionsgliederung des Untersuchungsraums in Kapitel 2.3 verteilt sich die Migration zu 71,7% auf humankapitalintensive Regionen, zu 9,3% auf

[48] Es handelt sich bei all diesen Zahlen um Nettomigranten. Bedacht werden müssen wiederum die jährliche Migration und das Pendlerverhalten seit 2004.

[49] Großstädte 5,4%, Mittelstädte 4%, touristische Randgebiete 2,8% und intensive Tourismusregionen 2,3%.

[50] Die restlichen 3,45% sind in der Studie nicht erwähnt, dürften jedoch auf die Bundesländer Tirol und Vorarlberg entfallen.

sachkapitalintensive und zu 18,9 auf ländliche Bereiche Österreichs. Die ländlichen Bereiche bestehen u.a. aus touristischen und industrialisierten Randgebieten, die in der Grenzregion liegen. Die räumliche Nähe könnte daher durchaus eine Ursache für das relativ hohe Migrationspotential dorthin sein. Zusätzlich dazu ist in diesen Regionen jedoch auch die Verlegung des Arbeitsorts ohne Verlegung des Wohnorts möglich, da die Distanzen auch täglich oder wöchentlich zurückgelegt werden können und dabei das Heimatland nicht auf Dauer verlassen werden muss.

### *3.3.4 Potentielle Pendlerströme nach Österreich: eine regionale, quantitative Betrachtung*

Da Österreich einige Regionen an der Grenze zu neuen Mitgliedstaaten hat, ist das Pendlerpotential neben dem Migrationspotential nicht zu vernachlässigen. Vor allem für Bewohner in den Grenzregionen Tschechiens, der Slowakei, Sloweniens und Ungarns kann Pendeln eine attraktive Option darstellen.

Wie bereits im vorigen Kapitel erläutert, wird in der aktuellsten Studie *AFLA* (Nowotny, 2011a: 20-21) mit einem Mobilitätspotential von ca. 70.000 Personen aus drei der genannten Nachbarstaaten gerechnet.[51] Das Pendlerpotential wird dabei auf ungefähr 38.000 Personen bis 2013 geschätzt, wobei die Verteilung sehr unterschiedlich ist. Vor allem in der ungarischen Grenzregion liegt der Anteil mit 1,2% der erwerbsfähigen Bevölkerung deutlich über jenem der anderen Grenzregionen, absolut betrachtet unterscheiden sich die Werte jedoch nicht signifikant. So werden aus der Slowakei etwa 11.000 Pendler erwartet, aus Tschechien und Ungarn etwa je 14.000. Der relativ erhöhte Anteil ist möglicherweise auf das Grenzgängerabkommen zurückzuführen, das erwerbstätigen Ungarn die Beschäftigung in Österreich schon vor Mai 2011 erlaubte und bereits 1998 beschlossen wurde.

Mit Hilfe der Informationen zu den Zielregionen wird deutlich, dass im Pendlerpotential noch mehr Unklarheit über den neuen Arbeitsort herrscht, was womöglich darauf zurückzuführen ist, dass eine Entscheidung kurzfristiger getroffen werden kann, da nur der Arbeits-, aber nicht der Wohnort verlegt wird.

Wien und die österreichischen Grenzregionen stellen jedoch auch hier das präferierte Ziel dar, wobei ca. 41% der Befragten noch keine Angaben machen konnten bzw. wollten. Ca. 29% der befragten Personen, die planen, nach Österreich zu pendeln, streben Wien an, etwa 23% die Grenzregion, ca. 4% andere Städte und etwa 3% ländliche Regionen. Bei potentiellen Tagespendlern ist die Entscheidung schon konkreter, da nur noch ca. 15% keine Angaben zur Zielregion machten. Hier ist die österreichische Grenzregion klarer Favorit. Annähernd 60% wollen täglich dorthin pendeln, nach Wien sind es ca. 12%, in andere Städte etwa 9% und in den ländlichen Bereich ca. 5%. (Nowotny, 2011a: 23-24)

In Kombination mit den zuvor erhobenen Daten ohne Berücksichtigung der genauen Herkunft der Pendler würden daher insgesamt ca. 10.900 Personen nach Wien pendeln, ca. 8.900 in die Grenzregion, 1.600 in andere Städte, 1.000 in die ländliche Region und ca. 15.700 Personen in diese Regionen verteilt.

Die übrigen fünf Staaten weisen nach zusätzlichen groben Schätzungen ein unterschiedliches Pendlerpotential auf. Polen ist zwar aufgrund seiner Größe für Wanderungen aller Art relevant, da jedoch die nächsten Regionen des Landes kaum unter drei Stunden Wegzeit erreichbar sind und

[51] Slowenien wurde in der Studie nicht berücksichtigt.

nur wenige Personen eine wöchentliche Fahrzeit von mehr als sechs Stunden akzeptieren würden, ist das Potential zu relativieren und daher sehr gering. Ebenso ist die Zahl der Pendler aus den baltischen Staaten aufgrund der räumlichen Distanz mit annähernd Null anzunehmen. Wie bereits im Rahmen der Migrationspotentiale erwähnt, beträgt das Migrations- und Pendlerpotential aus Slowenien etwa 5.500 Personen, unter der Annahme, dass die Ergebnisse des wanderungswilligen Anteils der Bevölkerung Tschechiens, Ungarns und der Slowakei auch auf Slowenien anwendbar ist. (Nowotny, 2011a: 77-79)

Unter Anwendung des Gravitätsmodells[52] wurden bereits Pendlermodelle für Relationen innerhalb Österreichs erstellt. Das Problem von Barrieren, die bei grenzüberschreitendem Pendeln im Vergleich zu Binnenpendeln auftreten, wurde durch Abschläge berücksichtigt.

In der Studie *PREPARITY* (Huber, 2001: 34-38) wurde auf Basis des Gravitätsmodells eine Abschätzung der Pendlerströme durchgeführt. Die Ergebnisse sind dabei unter Beachtung der Datenqualität zu beurteilen, da die Bezirksdaten aus der Volkszählung 1991 zur Erstellung des Gravitätsmodells herangezogen wurden und sich das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung seitdem womöglich stark verändert hat. Unter Berücksichtigung bekannter Nettopendlerströme[53] zwischen Regionen, den Reallohnunterschieden und Kosten für die Raumüberwindung wurde ein Modell zur Abschätzung von Pendlerströmen erstellt.

Für die Prognose wurde von drei unterschiedlichen Niveaus – je nach Integration der Arbeitsmärkte – ausgegangen. Im durchschnittlichen Niveau wurde von der oberösterreichischen Grenzregion ausgegangen, in der das grenzüberschreitende Pendeln etwa ein Drittel des Binnenpendelns ausmacht. Zudem wurde von einer maximalen Reisezeit von 90 Minuten je Richtung im motorisierten Individualverkehr ausgegangen, einer verkürzten Reisezeit durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit und einem langfristig höheren Wachstum in den neuen Mitgliedstaaten um 2,3%. Die Bevölkerungsveränderungen in den Grenzregionen der Nachbarstaaten wurden nicht berücksichtigt, wobei diese als rückläufig angenommen wurde und daher die Prognose nach unten korrigiert hätte. Die Annahmen über Beitritt und Arbeitsmarktöffnung stimmten nicht mit den tatsächlichen überein, jedoch wurde für ein Szenario von einem Beitritt im Jahr 2005 mit einer 7-jährigen Übergangsfrist bis 2012 ausgegangen, was annähernd der aktuellen Situation entspricht. (Huber, 2001: 42-47)

Darauf aufbauend wurde zwei Jahre später eine ähnlich aufgebaute Studie von Huber und Brücker veröffentlicht, die mit gleichen Modellannahmen und aktuelleren Daten ebenfalls unter der Annahme einer maximalen Wegzeit von 90 Minuten im motorisierten Individualverkehr je Richtung, einem um 2,2 Prozentpunkte schnellerem Reallohnwachstum in den neuen Mitgliedstaaten, Übergangsfristen bis 2011 und der erwähnten geringeren Attraktivität für grenzüberschreitendes Pendeln ein Gesamtpotential von etwa 75.000 Tagespendlern errechnet. (Huber/Brücker, 2003: 53-56) Es wurden u.a. zusätzlich aktuellere Daten verwendet, erhöhte Transportkosten durch Maut-pflichtige Straßen berücksichtigt, die Beschäftigungsentwicklung und die Annäherung der nominellen Durchschnittslöhne. Zudem wurden wiederum Szenarien für unterschiedliche Übergangsfristen erstellt, wobei aufgrund der bereits bekannten Situation des Beitritts im Jahr 2004 auch die Szenarien entsprechend der möglichen Übergangsfristen angepasst werden konnten. (Huber/Brücker, 2003: 58-59)

[52] Dabei hängt der Anteil der Tagespendler (an der Bevölkerung in einer Senderegion) von einer Region in eine andere von den Lohnunterschieden, der Wahrscheinlichkeit einer Anstellung und negativ von der Distanz ab.

[53] Dabei werden die Auspendler in eine bestimmte Region von den Einpendlern aus ebendieser abgezogen.

Unter Einbeziehung der direkten Nachbarstaaten Österreichs[54] ist mit einem Pendlerpotential von etwa 73.000 Personen zu rechnen, wobei darin auch jene Personen enthalten sind, die derzeit bereits grenzüberschreitend pendeln, wie z.B. aufgrund des Grenzgängerabkommens mit Ungarn. Die tatsächliche Arbeitskräfteangebotserhöhung wird auf 64.500 Personen geschätzt. Diese und folgende Zahlen entsprechen der Hauptvariante der Szenarien, in dem von einer Attraktivität des grenzüberschreitenden Pendelns gegenüber dem inländischen, bezirksübergreifenden liegt. Bei oberer und unterer Variante wären dies 75% bzw. 25%. Die meisten Pendler werden aus Tschechien (ca. 26.000) und Slowakei (ca. 27.000) erwartet, Slowenien (11.400) und Ungarn (8.577) liegen deutlich darunter. Die regionale Verteilung betreffend zeigt die Studie wenig Überraschendes. Anteilsmäßig an der Zahl der Beschäftigten des jeweiligen Bundeslandes sind Wien (3,7%), Niederösterreich (4,8%), Burgenland (4,7%) und Kärnten (2,6%) die attraktivsten Pendlerziele aus den Nachbarstaaten. Absolut betrachtet werden in Wien etwa 27.000 Pendler erwartet, in Niederösterreich 24.000. Burgenland muss mit ca. 4.000 Pendlern rechnen, die Steiermark mit 7.000 sowie Kärnten und Oberösterreich mit je ca. 5.000 Pendlern. Bei Betrachtung der Wirtschaftregionen sind absolut gesehen wiederum humankapitalintensive Regionen mit etwa 85% der potentiellen Pendler aus den Nachbarstaaten am attraktivsten, gefolgt vom ländlichen Bereich mit 14% und den sachkapitalintensiven Regionen mit etwas mehr als 1%. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten der jeweiligen Region sind es Wien, städtisches Umland, Mittelstädte und industrialisierte Randgebiete, die von Pendlern als Zielregion präferiert werden. (Huber/Brücker, 2003: 63-64)

Bei diesen Ergebnissen nicht zu vergessen ist allerdings, dass es sich bei den Pendlerpotentialen um Tagespendler handelt, die den Weg von und zur Arbeit täglich zurücklegen. Aufgrund zeitlicher Restriktionen und täglichen Verfügbarkeit, sind manche Regionen Österreichs daher unmöglich erreichbar und weisen daher kein Potential als Zielregion auf.

### *3.3.5 Charakteristika der Migranten und Pendler: eine qualitative Betrachtung*

In den bisherigen Betrachtungen wurden überwiegend quantitative Ausprägungen von Migration und Pendlerströmen untersucht. Im Zuge der Diskussion um Zuwanderung und die Steuerung sowie politische Handhabe wurde immer wieder von Facharbeitern gesprochen, die für die Wirtschaft ein Staates von großem Interesse wären, doch wie bereits erläutert, sind die Befürchtungen groß, dass niedrig Qualifizierte Arbeit in Österreich suchen, es zu Verdrängungen und Reallohnrückgängen kommt.

Diese Behauptungen werden durch Untersuchungen der bereits durchgeführten Studien zu qualitativen Charakteristika der Migranten und Pendler überprüft.

Klaus Nowotny (2011a: 30-45) unterscheidet bei den qualitativen Charakteristika nach Bildungsstruktur, Sprachenkenntnissen, Alter, Geschlecht, Familienstand, Netzwerken, die frühere Mobilität, aber auch nach relativer Deprivation und Arbeitslosigkeit.

Von großer Bedeutung ist die Qualifikationsstruktur der zuwandernden Bevölkerung; für Sendeländer, ob Humankapital abfließt und für Empfängerländer, ob die zuwandernde

[54] Slowenien, Slowakei, Tschechien und Ungarn.

Bevölkerung positiv oder negativ selektiert ist.[55] Zur leichteren Einordnung der Größenordnungen ist der Vergleich mit der Bildungsstruktur in Österreich interessant, wo 22,3% eine primäre Ausbildung – vorschulische Erziehung, Grundbildung und Unterstufe der Sekundarschulen – 61,7% eine sekundäre Ausbildung – Oberstufe der Sekundarbildung, Berufsbildung, Lehrabschluss – und 16% eine tertiäre Ausbildung – Hochschulabschluss, Fachhochschulabschluss und postgraduale Bildung aufweisen.[56] Im Vergleich dazu sind sowohl der Anteil der primären und tertiären Grundgesamtheit der Nachbarstaaten geringer, was sich auch im Mobilitätspotential nach Österreich widerspiegelt. Der Anteil der Personen mit sekundärem Bildungsabschluss beträgt 76,1%, was deutlich über dem österreichischen liegt. Das Mobilitätspotential bei Personen mit primärer Bildung ist dafür deutlich geringer als in Österreich (14,4%), allerdings liegt auch der Anteil an Personen mit Hochschulabschluss oder ähnlicher Ausbildung deutlich unter dem österreichischen Wert (9,5%). Die Mobilitätsbereitschaft ist in allen Bildungsstufen mit 0,3 bis 0,4% ungefähr gleich verteilt. (Nowotny, 2011a: 30-33)

Berger et al. (2011: 28-30) vermuten kurzfristig einen verstärkten Zuzug von niedrig qualifizierten Personen, da hochqualifizierte Personen bzw. Fachkräfte bisher schon die Möglichkeit hatten, nach Österreich zu migrieren. Sie gehen daher davon aus, dass etwa die Hälfte der Migranten in Berufsfeldern mit geringen Qualifikationsvoraussetzungen tätig sein werden, ca. 40% in qualifizierten und nur ca. 10% in hochqualifizierten Berufsfeldern. Durch eine Umrechnung der Klassifikation nach Berufen auf jene nach der Ausbildung der Personen wird eine Zuwanderung für die Jahre 2011 und 2012 errechnet, die zu 50,4% aus Personen mit Sekundarbildung besteht, zu 43,6% aus Personen mit primärer und zu 6% aus hochqualifizierten Personen. (Abbildung 5)

Diese Ergebnisse unterscheiden sich deutlich von jenen der Befragungen aus der Studie *AFLA* (Nowotny, 2011a), doch sind sie nur für die ersten beiden Jahre nach der Öffnung des Arbeitsmarktes und werden darauf zurückgeführt, dass hochqualifizierte Personen bereits migrieren konnten und die zusätzlich 2.000 wandernden Personen in ihrer Qualifikationsstruktur jener der bereits migrierten und in Österreich tätigen Bevölkerung entspricht. Langfristig wird für die Jahre 2013 bis 2020 eine Verteilung von 22,3% (primär), 63,6% (sekundär) und 14,1% (tertiär) errechnet (Berger et al., 2011: 30), was der erhobenen Verteilung aus *AFLA* (Nowotny, 2011a: 31) sehr ähnelt und annähernd der österreichischen Verteilung entspricht.

[55] Ob diese im Vergleich zur Grundgesamtheit im Heimatland über oder unter dem Durchschnitt liegt. Siehe auch die Erläuterungen in Kapitel 3.2.4.

[56] Für den Vergleich wurde die ISCED-Klassifizierung (International Standard Classification of Education) herangezogen. Die im Text genannte primäre Ausbildungsstufe entspricht den Levels 0-2, sekundäre Ausbildung den Levels 3 und 4 und tertiäre Ausbildung den Levels 5 und 6. Basis für die Anteilswerte ist die jeweilige Gesamtheit der Personen im erwerbsfähigen Alter.

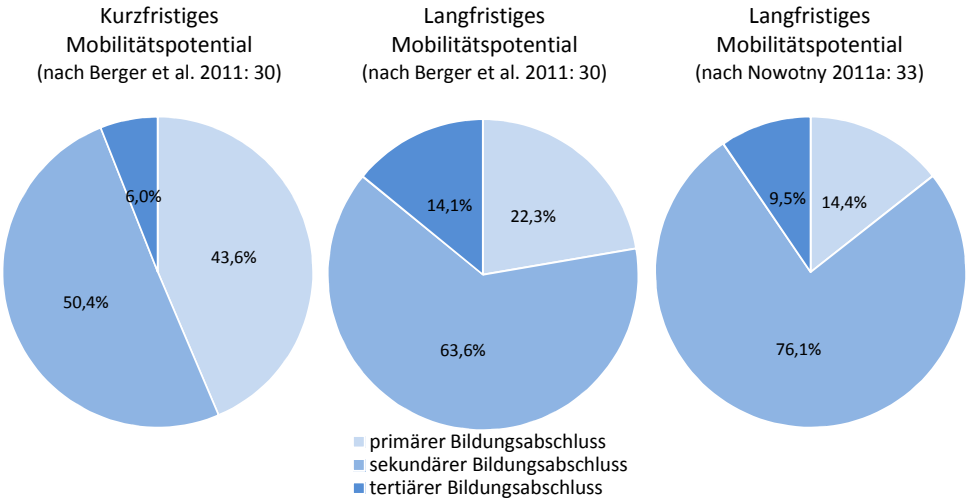


*Abbildung 5* *Mobilitätspotential nach Österreich nach höchster abgeschlossener Ausbildung (gemäß ISCED-Klassifizierung) der Migranten und Pendler.*
*Quelle:* *Mobilitätspotentiale nach Berger et al. (2011: 30); Nowotny (2011a: 33); eigene Darstellung.*

Neben der tatsächlichen Qualifikation nach der Ausbildung erwerbstätiger Personen ist höchst relevant, wie ihr Humankapital im Zielland eingesetzt wird. Ob es zu einer Über- oder Unterqualifizierung kommt oder eine Anstellung gemäß der Qualifizierung erreicht werden kann zeigt, wie gut Humankapital tatsächlich transferierbar ist.

Durch Einschätzung der jeweiligen Ausbildungserfordernisse für bestimmte Berufe und die Untersuchung der Arbeitskräfteerhebungen der Jahre 2004 bis 2006 kamen Bock-Schappelwein et al. (2009: 34-35, 37-43) zu dem Ergebnis, dass Personen mit Pflichtschulabschluss in ihren Berufen häufig unterqualifiziert sind, wobei dies auf einen schrumpfenden Anteil an Berufsfeldern zurückzuführen ist, die lediglich einen Pflichtschulabschluss erfordern und Effekte, die durch Erfahrung in bestimmten Berufsfeldern gesammelt werden können und von großer Bedeutung sind, vernachlässigt werden. Bei Personen mit höherer abgeschlossener Ausbildung (Matura, Universität) ist häufig eine Überqualifikation festzustellen, wobei – je nach Herkunftsland – der Anteil der überqualifizierten Migranten unterschiedlich weit unter dem österreichischen Niveau liegt.[57] Bei abgeschlossener Lehre sind Personen aus Österreich sowie den neuen Mitgliedstaaten mit 60,1% (Rumänien) bis 68,4% (Österreich) etwa zu gleichen Anteilen entsprechend qualifiziert. Bei Überqualifikation sind die Anteile jedoch stark abweichend. Österreichische Lehrabsolventen sind nur zu 9% überqualifiziert, während es z.B. 28,2% der Absolventen aus Rumänien sind. Bei Erwerbstätigen mit Matura sieht das Bild ähnlich aus. Österreicher sind dabei etwa zur Hälfte überqualifiziert, Personen aus den neuen Mitgliedstaaten[58] zu 58,2% und Polen und Rumänen zu 65,5 bis 69,1%. Extremer sieht die Verteilung im Bereich der Hochschulabsolventen aus, die in Österreich zu etwa zwei Drittel entsprechend qualifiziert sind und zu einem Drittel überqualifiziert. Bei Rumänen und Polen verhält es sich genau umgekehrt während der Schnitt bei Personen aus den

[57] Lediglich Migranten aus Deutschland sind häufiger gemäß ihrer Qualifikation angestellt.
[58] Ohne Polen und Rumänien.

restlichen neuen Mitgliedstaaten 61,9% entsprechend Qualifizierten und 38,1% Überqualifizierten ungefähr der Verteilung bei österreichischen Erwerbstätigen entspricht.

All das deutet jedoch darauf hin, dass Migranten häufig überqualifiziert beschäftigt sind bzw. werden, was auf unterschiedliche Ursachen zurückgeführt werden könnte. Sprachliche Barrieren, Unterschiede in der Ausbildung, institutionelle Rahmenbedingungen wie die Anerkennung von Abschlüssen aber auch Diskriminierung können zu diesem Sachverhalt führen.

Für das Sendeland bedeutet dies daher einen Verlust an Humankapital, der im Zielland sogar *verschwendet* wird. Migranten könnten entsprechend ihren Qualifikationen einen Beitrag leisten, müssen jedoch aus Gründen wie fehlender Anerkennung der Ausbildung oder fehlender Sprachkenntnisse bzw. wollen aufgrund von Vorurteilen oder höherer Löhne trotz Unter-Qualifizierung Berufe ausüben, die nicht Ihrer Qualifikation entsprechen, wodurch auch im Zielland – je nach Geschlecht und Alter[59] – Humankapital verloren geht.

Die Altersstruktur der Migranten wurde bei Berger et al. (2011: 30-31) anhand der Arbeitskräfteerhebung und eigenen Berechnungen ermittelt. Dabei ist die Altersklasse der 25- bis 39-Jährigen am stärksten vertreten (60,9%), gefolgt von 40- bis 54-Jährigen (20,7%) und 20- bis 24-Jährigen (18,3%). Diese Verteilung unterscheidet sich deutlich von den Ergebnissen der Befragungen in *AFLA*[60] (Nowotny, 2011a: 33). Hier wurde ein starker Anteil der 45- bis 54-Jährigen im Mobilitätspotential nach Österreich festgestellt (32,6%). 27,9% der Personen sind zwischen 25 und 34 Jahre alt, die Altersklassen 15 bis 24 Jahre und 35 bis 44 Jahre sind mit 18,7% bzw. 18,2% etwa gleichverteilt, während die über 55-Jährigen mit 2,6% kaum mehr vertreten sind. Dies wird auch durch die Mobilitätsbereitschaft in diesen Altersgruppen deutlich, die in dieser Altersklasse bei 0,1% liegt, in allen anderen jedoch zwischen 0,4 und 0,6%.

Fremdsprachenkenntnisse sind als Determinante der Mobilitätsbereitschaft ebenfalls von Bedeutung. Die Befragungen haben ergeben, dass die Mobilitätsbereitschaft bei vorhandenen Fremdsprachenkenntnissen deutlich erhöht ist. Auch die Befragungen zeigten, dass 80,4% im Mobilitätspotential nach Österreich Fremdsprachenkenntnisse[61] besitzen, was deutlich über dem Anteil der Grundgesamtheit der Nachbarstaaten liegt (52,2%). Hinsichtlich der Sprache ist interessant, dass im Mobilitätspotential nach Österreich Deutschkenntnisse mit 53,3% deutlich verbreiteter sind als Englischkenntnisse mit 8,4%, was auf die unterrichtete Zweitsprache in den Schulen der Nachbarstaaten zurückführbar ist. Dies spiegelt sich auch in der Bereitschaft, nach Österreich zu migrieren oder zu pendeln wider, die mit 1,5% bei Personen mit Deutschkenntnissen signifikant höher ist als bei englisch sprechenden Personen (0,1%).

Was Geschlecht und Familienstand der Migranten und Pendler betrifft, so gibt es zwischen Männern (0,5%) und Frauen (0,3%) sowie zwischen Personen mit (0,3%) oder ohne (0,4%) Kindern keinen signifikanten Unterschied in der Bereitschaft, in Österreich arbeiten zu wollen. Dabei ist jedoch darauf hinzuweisen, dass im Mobilitätspotential nach Österreich ca. 60% Männer sind und 77% ohne Kinder, von denen grundsätzlich eine größere Neigung zu erwarten wäre. Zwischen alleinstehenden (0,5%) und in Partnerschaft befindlichen Personen (0,3%) wurde allerdings eine signifikant höhere Mobilitätsbereitschaft zugunsten alleinstehender Personen festgestellt, was auf den geteilten Wohnort von Mehrpersonenhaushalten zurückzuführen ist, die im

[59] Frauen sind häufiger überqualifiziert als Männer; jüngere Migranten werden eher entsprechend ihrer Qualifikation arbeiten. (Bock-Schappelwein, 2009: 43)

[60] Die Einteilung der Kohorten stimmt in den beiden Studien nicht überein.

[61] In Wort und Schrift gut.

Falle der Mobilität hinsichtlich der Wahl ihres Ziels weniger flexibel sind, da auf mehrere erwerbstätige Personen Rücksicht genommen werden muss oder Bedürfnisse von Kindern bezüglich Schulwahl o.ä. in Betracht gezogen werden müssen. (Nowotny, 2011a: 33, 35)

Gemäß den Erhebungen verfügen potentielle Migranten und Pendler über Netzwerke im Zielland, die sich durch Bekannte oder Verwandte bilden, die bereits im Ausland arbeiten (Nowotny, 2011a: 36). Diese Struktur hat bedeutenden Einfluss auf die Ziellandwahl und könnte auch die Siedlungsstruktur im Zielland deutlich beeinflussen.

## 3.4 Die österreichische Untersuchungsregion als Zielregion für Migration und Pendlerströme

Mittels der analysierten Studien, die basierend auf Befragungen und Berechnungen unterschiedlichste Potentiale der Migration und des Pendelns nach Österreich prognostizieren bzw. hochrechnen, soll nun versucht werden, quantitative Aussagen zur tatsächlichen Untersuchungsregion, der österreichischen Grenzregion, zu treffen.

Die herangezogenen Daten stammen aus den bereits beschriebenen Studien. Die eigene Berechnung dient der besseren Abschätzung des Migrationspotentials, da in den bisher durchgeführten Erhebungen nicht das konkrete Potential für die Grenzregion beschrieben wurde. Da in der Studie *AFLA* (Nowotny, 2011a: 12) aufgrund der Stichprobengröße das Potential nur in drei Nachbarstaaten erhoben wurde, bei Brücker und Boeri (2000: 125) Annahmen getroffen wurden, die stark von der tatsächlichen Situation abweichen, in *PREPARITY* (Huber, 2001: 80) keine konkreten Zahlen, jedoch eine Verteilung der Migranten in Österreich erhoben, und bei Huber und Brücker (2003: 100) quantitative Aussagen getroffen wurden, die auf die aktuelle Situation zutreffen, wurden diese mit der räumlichen Verteilungsprognose aus *PREPARITY* (Huber, 2001: 80) kombiniert. Beide Studien sind bereits einige Jahre alt, doch weichen ihre Ergebnisse nicht stark von den aktuelleren ab, die prognostizierten Zahlen könnten sogar nach unten revidiert werden.

Für die Grenzregion kann aufgrund der Berechnung ein Szenario erstellt werden, in dem vor allem in den ersten Jahren nach der Öffnung mit einem starken Ansturm zu rechnen ist, der im zeitlichen Verlauf stark abnimmt. Folgende Aspekte sind bei Betrachtung des Migrationsverlaufs zu berücksichtigen:

- Die Studie von Huber und Brücker (2003: 100) lieferte jährliche Zahlen aus den Jahren 2011 bis 2015. Danach standen Daten für die Jahre 2020, 2025 und 2023 zur Verfügung. Die dazwischenliegenden Jahreswerte sind daher durch Berechnung der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate mithilfe der verfügbaren Daten sowie einer Extrapolation interpoliert.
- Bei den vorliegenden Migrationszahlen handelt es sich um Nettomigrationszahlen. Dies hat den Vorteil, dass tatsächliche Veränderungen in der Region herausgearbeitet werden, da auch von Abwanderung ausgegangen werden kann.
- Wie bereits einleitend zu diesem Kapitel beschrieben muss bei der Interpretation der Zahlen bedacht werden, dass bereits seit 2004 erhöhte Migrations- und Pendlerbewegungen feststellbar waren, der quantitative Sprung im Jahr 2011 gegenüber den Vorjahren also tatsächlich geringer ist. Alle in diesem Kapitel angeführten Zahlen stellen Gesamtzahlen dar. Berücksichtigt man die Trendfortschreibung bisheriger Migration und Pendlerbewegungen, so liegt die Anzahl

zusätzlicher Migranten und Pendler, die in Folge der Arbeitsmarktöffnung nach Österreich wandern, deutlich unter den hier dargestellten Werten.

- Die Zahlen beziehen sich auf alle human- und sachkapitalintensiven sowie ländlichen Regionen Österreichs. Da jedoch das Migrationspotential in die drei westlichen Bundesländer Salzburg, Tirol und Vorarlberg in Summe 5,55% beträgt, wurde dieses vernachlässigt und nicht aus der Regionsverteilung heraus gerechnet. Folgende Regionszuordnung, geltend für alle Analysen dieses Kapitels, wurde festgelegt (siehe auch Kapitel 2.3):
  - Humankapitalintensive Regionen (Metropole Wien, Groß- und Mittelstädte, städtisches Umland): die NUTS 3-Regionen Wien, südliches Wiener Umland und Graz, Teile der NUTS 3-Regionen Linz-Wels, Mühlviertel, nördliches Wiener Umland, Nordburgenland und Weinviertel sowie die übrigen Landeshauptstädte innerhalb der Untersuchungsregion
  - Sachkapitalintensive Regionen (intensive Industrie- und Tourismusregionen): Teile der NUTS 3-Regionen Linz-Wels, Oberkärnten, Klagenfurt-Villach, Niederösterreich-Süd und St. Pölten[62]
  - Ländliche Regionen (Extensive Industrieregionen, touristische und industrialisierte Randgebiete): die NUTS 3-Regionen Waldviertel, Mittel- und Südburgenland, Oststeiermark, West- und Südsteiermark und Unterkärnten sowie Teile der NUTS 3-Regionen Mühlviertel, Weinviertel, nördliches Wiener Umland, Nordburgenland, Niederösterreich-Süd und Oberkärnten

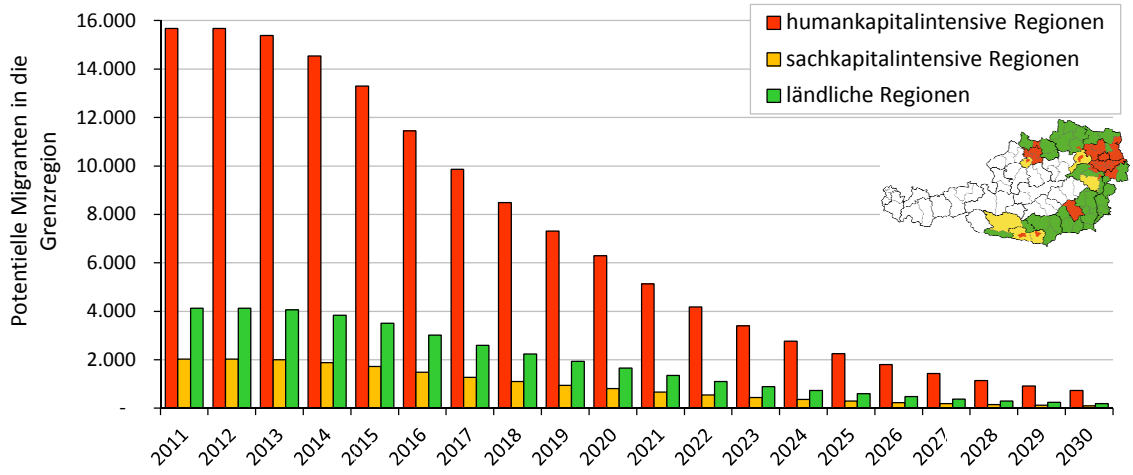


*Abbildung 6* *Gesamte, potentielle Nettomigration in die österreichische Grenzregion. Gliederung nach Regionstypen.*
*Quelle:* *Potentialabschätzung nach Huber/Brücker (2003: 100); eigene Interpolation der Jahreswerte. Prozentuelle räumliche Verteilung der Migration nach Huber (2001: 80); eigene Darstellung. (Zugrundeliegende Tabelle siehe Anlage A.3)*

[62] Zur Berechnung musste eine fixe Zuteilung auf NUTS 3-Ebene zu den wirtschaftlichen Regionstypen getroffen werden. Die genannten sachkapitalintensiven Regionen beinhalten die Städte Linz und Wels, die wirtschaftlich womöglich als humankapitalintensiv einzustufen wären. Da eine Teilung aufgrund der Datenverfügbarkeit (NUTS 3-Ebene) nicht möglich ist, wurden diese Regionen als sachkapitalintensiv eingestuft. Ebenso wurden Niederösterreich-Süd und Oberkärnten, die auch ländliche Bereiche umfassen als sachkapitalintensiv eingestuft. Im Gegenzug wurden die NUTS 3-Region St. Pölten und Klagenfurt-Villach, die auch sachkapitalintensive Gebiete aufweisen, den humankapitalintensiven Regionen zugeordnet.

Die Migration in den ländlichen Raum, der räumlich den größten Anteil an der Grenzregion ausmacht, ist erstaunlich gering. (Siehe Abbildung 6) Es wird jedoch noch überprüft werden, ob vor allem in diesen Regionen das Pendlerpotential erhöht ist, da sie in kurzer Wegzeit aus dem Ausland erreichbar sind und daher die Möglichkeit bieten, den Wohnort zu behalten und täglich oder wöchentlich zur Arbeit zu pendeln.

Sachkapitalintensive Regionen, die die geringste räumliche Ausbreitung in der Grenzregion aufweisen, müssen sich auf die geringste absolute Migration vorbereiten; pro Jahr werden maximal 2.000 Personen erwartet, die zusätzliches Arbeitskräfteangebot darstellen. Dies sagt jedoch noch nichts über den relativen Anteil zugewanderter Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung aus.[63]

Die mit Abstand größte Migration wird auf humankapitalintensive Regionen zukommen, die Wien, Groß- und Mittelstädte sowie deren aller Umland enthält. Dies zeigt deutlich die anziehenden Kräfte von urbanen Siedlungsformen, die vermutlich auf das große Arbeitsplatzangebot in diesen Regionen zurückzuführen ist. Wie Abbildung 7 zeigt, ist in diesen Regionen in den ersten 5 Jahren mit einer höheren Nettomigration zu rechnen, als in ländlichen und sachkapitalintensiven Regionen innerhalb eines Betrachtungszeitraums von 20 Jahren.

Bei Betrachtung der Bundesländer fallen vor allem Wien (47%), Nieder- (22,5%) und Oberösterreich (10,7%) als attraktive Wohn- und Arbeitsorte für Migranten auf. Die Metropole steht damit gemeinsam mit städtischen Umlandgebieten in Österreich (15,3%) bei regionaltypischer Darstellung an der Spitze präferierter Zielorte, was die Bedeutung urbaner Räume für Migration unterstreicht.

Die Migration in den ersten fünf Jahren entspricht jener der darauffolgenden 15 Jahre, wie in Abbildung 7 ersichtlich wird.

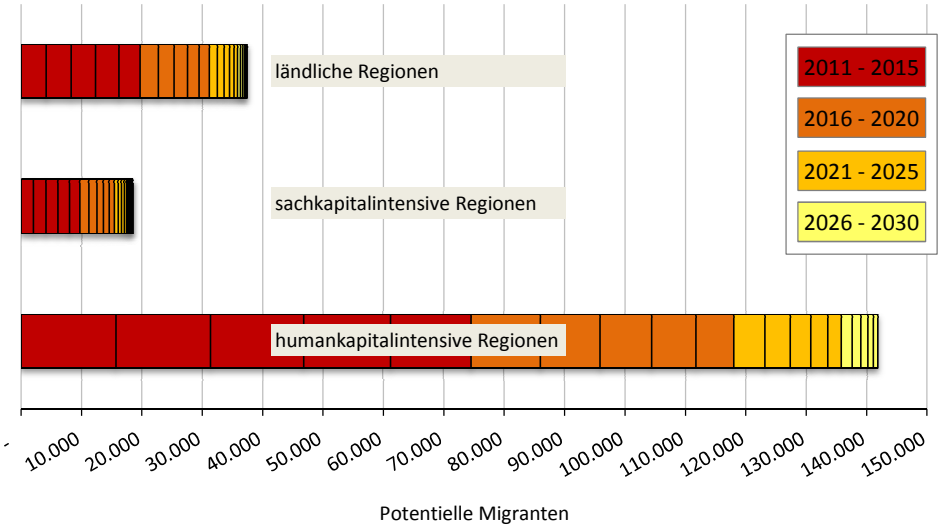


*Abbildung 7* *Potentielle Nettomigration in die österreichische Grenzregion. Gliederung nach Regionstypen.*
*Quelle:* *Potentialabschätzung nach Huber/Brücker (2003: 100); eigene Interpolation der Jahreswerte. Prozentuelle räumliche Verteilung der Migration nach Huber (2001: 80); eigene Darstellung. (Zugrundeliegende Tabelle siehe Anlage A.3)*

[63] Auf die Aufnahmefähigkeit der Regionen bzw. Regionstypen wird in Kapitel 5 eingegangen, in dem wirtschaftliche und gesellschaftliche Kennzahlen untersucht und daher eine Vergleichsbasis der Daten geschaffen wird.

Die Grenzregion muss daher vor allem in der Zeit nach der Arbeitsmarktöffnung auf das zusätzliche Arbeitskräfteangebot reagieren, um potentielle, negative Auswirkungen möglichst gering zu halten. In dieser Zeit sinkt die Migration pro Jahr nur unmerklich, erst nach 2015 ist mit starken Rückgängen zu rechnen, die auf die zugrundeliegenden Annahmen der Modelle zurückzuführen ist, die von einer langsamen Angleichung der Reallohnniveaus ausgehen.

Für die Untersuchung der Pendler ist die Definition der zugrundeliegenden Daten schwieriger, da sowohl bei *AFLA* (Nowotny, 2011a: 20-24) als auch bei Huber und Brücker (2003: 61-64) die Anzahl potentieller Pendler für die Nachbarstaaten erhoben wurde. Bei ersterer fehlt außerdem die Erhebung des Potentials aus Slowenien. Die Zahlen weichen deutlich voneinander ab, wobei die aktuellere Studie *AFLA* für die drei erhobenen Staaten weitaus geringere Zahlen errechnet, als Huber und Brücker einige Jahre zuvor.

Die eigene Berechnung des Pendlerpotentials in die Untersuchungsregion stützt sich jedoch auf die ältere Studie und stellt somit ein *Extrem*-Szenario dar, in dem die obere Grenze der Pendlerzahlen aus den Nachbarländern aufgezeigt wird. Da das Potential in beiden Studien auf eine detaillierte Untersuchung der Potentiale aus Polen, Estland, Lettland und Litauen verzichtet, scheint die pendlerwillige Bevölkerung aus diesen Ländern nicht in den folgenden Berechnungen auf.

Es ist wiederum zu beachten, dass bei der Verteilung der Pendlerströme auf die Regionstypen noch ganz Österreich enthalten ist, wobei bei den errechneten Pendlerzahlen nach Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg keine potentiellen Pendler aufweisen. Daher stellen die in Abbildung 8 verdeutlichten Zahlen ein Szenario maximaler Pendlerströme dar. Teile von Ober- und Niederösterreich sowie der Steiermark befinden sich nicht in der Untersuchungsregion, empfangen aber laut der Studie vermutlich auch in den außerhalb gelegenen Teilregionen Pendler.

Unter Beachtung der angeführten Aspekte ergibt sich folgendes Bild der Pendlerströme:

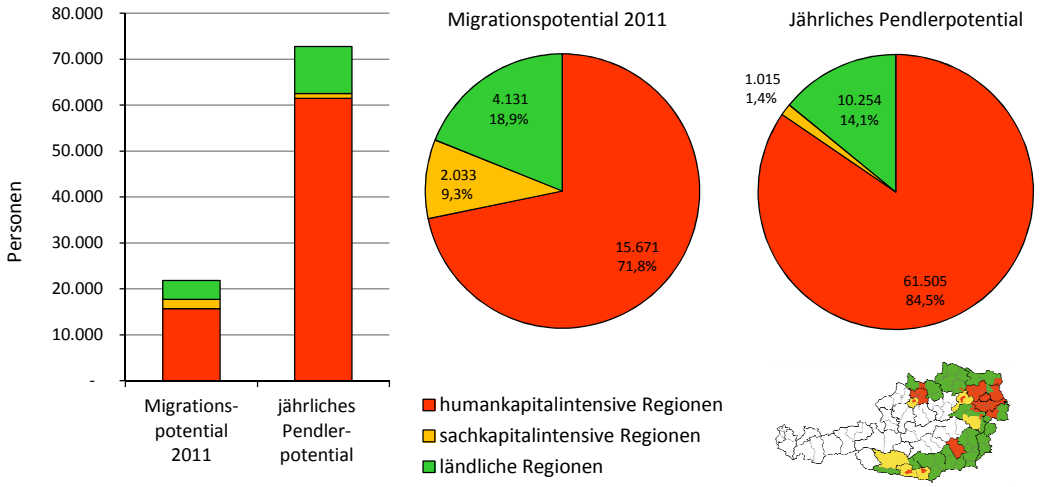


*Abbildung 8* *Pendlerpotential in die Untersuchungsregion im Vergleich zum Migrationspotential 2011. Gliederung nach Regionstypen.*

*Quelle:* *Pendlerpotentialabschätzung und räumliche Verteilung nach Huber/Brücker (2003: 61-64); Migrationspotentialabschätzung nach Huber/Brücker (2003: 100); Prozentuelle räumliche Verteilung der Migration nach Huber (2001: 80); eigene Darstellung.*

Aus der Abbildung wird deutlich, dass das erwartete absolute, jährliche Migrationspotential im Vergleich zum Pendlerpotential gering ist. Wiederum dominieren humankapitalintensive Regionen

als attraktive Ziele. In den ländlichen Bereich werden absolut gesehen mehr Personen pendeln als migrieren, in sachkapitalintensiven Regionen verhält es sich gegenteilig. Dies ist womöglich auf geographische Entfernungen zurückzuführen. Entlang der österreichischen Grenze sind viele ländliche Regionen zu finden, während sachkapitalintensive Regionen eher im Landesinneren zu finden sind.

In der Darstellung der relativen Verteilung der Pendler- und Migrationsströme wird deutlicher, dass sachkapitalintensive Regionen für Pendler im Vergleich zu Migranten weniger attraktiv sind. Humankapitalintensive, urbane Regionen sowie der ländliche Bereich gewinnen für Pendler hingegen an Attraktivität. Die wegfallenden Anteile Erwerbstätiger in sachkapitalintensiven Regionen verschieben sich im Falle der Pendler zu größeren Teilen in humankapitalintensive Regionen. Dies könnte auf größere Reallohnunterschiede zwischen den Dienstleistungssektoren der Staaten zurückzuführen sein. Die Dominanz urbaner Räume wird bei der Analyse der Pendlerströme noch deutlicher. 84,5% der Pendler sind in Wien, anderen Großstädten, Mittelstädten oder städtischem Umland zu erwarten. Der in den ländlichen Raum verschobene Anteil ist etwas geringer, aber doch auch spürbar, was womöglich auf die räumliche Nähe zu den Nachbarstaaten zurückzuführen ist.

Bei Betrachtung der Bundesländer wird – wie bereits bei der Analyse potentieller Migrationsströme und ihrer räumlichen Verteilung – deutlich, dass ein Großteil der Pendler Wien (37,6%) und Niederösterreich (33,2%) als Arbeitsort präferiert. Die grenznahe Hauptstadt ist damit auch für Pendler attraktivster Arbeitsort.

Wie erwartet, stellen die Mobilitätspotentiale nach Österreich vor allem urbane Regionen vor die Herausforderung (verhältnismäßig) starken Zuzugs bzw. auffallender Pendlerbewegungen.

Durch die Verknüpfung der Migrations- und Pendlerpotentiale zu einer Gesamtheit zusätzlicher Arbeitskräfte pro Jahr zeigt sich ein kontinuierlicher Anstieg, der jedoch im zeitlichen Verlauf immer mehr abflacht, was auf jährliche, konstant angenommene Pendlerströme und stetig fallende Migrationszahlen zurückzuführen ist. (Siehe auch zugrunde liegende Berechnungstabellen in Anlage A.3)

Die errechneten Zahlen ausländischer Wohnbevölkerung und Arbeitskräfte liegen dabei etwas unter den berechneten Zahlen von Huber und Brücker aus dem Jahr 2003 (100): Bis zum Jahr 2030 errechnen sie einen Wohnbevölkerungsbestand von über 270.000 Personen. Nicht mit eingerechnet sind dabei Pendler, die ihren Arbeitsort nach Österreich verlagern; die Summe zusätzlicher Arbeitnehmer muss daher noch deutlich über diesem Wert liegen. Im Gegenzug wird im Jahr 2011 bereits von einem Bestand knapp unter 100.000 ausgegangen. Die zusätzliche Wohnbevölkerung durch die Öffnung des Arbeitsmarktes liegt daher bei etwa 170.000 Personen.

Die Werte wie in Abbildung 9 dargestellt, sind nicht sehr weit von jenen von Huber und Brücker (2003: 100) errechneten abweichend. In der eigenen Berechnung ergibt sich ein gesamtes Migrationspotential von knapp unter 200.000; es liegt somit etwas über dem prognostizierten Potential von Huber und Brücker. Im Gegensatz dazu erscheint das errechnete jährliche Pendlerpotential von etwa 60.000 Personen hoch.

Wie zu erwarten war, muss in Wien mit dem größten absoluten Wachstum von etwa 70.000 Personen (+150%) im Arbeitskräftebestand gerechnet werden. Auch die übrigen Großstädte (+9.000 Personen, +50%) und das städtische Umland (+23.000 Personen, +120%) müssen mit einem starken Zuwachs rechnen. In Summe wird in den ländlichen Regionen (in Abbildung 9 in Grüntönen) ebenfalls ein starker Zuwachs der Arbeitskräfte von etwa 30.000 (+160%) errechnet.

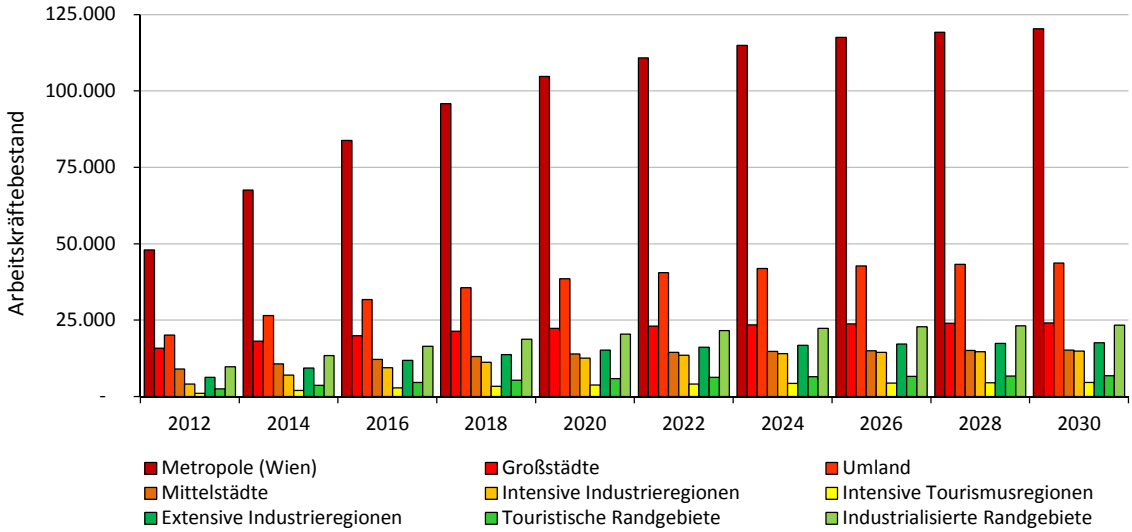


*Abbildung 9* *Arbeitskräftebestand aus Migrations- und Pendlerbewegungen in Folge der EU-Erweiterung 2004 und der Arbeitsmarktöffnung 2011.*

*Quelle:* *Pendlerpotentialabschätzung und räumliche Verteilung nach Huber/Brücker (2003: 61-64); eigene Interpolation der Jahreswerte. Migrationspotentialabschätzung nach Huber/Brücker (2003: 100); Prozentuelle räumliche Verteilung der Migration nach Huber (2001: 80); eigene Darstellung. (Zugrundeliegende Tabelle siehe Anlage A.3)*

Neben der Analyse der quantitativ zu erwartenden Arbeitskräfte – die aufgrund bestimmter Annahmen und Unsicherheiten kritisch zu betrachten sind – dürfen die Charakteristika der Erwerbstätigen hinsichtlich qualitativer Kriterien nicht vernachlässigt werden.

Diese wurden bereits ausreichend beschrieben und es wurde festgestellt, dass vor allem in der Zeit knapp nach der Arbeitsöffnung mit einem verstärkten Zuzug niedrig qualifizierter Personen zu rechnen ist, die eine Ausbildung auf primärem Niveau haben, da hochqualifizierte bereits früher migrieren konnten. Langfristig gesehen dominieren jedoch zugewanderte Arbeitskräfte mit einer Ausbildung auf sekundärem Niveau mit einem Abschluss in einer Lehre, höher bildenden Schule oder ähnlichem.

Was die absolute Größenordnung betrifft, so ist nach Berger et al. (2011: 30) und den eigenen zuvor errechneten Migrationszahlen in die Untersuchungsregion mit etwa 9.500 Personen mit primärem, ca. 11.000 Personen mit sekundärem und 1.000 Personen mit tertiärem Bildungsabschluss zu rechnen. Ab 2013 reduzieren sich die Zahlen von etwa 4.800 (primär), 13.700 (sekundär) und 3.000 (tertiär) bis zu 227 (primär), 647 (sekundär) und 144 (tertiär) im Jahr 2030. In Summe sind daher etwa 53.400 Personen mit primärem Abschluss zu erwarten, ca. doppelt so viele (120.000) mit sekundärem und ca. die Hälfte (24.000) tertiärem Abschluss. Im Vergleich dazu ist nach *AFLA* (Nowotny, 2011a: 33) mit halb so vielen niedrig qualifizierten Personen zu rechnen (28.500), etwas mehr qualifizierten (150.500) und etwas weniger Hochqualifizierten (18.800).

Die Überlegung von Berger et al. (2003), dass in den ersten Jahren nach der Arbeitsmarktöffnung eher niedrig qualifizierte Personen migrieren und erst danach der Anteil an Personen mit höherer Qualifikation steigt, erscheint schlüssig. Daher wird in weiterer Folge von der sich im zeitlichen Verlauf ändernden Verteilung ausgegangen.

Neben der Qualifikationsstruktur sind auch andere Determinanten wie Sprachkenntnisse, Alter und familiäre Strukturen der Migranten und Pendler von Bedeutung. Etwa die Hälfte der erwarteten zusätzlichen Arbeitskräfte wird laut *AFLA* (Nowotny, 2011a: 33) Deutschkenntnisse haben, was jedoch auch bedeutet, dass etwa 10.000 Migranten in den ersten Jahren nach der Arbeitsmarktöffnung keine Deutschkenntnisse und ca. 4.000 Migranten gar keine Fremdsprachenkenntnisse aufweisen werden können, was eine Herausforderung bei der Arbeitssuche und einer etwaigen Anstellung in Österreich darstellt. Bei Einbeziehung der Pendler ist in den ersten Jahren sogar mit mindestens 45.000 Arbeitskräften zu rechnen die keine Deutsch- und mindestens 20.000 Arbeitskräften zu rechnen, die gar keine Fremdsprachenkenntnisse aufweisen.

Hinsichtlich der Altersstruktur wird in beiden Studien deutlich, dass kaum Migranten über 54 Jahre erwartet werden. Laut *AFLA*-Studie (Nowotny, 2011a: 33) wird etwa die Hälfte der erwarteten Migranten und Pendler unter 34 Jahre alt sein, laut Berger et al. (2011: 30) sind es gar 80%, die unter 39 Jahre alt sein werden.

Trotz der Unterschiede der Ergebnisse hinsichtlich der Altersstruktur der Migranten wird deutlich, dass vor allem die jüngere Bevölkerung nach Abschluss ihrer Ausbildung bereits ist zu migrieren bzw. als Migranten erwartet werden kann. Dies könnte auf den humankapitaltheoretischen Ansatz zurückzuführen sein, in dem davon ausgegangen wird, dass das Einkommen über die Lebensdauer maximiert wird.

Vor allem hinsichtlich der demographischen Entwicklung der österreichischen Bevölkerung ist dieser Fakt nicht zu vernachlässigen, doch darauf wird speziell in Kapitel 5 eingegangen.

## 3.5 Zusammenfassung der theoretischen und analytischen Betrachtung für die Untersuchungsregion

Bereits in Kapitel 3.3 wurde versucht, mit Hilfe der Analyse durchgeführter Studien, erwartete Migration und Pendlerströme in die Untersuchungsregion zu quantifizieren und qualitative Charakteristika der Personen herauszuarbeiten.

Studien zu Migration und Pendeln nach Österreich beruhen auf dem humankapitaltheoretischen Ansatz der individuellen Nutzenmaximierung über die Lebensdauer. In der Theorie sind es vor allem Reallohnunterschiede, die eine Motivation zur Migration sind, nach Sjaastad haben jedoch auch nicht-monetäre Komponenten wie psychische Aspekte einen Einfluss auf die Entscheidung. Auch Vorteile wie Insiderwissen, Kultur, Sprache oder Kenntnis über lokale Umgangsformen können Aspekte sein, die eine Entscheidung beeinflussen. In der Theorie werden diese Aspekte nur wenig behandelt und berücksichtigt, in den Studien wurden viele als Motivation zur oder gegen Migration genannt. All diese nicht-monetären Komponenten zeigen auch die Präferenz für ein bestimmtes Land. So wird in den Studien deutlich, dass Sprachkenntnisse oder Netzwerke im Zielland starken Einfluss auf die Entscheidung über das Zielland nehmen.

Die relative Stellung der Migranten wurde neben der absoluten Stellung ebenso theoretisch betrachtet, deren Ansatz vor allem der Theorie über positive oder negative Selbstselektion von Migranten in den Studien wieder. Dort wird dieser Ansatz anhand der Bildungsstruktur verfolgt, die Aussagen darüber schafft, ob die Erwerbstätigen, die planen, im Ausland zu arbeiten, hinsichtlich ihres Bildungsstandes besser oder schlechter gestellt sind als die Gesamtheit aller Erwerbstätigen im Land. Positive Selektion findet bei überdurchschnittlichem Stand in der Gesellschaft statt, negative

bei unterdurchschnittlichem. In der Theorie spielen hinsichtlich der relativen Stellung außerdem Prestige, Anerkennung und ähnliche Aspekte eine Rolle, die in den Erhebungen nicht berücksichtigt wurden.

Interessant ist, dass in der Theorie Pendeln als Alternative zur Migration kaum behandelt wird, jedoch in den Studien zur aktuellen Arbeitsmarktsituation und Arbeitsmarktöffnung bedeutsamer erscheint als Migration nach Österreich. Dies ist vermutlich auf die räumliche Nähe Österreichs zu vier der neuen Mitgliedstaaten zurückzuführen, die eine direkte Staatsgrenze mit Österreich haben. Vor allem der Unterschied der Lohnniveaus im Vergleich zu Konsumpreisen kann durch die Beibehaltung des Wohnortes wirtschaftlich sinnvoll sein – ein höherer Reallohn kann erwirtschaftet werden.

Im Zuge der Analyse der quantitativ zu erwartenden Migration und Pendlerströme in die tatsächliche Untersuchungsregion wird deutlich, dass vor allem urbane, humankapitalintensive Regionen von starker Zuwanderung geprägt sein werden. Wien, die Landeshauptstädte und ihr urbanes Umfeld müssen mit dem größten Zuwachs im Arbeitskräftebestand rechnen. Die Nettomigration nimmt jedoch in der gesamten Untersuchungsregion mit dem zeitlichen Abstand zur Einführung der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit stetig ab. Die Migration der ersten 5 Jahre nach Arbeitsmarktöffnung entsprechen in etwa jener der darauffolgenden 15 Jahre, wobei die Summe der Migranten in ländliche und sachkapitalintensive Regionen bis 2030 geringer ist als die Summe der Migranten in humankapitalintensive Regionen in den ersten 5 Jahren, also bis 2015. Zudem zeigt sich die Bedeutung grenznaher, österreichischer Regionen für Pendler aus den EU-Nachbarländern. Das jährliche Pendlerpotential übertrifft in den Berechnungen das Migrationspotential für das Jahr 2011 deutlich. Auch für Pendler stellen humankapitalintensive Regionen den attraktivsten Arbeitsort dar.

Die Qualifikationsstruktur der Migranten und Pendler wird in den ersten Jahren niedrig sein, danach wird der Großteil der zuwandernden Bevölkerung ein sekundäres Ausbildungsniveau aufweisen können. Die Tatsache, dass etwa die Hälfte der zusätzlichen Arbeitskräfte die deutsche Sprache beherrscht darf den Fakt, dass ca. 10.000 der in den ersten Jahren nach Arbeitsmarktöffnung Zuwandernden die Sprache nicht beherrschen, nicht verdrängen. Da jedoch der Großteil der erwarteten Migranten und Pendler unter 40 Jahre alt sein wird, kann mit dem möglicherweise erleichterten Erwerb zusätzlicher Sprachkenntnisse gerechnet werden.

All die erwarteten Entwicklungen durch zusätzliche Arbeitskräfte haben Einfluss auf den österreichischen Arbeitsmarkt und im speziellen auf regionale Arbeitsmärkte.

# 4 Regionale Arbeitsmärkte vor dem Hintergrund veränderter Migrations- und Pendlerströme

*„**Nennenswerte Auswirkungen** wird der unbeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt wohl **eher im sozioökonomischen und wirtschaftspolitischen Bereich** mit sich bringen." (Kapek, 2010)*

Wie auch das Zitat zeigt, ist es von zentraler Bedeutung, nicht nur die Migrationsströme quantitativ und qualitativ zu analysieren und zu beurteilen, sondern auch, ihre Auswirkungen in Zusammenhang mit dem zusätzlichen Arbeitskräfteangebot auf den Arbeitsmarkt des Ziellandes bzw. der Zielregion zu untersuchen, um daraus politische Handlungsoptionen zu entwickeln. (Nowotny, 2011a: 8, 10) Die betrachteten Indikatoren zur Analyse der Arbeitsmarkteffekte sind in Literatur und Empirie meist das Reallohnniveau, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Das Herkunftsland bleibt in diesem Fall außer Betracht.

Wie einleitend kurz definiert, ist der Arbeitsmarkt ein Teilmarkt einer Volkswirtschaft auf dem Angebot von und Nachfrage nach Arbeitsleistung zusammentreffen. Aus neoklassischer Sicht entspricht die Funktionsweise des Arbeitsmarkts jener des Gütermarktes. Wobei Angebot und Nachfrage vom Reallohn abhängen und immer ein Gleichgewichtszustand durch Preisanpassungen angestrebt wird. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit gibt es auf diesem Arbeitsmarkt daher nicht, freiwillige Arbeitslosigkeit kann aufgrund zu gering empfundener Reallöhne bei Vollbeschäftigung entstehen. Hinzu kommen die Annahmen vollkommener Konkurrenz, Homogenität am Arbeitsmarkt, Substituierbarkeit von Arbeitnehmern und -plätzen, vollkommene Information und Mobilität sowie Flexibilität der Reallöhne und Preise. Dazu gibt es diverse theoretische Weiterentwicklungen, wie den humankapitaltheoretischen Ansatz, der von einem heterogenen Arbeitsmarkt mit unterschiedlichen Qualifikationen der Arbeitnehmer aufgrund von Investitionen in das eigene Kapital ausgeht. Bestimmte Grundannahmen bleiben in diesen Theorien jedoch erhalten. (Roberts (Red.), 2010: 177, 183-184)

Dabei wird von einem nationalen Arbeitsmarkt ausgegangen, auf dem alle Arbeitnehmer tätig sind. In der neoklassischen Betrachtung wird lokalen und regionalen Arbeitsmärkten die gleiche Funktionsweise wie nationalen zugesprochen, was bedeutet, dass auch auf kleinräumlicher Ebene der Gleichgewichtszustand angestrebt wird. (McCann, 2001: 182)

Im Vergleich dazu sieht die keynesianische Schule keine vollkommene Markttransparenz; Angebot und Nachfrage bringen sich am Arbeitsmarkt nicht durch Preisanpassungen ins Gleichgewicht. Beispielsweise kann auch unfreiwillige Arbeitslosigkeit herrschen, wenn Nominallöhne nicht nach unten angepasst werden (können) und die Beschäftigung nicht ausgeweitet wird. (Roberts (Red.), 2010: 177) Nach unten hin starre nominelle Löhne und Preise stellen daher eine Unvollkommenheit dar, die zu einem Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt führen kann.

Eine Besonderheit regionaler Ökonomien ist die neben der räumlichen Differenzierung die Heterogenität der Regionen. Anders als in der Neoklassik kann bei regionalen Arbeitsmärkten daher nicht von vollständiger Information und Interaktion ausgegangen werden, da es Mobilitätskosten gibt und diese daher eingeschränkt ist. (Krumm/Tolley, 1987: 117)

In den Weiterentwicklungen der Neoklassik werden daher Teilarbeitsmärkte angenommen, es gibt Suchtheorien (im Zentrum steht die Suche nach einem Arbeitsplatz), humankapitaltheoretische Ansätze (unterschiedliche Charakteristika der Arbeitnehmer durch unterschiedliche Qualifikationen

durch Investitionen in das Humankapital), Kontrakt- und Tauschtheorien (Angebot und Nachfrage werden in die Überlegung für Ungleichgewichtsursachen mit einbezogen) und andere Ansätze, die von der realitätsfernen Arbeitsmarkttheorie der Neoklassik abweichen. (Richter, 1994: 36-39)

Hinzu kommen Theorien, die von einem segmentierten Arbeitsmarkt ausgehen, in dem im dualen Arbeitsmarktmodell hochwertige Arbeitsplätze mit hohen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen im primären Segment den Arbeitsplätzen des sekundären Segments mit geringerem Wert und Löhnen sowie schlechteren Arbeitsbedingungen gegenüber stehen. Dabei wird das primäre Segment als stabiler angesehen, wodurch es zu geringeren Auswirkungen bei äußeren Einflüssen kommt. (Richter, 1994: 45-46)

Neben diesen bisher eher wirtschaftlich und soziologisch begründeten Theorien ist die räumliche Komponente des Arbeitsmarktes nicht offensichtlich. In der Neoklassik wird von Mobilität gesprochen, wobei hier der Arbeitsplatzwechsel zwischen Branchen bzw. Firmen gemeint ist, der sich aber auch in räumlicher Mobilität äußert. Die bereits erwähnte Suchtheorie beschäftigt sich dabei vermutlich am meisten mit der räumlichen Komponente, da sie räumliche Ungleichverteilung mit unvollständiger Information der Arbeitnehmer begründet. (Richter, 1994: 50-51) Das räumliche Ungleichgewicht regionaler Entwicklung bestätigt umso mehr, dass eine neoklassische Betrachtung realitätsfern ist und regionale Arbeitsmärkte als Teil des nationalen und internationalen Arbeitsmarktes bestehen.

Im vorigen Kapitel wurde bereits ein Überblick über zu erwartende Migrations- und Pendlerströme in die österreichische Grenzregion gegeben. In weiterer Folge werden darauf aufbauend die Auswirkungen dieser Ströme und qualitativen Charakteristika der Migranten und Pendler auf die regionalen Arbeitsmärkte des Untersuchungsraums analysiert.

## 4.1 Wirkungen potentieller Migration und Pendlerströme auf (regionale) Arbeitsmärkte aus theoretischer Sicht

Regionale Arbeitsmärkte – wie sie einleitend beschrieben wurden – reagieren auf ein verändertes Arbeitskraftangebot. In der Literatur gibt es unterschiedliche Theorien zu den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die jedoch die Untersuchung der Veränderungen hinsichtlich realem Lohnniveau, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auf die zugewanderte und die einheimische Bevölkerung gemeinsam haben. Außerdem erfolgt die Betrachtung der Auswirkungen in den Ansätzen aus Sicht der Produktionstheorie, also der Kombination von Kapital und Arbeit zur Güterproduktion, wobei unterschiedliche Annahmen zu Elastizitäten, Flexibilität und Kapitalstock einer Region angenommen werden.

Nach dem – neoklassischen – „Lehrbuchmodell", wie es Huber und Brücker (2003: 66) bezeichnen, wird Zuwanderung als „exogene Erhöhung des Arbeits[kräfte]angebotes" (Huber/Brücker, 2003: 66) gesehen, auf die Volkswirtschaften im einfachsten Fall mit sinkenden Reallöhnen bei höherer Beschäftigung, höherem Output und steigenden Gewinnen reagieren, wodurch es insgesamt zu einer Wohlfahrtssteigerung kommt.[64] Gleichzeitig kommt es zu einem Verdrängungseffekt durch den Rückgang des Arbeitskräfteangebotes der einheimischen Bevölkerung. Dieser Prozess verläuft im Auswanderungsland genau gegengleich. Neben dem Verdrängungseffekt erwähnen Huber und Brücker (2003: 66-67) auch Arbeitslosen- und

[64] Das muss nicht bedeuten, dass alle Individuen gleichermaßen profitieren.

Lohneffekte und hinterfragen, welchen der drei die größte Bedeutung beigemessen werden sollte und ob es nicht zusätzlich zu Wohlfahrtseffekten durch Migration kommt. Auch die zeitliche Differenzierung, die zu unterschiedlichen Ausprägungen der Effekte führen sowie die Konjunkturphasen werden als berücksichtigungswert betrachtet.

Aufbauend auf der theoretischen Betrachtung der Motive für Migration und somit der Migrationsentscheidung wird in den folgenden Unterkapiteln mit Hilfe unterschiedlicher theoretischer Ansätze eine Wirkungsanalyse der Zuwanderung auf den aufnehmenden Arbeitsmarkt durchgeführt.

### *4.1.1 Die neoklassische Theorie: Arbeitsmarkteffekte der Wanderung in einem homogenen Arbeitsmarkt*

Das erwähnte *Lehrbuchmodell* stammt in seinen Grundzügen aus der Neoklassik, deren Grundgedanke die Selbstregulierung des Marktes durch Angebot und Nachfrage sowie den Preis ist. Die Funktion des Arbeitsmarktes entspricht in dieser Betrachtung jener, die auch dem Gütermarkt zugeschrieben wird; ausgegangen wird zudem von einem homogenen Arbeitsmarkt mit gleichen qualitativen Voraussetzungen der Beschäftigten und gleicher Funktionsweise auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen. Mit Hinblick auf den Arbeitsmarkt bedeutet das bei einem erhöhten Arbeitskräfteangebot ein Sinken der Reallöhne bis zum Ausgleich zwischen dem Quell- und Zielland der Migration. Es gibt daher ein Reallohnniveau, bei dem das Angebot der Arbeitskräfte jenem der Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften entspricht, wodurch volle Beschäftigung erreicht wird und der Nutzen der Haushalte sowie die Gewinne der Unternehmen maximiert werden. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit gibt es aus neoklassischer Sicht nur in Ausnahmefällen. (McCann, 2001: 176-179)

In einem Modell mit homogener Arbeit (siehe dazu Borjas, 1999b: 3-5) stellen Beschäftigte perfekte Substitute[65] dar, wobei die Bereitstellung von Kapital als unelastisch in Bezug auf Veränderungen der Beschäftigtenzahlen angenommen wird und im Besitz der Einheimischen ist. Durch den Eintritt von Migranten in den Arbeitsmarkt sinken die realen Löhne während das nationale Einkommen insgesamt steigt, da Migranten einen Beitrag zum – im Besitz der Einheimischen befindlichen – Kapitalstock leisten und die erhöhten Kapitalerträge zu zusätzlichen Kapitalflüssen in das Land führen.

Eine weitere Erklärung liefert Zimmermann (1998: 3-4), wobei er eine Ausweitung der Arbeitsnachfrage der Unternehmen bei zusätzlichem Einsatz von – zu Arbeit komplementären – Produktionsfaktoren beschreibt, wodurch es zu einer Verschiebung des Marktgleichgewichts kommt. Im Falle des Einsatzes von substitutiven Produktionsfaktoren, wie zum Beispiel anderen Arbeitern mit gleichen Fähigkeiten, sinkt der reale Lohnsatz. Dabei wird davon ausgegangen, dass Zuwanderer die Möglichkeit haben, Kapital mitzubringen, jedoch nicht zu arbeiten oder ohne Kapital zu wandern und ihre Arbeit auf dem Arbeitsmarkt anzubieten. Im ersten Fall kommt es zur erwähnten Ausweitung der Nachfrage bei gleicher Beschäftigung wodurch das reale Lohnniveau steigt. Im zweiten Fall erhöht sich das Arbeitskräfteangebot, wodurch es zu der Anpassung ins Gleichgewicht kommt und die Reallöhne sinken.

[65] Produktionsfaktoren im Prozess der Gütererzeugung stellen Komplemente dar, wenn sich ihr Einsatz gegenseitig begünstigt, wogegen Substitute sich im Produktionsprozess eher behindern als ergänzen. (Zimmermann, 1998: 3)

Unterstellt wird in den bisherigen Erläuterungen allerdings eine Lohnflexibilität, wie sie in der Realität kaum zu finden ist, da Nominallöhne nicht uneingeschränkt flexibel sind. So gibt es z.B. in Österreich Kollektivverträge, die einen Mindestlohn regeln und daher ein Sinken der Löhne unter ein gewisses Niveau verhindern, bzw. Arbeitsverträge sowie gesellschaftliche Übereinkünfte über Mindeststandards bei der Entlohnung.

Des Weiteren wird lokalen und regionalen Arbeitsmärkten die gleiche Funktionsweise wie nationalen zugesprochen, was bedeutet, dass bei einem erhöhten Arbeitskräfteangebot, dass nicht mit dem aktuellen Lohnniveau im Gleichgewicht ist, ein Rückgang der Reallöhne zu erwarten ist, um Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht zu bekommen.

Im Vergleich zum neoklassischen Ansatz entspricht die keynesianische Betrachtung eher dem realistischen Arbeitsmarkt, der in dieser Betrachtung nicht wie jeder andere Markt (re)agiert. Die Löhne sinken durch ein erhöhtes Arbeitskräfteangebot nicht, das Wirtschaftssystem ist notwendigerweise auch mit unfreiwilliger Arbeitslosigkeit verbunden und Ungleichgewichte können bestehen bleiben. Dieser Zugang unterstellt außerdem, dass ein Rückgang der Reallöhne im zeitlichen Verlauf nicht möglich ist – sie also nach unten starr sind – und sie immer weiter steigen. Die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeit passt sich bei gleich bleibenden Löhnen an das Arbeitskräfteangebot an. Sobald ein gewisser Level der Nachfrage erreicht wird, bei dem unter gegebenen Bedingungen das Angebot nicht mehr befriedigt werden kann, kommt es zu einer Lohninflation (McCann, 2001: 181-182). Dabei werden die Preise durch die Unternehmen erhöht, um höhere Löhne zu decken wodurch die Reallöhne der Haushalte sinken (Beck, 2008: 287).

Im Falle von gesunkenen Reallöhnen geht McCann (2001: 183-185) davon aus, dass Firmen mit einem Rückgang des lokalen oder regionalen Konsums rechnen, sie ihre Investitionsausgaben – u.a. die Löhne – reduzieren und die Nachfrage nach Arbeit verringern[66], was wiederum zu einem negativen Einkommensmultiplikator führt. Die verringerte Nachfrage nach Arbeit kann sich durch eine Reduktion der Angestellten äußern, wo es bei gleichbleibenden Reallöhnen auch zu unfreiwilliger Arbeitslosigkeit kommt. Eine Möglichkeit der Ausgabenreduktion ist auch die Reallohnreduktion der Angestellten, die in weiterer Folge unfreiwillige Arbeitslosigkeit verhindert. Letztendlich kann es auch zu einer Kombination aus beiden Fällen kommen, in der sowohl Ausgaben als auch die Beschäftigung reduziert werden. Dabei ist jedoch auch die Branchenstruktur bzw. die Absatzmarktorientierung entscheidend für das weitere Agieren von Unternehmen im Falle der Erhöhung des Arbeitskräfteangebotes.

Bei Exportorientierung werden Unternehmen zu einer Ausweitung der Anstellung durch sinkende Löhne tendieren und sich eventuell vergrößern, da der Absatzmarkt nicht durch die veränderte Lohnsituation betroffen ist. Für lokale Unternehmen könnte die Situation jedoch schlechter aussehen, da durch geringere Löhne mit einer geringeren Kaufkraft zu rechnen ist, wodurch sie versuchen werden, die Löhne weiter zu senken, die Angestellten zu reduzieren oder beides zur Senkung der Ausgaben einzuschränken. Im ersten Fall sind die Effekte für die Region durchaus positiv zu bewerten, da eine Aufwertung stattfindet, die die Attraktivität für Unternehmen erhöht. (McCann, 2001: 185-187)

[66] Der Rückgang der Löhne ist in diesem Modell nur in Verbindung mit der Reduktion der Nachfrage nach Arbeitskräften möglich. McCann (2001: 183) argumentiert, dass es neben den geringeren Investitionen auch zu einer Veränderung in der Kapitalverwendung kommt, wodurch sich die Produktionsfunktion und damit die Kombination aus Kapital und Arbeit verändert.

Je nachdem, ob es zu neuen Investitionen, Expansion, Schrumpfung oder Schließung von Firmen kommt, steigt oder sinkt auch das regionale Kapital, das auf lange Sicht mobil ist.[67] Der regionale Kapitalstock kann sich jedoch nur sehr langsam ausweiten. Eine Verkleinerung ist bei negativen Einkommensverwendungseffekten jedoch sehr schnell möglich, wenn Firmen ihr Kapital aus der Region zurückziehen, die Investitionen zurückgehen und Firmen auf eine Produktionsfunktion mit niedrigerer Kapazität übergehen. Auch ein negativer Umwelteinfluss mit einem weiteren Rückgang der Attraktivität kann die Folge sein, wenn Investitionen zurückgehen und der Bestand nicht mehr genutzt wird. (McCann, 2001: 188-190)

Buettner und Rincke (2007: 539-542) behandeln zusätzlich den Aspekt der räumlichen Verteilung und Effekte der Migration. Ausgehend von einem einfachen Aufbau, drei kleinen Regionen[68], offenen Ökonomien mit international fixierten Preisen und lokalen Arbeitsmarkteffekten wurden die Effekte auf die Grenzregionen eines Hochlohnlandes bei Integration eines Niedriglohnlandes in einem einfachen Modell untersucht. Langfristige Überlegungen wurden in diesem Modell jedoch nicht angestellt, auch Produktivitätsunterschiede und sich verändernde Einwohnerzahlen stellen Einschränkungen dar, die bei einer langfristigen Betrachtung aufgehoben werden müssten.

Durch die plötzliche Integration erfährt die Grenzregion des Hochlohnlandes eine Ausweitung der Beschäftigung, die durch Lohnrückgänge und eine geringere Beteiligung der Einheimischen am Arbeitsmarkt – relativ zum Hinterland – begleitet wird. Ein möglicher Effekt wäre die Verschiebung des Arbeitskräfteangebotes auch im Hinterland des Hochlohnlandes, da dort die Löhne noch höher sind, obwohl zuvor eine Migration bis in diese Region aufgrund der Mobilitätskosten nicht angedacht war. Diese Verschiebung könnte jedoch nicht nur durch neu hinzu gewanderte Beschäftigte, sondern auch durch Einheimische geschehen, die bessere Löhne in der Region erwarten.

Diese Betrachtung könnte auch aus österreichischer Sicht relevant sein, da vorerst die Grenzregionen sowie Großstädte und Stadtregionen in die detaillierte Untersuchung mit einbezogen werden, jedoch auch Auswirkungen auf die übrigen, von den neuen Mitgliedstaaten weiter entfernten Regionen möglich sind, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar sind. Zielführender als das neoklassische Modell, das von homogenen Arbeitskräften ausgeht, erscheint jedoch die Annahme unterschiedlicher Qualifikationsstrukturen in der gesamten Bevölkerung – unabhängig von ihrer staatlichen Zugehörigkeit.

### *4.1.2 Der humankapitaltheoretische Ansatz: Arbeitsmarkteffekte bei differenzierter Qualifikationsstruktur*

Bisher wurde von einer einheitlichen Qualifikationsstruktur der Migranten ausgegangen. In den Untersuchungen von Longhi, Nijkamp und Poot (2008: 4-5), die sich wiederum auf Ottaviano und Peri (2006: 3-16) und Borjas (1999b: 2-10) stützen wird grundsätzlich vom Gleichgewichtsansatz als Rahmenbedingung ausgegangen, um die Effekte der Migration auf Reallöhne zu messen. Die Grundidee hinter den Überlegungen ist ein exogener Anstieg der Einwanderung, wobei der Einfluss auf den Arbeitsmarkt von der Zusammensetzung der migrierenden im Vergleich zu

[67] Ausgenommen sind z.B. Liegenschaften und Immobilien, die einen Großteil des Regionalkapitals ausmachen, jedoch in der Region verbleiben.

[68] Zwei Regionen liegen im Hochlohnland, wobei nur eine Region eine gemeinsame Grenze mit der Region des Niedriglohnlandes hat. Es wird dabei von realen Lohnniveaus ausgegangen.

einheimischen Bevölkerung abhängt. Je nachdem, ob die zugewanderten Beschäftigten Substitute oder Komplemente zu den bereits am Arbeitsmarkt tätigen Beschäftigten sind, können unterschiedliche Effekte auf den Arbeitsmarkt erwartet werden. (Longhi/Nijkamp/Poot, 2008: 4-5)

Sie betrachten dabei vorerst die Veränderungen für die einheimische Bevölkerung bei einem festen Kapitalstock der Region, wodurch es z.B. bei vollkommenen Substituten zu sinkenden Löhnen für Einheimische und deren Rückgang in der Beteiligung am Arbeitsmarkt kommt, wodurch die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe steigt. Sie weisen jedoch auf die theoretischen Überlegungen von Ottaviano und Peri (2006: 3-16) hin, die auch eine Anpassung des Kapitalstocks berücksichtigen und davon ausgehen, dass Migranten keine vollkommenen Substitute zur ansässigen Bevölkerung darstellen, da sich Leistungen der Beschäftigten immer in bestimmten Merkmalen unterscheiden (z.B. der Qualität). (Ottaviano/Peri, 2006: 5-10)

Borjas (1999b: 2-3) geht davon aus, dass Einheimische so lange von Migration profitieren, solange sie andere Fähigkeiten und unterschiedliche Ausstattungen aufweisen als die zuwandernde Bevölkerung. Die Vorteile, die mit zunehmenden Unterschieden steigen, sind jedoch nicht gleichmäßig über die einheimischen Beschäftigten verteilt, da jene Personen, die mit den Qualifikationen der Migranten konkurrieren, Nachteile erfahren.

Zimmermann (1998: 5-7) geht von Teilarbeitsmärkten in einem regionalen Arbeitsmarkt aus, die im Gleichgewicht stehen, wodurch bei Zuwanderung normal qualifizierter Arbeit ein Rückgang der Löhne in diesem Teilarbeitsmarkt bei gleichzeitiger Ausweitung der Beschäftigung zu erwarten ist. Da jedoch die zwei Qualifikationsstufen der Arbeit als komplementär angenommen werden, steigt mit der Zuwanderung auch die Nachfrage nach qualifizierter Arbeitsleistung. Umgekehrt sinken Löhne bei steigender Beschäftigung der höher Qualifizierten wenn dieser Anteil durch Zuwanderung erhöht wird, während die Nachfrage nach normaler Arbeitsleistung steigt und dadurch die Löhne steigen. In beiden Fällen gewinnt auch das Kapital, wichtig ist jedoch die Betrachtung der relativen Qualifikationsstruktur im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung.

Da ein Ungleichgewicht der Arbeitsmärkte in der Realität vor allem bei einer kurzfristigen Betrachtung anzunehmen ist, bleiben die Reallöhne womöglich auf ihrem Niveau, wodurch es zu Arbeitslosigkeit kommt, da die Beschäftigung nicht ausgeweitet werden kann. Daher steigt auch die Nachfrage nach qualifizierter Arbeit nicht, wodurch es nur zur Verschlechterung für normal Qualifizierte kommt, die mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Im Fall der Zuwanderung von hoch qualifizierten Erwerbstätigen kommt es zwar zu Reallohnsenkungen in diesem Teilarbeitsmarkt, jedoch können normal Qualifizierte profitieren, da es selbst bei Beibehaltung des realen Lohnniveaus zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit durch die steigende Nachfrage kommt. In diesem Fall wäre Zuwanderung für die einheimische Bevölkerung durchaus positiv zu bewerten, eine Zusammenfassung der möglichen Entwicklungen und Auswirkungen für die österreichische Grenzregion wie sie bisher beschrieben wurden und in den folgenden Kapitel noch werden, wird am Ende dieses Kapitels (siehe Punkt 4.3) gegeben.

Eine weitere Möglichkeit der Auswirkungen sieht Zimmermann in der Betrachtung der zugewanderten Beschäftigten als einen eigenen Teilarbeitsmarkt, da sich ihre Fähigkeiten und Erfahrungen von jenen der Einheimischen unterscheiden und sie daher nicht direkt in Konkurrenz stehen. Unter der Annahme des Gleichgewichts zwischen den drei Teilarbeitsmärkten führt Zuwanderung zu steigender Nachfrage bei normal und hoch qualifizierter Arbeit während die Reallöhne für Zuwanderer bei zusätzlicher Beschäftigung sinken. Grundsätzlich bestehen diese Effekte auch im Ungleichgewichtsfall zwischen den Märkten, jedoch führt die Ausweitung der

Nachfrage nach Arbeitskräften aufgrund herrschender Arbeitslosigkeit anstatt zu realen Lohnerhöhungen zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit und der Voraussetzungen, dass auch Migranten am dritten Arbeitsmarkt Beschäftigung finden.

Diese Betrachtungsweisen zeigen, dass eine Bewertung der Auswirkungen von Zuwanderung auf die ansässige Bevölkerung das Wissen über den bzw. die Arbeitsmärkte sowie die Qualifikationsstruktur der Migranten voraussetzt.

Neben diesen individuellen Auswirkungen sind auch Wohlfahrtseffekte auf die Gesellschaft und Wirtschaft zu beachten, die im folgenden Kapitel untersucht werden.

### *4.1.3 Makroökonomische Auswirkungen: Wohlfahrtseffekte*

Bei Betrachtung der Arbeitsmigration als Faktorbewegung zwischen Staaten und der Annahme, dass gewandert wird, bis volle Lohnkonvergenz erreicht ist, sind die Folgen laut Krugman und Obstfeld (2009: 219-220) die Konvergenz der Reallöhne bei gleichzeitig wachsendem Wohlstand. Sie weisen jedoch auf die ungleiche Verteilung dieser Zuwächse hin. Bestimmte Gruppen erfahren eine Benachteiligung, da sie ein geringeres Arbeitsplatzangebot vorfinden und höhere Lohnkosten haben.

Im Falle der Betrachtung als homogener Arbeitsmarkt kommt es durch Migration zu einem zusätzlichen Arbeitskräfteangebot und in weiterer Folge zur Substitution von Kapital gegen Arbeit in der Güterproduktion. Bei Zuwanderung von Migranten ohne Kapital, die Substitute zur einheimischen Bevölkerung darstellen, verringert sich die anteilige Beteiligung der Einheimischen zugunsten des Kapitals und zugewanderter Beschäftigter. Allerdings entsteht daraus ein Nettogewinn an Gütern, die produziert werden, also ein Effizienzgewinn aus der Zuwanderung. Berücksichtigt ist bei dem allgemeinen Gewinn noch keine Verteilung. Bei Zuwanderung von Migranten mit Kapital, die nicht auf den Arbeitsmarkt eintreten, besteht kein Konflikt, da das reale Lohnniveau für die einheimische Bevölkerung steigt, wodurch der Konflikt zwischen Gerechtigkeit und Wohlfahrtssteigerung nicht auftritt. Anders ist dies bei Arbeitsmigranten, die kein Kapital besitzen und einem realen Lohnniveau, das über dem Gleichgewichtslohnniveau liegt. Wie bereits erwähnt kommt es durch Gewerkschaften und Kollektivverträge zu einem künstlich hoch gehaltenen Lohnniveau, das sich nicht anpasst, wodurch Arbeitslosigkeit entsteht. Einheimische werden durch Migranten verdrängt, da sie im erläuterten Modell Substitute darstellen, und es kommt zu Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten, wobei auch das Kapital keine Zuwächse verzeichnet. In diesem – auch medienpräsenten – Szenario kommt es zu einer Verschlechterung für einheimische Beschäftigte – die insgesamt auftretenden Wohlfahrtseffekte treten dabei in den Hintergrund. (Zimmermann, 1998: 4-5)

Die bisher beschriebenen Effekte können auch graphisch dargestellt werden:

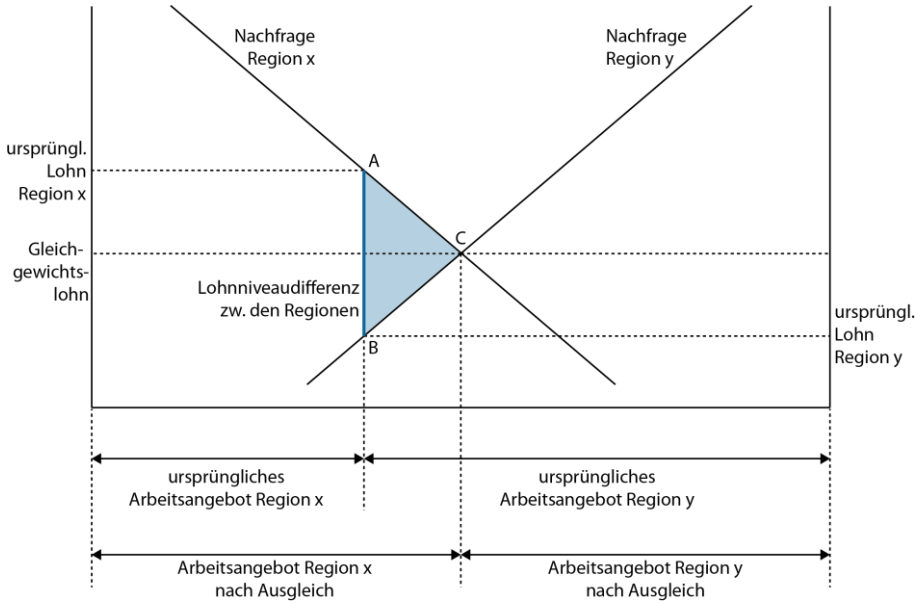


*Abbildung 10 Wohlfahrtseffekte durch interregionale Migration (blaues Dreieck)*[69]
*Quelle: McCann (2001: 194); eigene Darstellung.*

Das gesamte Arbeitskräfteangebot wird durch die Begrenzung am linken und rechten Rand dargestellt, angenommen wird die Existenz von 2 Regionen. Wie in Abbildung 10 dargestellt, sind die ursprünglichen realen Lohnniveaus der beiden Regionen x und y unterschiedlich hoch, die Lohndifferenz wird durch die blaue Linie AB dargestellt. Das Reallohnniveau ist in Region x höher, das Arbeitskräfteangebot geringer (Punkt A zeigt die Beschäftigung zum entsprechenden Lohnniveau an), in Region y verhält es sich gegenteilig (Punkt B). Im Zuge der Migration von Region y nach x kommt es zu einer Verschiebung des Arbeitskräfteangebotes bis zum Ausgleich zwischen den Regionen. Gleichzeitig nähern sich die realen Löhne an. In Punkt C herrscht ein Gleichgewicht der Löhne, aber auch der Beschäftigung. Das hellblau dargestellte Dreieck ABC stellt daher den Wohlfahrtseffekt durch Migration dar. Einerseits wird dadurch der Wohlfahrtsverlust bei Nicht-Migration durch entgangene Produktion dargestellt, andererseits wird der Pareto-effiziente[70] Gewinn durch Migration dargestellt.

[69] Das Diagramm ist für Region x in „gewohnter" Weise von links nach rechts aufgetragen, während das Diagramm für Region y in horizontal gespiegelter Weise von rechts nach links zu lesen ist, um die Wohlfahrtseffekte darstellen zu können. In gewohnter Weise würden die beiden Diagramme im Gleichgewicht ident aussehen.

[70] Unter Pareto-Effizienz wird die Besserstellung von Individuen verstanden ohne anderen Individuen schlechter zu stellen. In der obigen Graphik bedeutet dies: bis zum Punkt C kommt es zu einer Besserstellung der Migranten, da sie höhere Löhne als im Heimatland erhalten, jedoch werden Einheimische nicht schlechter gestellt. Migration darüber hinaus macht in dem Modell keinen Sinn, da die Löhne unter dem Lohnniveau in Region y liegen.

Überlegt man das Modell unter der Annahme flexiblen Kapitals weiter, so ergibt sich folgendes Bild:

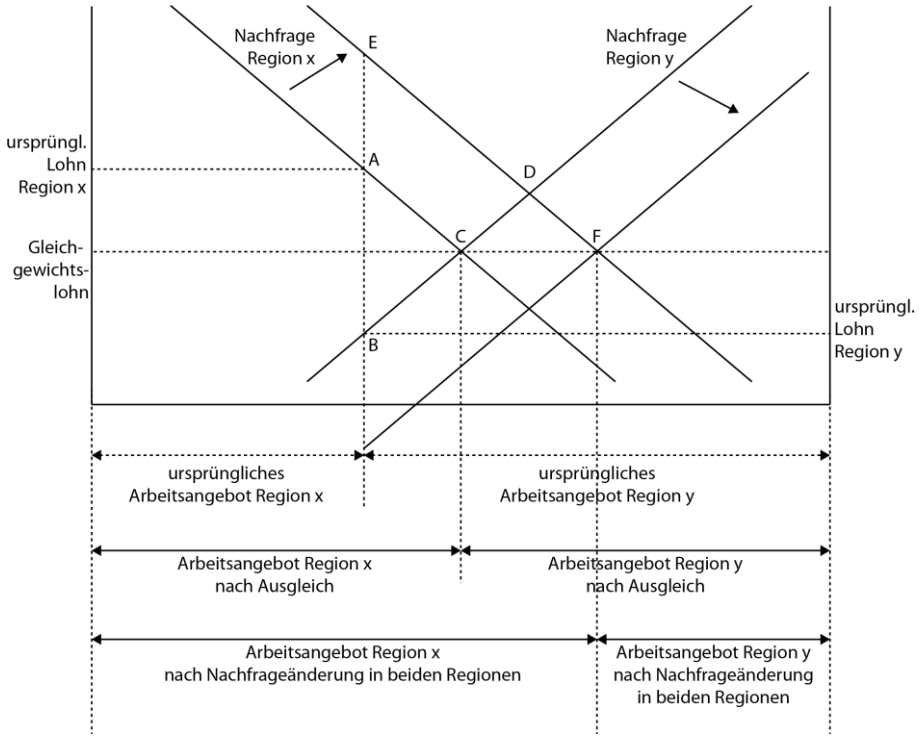


*Abbildung 11 Interregionales Arbeitsmarktgleichgewicht bei flexiblen Kapital*
*Quelle: McCann (2001: 195); eigene Darstellung.*

Nehmen Migranten Kapital mit in das Zielland, steigt die Nachfrage nach Arbeit im Aufnahmeland, während sie im Auswanderungsland zurück geht.[71] (Abbildung 11) Dadurch kommt es zu einem neuen Gleichgewichtszustand im Punkt F, in dem das ursprüngliche Gleichgewichts-Lohnniveau (bei Punkt C) erhalten bleibt, die Verteilung des Kapitals und des Arbeitskräfteangebotes von der ursprünglichen Verteilung deutlich abweicht. Es zeigt, dass sich Regionen hinsichtlich ihres Kapitals und des Arbeitskräfteangebotes voneinander unterscheiden können, auch wenn ein identes Reallohnniveau erreicht wird. Wohlfahrtsgewinne können im Falle dieses Lohnausgleichs allerdings nicht mehr erreicht werden. (McCann, 2001: 193-196)

Wiederum zeigt sich, dass die Struktur der Migranten von Bedeutung ist, da die Auswirkungen bei Kapitalmitnahme von jenen bei reiner Arbeitsmigration abweichen.

In all diesen Fällen wird davon ausgegangen, dass Beschäftigte nicht nur ihren Arbeits- sondern auch ihren Wohnort in das Zielland verlagern. Gänzlich andere Auswirkungen sind jedoch bei Pendlern zu erwarten, die ihren Wohnsitz beibehalten und lediglich ihren Arbeitsort in das Zielland verlagern.

[71] Würde die Nachfrageerhöhung nicht durch eine gleichzeitige Verringerung im Auswanderungsland entstehen und ebendiese nicht stattfinden, wäre der Wohlfahrtseffekt sogar deutlich über jenem bei Angleich der Regionen bei gleichem Kapitalstock. Anstatt der Fläche ABC könnte ein Effekt in der Größe BDE erreicht werden.

### *4.1.4 Regionale Arbeitsmarkteffekte durch Pendlermobilität*

Die Tatsache, dass es zu den Auswirkungen dieser Form des Wanderns – Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort – keine Theorie und kaum Studien gibt, lässt sich mitunter dadurch begründen, dass zu der Zeit, in der neoklassische Theorien entwickelt wurden, Pendeln nicht im jetzigen Maß vorherrschte. Mobilität im Sinne, wie sie heute besteht, ist ein relativ junges Phänomen, wodurch diesem Thema wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Selbst der Versuch, mögliche Auswirkungen aus vorhandenen Studien zu grenzüberschreitendem Pendeln abzuleiten, stößt auf das Problem kaum vorhandener Werke. Dies ist wiederum darauf zurückzuführen, dass Statistiken auf nationaler Ebene geführt werden und detaillierte Quell-Ziel-Beziehungen der Pendler nicht erhoben werden. Auf nationaler Ebene werden zwar sowohl Ein-, als auch Auspendler ins bzw. aus dem Land erhoben, der jeweilige Herkunftsort bei Einpendlern bzw. Zielort bei Auspendlern scheint jedoch nicht auf.

Aus den angeführten Gründen wird nun versucht – aufbauend auf den Theorien zu Migration (Kapitel 4.1.1, 4.1.2 und 4.1.3) und dem Pendeln als Alternative zu Migration (Kapitel 3.2.5) – mögliche Arbeitsmarkteffekte durch Pendlerbewegungen abzuleiten.

Die Effekte durch Pendeln könnten allen bisher erläuterten entsprechen, da es auch dadurch zu einem veränderten Arbeitskräfteangebot kommt. Neben den Auswirkungen auf Löhne, Beschäftigung und die Wohlfahrt könnten noch weitere Effekte auf Ebene der Regionen auftreten. Im Zielland tragen Pendler zum BIP bzw. BRP bei, wobei gleichzeitig ihre Kaufkraft in ihrem Heimatland wirkt, da ihr Wohnort nicht gleich dem Arbeitsort ist. Aufgrund der realen Lohnunterschiede zwischen Quell- und Zielland haben Pendler an ihrem Wohnort eine höhere Kaufkraft, das BIP bzw. BRP sinkt dort jedoch.

Regionen im Zielland können außerdem mit zusätzlichen Steuereinnahmen aus der Kommunalsteuer durch weitere Arbeitnehmer rechnen, die zu einer besseren finanziellen Situation der betreffenden Gemeinden bzw. Regionen beitragen können.

## 4.2 Potentielle Wirkungen der Migration und Pendlerströme auf (regionale) Arbeitsmärkte aus empirischer Sicht

Die bisher theoretische Betrachtung der zu erwartenden Auswirkungen von Pendler- und Migrationsströme werden nun um eine empirische Betrachtung ergänzt. Dazu gab es bereits zahlreiche Studien vor der Erweiterung und auch danach, in denen die voraussichtlichen kurz- und langfristigen Wirkungen – u.a. abhängig von der angewandten Methode – unterschiedlich eingeschätzt wurden. In weiterer Folge werden daher die Wirkungen der Migration und Pendlerbewegungen hinsichtlich ausgewählter Parameter in humankapitalintensiven, sachkapitalintensiven und ländlichen bzw. peripheren Regionen der Zielregion analysiert.

### *4.2.1 Wirkungen von Wanderungen auf regionale Arbeitsmärkte: ein Überblick*

Der Anstieg der Nettozuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten in Folge der Arbeitsmarktöffnung stellt aus arbeitsmarkttheoretischer Sicht eine Erhöhung des Arbeitskräfteangebots dar, die zu geringeren Suchkosten für Unternehmen und daher zu einer

Erhöhung der unternehmerischen Arbeitsnachfrage führt. Dieser Anstieg der Beschäftigung führt kurzfristig zu einer sinkenden Arbeitsproduktivität, die eine Verringerung der Löhne und Arbeitskosten zur Folge hat, wodurch die Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen und dadurch die Beschäftigung steigen. Nichtsdestotrotz ist auch mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote zu rechnen, da nicht das gesamte Arbeitskräfteangebot gedeckt werden kann. (Berger et al., 2011: 36)

Aus mikroökonomischer Sicht stimmen Theorie (siehe Kapitel 4.1) und Studien überein, dass je nach Konkurrenz der Arbeitskräfte unterschiedliche Auswirkungen zu erwarten sind und im besten Fall sogar positive, wenn die Arbeitskräfte in ihrer Ausbildung und Branche komplementär sind. Studien, die die Migration Ende der 80er bzw. Anfang der 90er Jahre behandeln, als ca. 100.000 Arbeitskräfte zuwanderten, beschreiben als zentrale Ergebnisse, dass hochqualifizierte Personen von der Zuwanderung niedrig qualifizierter Erwerbstätiger profitieren und daher die realen Löhne steigen. Niedrig Qualifizierte haben dagegen mit Konkurrenz zu rechnen und ihre Löhne fallen. Allgemein sind die Auswirkungen bei starker Zuwanderung in einem kurzen Zeitraum jedoch stärker als bei langsamer und kontinuierlicher Migration. Die räumliche oder branchenspezifische Konzentration der Erwerbstätigen hat wiederum differenzierte Auswirkungen auf immobile Arbeitskräfte, die bei starker Konkurrenz nicht ausweichen können.

Weitere negative Auswirkungen sind das erhöhte Arbeitslosigkeitsrisiko und die erhöhte Arbeitslosigkeitsdauer bei gleichzeitiger Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit in den Arbeitsmarkt vor allem für Männer. Zudem beeinflusst ein hoher Anteil ausländischer Arbeitskräfte an allen Erwerbstätigen das reale Lohnwachstum negativ, Beschäftigungs- und Lohnwachstum werden – vor allem bei Arbeitern – verringert. Allgemein sind Arbeiter mehr betroffen als Angestellte. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen wiederum ist hinsichtlich der Veränderung von Löhnen, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nicht signifikant.

Andere Ergebnisse zeigen gegensätzlich zu den beschriebenen, dass Migration ohne signifikante Auswirkungen auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit einheimischer Erwerbstätiger abläuft, aber ein positiver Zusammenhang mit Gesamtbeschäftigung und -arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. (Bock-Schappelwein et al., 2009: 83-84; Huber/Brücker, 2003: 73-75)

Zu den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt kommen gesamtwirtschaftliche Effekte, die bereits in ex ante Studien untersucht wurden. Dabei wurde z.B. 2002 (nach Keuschnigg und Kohler) in einem Gleichgewichtsmodell angenommen, dass Zuwanderung zu einem Anstieg der Erwerbstätigen in der Bevölkerung führt. Dieser Anstieg fiel bei gering qualifizierten Erwerbstätigen stärker aus als bei hoch qualifizierten. Bei ursprünglich 30% gering Qualifizierten an der Erwerbsbevölkerung kommt es in dieser Berechnung zu einem Anstieg um 10,5%, beim Anteil von 70% Hochqualifizierten um 2,1%. Der Kapitalstock passt sich in diesem Modell an und steigt um 5,7% während die realen Löhne bei gering Qualifizierten um 5% fallen und bei Hochqualifizierten um 2,7% steigen. Durch diese Effekte steigt die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung um 4,7%. Bei makroökonomischen Effekten kritisch zu betrachten ist allerdings, dass die Effekte aus der Sicht der Gesamtwirtschaft womöglich positiv sind, die Wohlfahrtsgewinne vermutlich jedoch ungleich verteilt sind. Im Jahr 2008 wurden die drei Wanderungsvarianten der Statistik Austria in einem langfristigen Makromodell simuliert (nach Hofer).

Im Basisszenario werden kurzfristig 25.000 Nettozuwanderer jährlich geschätzt, mittelfristig 30.000 Personen und langfristig 35.000 Personen jährlich. In diesem Szenario wird ein Wirtschaftswachstum prognostiziert, das anfangs 2,25% beträgt, auf 1,6% zurückgeht und langfristig bis 2050 auf 1,8% steigt.

Die Arbeitslosenquote fällt in diesem Szenario und beträgt 2050 ca. 5,1%, während die Reallöhne im Durchschnitt 1,7% pro Jahr steigen, das durchschnittliche Konsumwachstum etwa 2,2% und die Investitionen um 1,7% pro Jahr. Der reale Kapitalstock wird bis 2050 mehr als doppelt so groß geschätzt. (Bock-Schappelwein et al., 2009: 121-123)

Huber und Brücker (2003: 81-82, 85) fassen in ihrem Fazit zusammen, dass allgemein geringe Auswirkungen der Zuwanderung auf einheimische Arbeitskräfte zu erwarten sind. Langfristig prognostizieren sie eine Anpassung der Arbeitsmärkte über die Schaffung neuer Arbeitsplätze und einen Wachstumsimpuls für Österreich mit einem Effekt von etwa 0,1 bis 0,2% des BIP. Probleme sehen Sie in der Verringerung der Erwerbsquote als Anpassung des Arbeitsmarktes vor allem bei Frauen und älteren Erwerbstätigen, dem höheren Anstieg der Arbeitslosigkeit bei schlechter Konjunkturlage, dem weiteren Auseinanderdriften gut und schlecht verdienender Personen und der stärkeren Betroffenheit alt eingesessener Migranten gegenüber der inländischen Bevölkerung.

Die Herausforderungen liegen für sie daher darin, die positiven Aspekte zu nutzen und die Verteilungsproblematik durch faire Umverteilungsmaßnahmen zu entschärfen, da Migration – neben den wirtschaftlichen Effekten – notwendig ist, um einen Rückgang der Bevölkerung in Österreich zu verhindern.

### *4.2.2 Sektorale und regionale Wirkungen auf Arbeitsmärkte*

Bock-Schappelwein et al. (2009: 97-106) geben in ihrer Studie Schätzungen über das reale Lohnwachstum in Folge von Migration ab. Dazu betrachten sie Individualdaten des Hauptverbands Österreichischer Sozialversicherungsträger über Personen zw. 20 und 50 Jahren in den Jahren 1999 bis 2002 und 2002 bis 2004 und untersuchen Lohnwachstum und Beschäftigungswahrscheinlichkeit einheimischer und alteingesessener ausländischer Arbeitskräfte in Folge von Zuwanderung.[72]

Dabei berechnen sie geringe und nicht signifikante Wirkungen der Migration auf das reale Lohnwachstum, das geringfügig erhalten bleibt. Dies wird mit Vorbehalt darauf zurückgeführt, dass vor allem erhöhte Migration in Branchen erwartet wird, in denen das Lohnwachstum entsprechend hoch ist.

Insgesamt führt in den Branchen mit einem um 1 Prozentpunkt höheren Anstieg des Anteils im Ausland geborener Erwerbstätiger über einen Zeitraum von drei Jahren zu einem höheren Lohnwachstums um 0,01 bis 0,3 Prozentpunkte, je nach Geschlecht. Bei der Unterscheidung zwischen mobilen und immobilen Arbeitskräften hinsichtlich eines Branchenwechsels ist mit einem geringfügigen Rückgang des realen Lohnwachstums bei immobilen Arbeitskräften zu rechnen, während mobile Arbeitskräfte durch einen Wechsel der Branche aufgrund eines erhöhten Anteils im Ausland Geborener ein geringfügig erhöhtes reales Lohnwachstum und daher Lohnanstiege verzeichnen können.

[72] Die Stichprobe umfasst 5% der beschäftigten Inländer und 30% der ausländischen Arbeitskräfte zu den Stichtagen 7.6.1999 und 7.6.2002. Als Bezug wird die Änderung der realen Bemessungsgrundlage der Personen mit ihrer Beschäftigung im ersten bzw. zweiten Zeitraum herangezogen und auf die Änderung der Wertschöpfung, des Ausländeranteils im jeweiligen Sektor und individuelle Merkmale wie Alter, Branchen- oder Regionswechsler-Indikatoren und durchschnittliche Branchenlohndifferentiale bei einem Wechsel regressiert. Zusätzlich werden das reale Wertschöpfungswachstum in der Branche im Ausgangsjahr, der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbeschäftigung und der Durchschnittslohn im Ausgangsjahr der Branche berücksichtigt.

Das bedeutet, dass auch heimische Beschäftigte in Branchen mit bereits hohem Anteil an Migranten stärker betroffen sind als jene mit einem geringen Anteil. Auch alteingesessene, im Ausland geborene Beschäftigte müssen mit geringfügigen, negativen Effekten rechnen.

Allgemein sind in Österreich vermutlich geringfügige Effekte auf das reale Lohnwachstum bzw. die Löhne zu erwarten, weil diese durch eine Mindestgrenze gesichert sind. Vor allem bei alteingesessenen, im Ausland geborenen Erwerbstätigen ist zu erwarten, dass diese bereits einen unterdurchschnittlichen Lohn verdienen, wodurch das Reallohnwachstum kaum verringerbar ist. Des Weiteren werden vor allem Erwerbstätige, für die ein Branchenwechsel nicht möglich ist von den Auswirkungen auf reale Löhne betroffen sein, sowie Erwerbstätige in jenen Branchen, die bereits einen hohen Migrationsanteil aufweisen.

Gemäß der Arbeitskräfteerhebung 2004 bis 2006 waren dies die Branchen Bauwesen, Einzelhandel ohne Kfz, Beherbergungs- und Gaststättenwesen, Erbringung unternehmensbezogener Dienstleistungen und Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, in denen etwa 52% der in den EU 10 geborenen Erwerbstätigen arbeiteten, jedoch nur ca. 38% der in Österreich geborenen. (Bock-Schappelwein et al., 2009: 86-87)

Die Konzentration ist dabei noch stärker als 2002 über alle im Ausland geborenen Erwerbstätigen gerechnet (Huber/Brücker, 2003: 79-81). Erklärbar ist diese Konzentration durch die Arbeitsbedingungen in den Branchen, die jeweiligen Humankapitalanforderungen, da davon ausgegangen wird, dass eine Übertragung von Wissen und Fähigkeiten oft schwer möglich ist, politische Regulierung oder Saisonregelungen.

Reagieren Löhne wenig flexibel auf ein verändertes Arbeitskräfteangebot, so ist eine Änderung der Beschäftigungswahrscheinlichkeit zu erwarten, die zur Anpassung am Arbeitsmarkt dient (Bock-Schappelwein et al., 2009: 106-109).

Nach der eigenen Vermutung der geringen Flexibilität der Reallöhne und des Lohnwachstums müsste es in Österreich Effekte hinsichtlich der Beschäftigungswahrscheinlichkeit geben. In dem Modell wurde der Einfluss bestimmter Variablen auf die Wahrscheinlichkeit berechnet, zu Beginn und Ende des Beobachtungszeitraums beschäftigt zu sein.[73]

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass Zuwanderung nicht zu einer Verringerung der mittelfristigen Beschäftigungswahrscheinlichkeit führt. Wenn der Anteil im Ausland geborener Erwerbstätiger innerhalb von drei Jahren um 1 Prozentpunkt steigt, verändert sich die Beschäftigungswahrscheinlichkeit um weniger als einen Prozentpunkt – sowohl bei Männern (+0,1 Prozentpunkte) als auch bei Frauen (-0,6 Prozentpunkte). Bei Frauen wird die Beschäftigungswahrscheinlichkeit für Einheimische im Hochlohnbereich um etwa 1,3 Prozentpunkte verringert, bei Männern um lediglich 0,02 Prozentpunkte. Im Vergleich zur Beschäftigungswahrscheinlichkeit bei der Gesamtbetrachtung der Stichprobe von 86% bei Männern und 76,7% bei Frauen sind diese Effekte aus mikroökonomischer Sicht nicht groß, Arbeitslosigkeit ist z.B. trotzdem nicht zu vernachlässigen (siehe dazu Kapitel 4.2.3).

Alle bisher beschriebenen Effekte wirken unterschiedlich auf heimische Erwerbstätige. Bock-Schappelwein et al. (2009: 90-93) beschäftigen sich mit den Themen Konkurrenz und Wettbewerb zwischen Arbeitern bzw. Angestellten und leiten Kennzahlen über potentielle Konkurrenz zw.

[73] Die Stichprobe war geteilt in die Gruppe Erwerbstätige, die nach 3 Jahren weiterhin beschäftigt waren und jene die nach der Zeit arbeitslos oder sonst nicht beschäftigt waren. Abhängige Variablen sind das Alter, das quadrierte Alter, die Betriebszugehörigkeitsdauer, das relative Lohnniveau zu Beginn, die Arbeitsmarkterfahrung sowie die Zahl der Beschäftigungstage und -verhältnisse in den 3 Jahren bei Personen, Größe, Region und Sektor bei Betrieben und Bruttowertschöpfungswachstum, Faktorintensität und Beschäftigungswachstum zw. 1996 und 1999 in den Branchen.

Arbeitskräften ab. Nach einem Modell von Altonji und Card aus dem Jahr 1999 ist aufgrund der Zuwanderung mit einem im Durchschnitt verhältnismäßigen Anstieg des Arbeitskräfteangebots heimischer Erwerbstätiger zu rechnen, die als hypothetische Angebotserhöhung bezeichnet wird. Dabei wird anhand der bisherigen Verteilung im Ausland geborener Erwerbstätiger über die Branchen gerechnet und ein proportionaler Arbeitsangebotszuwachs der heimischen Bevölkerung errechnet. Bock-Schappelwein et al. (2009) berechnen den Index anhand der Mikrozensusdaten 2004 bis 2006. Dabei stellen sie fest, dass die ausländische Beschäftigungsstruktur sich untereinander mehr ähnelt, als der österreichischen, was nach der beschriebenen Theorie lt. Kapitel 4.1.2 eine höhere Konkurrenz zw. Zuwanderern und im Ausland geborenen Beschäftigten bedeuten würde als gegenüber der heimischen Bevölkerung.

Die Konkurrenzsituation zw. im Ausland Geborenen unterscheidet sich je nach Herkunftsland. Bei gleichem Qualifikationsniveau ist eine höhere Konkurrenz zwischen in Österreich und außerhalb geborenen Beschäftigten zu erwarten, da die Ähnlichkeit größer ist. Die Ähnlichkeit ist bei hoher Qualifikation größer als bei niedriger, was vermutlich auf ein eingeschränkteres Berufsfeld zurückzuführen ist, das ab einer entsprechenden Qualifikation verfügbar ist. Selbst bei verschiedenen Ausbildungsniveaus von im Ausland Geborenen werden eine größere Ähnlichkeit und daher mehr Konkurrenz festgestellt als bei unterschiedlichen Niveaus bei Inländern. Hinzu kommt, dass die Konkurrenz bzw. Ähnlichkeit bei Frauen geringfügig größer ist als bei Männern und ebenso zwischen im Ausland geborenen Frauen und Männern, da diese meist in ähnlichen Berufsfeldern Arbeit finden.

All dies unterstützt die bisherigen Ergebnisse aus Studien, die geringfügige Auswirkungen für in Österreich geborene Arbeitskräfte prognostizieren und von ungleichen Verteilungseffekten ausgehen. Neben diesen arbeitsmarktrelevanten Auswirkungen sind jedoch auch gesamtwirtschaftliche Effekte zu erwarten, die wiederum auf die Ebene der Regionen umgelegt werden können.

### *4.2.3 Makroökonomische Wirkungen von Migration und Pendlerbewegungen*

Wie bereits in der Einleitung zu diesem Kapitel beschrieben, wird Zuwanderung als Veränderung des Arbeitskräfteangebots betrachtet, wobei Erwerbspersonen nicht homogen sind und anhand ihrer persönlichen Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Bildung die Produktivität bestimmt wird. Diese hat wiederum Einfluss auf die ansässige Bevölkerung, die Arbeitskräftenachfrage, das Investitionsverhalten von Unternehmen und die Lohnentwicklung. Bock-Schappelwein et al. (2009: 112-113) aber auch Huber und Brücker (2003: 71-72) untersuchen den Einfluss von vergangenen und zukünftigen Veränderung der Nettozuwanderung auf die österreichische Volkswirtschaft.
Unter der Annahme einer Zuwanderung von 81.000 Personen in einem Zeitraum von 6 Jahren verweisen Huber und Brücker (2003: 71-72) auf eine Simulation mit Hilfe des *Oxford Economic Forecasting – OEF World Macroeconomic Model*, das auch auf EU-Erweiterung und Arbeitsmarktöffnung anwendbar ist. Dabei werden auch Effekte wie der Rückgang der Importe in den Sendeländern aufgrund gesunkener Nachfrage und die Auswirkungen auf die Produktion im Zielland durch ein erhöhtes Arbeitskräfteangebot berücksichtigt. Unter der detaillierteren Annahme einer Zuwanderung von 17.600 Personen aus Ungarn, Tschechien und Polen im Jahr 2005 bis zu 8.800 Personen im Jahr 2010 innerhalb der 6 Jahre, die zu zwei Drittel ins Arbeitskräfteangebot Österreichs einfließt, kommt es nach diesen Berechnungen lediglich zu geringfügigen Änderungen.

Das reale BIP steigt im Jahr 2005 um 0,1% und liegt 2010 um 0,16% über der Basis vor der Zuwanderung. Das BIP/Kopf verringert sich zu Beginn des Beobachtungszeitraumes geringfügig um minus 0,12%, liegt jedoch im Jahr 2010 ebenfalls über dem Ausgangswert (+0,06%). Die Löhne und Gehälter steigen zu Beginn sehr schwach (+0,01%), sinken jedoch danach kontinuierlich und liegen nach 6 Jahren um 0,55% unter dem Ausgangswert. Ähnlich verhält es sich bei den Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Sektors, wodurch im Saldo betrachtet, ebenfalls nur geringfügige Veränderungen zu verzeichnen sind. Die Arbeitslosenquote steigt kurzfristig an, befindet sich jedoch 6 Jahre danach ebenfalls nur noch geringfügig über dem Ausgangsniveau.

Da diese Berechnungen nur einen kurzfristigen Beobachtungszeitraum berücksichtigen und zusätzlich bereits 10 Jahre alt sind, wird nun auf die Analysen von Bock-Schappelwein et al. (2009: 127, 156-164, 217) und Berger et al. (2011: 25-28, 36-44) zurückgegriffen, die bei den Simulationen bereits bisherige Entwicklungen seit der EU-Erweiterung berücksichtigen konnten und einen kurz- bis mittelfristigen Zeitraum der wirtschaftlichen Entwicklung untersuchen.
In beiden Studien werden ausgewählte, makroökonomische Variablen in einer Simulation einem Basisszenario gegenübergestellt. Da alle wirtschaftlich bedeutsamen Aspekte unverändert behalten werden, kann die Veränderung der Variablen durch die Zuwanderungsannahme begründet werden, die als einzige variiert. Beide verwenden zudem das Gleichgewichtsmodell *TaxLab*, das eine detaillierte Einarbeitung der Bevölkerungs- und Ausbildungsstruktur, des Alters und des Arbeitsmarkts für eine kurz- und mittelfristige Betrachtung ermöglicht. (Bock-Schappelwein et al., 2009: 113-114; Berger et al., 2011: 36)

Bock-Schappelwein et al. (2009: 113-114, 157-158) führen ihre Simulation für die Jahre 2009 bis 2023, also über 15 Jahre, durch. Das Szenario, das der tatsächlichen Wanderungssituation am nächsten kommt, unterstellt eine verstärkte Zuwanderung aus den EU 12 bei konstanter Zuwanderung aus den EU 15; es werden also die Effekte der zusätzlichen Personen auf Basis der Nettozuwanderung aus dem Jahr 2006 berechnet. In diesem Jahr wanderten 22.663 Personen über 14 Jahre aus der EU zu. Bei dem angewandten Szenario der verstärkten Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten, stammen etwa 40% der Personen aus den EU 15 (9.343 Personen) und annähernd 60% aus den neuen Mitgliedstaaten (13.320 Personen). Die detaillierte Verteilung auf Altersgruppen und Einteilung nach Qualifikationsstruktur basiert auf dem Mikrozensus und der Wanderungsbilanz. Daraus ergibt sich eine Struktur von etwa 9,1% Personen mit geringer, 62,6% mit mittlerer und ca. 28,3% mit hoher Qualifikation.

Grundsätzlich ist in diesem Modell mit einem Anstieg der Beschäftigung zu rechnen, der jedoch vom Anstieg des BIP und des Kapitalstocks übertroffen wird. Dies wird mit der erhöhten Nachfrage nach Arbeitskräften begründet, da viele Personen erst nach Abschluss ihrer Ausbildung zuwandern und daher am Arbeitsmarkt sofort zur Verfügung stehen. BIP und Kapitalstock liegen nach 15 Jahren um 0,43% über dem Ausgangsniveau im Basisszenario; gleichzeitig erhöht sich die Beschäftigung um 0,29%. Bei gering Qualifizierten ist, von Beginn der Betrachtung im Jahr 2009 an, ein jährlicher Rückgang der absoluten Beschäftigung zu verzeichnen, der im zeitlichen Verlauf von 0,09% unter dem Basisszenario auf 2,62% nach 15 Jahren steigt. Bei mittlerer und hoher Qualifikation ist die Situation etwas besser; 0,05% bzw. 0,02% liegt die absolute Beschäftigung zu Beginn und 1,09% bzw. 0,5% am Ende über dem Basisszenario.

Hinsichtlich der drei betrachteten Faktoren Wertschöpfung, Beschäftigung und Kapitalstock sind die Effekte als gering, jedoch positiv zu bezeichnen.

Eng im Zusammenhang damit steht auch die Entwicklung der Arbeitslosenquote, die laut dieser Studie nach 15 Jahren um 0,16 Prozentpunkte unter dem Basisszenario liegt, bei niedrig Qualifizierten sogar um 0,9 Prozentpunkte. Erwerbstätige mit mittlerer und hoher Qualifikation haben einen Anstieg der Arbeitslosenquote von etwa 0,13 bzw. 0,01 Prozentpunkten zu verzeichnen.

Neben der trotzdem eher positiven Entwicklung hinsichtlich der Arbeitslosenquote, kommt es durch Zuwanderung auch zu einer Veränderung der Arbeitskosten, die insgesamt in den ersten Jahren geringer ausfallen als im Basisszenario und nach 15 Jahren um 0,09% erhöht sind. In der Kategorie gering qualifizierter Migranten sind die Arbeitskosten von Beginn an erhöht und liegen nach 15 Jahren 1,84% über dem Basisniveau. In den anderen beiden Kategorien liegen die Arbeitskosten über den gesamten Simulationszeitraum unter dem Basisszenario. Bei mittlerer Qualifikation sinken sie stetig von 0,06% unter der Basis auf 0,46% am Ende der Betrachtungsperiode; bei hoher Qualifikation sinken die Arbeitskosten um 0,01% nur sehr geringfügig und bleiben dann konstant 0,02% unter dem Ausgangsniveau, was sich auch – in allen Kategorien – bei den Löhnen widerspiegelt, die – ebenfalls in allen Kategorien – eine entsprechende Entwicklung erfahren. Vor allem für gering Qualifizierte würde dies einen Anstieg der Löhne bedeuten, während bei besserer Qualifikation ein Rückgang zu verzeichnen ist. (Bock-Schappelwein et al., 2009: 160-164, 217)

Im Vergleich zu dieser Studie gehen Berger et al. (2011: 25-28) von 20.000 bis 25.000 zusätzlichen Migranten aus den EU 8 in den ersten beiden Jahren 2011 und 2012 aus, wobei dieser 2011 10.000 entspricht und 2012 weiteren 15.000, in Summe also 25.000 Personen in diesem Jahr, wovon etwa 5.000 Pendler erwartet werden. In den darauffolgenden Jahren 2013 bis 2020 wird eine weitere Erhöhung um jährlich 2.000 Zuwanderern angenommen. Die Qualifikation der Migranten liegt zum Großteil im unteren und mittleren Bereich; 50% der zusätzlichen Migranten weisen eine niedrige Qualifikation, 40% eine mittlere und 10% eine hohe. Im Basisszenario gibt es hypothetisch keine Arbeitsmarktöffnung; Alterung durch höhere Lebenserwartung und geringe Geburtenrate werden lt. Hauptvariante der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria angenommen, ebenso werden die Erhöhung der Erwerbsquoten älterer Beschäftigter und die jüngste Pensionsreform abgebildet. Dem wird ein Reformszenario mit gleichen ökonomischen Gegebenheiten gegenübergestellt, in dem die Arbeitsmarktöffnung simuliert wird.[74]

Die Beschäftigung steigt in dieser Simulation im ersten Jahr um 7.900 Personen, 2012 um 19.100 und 2020 um 32.400 Personen, was etwa 75% bis 80% der Arbeitsangebotserhöhung in den jeweiligen Jahren entspricht. Diese Entwicklung lässt einen Rückgang der Arbeitslosenquote vermuten, der jedoch nicht eintritt. In den ersten beiden Jahren ist vor allem ein Anstieg der Beschäftigung für Personen mit niedriger und mittlerer Qualifikation zu verzeichnen, in den darauffolgenden Jahren bis zum Ende des Simulationszeitraums ist dieser bei mittlerer Qualifikation am größten und steigt für Personen mit geringer und hoher Qualifikation sehr schwach, aber stetig an. (Berger et al., 2011: 36, 37)

[74] Zusätzlich werden Annahmen getroffen, wie der Staat auf Zuwanderung reagiert. In Variante 1 werden keine zusätzlichen Maßnahmen des Staates durchgeführt, um einen allfälligen Überschuss oder ein Defizit der Sozialversicherungsträger auszugleichen; dieser erfolgt durch einen Bundeszuschuss. In Variante 2 erfolgt eine Adaption der Steuersätze der Lohn- und Einkommenssteuer; ein allfälliger Überschuss oder Defizit der Sozialversicherungsträger wird durch die Anpassung der Sozialversicherungsbeiträge ausgeglichen während der Bundeszuschuss jenem im Basisszenario gleicht. Die steuerliche Änderung führt zu wirtschaftlicher Belebung oder Dämpfung.

Hinsichtlich der bereits erwähnten Arbeitslosenquote sind nur geringe Effekte zu erwarten. Der stärkste Anstieg – 0,07 Prozentpunkte über dem Basisszenario – ist kurz nach der Arbeitsmarktöffnung im Jahr 2012 zu erwarten. In den Gruppen unterschiedlicher Qualifikationsstruktur bzw. Alters entwickelt sich die Arbeitslosenquote ungleich. Hoch qualifizierte und ältere Erwerbstätige über 55 Jahre haben mit einer annähernd gleich bleibenden Arbeitslosenquote zu rechnen, wohingegen gering qualifizierte und junge Erwerbstätige zw. 15 und 25 Jahren mit dem stärksten Anstieg zu rechnen haben, der ebenfalls im Jahr 2012 am höchsten ist (0,17 Prozentpunkte über dem Basisniveau) und im Jahr 2020 noch etwa 0,05 Prozentpunkte erhöht ist. Bei gering Qualifizierten ist dies auch auf den verhältnismäßig größten Anstieg der Zuwanderung und die stärkere Reaktion auf Schocks zurückzuführen. Langfristig sind die Unterschiede nach Qualifikation oder Altersstruktur annähernd verschwunden und die Arbeitslosenquote liegt verhältnismäßig gleich hoch über dem Basisszenario. (Berger et al., 2011: 38)

Wie bei den bisher untersuchten Effekten, sind auch bei der Entwicklung der Arbeitskosten, Löhne und Erwerbsquote nur geringe Auswirkungen zu erwarten. Die ersten beiden Effekte liegen am Ende der Betrachtungsperiode etwa 0,3% unter dem Basisszenario, was dem Wert bei mittlerer Qualifikation entspricht. Arbeitskosten und Löhne für Geringqualifizierte liegen 2020 ca. 0,75% unter und für Hochqualifizierte ca. 0,1% über dem Basisszenario. Dies ist auf die erwartete Struktur der Zuwanderung zurückzuführen. Es werden vor allem Personen mit primärer oder sekundärer Ausbildung erwartet, die zu hoch qualifizierten Personen komplementär sind. Doch auch bei den prognostizierten Entwicklungen mit negativem Vorzeichen, werden nominelle Löhne nicht tatsächlich sinken. Die beschriebene, rückläufige Entwicklung wird durch einen Struktureffekt begründet, dass viele junge Erwerbstätige zuwandern, die eine geringe Qualifikation und wenig Berufserfahrung aufweisen und daher ein geringes Reallohnniveau haben, was eine niedrigere Produktivität und daher ein Sinken des gesamten Reallohnniveaus erklärt.

Gleichzeitig erfährt die Erwerbsquote einen leichten Anstieg, der bei gering Qualifizierten am stärksten ausfällt und nach 10 Jahren etwa 0,1 Prozentpunkte über dem Basisszenario liegt. (Berger et al., 2011: 39-40)

Für die Beschäftigungsentwicklung, BIP und Kapitalstock prognostizieren Berger et al. (2011: 40-41) einen stärkeren Zuwachs als Bock-Schappelwein et al. (2009) in ihrer Studie. Durch den Anstieg der Beschäftigung, die 2020 um 0,57% über der Basis liegt, kommt es zu einer höheren Kapitalproduktivität und einem Investitionsanreiz, der zu 0,9% erhöhten Investitionen am Ende der Betrachtungsperiode führt. Auch der Kapitalstock steigt daher an. Da eine Anpassung weniger schnell möglich ist, erfolgt der Anstieg schwächer und langsamer als bei den anderen Effekten. Das stärkere Wachstum der Beschäftigung führt zu einem Rückgang der Kapitalintensität – dem eingesetzten Kapital pro Arbeitskraft – und der Produktivität, was die geringeren Reallöhne erklärt. Insgesamt führen der Anstieg von Beschäftigung und Kapitalstock jedoch zu einer höheren Wertschöpfung. Das BIP liegt 2012 um ca. 0,3% über dem Basisszenario und 2020 um 0,6%.

Als Indikator für den Wohlstand bzw. die Produktivität wird das BIP pro Kopf kurz- und mittelfristig durch drei gegenläufige Faktoren beeinflusst. Durch den erhöhten Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Bevölkerung durch die jüngere Zuwanderungsstruktur kommt es zu einem erhöhten BIP pro Kopf. Da jedoch aufgrund der Ausbildung und Altersstruktur eine geringe Produktivität erreicht wird und der langsame Anstieg der Kapitalstock zu einem Zurückbleiben der

Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität führen, sinkt das BIP pro Kopf insgesamt leicht und liegt 2020 etwa 0,1% unter dem Basisszenario. (Berger et al., 2011: 40-41)

Schlussendlich wurden auch die Auswirkungen auf den öffentlichen Sektor untersucht, die zusätzliche Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen versprechen und über den zusätzlichen Ausgaben liegen. Diese Verbesserung ist u.a. darauf zurückzuführen, dass bis 2020 noch kaum zusätzliche Pensionsauszahlungen erfolgen werden, jedoch Einnahmen aus Lohn-, Einkommens-, Konsum- und Körperschaftssteuer gewonnen werden. Dieser Saldo liegt 2020 um etwa 0,1% des BIP über dem Basisszenario und steigt daher nach der Arbeitsmarktöffnung kontinuierlich an. Bei Berücksichtigung der eingangs kurz erläuterten zweiten Variante der Abgabenreduktionen zum Ausgleich des Überschusses oder Defizits der Sozialversicherungsträger wird die Verwendung des Anstiegs der Einnahmen für Abgabenreduktionen angenommen. Da nur geringe Verbesserungen prognostiziert werden, werden auch nur geringe Abgabenreduktionen angenommen, wodurch es zu Beschäftigungs- und Wertschöpfungseffekten kommt und das BIP im Jahr 2020 um etwa 0,7% über dem Basisszenario liegt, anstatt um 0,6% wie bei der *starren* Variante angenommen. Auch die Investitionen steigen etwas mehr und das BIP pro Kopf sinkt geringfügiger als bei der ersten Variante. (Berger et al., 2011: 42-44)

Da die beiden Studien mit den Varianten unterschiedliche Ergebnisse zu den erwarteten Auswirkungen liefern, wird in weiterer Folge versucht, diese möglichst detailliert für die Untersuchungsregion widerzuspiegeln und ein Bild zu schaffen, welche Wirkungen in welchem Ausmaß in der Region zu erwarten sind.

## 4.3 Schlussfolgerungen aus der theoretischen und analytischen Betrachtung für die Untersuchungsregion

Aufgrund der Datentiefe wie sie aus den Studien zu den Auswirkungen vorhanden ist, sind wenig detaillierte, quantitative Aussagen für die Grenzregionen möglich, ohne die Ausgangssituation in den einzelnen Regionen zu betrachten. Da diese in Kapitel 5 erfolgt, wird darauf folgend eine umfassendere Beschreibung der Folgerungen für die Untersuchungsregion verfasst.

In der Neoklassik werden sinkende Reallöhne bei erhöhtem Arbeitskräfteangebot vorhergesagt, die zu einer erhöhten Beschäftigung führen, wobei die zuziehenden Arbeitskräfte homogen und daher Substitute sind. Es kommt zu Wohlfahrtssteigerungen, da ein höherer Output und steigende Gewinne zu erwarten sind. Die untersuchten Studien zeigen jedoch, dass diese theoretischen Annahmen in der Realität nicht stimmen. So werden z.B. die Löhne bei hoch qualifizierten Erwerbstätigen steigen und auch die Effekte hinsichtlich Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und Erwerbsquote von anderen Qualifikationsniveaus abweichen.

Als Ergebnis der Untersuchung potentieller Migranten und Pendler nach Österreich und im Speziellen in die Untersuchungsregion wurde bereits festgestellt, dass vor allem gering und mittel qualifizierte Erwerbstätige zu erwarten sind, die sich zu großen Teilen in Städten und Stadtumlandregionen, also vorwiegend in humankapitalintensiven Regionen niederlassen werden. Der ländliche Bereich ist vor allem für Pendler interessant und allgemein sind Wien und Niederösterreich aus geographischer Sicht aufgrund der räumlichen Nähe attraktive für Zuwanderung. Die Altersstruktur der Migranten und Pendler wird eher jung eingeschätzt; so werden kaum Migranten über 54 Jahre erwartet und die meisten Personen unter 34 bzw. 39 Jahren.

Es ist daher zu erwarten, dass vor allem im Bereich primärer und sekundärer Ausbildungsstufen eine Verdrängung stattfindet, da diese Personen Substitute am Arbeitsmarkt darstellen. In Verbindung mit der Erkenntnis, dass die meiste Zuwanderung in urbanen, humankapitalintensiven Regionen zu erwarten ist, kann in diesen Gebieten von einer erhöhten Arbeitslosigkeit ausgegangen werden, wobei hoch qualifizierte Personen leichter eine Anstellung finden werden und heimische Erwerbstätige dieses Qualifikationsniveaus sogar mit realen Lohnanstiegen rechnen können.

Die beschriebene Verdrängung kann jedoch auch den ländlichen, grenznahen Bereich treffen, der für Pendler attraktive Arbeitsorte bietet.

Huber und Brücker (2003: 78, nach Hofer/Huber. 2001) haben die Effekte auch auf die Untersuchungsregion umgelegt und die unterschiedlichen Reaktionen des Arbeitskräfteangebots auf die Änderung der Nachfrage je nach Region analysiert. In Wien und Oberösterreich wird mit einer geringen Reaktion des Beschäftigungswachstums, jedoch einer Anpassung über eine höhere Arbeitslosigkeit gerechnet, während Burgenland, Steiermark und Kärnten eher mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze auf die Zuwanderung reagieren, was zu einem positiven Wirtschaftswachstum beiträgt. Niederösterreich liegt zwischen diesen beiden Reaktionsmöglichkeiten. Die Anpassung ist geringer als in den drei südlichen, oben genannten Bundesländern, wodurch es auch zu Arbeitslosigkeit kommt.

Insgesamt sind die Auswirkungen wie bereits beschrieben nur gering, wobei Verteilungseffekte in der gesamt-österreichischen Betrachtung nicht berücksichtigt wurden. Mit Hilfe der Untersuchung bisheriger Entwicklungen und der Aufnahmefähigkeit der Regionen wird jedoch im folgenden Kapitel versucht, detaillierte quantitative und qualitative Aussagen über die Auswirkungen der Migration und Pendlerbewegungen auf die Untersuchungsregion zu treffen.

Wie anhand des Zitats zu Beginn dieses Kapitels gezeigt und durch die Ergebnisse der Studien bestätigt, sind die wirtschaftlichen Effekte eher gering einzustufen und es ist vermehrt mit sozioökonomischen und wirtschaftspolitischen Effekten und Herausforderungen rechnen.

# 5 Aufnahmefähigkeit der Zielregion: Entwicklungen seit der EU-Osterweiterung

*„Zwar unterscheiden sich die* ***Löhne und Wirtschaftsleistung*** *auch weiterhin zwischen Österreich und den Beitrittsländern von 2004, die Lücke hat sich jedoch bereits zu einem beträchtlichen Teil geschlossen.* ***Insbesondere zwischen dem EU-Beitritt 2004 und 2008 holten die neuen EU-Länder gegenüber Österreich und dem EU-Durchschnitt auf.****" (Nowotny, 2011b: 2)*

Welche Entwicklungen es tatsächlich seit der EU-Osterweiterung gegeben hat, soll in diesem Kapitel analysiert werden. Laut Breuss (2007: 933) sind die Volkswirtschaften von fast allen neuen Mitgliedstaaten schneller gewachsen als vor der Integration. Zudem wurde eine Zunahme im Handel durch die Mitgliedschaft an der Zollunion festgestellt, was zu einer schnelleren Minimierung der Einkommens- und Beschäftigungsunterschiede (Ausgleich regionaler Disparitäten), zumindest langfristig, führt. Dies entspricht der bisherigen Analyse in der vorliegenden Arbeit, dass der individuelle Wunsch zu Migration weniger groß ist, als ursprünglich angenommen.

Allgemein nimmt die Bereitschaft zur Migration nach Österreich eher ab bzw. hat bereits abgenommen, was durch Studien und Befragungen bestätigt wurde. Deutschland und der englischsprachige Raum waren für Migranten attraktiver als Österreich. Mögliche Ursachen dafür können die rasche Annäherung der Kaufkraft oder die größere Attraktivität sein, während der 7-jährigen Übergangsphase in den englischsprachigen Raum zu wandern, was sich auch in der schulischen Ausbildung der neuen Mitgliedstaaten zeigt, da häufiger als früher Englisch statt Deutsch als erste lebende Fremdsprache erlernt wird (Enigl, 2011: 21).

Um derartige Hypothesen zu überprüfen, werden die bisherige Entwicklung im Rahmen der Ost-Integration und der aktuelle Entwicklungsstand hinsichtlich verschiedener Indikatoren untersucht. Es wird im Folgenden herausgearbeitet, welche Veränderungen es bereits während dem Bestehen der Übergangsregelungen gegeben hat, um in Kombination mit den potentiellen Migrations- und Pendlerströmen aus Studien und den prognostizierten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt Trends zu finden und diese fortzuschreiben. Hierzu werden Daten unterschiedlicher Statistiken analysiert und interpretiert.

## 5.1 Bevölkerungsstruktur

Zum besseren Verständnis der Bevölkerungsstruktur und -entwicklung werden in weiterer Folge demographische Merkmale wie die Altersstruktur, aber auch die allgemeine Bevölkerungsentwicklung, Bildungsstrukturen und bisherige Wanderungsstrukturen untersucht. Basierend auf der Analyse verfügbarer statistischer Daten werden die Entwicklungen für die Untersuchungsregion, aber auch für die neuen Mitgliedstaaten analysiert, um ein umfassendes – und für die in Kapitel 2.3 abgegrenzte österreichische Untersuchungsregion möglichst detailliertes – Bild über die Bevölkerungsstruktur zu erhalten.

### *5.1.1 Demographische Struktur*

Ein zentrales Element zur Analyse der demographischen Struktur ist die Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung im zeitlichen Verlauf. Unter der Annahme der hohen Attraktivität von

urbanen, humankapitalintensiven Räumen und aufgrund bisheriger Ergebnisse, kann bereits im Vorfeld die Vermutung aufgestellt werden, dass vor allem diese Regionen stark wachsen. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass in der vorliegenden Analyse die Bevölkerungszahlen auf dem Ausgangsbestand, Geburten- und Sterbezahlen sowie Wanderungen basieren. Es wird daher nicht die Bevölkerungsentwicklung ohne Wanderungen dargestellt, bei der aufgrund einer Geburtenrate von etwa 9,4 Lebendgeborenen auf 1.000 Einwohner, der Sterberate von ca. 9,2 Gestorbenen je 1.000 Einwohner und einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,44 je Österreicherin (Statistik Austria, 2011b) mit einem Rückgang der Bevölkerung gerechnet werden müsste.

In der gesamten Untersuchungsregion lebten im Jahr 2002 5,26 Mio. Menschen. Dieser Wert entsprach knapp über 65% der österreichischen Bevölkerung. Dieser Anteil hat sich bis zum ersten Quartal 2011 kaum verändert; derzeit leben annähernd 66% der österreichischen Bevölkerung in der Untersuchungsregion, was 5,54 Mio. Einwohnern entspricht. Die Untersuchungsregion ist mit einem Bevölkerungszuwachs von 5,3% von 2002 bis 2011 um etwa 1 Prozentpunkt stärker gewachsen als die österreichische Gesamtbevölkerung (Datengrundlage: Datenbank der Statistik Austria, 2011: K8X Wohnbevölkerung zu Jahresbeginn gemäß Bevölkerungsregister).

Wie in Abbildung 12 gut erkennbar, hat das größte Bevölkerungswachstum in den humankapitalintensiven Regionen stattgefunden.

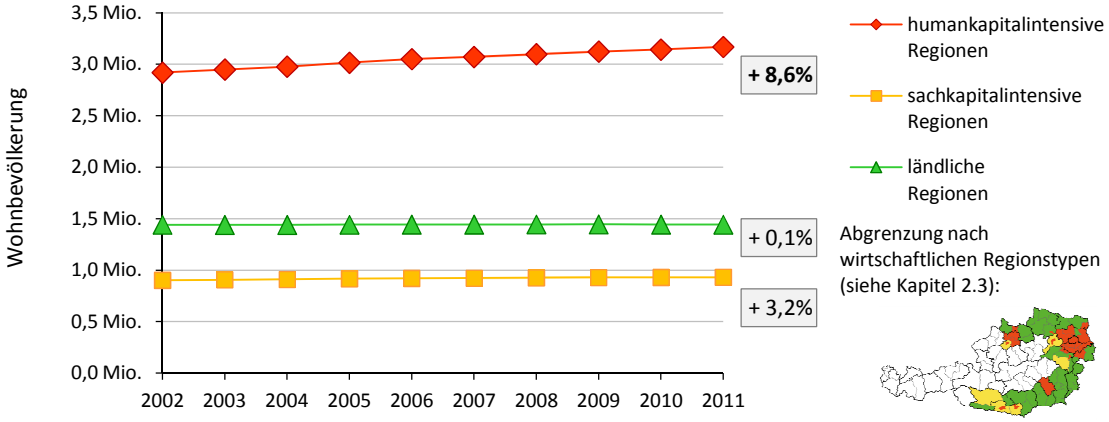


*Abbildung 12* *Bevölkerungsentwicklung 2002 bis 2011 nach wirtschaftlichen Regionstypen.*
*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: K8X Wohnbevölkerung zu Jahresbeginn gemäß Bevölkerungsregister <2002 BIS 2011>); eigene Darstellung.*

Das stärkere Wachstum in humankapitalintensiven Regionen um etwa 250.000 Personen bzw. 8,6% kann auf die verstärkte Zuwanderung aus anderen Regionstypen Österreichs aber auch aus anderen Staaten in diese Regionen zurückgeführt werden. Sachkapitalintensive Regionen wuchsen um 3,2%, was ca. 30.000 Personen entspricht.[75] Am auffallendsten ist die annähernde Stagnation des ländlichen Bereichs in 9 Jahren; der Zuwachs betrug etwa 1.300 Personen, was 0,1% der Bevölkerung in diesen Regionen entspricht. Ländliche Regionen bieten ein weniger umfangreiches

[75] Bei diesen beiden Kategorien ist nochmals auf die Zuteilungsproblematik zu wirtschaftlichen Regionstypen hinzuweisen, die dazu führte, dass die Regionen Klagenfurt-Villach und St. Pölten, die auch große Anteile in sachkapitalintensiven Branchen aufweisen als humankapitalintensiv eingestuften wurden. Bei umgekehrter Zuteilung entspräche das Wachstum zwar genauso 3,2%, allerdings käme es zu einer Verschiebung der Absolutzahlen zwischen den beiden Kategorien.

Arbeitsplatzangebot als urbane Bereiche und es ist anzunehmen, dass eine geringere Zuwanderung in diesen Regionen stattgefunden hat. Aufgrund der räumlichen Nähe zu den Nachbarstaaten und der großen räumlichen Ausdehnung entlang der Grenze ist das Gebiet womöglich für Pendler – die ihren Wohnort im Heimatland behalten – attraktiver gewesen. Hierbei sei wiederum auf das Grenzgängerabkommen verwiesen (siehe auch Kapitel 3.3.4), das erwerbstätigen Ungarn bereits seit 1998 die Beschäftigung in Österreich erlaubt.

Da in dieser Betrachtung nur die gesamte Entwicklung ohne gesonderte Berücksichtigung der Wanderungen zwischen den drei wirtschaftlichen Regionstypen betrachtet wird, ist auch nicht erkennbar, inwieweit sich der Trend zur Urbanisierung und Entwicklung von städtischen Umlandgebieten im Zuwachs der Bevölkerung von humankapitalintensiven Regionen widerspiegelt.

All diese Aspekte beachtend, zeigt sich bei Betrachtung der jährlichen Wachstumsraten – wie in Tabelle 1 veranschaulicht – dass vor allem in Folge der Erweiterung 2004 im darauffolgenden Jahr ein verstärktes Wachstum in fast allen Regionen zu verzeichnen ist. In der Darstellung sind die höchsten jährlichen Wachstumsraten je NUTS 3-Region am dunkelsten eingefärbt. Je geringer die Wachstumsrate, desto heller die Färbung.

| Region | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Sankt Pölten | 0,37 | 0,70 | 0,95 | 0,74 | 0,41 | 0,36 | 0,33 | 0,15 | 0,19 |
| Wr. Umland-Nord | 0,73 | 1,08 | 1,27 | 1,42 | 1,27 | 1,33 | 1,26 | 0,67 | 0,83 |
| Wr. Umland-Süd | 0,76 | 0,95 | 1,38 | 1,23 | 1,05 | 0,93 | 0,93 | 0,53 | 0,53 |
| Wien | 1,38 | 1,10 | 1,38 | 1,22 | 0,53 | 0,82 | 0,74 | 0,68 | 0,90 |
| Klagenfurt-Villach | -0,01 | 0,09 | 0,48 | 0,47 | 0,35 | 0,51 | 0,43 | 0,14 | 0,17 |
| Graz | 1,00 | 1,00 | 1,46 | 1,31 | 1,06 | 1,12 | 1,14 | 1,03 | 1,20 |
| NÖ-Süd | 0,24 | 0,52 | 0,61 | 0,54 | 0,23 | 0,12 | 0,29 | 0,05 | 0,15 |
| Oberkärnten | -0,38 | -0,18 | -0,05 | -0,43 | -0,27 | -0,03 | -0,26 | -0,58 | -0,54 |
| Linz-Wels | 0,74 | 0,67 | 0,79 | 0,65 | 0,51 | 0,42 | 0,45 | 0,28 | 0,29 |
| Mittelburgenland | -0,20 | -0,17 | -0,31 | -0,29 | 0,18 | -0,08 | 0,14 | 0,09 | -0,04 |
| Nordburgenland | 0,22 | 0,43 | 0,80 | 0,78 | 0,63 | 0,87 | 0,97 | 0,61 | 0,66 |
| Südburgenland | -0,38 | -0,30 | 0,23 | 0,10 | -0,05 | -0,12 | 0,47 | -0,09 | -0,03 |
| Waldviertel | -0,23 | -0,23 | -0,10 | -0,03 | -0,25 | -0,13 | -0,08 | -0,33 | -0,25 |
| Weinviertel | -0,04 | -0,08 | 0,17 | 0,20 | 0,06 | 0,13 | 0,16 | -0,13 | -0,16 |
| Unterkärnten | -0,50 | -0,38 | -0,20 | -0,22 | -0,30 | -0,27 | -0,36 | -0,60 | -0,53 |
| Oststeiermark | 0,03 | 0,08 | 0,07 | 0,05 | -0,06 | -0,01 | -0,15 | -0,17 | -0,12 |
| West- u. Südstmk. | 0,00 | 0,18 | 0,17 | 0,08 | -0,11 | 0,01 | 0,01 | -0,09 | -0,08 |
| Mühlviertel | 0,13 | 0,09 | 0,41 | 0,16 | 0,11 | 0,10 | 0,10 | -0,07 | -0,04 |

*Tabelle 1* *Jährliche Bevölkerungswachstumsraten nach NUTS 3-Regionen 2003 bis 2011. Werte in %. Farblicher Verlauf je Region: dunkelblau = starkes Wachstum, weiß = geringes Wachstum. Farbliche Zuordnung der wirtschaftlichen Regionstypen: rot = humankapitalintensiv, gelb = sachkapitalintensiv, grün = ländlich.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: K8X Wohnbevölkerung zu Jahresbeginn gemäß Bevölkerungsregister <2002 BIS 2011>); eigene Darstellung.*

Wie Tabelle 1 und Abbildung 13 zeigen, fand in Wien, Graz und dem Wiener Umland absolut über alle Regionen betrachtet das größte Bevölkerungswachstum statt, was die These über den Trend zur Urbanisierung und die höhere Attraktivität, u.a. durch ein vielfältiges Arbeitsplatzangebot, unterstützt. Vor der Erweiterung bestehende rückläufige Entwicklungen in Ober- und Unterkärnten, Mittel- und Südburgenland, Wald- und Weinviertel blieben bestehen. Zusätzlich weisen das Mühlviertel und die ländlichen steirischen Regionen 2011 einen Bevölkerungsrückgang gegenüber dem Vorjahr aber auch gegenüber 2004 – dem Erweiterungsjahr – auf. Diese Regionen waren daher für Migration weniger attraktiv, als städtische Bereiche Österreichs.

Interessant ist, dass vor allem das Burgenland erst ab 2007 – deutlich nach den anderen Regionen – ein erhöhtes Bevölkerungswachstum verzeichnet. Ursachen hierfür könnten die Öffnung gegenüber Bulgarien und Rumänien – trotz bestehender Übergangsfristen – sowie massive Regionalförderungen mit einhergehender Zuwanderung in das östlichste Bundesland sein. Womöglich haben auch politische Handlungen zu einer gesteigerten Attraktivität geführt oder es kam zum Zuzug früherer Grenzgänger und Pendler, die ihren Lebensstandard durch den Vorteil höherer realer Löhne heben konnten und ihren Wohnort zum Arbeitsort nach Österreich verlegten. Trotzdem konnte nur das Nordburgenland – vermutlich aufgrund der geographischen Nähe zu Wien – gegenüber 2004 ein Wachstum verzeichnen. Die südlicheren Teile sind seit 2004 geschrumpft, wie in Abbildung 13 gut erkennbar ist.

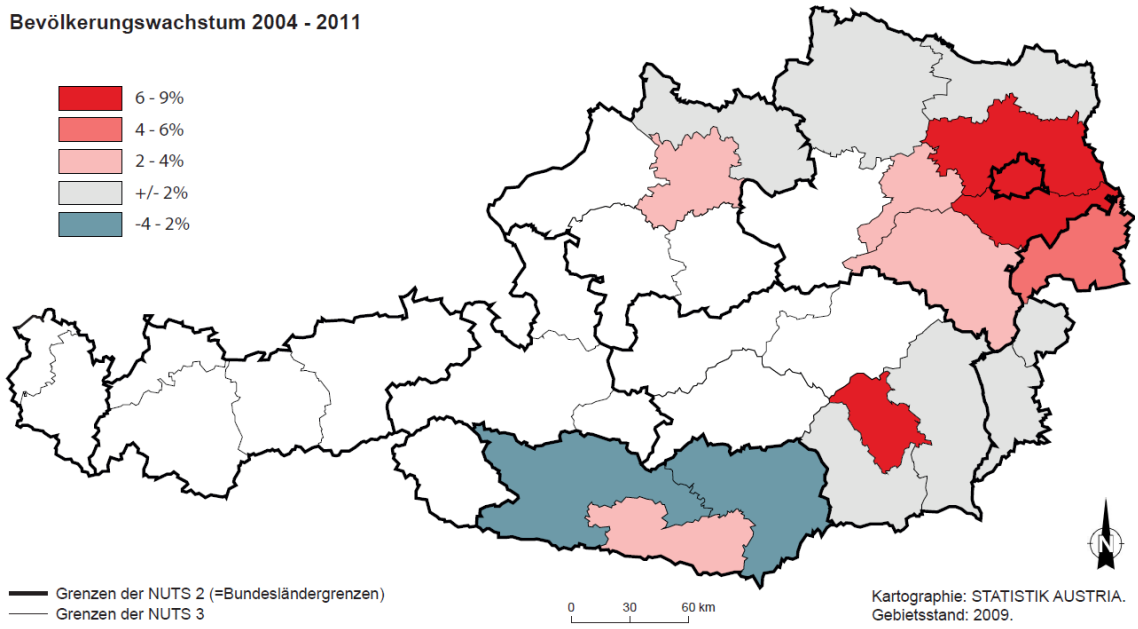


*Abbildung 13* *Bevölkerungswachstum in der Untersuchungsregion 2004 bis 2011.*
*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: K8X Wohnbevölkerung zu Jahresbeginn gemäß Bevölkerungsregister <2002 BIS 2011>); Kartengrundlage: Statistik Austria (2011e: Geodaten); eigene Bearbeitung.*

Die Analysen zur Wanderungsstruktur in den vergangenen Jahren zeigen, dass Österreich auch stark durch den Zuzug aus dem Ausland wächst.[76] (Details dazu siehe Punkt 5.1.3)

[76] Wenn in diesem Kapitel vom Zuzug aus dem Ausland, Personen mit ausländischer Herkunft o.ä. gesprochen wird, so sind alle Personen gemeint, die nicht österreichischer Herkunft sind. Sind ausschließlich Personen aus den neuen

Absolut betrachtet ist die Untersuchungsregion seit 2002 um etwa 255.000 Personen gewachsen. Unterschieden nach der Staatsbürgerschaft waren davon etwa 44% Österreicher und 56% aus dem Ausland. Davon wiederum kam der größte Teil aus den neuen Mitgliedstaaten (41%) und der Rest etwa zu gleichen Teilen aus anderen EU-Staaten (32%) und sonstigen Ländern außerhalb der EU (27%).

Der Zahl an Personen aus den EU-Mitgliedstaaten ist im Untersuchungszeitraum relativ am stärksten gestiegen, die Absolutzahl der Personen hat sich annähernd verdoppelt. Der absolute Zuwachs der nicht-österreichischen Bevölkerung (143.000) liegt knapp über jenem der österreichischen (111.300).[77] Da die Bevölkerung nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft einem Zehntel der österreichischen entspricht, ergibt sich ein stärkerer relativer Zuwachs der nicht-österreichischen Bevölkerung, wie in Abbildung 14 abgebildet. Zu beachten ist jedoch, dass die Zusammensetzung der Bevölkerung auf der Staatsangehörigkeit der Wohnbevölkerung beruht. Die absoluten Zuwächse bilden daher Geburten, Sterbefälle und Wanderungen ab.

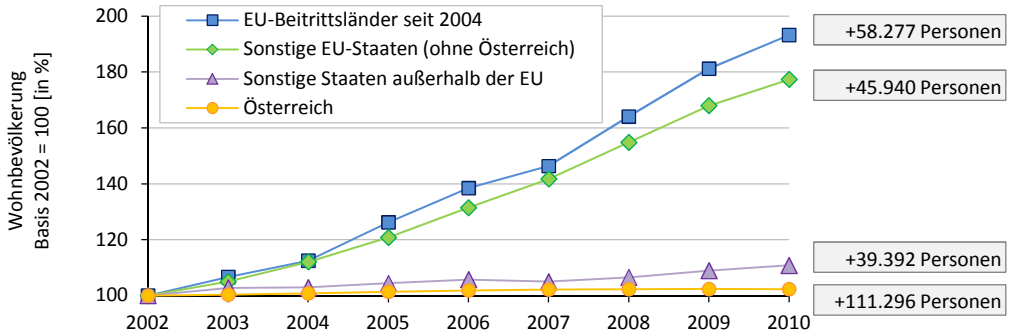


*Abbildung 14* *Zuwachs der Wohnbevölkerung der Untersuchungsregion nach Staatsangehörigkeit 2002 bis 2010. Basis 2002 = 100%.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: K8X Wohnbevölkerung zu Jahresbeginn gemäß Bevölkerungsregister <2002 BIS 2011>); eigene Darstellung.*

In den Jahren 2004 und 2007 sind eindeutig Veränderungen in der Steigung der Kurve der Bevölkerung mit Herkunft aus den neuen Mitgliedstaaten erkennbar. Trotz Übergangsregelungen scheint es, dass bereits direkt nach den Erweiterungen 2004 und 2007 Wanderungen nach Österreich stattgefunden haben.

Die Bevölkerung der Untersuchungsregion setzte sich im Jahr 2004 zu etwa 10% aus Personen nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit (511.500) und 90% Österreichern (4,82 Mio) zusammen. 2010 hat sich die Verteilung zugunsten der Personen nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit (13%) verschoben. Die Personen aus den neuen Mitgliedstaaten machten im Jahr 2004 etwa 70.000 Personen oder 1,3% der Bevölkerung der Untersuchungsregion aus. 2010 waren es bereits annähernd 121.000 Personen oder 2,2% der Bevölkerung.

Neben der gesamten Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung ist die Altersstruktur wesentlich, um die Herausforderungen für die unterschiedlichen Regionstypen abzuschätzen.

Mitgliedstaaten gemeint, so ist dies in diesem Kapitel gesondert gekennzeichnet und es erfolgt eine entsprechende Benennung.

[77] Die Kategorien, die in den folgenden Darstellungen dieses Kapitels verwendet werden, beinhalten bei den *EU-Beitrittsländern seit 2004* auch Bulgarien und Rumänien ab 2007. Die Kategorie *Sonstige außerhalb der EU* beinhaltet diese beiden Staaten bis zum Jahr 2007.

Die Altersstruktur der Personen, die aus den neuen Mitgliedstaaten nach Österreich gewandert sind, hat sich gegenüber 2002 kaum verändert. Wie Abbildung 15 zeigt, sind die Anteilswerte der Altersklassen annähernd gleich geblieben.

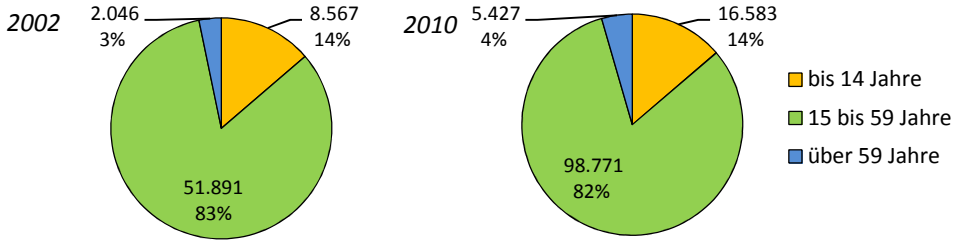


*Abbildung 15* *Altersstruktur der Wohnbevölkerung mit Staatsbürgerschaft einer der neuen Mitgliedstaaten in der gesamten Untersuchungsregion 2002 und 2010.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: K8X Wohnbevölkerung zu Jahresbeginn gemäß Bevölkerungsregister <2002 BIS 2011>); eigene Darstellung.*

Die Abbildung verdeutlicht, dass sich die Altersstruktur kaum verändert hat, während die Absolutwerte stark gestiegen sind. Die Zahl der Personen im Alter bis 59 Jahren hat sich annähernd verdoppelt (rund +90%), die Zahl der Personen über 59 hat sich seit 2002 bei einem Zuwachs um ca. 160% deutlich mehr als verdoppelt. Wiederum sind diese Entwicklungen bei Betrachtung der absoluten Veränderung zu relativieren. Einem Zuwachs von etwa 8.000 Personen bei den unter 14-Jährigen und 3.400 Personen bei den über 59-Jährigen steht ein Zuwachs in der Gruppe der 15- bis 59-Jährigen von annähernd 47.000 Personen gegenüber.

Die Bevölkerung aus den neuen Mitgliedstaaten in der österreichischen Untersuchungsregion ist somit jünger als die österreichische Bevölkerung. (Abbildung 16)

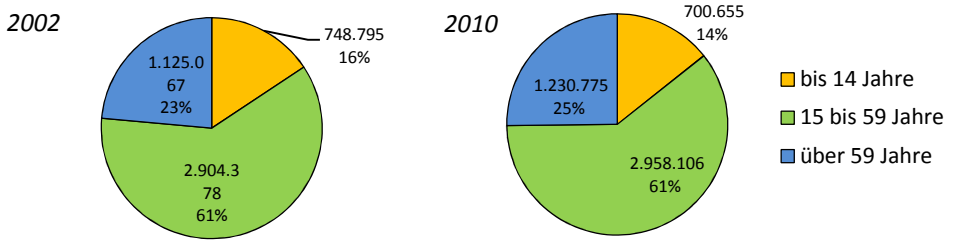


*Abbildung 16* *Altersstruktur der Wohnbevölkerung mit österreichischer Staatsbürgerschaft in der gesamten Untersuchungsregion 2002 und 2010.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: K8X Wohnbevölkerung zu Jahresbeginn gemäß Bevölkerungsregister <2002 BIS 2011>); eigene Darstellung.*

Der Anteil der unter 14-Jährigen entspricht etwa jenem der Wohnbevölkerung mit Staatsbürgerschaft aus einem der neuen Mitgliedstaaten. Die Altersklasse der 15- bis 59-Jährigen ist bei der österreichischen Bevölkerung mit 61% deutlich kleiner, während jene der über 59-Jährigen mit 23% im Jahr 2002 und 25% im Jahr 2010 relativ gewachsen ist und etwa 6 Mal so groß ist wie bei der Bevölkerung aus den neuen Mitgliedstaaten.

Dies zeigt, dass die Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten positive demographische Effekte auf die Bevölkerung der Untersuchungsregion im Sinne einer Senkung des Altersdurchschnitts haben sollte. Trotzdem zeigen die folgenden drei Abbildungen wie erwartet ein

kritisches Bild für die demographische Entwicklung der Gesamtbevölkerung in der Untersuchungsregion. Die Gruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 59 Jahren ist in der gesamten Untersuchungsregion absolut am stärksten vertreten. Es ist auch allen Regionstypen gleich, dass die Gruppe der über 59-Jährigen relativ am stärksten wächst und der Trend fortlaufend erscheint.

In humankapitalintensiven Regionen ist speziell der hohe Anteil der mittleren Altersgruppe auffällig, der 2011 mit knapp unter 2 Mio. Personen etwa 62% der Gesamtbevölkerung in diesem Regionstyp ausmacht und in den letzten Jahren auch relativ stark gewachsen ist (+8,3%). Für urbane Räume bedeutet das einen enormen Zuwachs von 150.000 Personen in der Altersklasse der erwerbsfähigen Bevölkerung, die in den Arbeitsmarkt eintreten. (Abbildung 17)

Gleichzeitig ist auch der Zuwachs der über 59-Jährigen enorm (+14,1%), der bei fortlaufendem Trend auch zu einer Herausforderung für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wird, da es aufgrund der steigenden Lebenserwartung und möglicherweise auch des Pensionsantrittsalters, in Kombination mit dem hohen Anteil von Personen zwischen 15 und 59 Jahren zu einem stark erhöhten Arbeitskräfteangebot in humankapitalintensiven, dienstleistungsorientierten Regionen kommt. Absolut handelt es sich um einen Zuwachs von 90.600 zusätzlichen Personen dieser Altersklasse seit 2002.

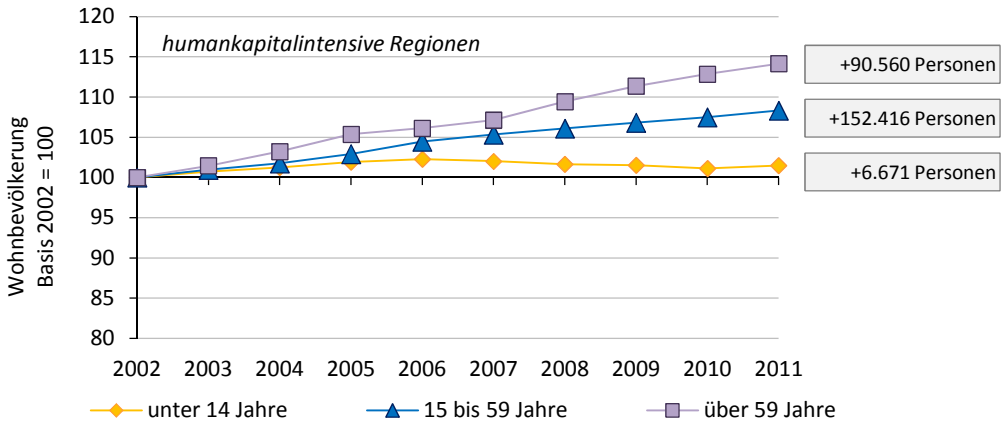


*Abbildung 17* *Entwicklung der Wohnbevölkerung in humankapitalintensiven Regionen nach Altersklassen 2002 bis 2011. Basis 2002 = 100%.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: K8X Wohnbevölkerung zu Jahresbeginn gemäß Bevölkerungsregister <2002 BIS 2011>); eigene Darstellung.*

Das Wachstum in der Alterskohorte der Kinder und Jugendlichen unter 14 Jahre ist mit 1,5% verhältnismäßig gering. Dies entspricht einem Zuwachs seit 2002 um etwa 7.000 Kindern und Jugendlichen. Zusammengefasst führen diese absoluten und relativen Entwicklungen und die Trends zu einer Alterung der Gesellschaft.

Weniger positiv war die Entwicklung in sachkapitalintensiven Regionen. (Abbildung 18) Hier kam es sogar zu einem Rückgang von 9% in der Klasse der unter 14-Jährigen. Gleichzeitig kam es zu einem starken Zuwachs in der ältesten Bevölkerungsgruppe. Der Trend des *Aussterbens* und der Alterung sachkapitalintensiver, industrieller Regionen ist bekannt. Diese Entwicklung stellt die Regionen – bei fortlaufendem Trend – vor die Herausforderung des Aufrechterhaltens der Grunddaseinsfunktionen. Wenn Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen aufgrund

rückläufiger Bevölkerungsentwicklungen – die bisher in diesem Ausmaß noch nicht zu verzeichnen waren – nicht mehr angeboten werden, kommt es zu einer Verringerung der Anzahl an Arbeitsplätzen, was wiederum die Attraktivität der Gemeinden für Personen im erwerbsfähigen Alter verringert.

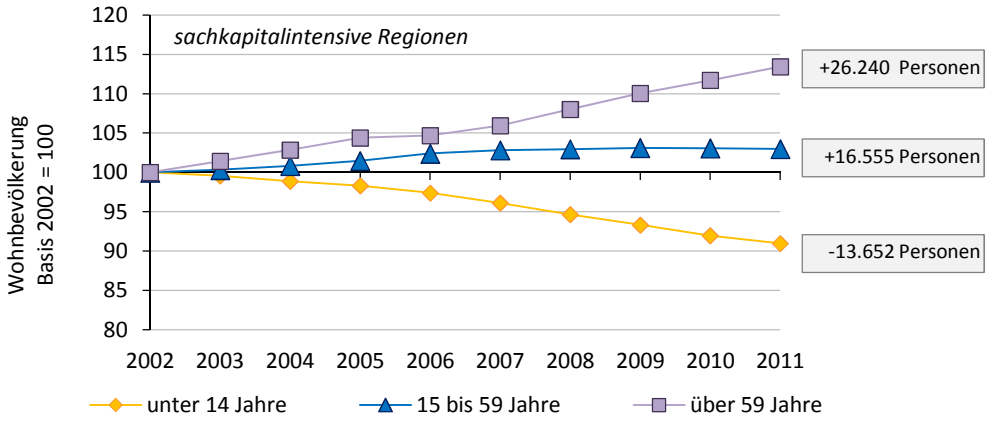


*Abbildung 18* *Entwicklung der Wohnbevölkerung in sachkapitalintensiven Regionen nach Altersklassen 2002 bis 2011. Basis 2002 = 100%.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: K8X Wohnbevölkerung zu Jahresbeginn gemäß Bevölkerungsregister <2002 BIS 2011>); eigene Darstellung.*

Ländliche Regionen, die einen starken Rückgang von etwa 16% bei Kindern und Jugendlichen zu verzeichnen hatten, müssen mit einem weiterhin rückläufigen Trend in dieser und der Klasse der erwerbsfähigen Bevölkerung rechnen. (Abbildung 19) Lediglich die Klasse der über 59-Jährigen weist zukünftig steigende Bevölkerungszahlen auf. In diesen Regionen stellt sich die Frage des Aufrechterhaltens der Grundversorgung in noch höherem Ausmaß.

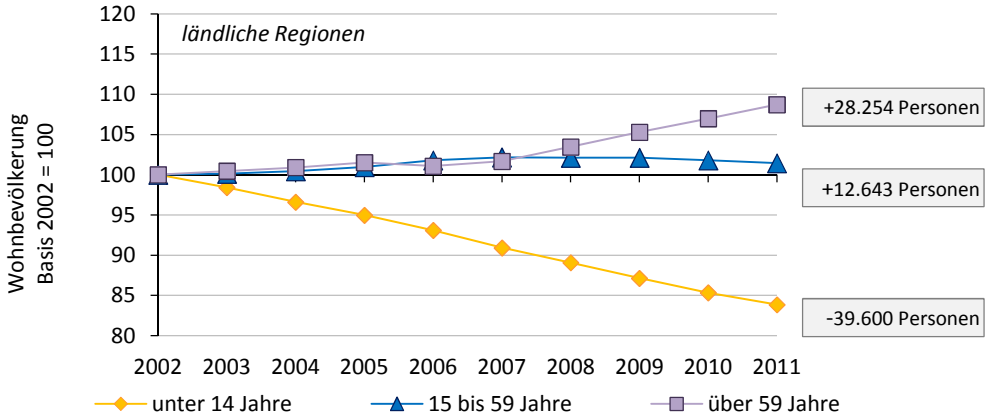


*Abbildung 19* *Entwicklung der Wohnbevölkerung in ländlichen Regionen nach Altersklassen 2002 bis 2011. Basis 2002 = 100%.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: K8X Wohnbevölkerung zu Jahresbeginn gemäß Bevölkerungsregister <2002 BIS 2011>); eigene Darstellung.*

Absolut kam es seit 2002 zu einem Anstieg von etwa 28.000 Personen; gemeinsam mit den Personen zwischen 15 und 59 Jahren gleicht dies den Rückgang der Jüngsten nur knapp aus. Die potentiellen Auswirkungen entsprechen – vermutlich stärker ausgeprägt – etwa jenen der sachkapitalintensiven Regionen.

Diese Unterscheidung zwischen den wirtschaftlichen Regionstypen scheint wesentlich, da die ländlichen Regionen in der erwerbsfähigen Bevölkerung im Vergleich zu humankapitalintensiven verlieren werden, die als einzige einen Anstieg in dieser Altersklasse aufwiesen.

Die Entwicklung des Anteils der Personen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Regionstyps verdeutlicht diesen Trend. (Abbildung 20) In humankapitalintensiven Regionen ist der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung konstant zwischen 62,5 und 63% gelegen, während er in sachkapitalintensiven und ländlichen Regionen nicht über 62% hinausgeht und seit 2007 stetig fällt. Dabei ist jedoch zu beachten, dass der Bereich, in dem die unterschiedlichen Entwicklungen stattfinden sehr gering ist und sich innerhalb einer Bandbreite von 4% bewegen.

*Abbildung 20* *Relative Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung von 2002 bis 2011 nach wirtschaftlichen Regionstypen.*
*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: K8X Wohnbevölkerung zu Jahresbeginn gemäß Bevölkerungsregister <2002 BIS 2011>); eigene Darstellung.*

Abbildung 20 verdeutlicht den Trend der schrumpfenden Regionen. Selbst die Zuwanderung seit 2004 konnte diese Entwicklung nicht umkehren; es scheint gar, dass sich die Situation seit 2007 – wenn auch in geringem Ausmaß – verschärft.

### *5.1.2 Qualifikationsstruktur*

Bei Betrachtung der Qualifikationsstruktur auf EU-Ebene ist zu beachten, dass hierfür die Personen der Altersklasse 15 bis 64 Jahre herangezogen und nach höchster abgeschlossener Ausbildung – wie in Kapitel 3 nach ISCED-Klassifikation – differenziert wurden.

Zentrales Ergebnis der Analyse ist der EU-weite Rückgang der Personen mit ausschließlicher Qualifikation auf Pflichtschulniveau oder darunter, bei gleichzeitigem Anstieg der Personen mit Qualifikation auf Hochschulniveau. Abbildung 21 zeigt die Veränderung der Personenzahl nach höchster abgeschlossener Ausbildung des Jahres 2010 gegenüber 2004.

Dabei hat in den EU 12, den neuen Mitgliedstaaten, eine größere Verschiebung zwischen den Bildungsstufen stattgefunden als innerhalb der EU 15-Staaten, was ein Hinweis auf eine rasche Annäherung unterschiedlicher Bildungsniveaus zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten ist.

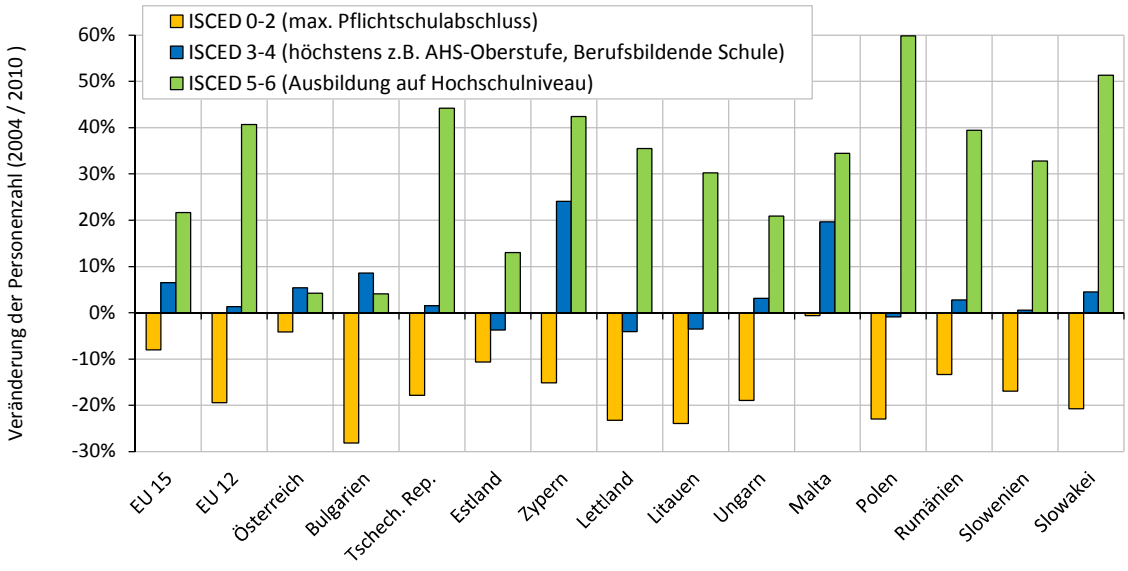


*Abbildung 21* *Veränderung der Bildungsstruktur (Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren nach höchster abgeschlossener Ausbildung) in den neuen Mitgliedstaaten und Österreich im Vergleich 2004 / 2010. Einteilung nach ISCED-Klassifikation.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank Statistiken der Eurostat der Europäischen Union (2011: edat_lfs_9901 Bevölkerung nach Bildungsgrad, Geschlecht und Altersgruppe (1 000)); eigene Darstellung.*

In Tschechien, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien und der Slowakei fand die Verschiebung fast gänzlich zugunsten der Hochschulbildung statt. In Bulgarien, Zypern und Malta wuchs auch die Zahl der Personen mittlerer Qualifikation auf Niveau einer höheren Schule oder Berufsschule stark, in Bulgarien sogar stärker als die höchste Qualifikationsstufe.

Abbildung 22 zeigt zusätzlich den Anteil der Personen in den einzelnen Staaten mit einem Bildungsabschluss auf Hochschulniveau im Jahr 2010.

Österreich liegt mit einem Anteil von 16,4% nicht nur unter dem Durchschnittsniveau der EU 15 von 24,2%, sondern auch unter dem Niveau der EU 12, die durchschnittlich 17,6% der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren mit Hochschulabschluss aufweisen.[78]

Auch die Nachbarstaaten Österreichs, Slowakei (15,1%) und Tschechien (14,5%) sowie darüberhinaus Malta (12,7%) und Rumänien (11,9%), liegen unter dem EU 12-Schnitt. Ungarn befindet sich mit einem Anteil von 17,2% der Bevölkerung annähernd im Durchschnitt der EU 12. Zypern (32,3%) sowie die baltischen Staaten Estland (29,7%) und Litauen (27%) liegen mit ihren Anteilen nicht nur über dem EU 12-, sondern auch über dem EU 15-Durschnittsniveau (Datengrundlage: Datenbank Statistiken der Eurostat der Europäischen Union, 2011: edat_lfs_9901 Bevölkerung nach Bildungsgrad, Geschlecht und Altersgruppe (1 000)).

[78] In dieser Arbeit wird nicht weiter analysiert, welche Gründe diese unterschiedliche Quote an Hochschulabsolventen hat. Ein Grund liegt jedoch vermutlich in der unterschiedlichen Erfassung und Definition der Abschlüsse.

Lettland, Slowenien, Polen und Bulgarien liegen hinsichtlich Hochschulabschlüssen zwischen den Niveaus der EU 12 und EU 15.

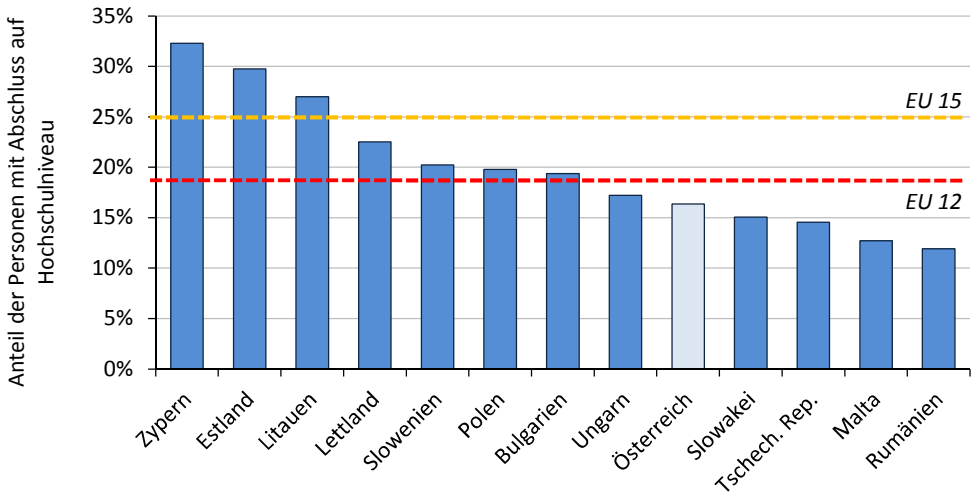


*Abbildung 22* *Anteil der Personen mit einem Abschluss auf Hochschulniveau (ISCED 5-6) an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) in den neuen Mitgliedstaaten und Österreich 2010.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank Statistiken der Eurostat der Europäischen Union (2011: edat_lfs_9901 Bevölkerung nach Bildungsgrad, Geschlecht und Altersgruppe (1 000)); eigene Darstellung.*

Bei Betrachtung der Abschlüsse auf Pflichtschulniveau sticht sofort Malta hervor. 69,6% der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren weisen höchstens einen Pflichtschulabschluss auf. Dies ist mit Abstand der höchste Wert in der gesamten EU zum Stand 2010. Interessant ist auch, dass in den EU 15-Staaten im Durschnitt mehr Personen *nur* einen Pflichtschulabschluss aufweisen (33,4%), als jene in den EU 12-Staaten (21,5%). (Abbildung 23)

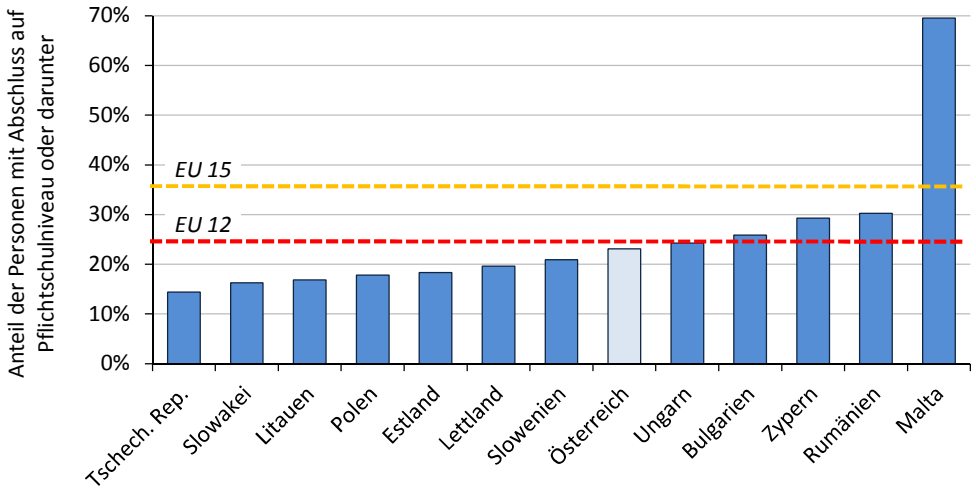


*Abbildung 23* *Anteil der Personen mit einem Abschluss auf Pflichtschulniveau oder darunter (ISCED 0-2) an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) in den neuen Mitgliedstaaten und Österreich 2010.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank Statistiken der Eurostat der Europäischen Union (2011: edat_lfs_9901 Bevölkerung nach Bildungsgrad, Geschlecht und Altersgruppe (1 000)); eigene Darstellung.*

Aus Abbildung 23 geht zusätzlich hervor, dass die Nachbarstaaten Slowakei und Tschechien mit Anteilen von 16,2% und 14,4% die geringsten Personenzahlen mit der niedrigsten Ausbildungsstufe aufweisen und auch Slowenien mit 20,9% der erwerbsfähigen Bevölkerung unter dem österreichischen Wert von 23,1% liegt.

Diese detaillierten Aufschlüsselungen der erwerbsfähigen Bevölkerung mit Pflichtschulabschluss oder darunter bzw. mit Hochschulabschluss zeigen, dass Österreich im Vergleich mit den neuen Mitgliedstaaten höchstens im Mittelfeld liegt. Die zu Beginn erwähnte Befürchtung der niedrigeren Bildungsniveaus der neuen Mitgliedstaaten lässt sich anhand der deskriptiven Statistik nicht bestätigen, da Österreich hinsichtlich der Hochschulabschlüsse weit hinter den meisten EU 12-Staaten und hinsichtlich der niedrigsten Bildungsstufe hinter den meisten Nachbarstaaten und den baltischen Staaten zurückliegt.

In Kombination mit der in Abbildung 21 dargestellten Veränderung zwischen 2004 und 2010 lässt sich jedoch vermuten, dass es entweder tatsächlich zu einer raschen Annäherung der Bildungsniveaus gekommen ist oder vor allem Personen mit geringer Qualifikation ausgewandert und jene mit höherer Qualifikation im Heimatland geblieben sind. Die im Vergleich mit den anderen Staaten mittelmäßige Stellung Österreichs kann jedoch nicht auf die starke Zuwanderung niedrig qualifizierter Personen aus den neuen Mitgliedstaaten zurückgeführt werden, da die Absolutzahl der Zuwanderer seit 2004 hierfür zu gering ist. (Details dazu siehe Punkt 5.1.1 zur Herkunft der Wohnbevölkerung und Punkt 5.1.3 zur Wanderungsstruktur)

In der Untersuchungsregion selbst wurde die Bildungsstruktur aufgrund der Datenverfügbarkeit auf Bundeslandebene untersucht, wobei Salzburg, Tirol, und Vorarlberg gänzlich aus der Analyse ausgeschlossen wurden, da keines dieser Bundesländer Teil der Untersuchungsregion ist.

Kärnten, Wien und Burgenland liegen gänzlich, Niederösterreich, Oberösterreich und die Steiermark teilweise in der Untersuchungsregion. Die Daten dieser sechs Bundesländer wurden daher zur Analyse herangezogen.[79]

In den ausgewählten Bundesländern verhält es sich bei österreichischen und nicht-österreichischen Staatsbürgern ähnlich wie in Gesamt-Österreich. Wie in Abbildung 24 erkennbar ist, sind die Anteile der geringsten Bildungsstufe zurückgegangen während jene der Hochschulabschlüsse gewachsen sind. Auffallend ist, dass bei Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft zwar der Anteil der niedrigsten Bildungsstufe größer ist als bei Österreichern, jedoch auch bei den Hochschulabschlüssen ein größerer Anteil zu verzeichnen ist.

Die Anteile der Personen in den jeweiligen Klassen sind innerhalb Österreichs nicht stark differenziert. Zwischen den untersuchten Bundesländern variierte der Anteil der Personen mit einem Pflichtschulabschluss oder darunter im Jahr 2010 zwischen 22% (Kärnten und Wien) und 31% (Burgenland). In der Klasse der sekundären Ausbildung (Höhere Schule, AHS) lagen die Werte zwischen 58% in Wien und 68% in Kärnten. Bei Hochschulabschlüssen stach Wien als Hauptstadt eindeutig hervor. Knapp 20% der Bevölkerung in Wien wiesen einen Hochschulabschluss auf, während die Werte in den restlichen Bundesländern zwischen 7% im Burgenland und knapp 10% in Niederösterreich lagen. (Siehe Abbildung 24)

[79] Der geringere Detaillierungsgrad gegenüber der Abgrenzung auf NUTS 3-Ebene ergibt eine zusätzliche Summe von 145.000 Personen bzw. ca. 2,7% im Jahr 2004 und ca. 191.000 Personen bzw. 3,4% im Jahr 2010, die in die Analyse einbezogen werden, obwohl sie nicht Teil der räumlich abgegrenzten Untersuchungsregion auf NUTS 3-Ebene sind. Aufgrund der Datenverfügbarkeit muss diese Differenz akzeptiert werden.

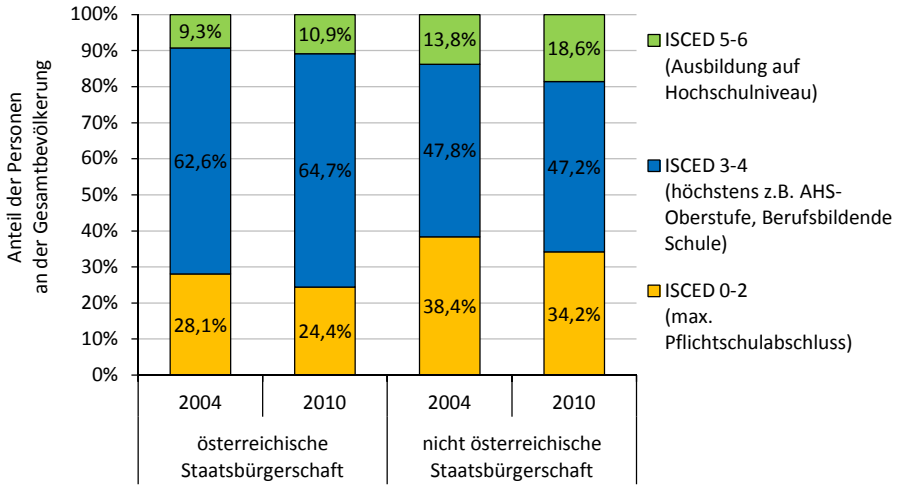


*Abbildung 24* *Bildungsstruktur der Wohnbevölkerung in Österreich (ohne Salzburg, Tirol, Vorarlberg) nach Staatsangehörigkeit 2004 und 2010. Zuordnung nach höchster abgeschlossener Ausbildung.*

*Quelle* *Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: E7S Wohnbevölkerung in Privathaushalten); eigene Darstellung.*

Differenziert nach Bundesländern gab es in Wien den geringsten (-1,7%) und in Kärnten den größten (-16,0%) Rückgang der Personen mit primärer Ausbildung. Das Burgenland, Wien und Oberösterreich haben mit jeweils über 30% die stärksten Zuwächse in der Hochschulbildung zu verzeichnen. (Abbildung 25)

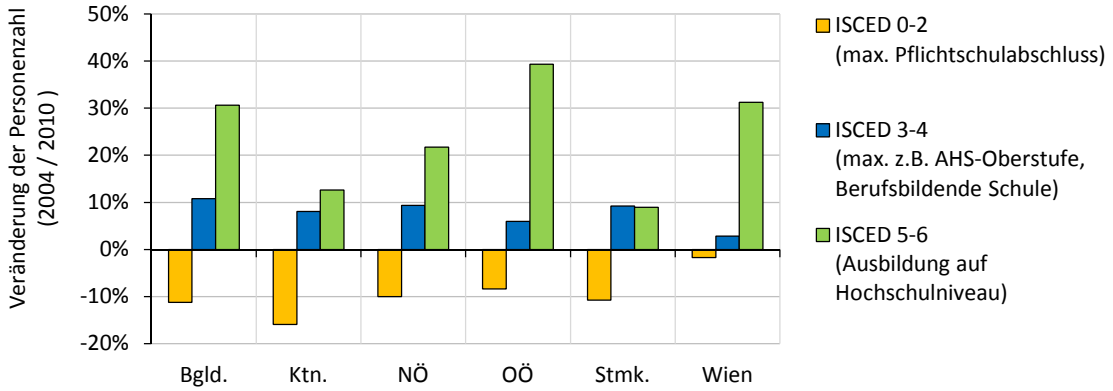


*Abbildung 25* *Veränderung der Bildungsstruktur (Personen nach höchster abgeschlossener Ausbildung) in den Bundesländern im Vergleich 2004 / 2010. Einteilung nach ISCED-Klassifikation.*

*Quelle* *Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: E7S Wohnbevölkerung in Privathaushalten); eigene Darstellung.*

Grundlage für die Veränderungen in der Bildungsstruktur können neben dem generellen Trend zu differenzierterer Ausbildung und lebenslangem Lernen auch Wanderungen innerhalb Österreichs – also zwischen den Bundesländern – oder auch Zuzug aus dem Ausland bzw. Wegzug dorthin sein.

### *5.1.3 Wanderungsstruktur*

Der Zuzug und Wegzug von Personen in die bzw. aus der Untersuchungsregion wird durch die Analyse der Wanderungsstruktur deutlich. Der Übersicht dient die Wanderungsbilanz für die Untersuchungsregion auf Bundelandebene[80], differenziert nach Staatsangehörigkeit, wie sie in Abbildung 26 dargestellt ist. Der Betrachtungszeitraum wurde ab 2002 festgelegt, um eventuelle Veränderungen durch die EU-Erweiterungen 2004 und 2007 darzustellen.

Insgesamt fällt die jährliche Wanderungsbilanz der Untersuchungsregion seit 2002 eindeutig positiv aus. Lediglich die jährliche Bilanz der Personen österreichischer Staatsangehörigkeit war im gesamten Betrachtungszeitraum negativ. Dem bis 2007 rückläufigen und seit 2007 jährlich steigenden Zuzug, der im Jahr 2009 etwa 12.400 Personen umfasste, stand ein ähnlich verlaufender Wegzug österreichischer Staatsbürger gegenüber, der im Jahr 2009 etwa 15.800 Personen betrug. Die Zahl der Personen, die wieder nach Österreich zurückkehren, ist daher beachtlich, die jährliche Bilanz jedoch negativ.

Von größerer Bedeutung für die Analyse ist jedoch die Betrachtung der veränderten Zu- und Abwanderung von Personen aus einem der neuen Mitgliedstaaten. (In Abbildung 26 dunkelblau)

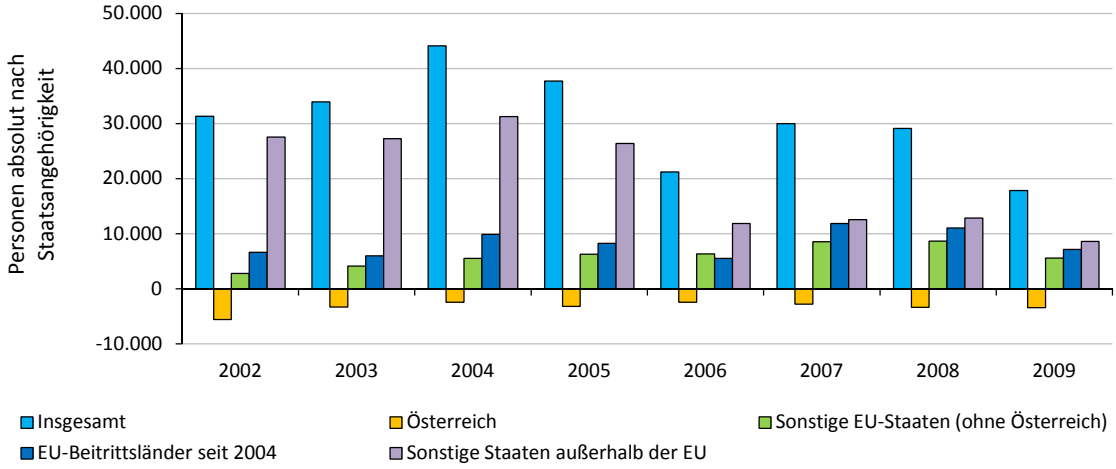


*Abbildung 26 Internationale Wanderungsbilanz für die Untersuchungsregion nach Staatsangehörigkeit 2002 bis 2010.*
*Quelle Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: W5K Wanderung (Binnen- und Außenwanderung) nach Alter, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Bundesland); eigene Darstellung.*

Die jährliche Bilanz für Personen mit ursprünglicher Herkunft bzw. Staatsbürgerschaft aus einem der neuen Mitgliedstaaten fällt im Vergleich zu der Bilanz sonstiger Staaten schwächer, aber trotzdem positiv aus. So sind auch die Erweiterungen 2004 und 2007 in der Darstellung nur schwach erkennbar. Absolut ist die Bilanz in den beiden Jahren gegenüber dem jeweiligen Vorjahr jedoch deutlich erhöht. Dies ist in Abbildung 27, in der nur die Wanderungsbilanz für Personen mit Staatsbürgerschaft aus einem der neuen Mitgliedstaaten abgebildet ist, erkennbar.

In den Jahren 2004 war der Zuzug um 33% gegenüber 2003 erhöht, im Jahr 2007 waren es 32% gegenüber 2006. Dazwischen ging die Zahl der Zuzüge zurück und auch nach 2008 kam es wieder zu einem Rückgang der Zuzüge.

[80] Wie im vorigen Punkt erläutert, wurden Salzburg, Tirol und Vorarlberg gänzlich aus der Analyse ausgeschlossen. Die Werte der übrigen Bundesländer wurden aggregiert und zur Darstellung der Wanderungsbilanz herangezogen.

Unabhängig von den Erweiterungen 2004 und 2007 entwickelte sich der Wegzug von Personen mit Staatsbürgerschaft aus einem der neuen Mitgliedstaaten. Der absolute Wegzug ist nach 2007 stetig gestiegen, 2008 um 16,4% gegenüber dem Vorjahr und 2009 um 22,8%.

In Summe ist die Nettozuwanderung in der jährlichen Bilanz seit 2002 positiv, seit 2007 geht sie jedoch wieder zurück und betrug 2009 +7.130 Personen mit Herkunft aus einem der neuen Mitgliedstaaten.

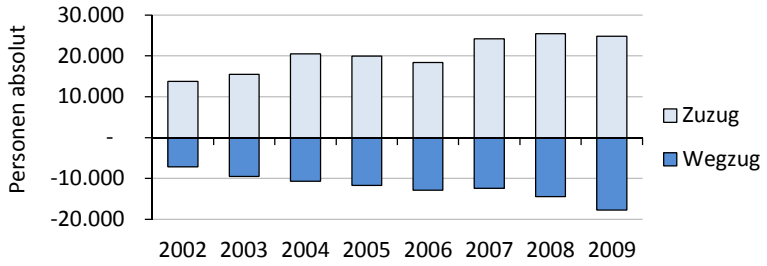


*Abbildung 27* *Zu- und Wegzug von Personen mit Staatsangehörigkeit von einem der neuen Mitgliedstaaten 2002 bis 2010.*
*Quelle* *Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: W5K Wanderung (Binnen- und Außenwanderung); eigene Darstellung.*

Die Zuwanderung von knapp 120.000 Personen aus den neuen Mitgliedstaaten seit 2004 hat sich wie in der folgenden Karte darstellt räumlich verteilt.[81] (Abbildung 28) Abgebildet wird die regionale Verteilung der absoluten Zuwanderung der Jahre 2004 bis 2009.

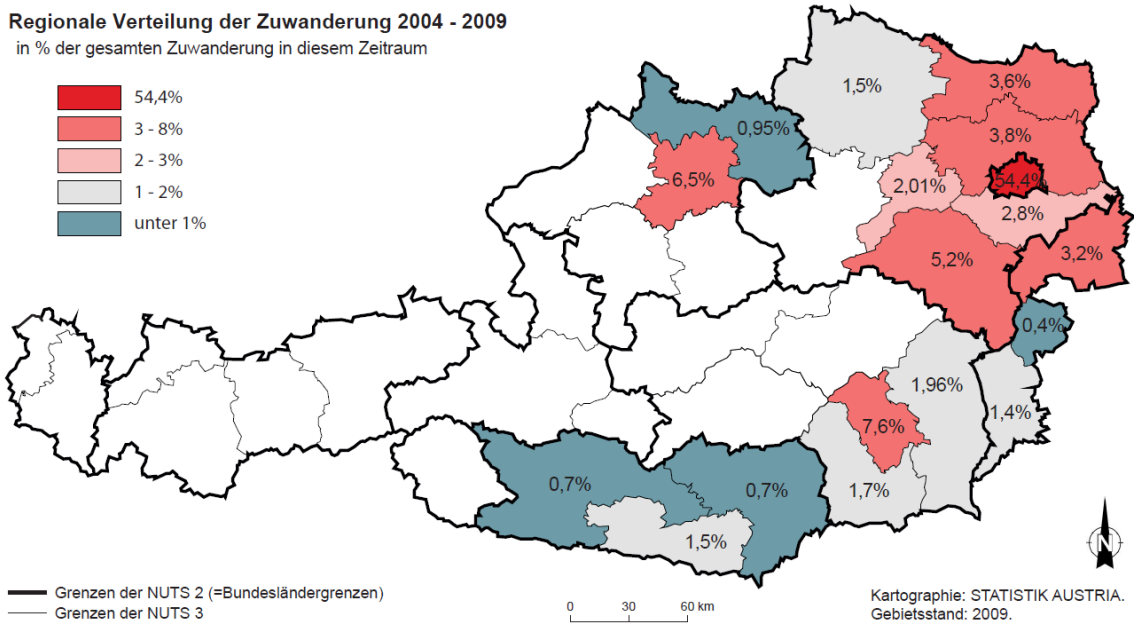


*Abbildung 28* *Regionale Verteilung der Zuwanderer aus den neuen Mitgliedstaaten in die Untersuchungsregion von 2004 bis 2009.*
*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: V5D Wanderung (Binnen- und Außenwanderung) nach Alter, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und politischem Bezirk <2002 BIS 2009>); Kartengrundlage: Statistik Austria (2011e: Geodaten); eigene Bearbeitung.*

[81] Aufgrund der Datenverfügbarkeit handelt es sich bei den folgenden Darstellungen immer um die Bruttozuwanderung.

Wie zu erwarten war, ist die meiste Zuwanderung nach Wien erfolgt. Mehr als die Hälfte der Zuwanderer aus den neuen Mitgliedstaaten sind seit 2004 nach Wien migriert. In die Teilregionen der Metropolregion sowie in die Stadtregionen Graz und Linz wanderten – abgesehen vom südlichen Wiener Umland und der Region St. Pölten – jeweils mindestens 3% der zuziehenden Bevölkerung. In die Kärntner Regionen sowie Teile des Burgenlands, Nieder- und Oberösterreichs sowie der Steiermark wanderten je weniger als 2% der Migranten, was einer Absolutzahl von jeweils unter 2.400 Personen im gesamten Betrachtungszeitraum 2004 bis 2009 entspricht. Im Mittelburgenland sowie Ober- und Unterkärnten blieben die Zuwanderung sogar unter 1.000 Personen. Aggregiert nach wirtschaftlichen Regionstypen ergibt sich eine Zuwanderung von etwa 72% in humankapitalintensive, rund 15% in sachkapitalintensive und ca. 12% in ländliche, kapitalextensive Regionen.

Die Zuwanderung in die Untersuchungsregion betrug etwa 20.000 Personen pro Jahr, obwohl noch keine uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit für Personen aus diesen Staaten herrschte. Ein detaillierter Vergleich und die Verknüpfung mit der Prognose zukünftiger Zuwanderung erfolgt in Kapitel 5.3.

Bezüglich der Herkunft bzw. Staatsangehörigkeit der etwa 120.000 Migranten in die Untersuchungsregion bis 2009 ist wenig überraschend, dass nur ein geringer Teil – jeweils unter 1% – aus den baltischen Staaten, Malta oder Zypern kommt. Diese Staaten liegen geographisch weit von Österreich entfernt und weisen eine geringere Bevölkerungszahl auf, als die übrigen neuen Mitgliedstaaten, wodurch das absolute Migrationspotential geringer ist. (Abbildung 29)

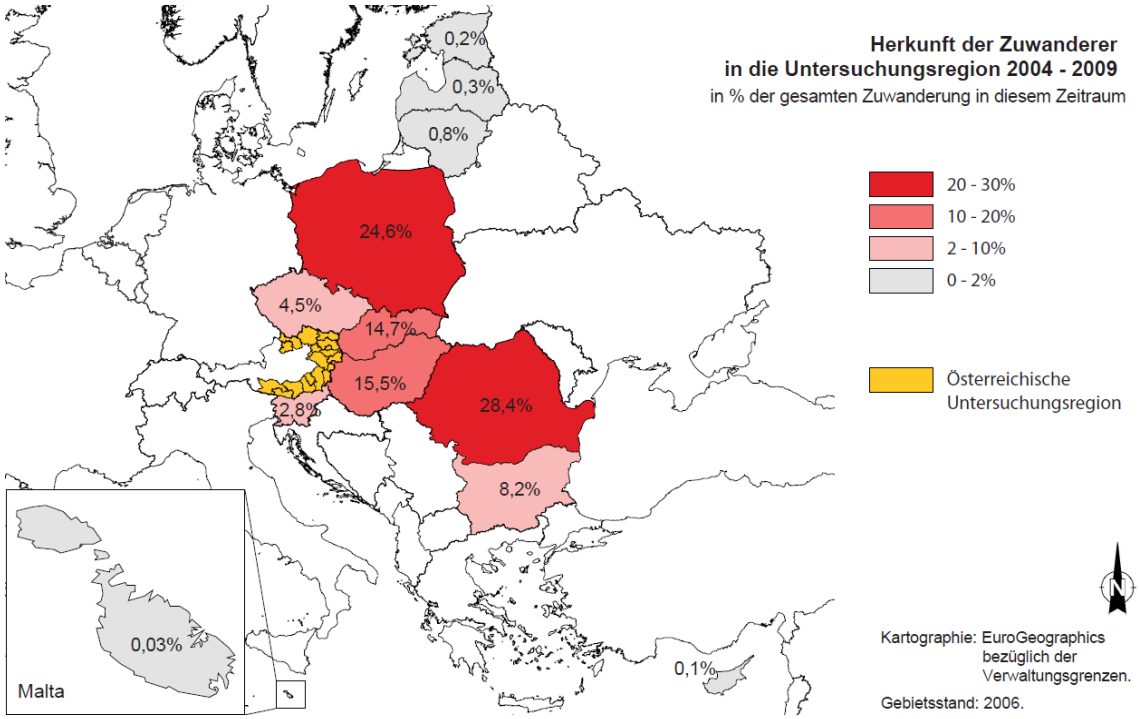


*Abbildung 29* *Herkunft der Zuwanderer in die Untersuchungsregion von 2004 bis 2009.*
*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: V5D Wanderung (Binnen- und Außenwanderung) nach Alter, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und politischem Bezirk <2002 BIS 2009>); Kartengrundlage: Eurostat (2006); eigene Bearbeitung.*

Die meisten Migranten wanderten aus Rumänien (33.800), Polen (29.300), der Slowakei (17.600) und Ungarn (18.500) in die Untersuchungsregion. Die große Anzahl der Zuwanderer aus Rumänien und Polen ist trotz fehlender gemeinsamer Staatsgrenze mit Österreich vermutlich auf die absolut größere Bevölkerungszahl in diesen Staaten als in den angrenzenden neuen Mitgliedstaaten zurückzuführen. Eine weitere Ursache könnte die Option des Pendelns für Personen aus den Nachbarländern sein. Die Migranten aus diesen vier zuwanderungsstärksten Ländern sowie den direkten Nachbarländern haben sich sehr unterschiedlich auf die Untersuchungsregion verteilt. (Abbildung 30)

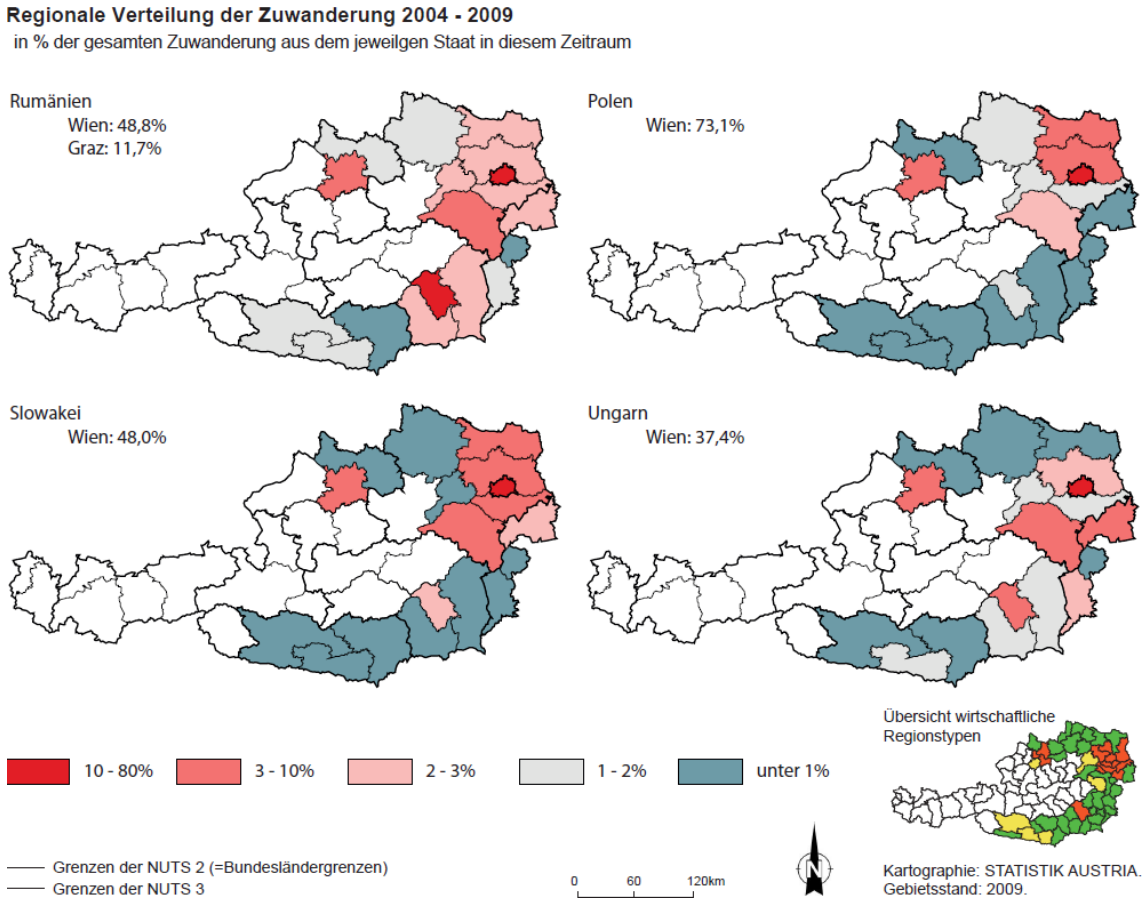


*Abbildung 30* *Regionale Verteilung der Zuwanderer aus Rumänien, Polen, Slowakei und Ungarn in die Untersuchungsregion von 2004 bis 2009.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: V5D Wanderung (Binnen- und Außenwanderung) nach Alter, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und politischem Bezirk <2002 BIS 2009>); Kartengrundlage: Statistik Austria (2011e: Geodaten); eigene Bearbeitung.*

Wie bereits zuvor gezeigt, wird wiederum die hohe Attraktivität Wiens bestätigt. Vor allem Migranten aus Polen haben sich seit 2004 in Wien und dem nördlichen Umland konzentriert, doch auch bei der Verteilung der Migranten aus den übrigen Staaten wird der Fokus auf urbane Regionen deutlich.

Der südliche Bereich der Untersuchungsregion – mit Ausnahme von Graz – war für Migranten aus den vier ausgewählten Staaten von sehr geringer Attraktivität. Nur Migranten aus Slowenien

verteilen sich eher auch auf die südliche Region. Absolut wanderten auch aus dem südlichen Nachbarstaat die meisten Personen nach Wien, doch waren für diese Migranten auch die Steiermark und Kärnten attraktive Zielorte.

Es lässt sich im Gegensatz zum Trend zu urbanen Gebieten kein eindeutiger Trend zwischen der Attraktivität der Zielorte in ländlichen gegenüber sachkapitalintensiv orienteierten Regionstypen feststellen.

Hingegen ist auffällig (siehe Abbildung 31), dass bereits in den vergangenen Jahren viele Personen aus Bulgarien und Rumänien in die Untersuchungsregion gewandert sind, obwohl die Übergangsregelungen noch bis April 2013 aufrecht sind.

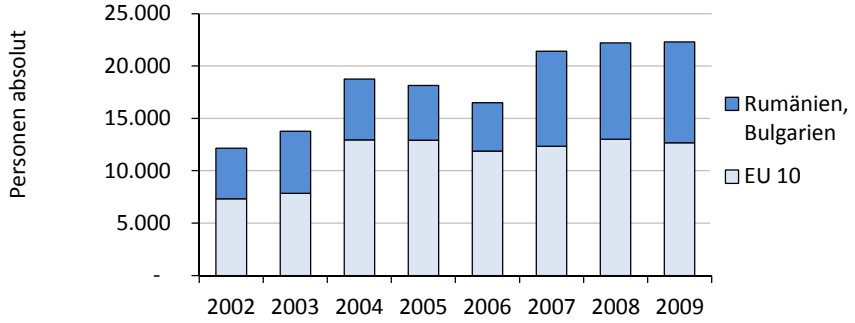


*Abbildung 31 Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien in die Untersuchungsregion 2002 bis 2009.*
*Quelle Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: V5D Wanderung (Binnen- und Außenwanderung) nach Alter, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und politischem Bezirk <2002 BIS 2009>); eigene Darstellung.*

Wiederum sind die Sprünge in der Zuwanderung 2004 und 2007 zu sehen. Zusätzlich ist erkennbar, dass sich das Verhältnis der Zugewanderten aus den EU 10 zu jenen aus Bulgarien und Rumänien seit 2007 verändert hat. Vor 2007 war dieses Verhältnis etwa zwei Drittel zu einem Drittel; seit der EU-Erweiterung 2007 hat sich dieses Verhältnis auf 57% zu 43% verschoben. Dies ist vor allem hervorstechend, da in Summe nicht viel mehr Migranten aus den EU 10 kommen als aus Bulgarien und Rumänien.

Für die regionalen Arbeitsmärkte ist unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Migranten die Altersstruktur von Interesse. Relevant ist der Anteil erwerbsfähiger Personen im Vergleich zu der Zuwanderung Kinder und Jugendlicher, die ins Bildungssystem eintreten und zu einem späteren Zeitpunkt Teil des Arbeitsmarktes werden. Unter der Annahme, dass vor allem in ländlichen Regionen die Zuwanderung erwerbsfähiger Personen oder Kindern aufgrund wenig vielfältiger Infrastruktur und Arbeitsplatzangebote gering ist, wurde eine Analyse der Zuwanderung nach Altersklassen durchgeführt.

Der größte Anteil – 90% – der Zuwanderer war zum Zeitpunkt der Migration zwischen 15 und 59 Jahre alt und ist daher im erwerbsfähigen Alter, wird Teil des regionalen Arbeitsmarktes und trägt zur Wertschöpfung der Region bei. Die meisten Personen waren zwischen 15 und 29 Jahre alt, was eine lange Arbeitszeit am österreichischen Arbeitsmarkt bedeutet. Die Zahl der älteren Bevölkerung ist hingegen mit einer durchschnittlichen Zuwanderung von 400 Personen in den vergangenen Jahren sehr gering gewesen, wobei der Trend bis 2008 geringfügig steigend verlaufen ist. (Siehe Abbildung 32)

Im Vergleich dazu ist die Zahl der jährlich zuwandernden Kinder und Jugendlichen deutlich erhöht ausgefallen, was auf die Migration von Familien zurückzuführen ist.

Da der Betrachtungszeitraum im Jahr 2004 beginnt, sind die geringen Spitzen der Zuwanderung in den Jahren 2004 und 2007 – wie sie in vorhergehenden Analysen bereits gezeigt wurden – nicht eindeutig erkennbar. Der Rückgang der Zuwanderung 2005 und der erneute Anstieg 2007 vermitteln in dieser Darstellung das Vorherrschen eines zusätzlich wirkenden Ereignisses oder einer Maßnahme, die zu einer Veränderung geführt hat.

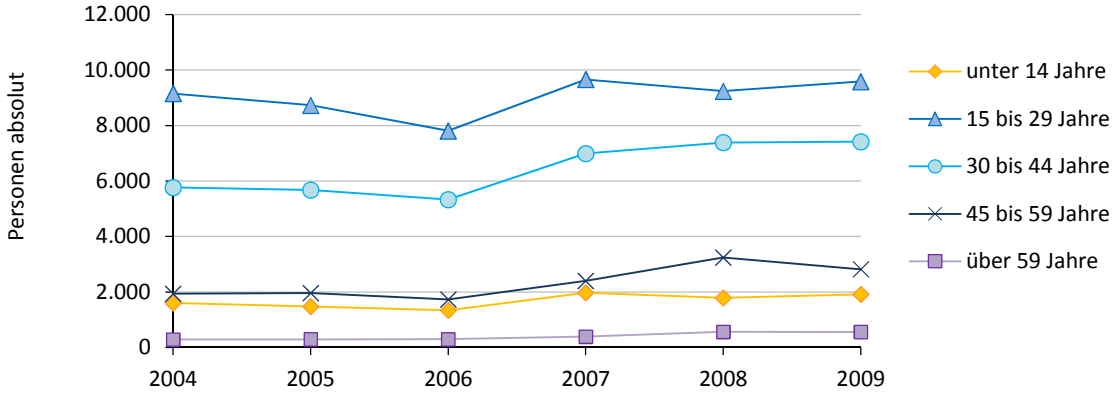


*Abbildung 32* *Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten in die Untersuchungsregion nach Altersklassen von 2004 bis 2009.*

*Quelle* *Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: V5D Wanderung (Binnen- und Außenwanderung) nach Alter, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und politischem Bezirk <2002 BIS 2009>); eigene Darstellung.*

Insgesamt sind die Zuwanderer der vergangenen Jahre nach ihrer Altersstruktur jünger als die bereits in Österreich befindliche Wohnbevölkerung mit Herkunft aus den neuen Mitgliedstaaten und deutlich jünger als die Wohnbevölkerung mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Dies ist wiederum ein Indiz darauf, dass Zuwanderung nach Österreich hilft, dem demographischen Wandel und der Alterung der österreichischen Bevölkerung entgegenzuwirken.

Da humankapitalintensive Regionen absolut die größte Zuwanderung zwischen 2004 und 2009 – nämlich 75% der gesamten Zuwanderung – erfahren haben, entspricht die Altersstruktur in etwa jener der Gesamtregion und wird nicht gesondert dargestellt. Auch in den sachkapitalintensiven Regionen, die etwa 9% der gesamten Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten erfahren haben, ist die Altersstruktur der Zuwanderer sehr ähnlich. Im ländlichen Bereich, der 15% der gesamten Zuwanderung aufgenommen hat, weicht die Altersstruktur deutlich ab. (Abbildung 33)

Die Klasse der Kinder und Jugendlichen sowie der jungen erwerbsfähigen Bevölkerung bis 29 Jahre entwickelte sich ähnlich der gesamten Zuwanderung. Bei den 30- bis 59-Jährigen war bis 2008 ein stetiger Anstieg der jährlichen Zuwanderung zu verzeichnen, der sich erst 2009 umkehrte und einen rückläufigen Trend zeigte.

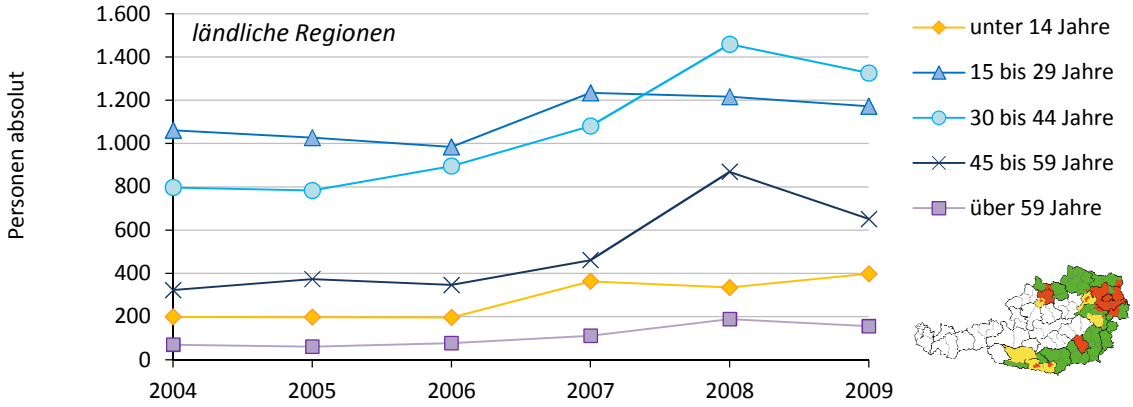


*Abbildung 33* *Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten in die ländlichen Bereiche der Untersuchungsregion nach Altersklassen von 2004 bis 2009.*

*Quelle* *Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: V5D Wanderung (Binnen- und Außenwanderung) nach Alter, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und politischem Bezirk <2002 BIS 2009>); eigene Darstellung.*

Die Spitzen 2004 und 2007 waren in den ländlichen Regionen nicht erkennbar, eine mögliche Ursache ist die geringe Attraktivität dieser Regionen für Zuwanderung und daher von der EU-Erweiterung unabhängige, stetig steigende Entwicklung der Migrationsströme aus den neuen Mitgliedstaaten.

## 5.2 Wirtschaftsstruktur

Da das Wirtschaftswachstum bzw. die Entwicklung des BIP von der Bevölkerungszahl und der Anzahl Erwerbstätiger abhängig ist, die in den vergangenen Jahren beide gestiegen sind, müsste eine Veränderung in der Wirtschaftsstruktur nach 2004 erkennbar sein.

### *5.2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Untersuchungsregion*

Das am häufigsten verwendete Maß zur Darstellung der wirtschaftlichen Leistung ist das Bruttoinlandsprodukt. Zur Analyse der Untersuchungsregion wird das regionale BIP, das Bruttoregionalprodukt herangezogen.

Auf Preisbasis 2005 hat sich das reale BRP für die gesamten Untersuchungsregion seit 1996 stetig steigend entwickelt. Eine auffallende Veränderung seit der EU-Erweiterung 2004 oder Sprünge in der Entwicklung sind aufgrund dieser Darstellung kaum erkennbar (blaue Linie in Abbildung 34). In der Periode 2000 bis 2004 ist ein Abflachen der Kurve erkennbar, das das geringere jährliche Wachstum in dieser Periode gegenüber der vorangegangenen und der folgenden Periode vermuten lässt. Dies ist der Grund, warum gleichzeitig das Wirtschaftswachstum als Veränderung des realen BRP zum Vorjahr (orange Linie) dargestellt wird.

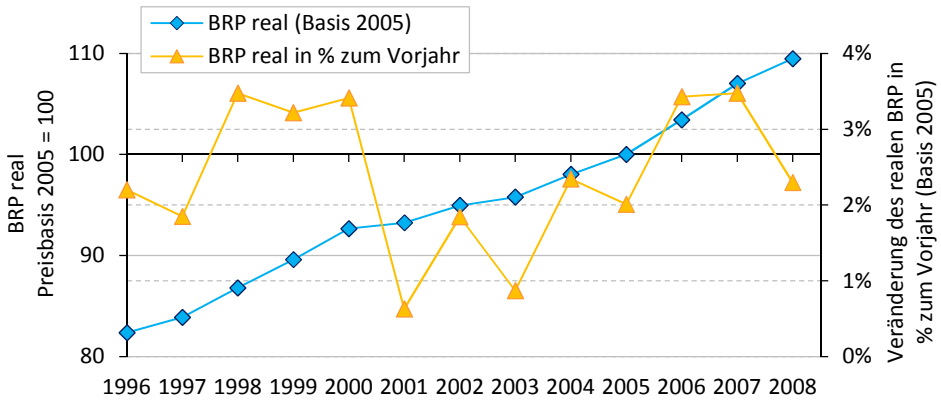


*Abbildung 34* *Entwicklung des realen BRP in der Untersuchungsregion 1996 bis 2008 und Wirtschaftswachstum in % des realen BRP zum Vorjahr. Preisbasis 2005 = 100%.*

*Quelle* *Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: J8A Bruttoregionalprodukt ESVG 95 nach NUTS 3, NUTS 2, und NUTS 1); eigene Darstellung.*

Bei Betrachtung der jährlichen Veränderung des realen BRP fällt auf, dass das Niveau des BRP während der gesamten Betrachtungsperiode Schwankungen unterworfen war. Effekte der Zuwanderung spiegeln sich daher kaum wider. Allgemein war das Wirtschaftswachstum mit einem Minimum von 0,6% im Jahr 2001 und 3,5% in den Jahren 1998 und 2007 innerhalb der Untersuchungsperiode sehr differenziert. Allgemein ist nach dem starken Rückgang des Wachstums 2001 ein steigender Trend des jährlichen BIP-Wachstums zu erkennen.

Eine detailliertere Darstellung der Entwicklung in der Untersuchungsregion nach wirtschaftlichen Regionstypen – humankapitalintensiv, sachkapitalintensiv, ländlich – ist an dieser Stelle nicht notwendig, da sich alle drei Regionstypen annähernd identisch entwickelt haben.

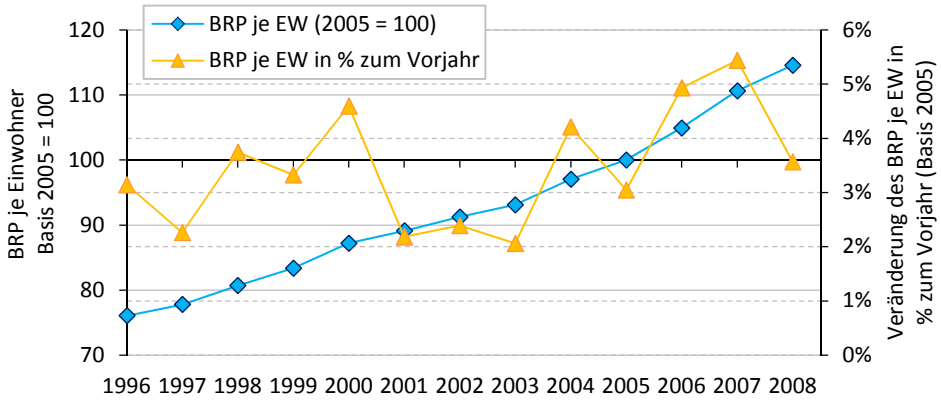


*Abbildung 35* *Entwicklung des realen BRP je Einwohner in der Untersuchungsregion 1996 bis 2008 und Veränderung des realen BRP je Einwohner in % zum Vorjahr. Basis 2005 = 100%.*

*Quelle* *Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: J8A Bruttoregionalprodukt ESVG 95 nach NUTS 3, NUTS 2, und NUTS 1); eigene Darstellung.*

Das reale BRP je Einwohner auf Preisbasis 2005 hat sich im Zeitraum 1996 bis 2008 innerhalb einer größeren Spannweite als das absolute verändert. (Siehe blaue Linie in Abbildung 35) Die

Rückgänge in den Folgejahren der EU-Erweiterungen könnten auf die erhöhte Zuwanderung in die Untersuchungsregion zurückzuführen sein, die – vor allem bei nicht sofortigem Eintritt in den Arbeitsmarkt – zu einem sinkenden Verhältnis führen. Da die Veränderung innerhalb der gesamten Periode sehr schwankend war, ist der Rückschluss auf die erhöhte Zuwanderung als Ursache jedoch mit Unsicherheit behaftet.

Die jährliche Veränderung des BRP je Einwohner verlief immer positiv zwischen 2% im Jahr 2003 und 5,5% im Jahr 2007. Der Trend ist daher nicht stetig, aber seit 2001 in Summe steigend. Räumlich differenziert hat sich das reale BRP unterschiedlich entwickelt. (Abbildung 36)

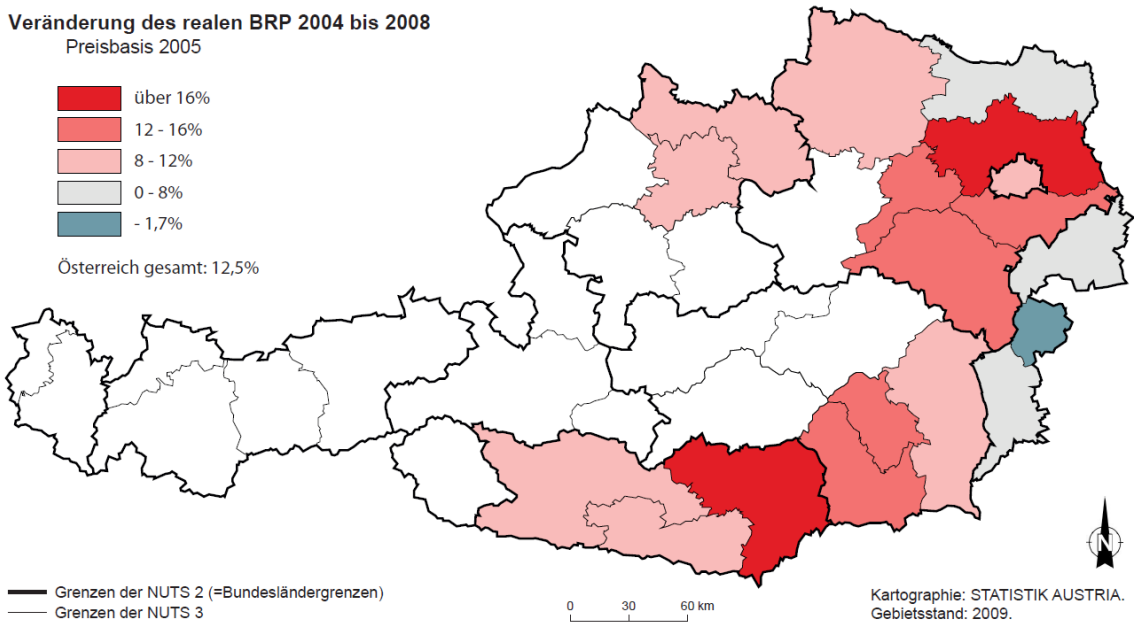


*Abbildung 36* *Veränderung des realen BRP nach NUTS 3- Regionen 2004 bis 2008. Preisbasis 2005.*
*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: J8A Bruttoregionalprodukt ESVG 95 nach NUTS 3, NUTS 2, und NUTS 1); Kartengrundlage: Statistik Austria (2011e: Geodaten); eigene Bearbeitung.*

Da der größte Zuwachs des BRP nicht mit der größten Zuwanderung nach Regionen übereinstimmt, kann davon ausgegangen werden, dass entweder kein direkter Zusammenhang mit Zuwanderung besteht, sich die Zuwanderung in die Regionen gegenüber der Zeit vor der EU-Osterweiterung wenig verändert hat oder die zugewanderten Personen nicht gleich in den Arbeitsmarkt eingetreten sind und daher nicht direkt zu einer Veränderung des regionalen BIP geführt haben.

Während das österreichische reale BIP zwischen 2004 und 2008 von 237.737 Mio. Euro um 12,5% auf 267.465 Mio. Euro angewachsen ist (Daten basierend auf Datenbank ISIS der Statistik Austria, 2011: J8A Bruttoregionalprodukt ESVG 95 nach NUTS 3, NUTS 2, und NUTS 1), kann in Kaufkraftstandards zu laufenden Preisen keine Aussage über den realen Anstieg im zeitlichen Verlauf getroffen werden. (Daten basierend auf Datenbank Statistiken der Eurostat der Europäischen Union, 2011: nama_gdp_c: BIP und Hauptkomponenten - Jeweilige Preise).

Tabelle 2 zeigt jedoch die Veränderung der jeweiligen Bruttoinlandsprodukte der EU 12 im Vergleich zu Österreich.

| BIP zu Marktpreisen in KKS je Einwohner | | | BIP: Verhältnisse der EU 12-Staaten zu Österreich | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **Staat** | **2004** | **2008** | **2004** | **2008** | **Veränderung in Prozentpunkten** |
| Rumänien | 7.400 | 11.700 | 27% | 38% | 10,9 |
| Slowakei | 12.300 | 18.100 | 44% | 58% | 13,8 |
| Bulgarien | 7.500 | 10.900 | 27% | 35% | 8,0 |
| Lettland | 9.900 | 14.000 | 36% | 45% | 9,3 |
| Litauen | 11.000 | 15.400 | 40% | 50% | 9,8 |
| Estland | 12.400 | 17.200 | 45% | 55% | 10,5 |
| Polen | 11.000 | 14.100 | 40% | 45% | 5,6 |
| Zypern | 19.400 | 24.200 | 70% | 78% | 7,8 |
| Tschech. Rep. | 16.900 | 21.000 | 61% | 68% | 6,5 |
| Slowenien | 18.800 | 22.800 | 68% | 73% | 5,4 |
| Ungarn | 13.600 | 16.000 | 49% | 51% | 2,3 |
| Malta | 16.800 | 19.600 | 61% | 63% | 2,4 |
| **Österreich** | **27.700** | **31.100** | - | - | - |

*Tabelle 2 BIP zu Marktpreisen in KKS pro Einwohner in den neuen Mitgliedstaaten und Österreich 2004 bis 2008.*
*Quelle Datengrundlage: Datenbank Statistiken der Eurostat der Europäischen Union (2011: nama_gdp_c: BIP und Hauptkomponenten - Jeweilige Preise); eigene Darstellung.*

Diese Darstellung zeigt unter Berücksichtigung der verschiedenen Preisniveaus einen starken Aufholprozess der neuen Mitgliedstaaten bereits in den ersten Jahren nach der Erweiterung.

Im Zeitraum 2004 bis 2008 konnte die Slowakei ihr BIP/Kopf in KKS um fast 14 Prozentpunkte auf 58% des österreichischen BIP/Kopf in KKS erhöhen. In Rumänien liegt das BIP/Kopf zwar deutlich unter dem österreichischen Wert, doch wurde eine Erhöhung um annähernd 11 Prozentpunkte auf 38% des österreichischen BIP/Kopf erreicht. Auch in Estland steigerte sich das BIP/Kopf um fast 11 Prozentpunkte auf 55% des österreichischen Werts. Zypern (78%), Slowenien (73%), Tschechien (68%) und Malta (63%) sind Österreich hinsichtlich des BIP/Kopf in KKS am nächsten, wobei diese Staaten eine geringere Erhöhung des BIP/Kopf zwischen 2,4 Prozentpunkte und 7,8 Prozentpunkte zu verzeichnen hatten.

Diese Entwicklung zeigt jedoch, dass Konsumausgaben, Investitionen und die Wertschöpfung in den Staaten überdurchschnittlich gestiegen sind, was für den Wohlstand der Staaten und daher eine geringere Motivation zur Migration spricht.

Wichtige Faktoren in der wirtschaftlichen Betrachtung sind allerdings auch Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, die für die Wohnbevölkerung und Zuwanderer in die Untersuchungsregion sowie in einem Überblick für die neuen Mitgliedstaaten im folgenden Punkt analysiert werden.

### 5.2.2 *Beschäftigungsentwicklung und -struktur*

In der gesamten Untersuchungsregion konnten Zuwächse der Erwerbstätigenzahlen[82] verzeichnet werden. (Abbildung 37) Absolut betrachtet waren und sind die meisten Beschäftigungsverhältnisse in humankapitalintensiven Regionen (60% aller Erwerbstätigen) aufrecht, den größten Zuwachs gab es jedoch unerwartet in sachkapitalintensiven Regionen. Die steigenden Zahlen in diesem Regionstyp könnten jedoch auch auf eine größere Zahl von mehrfach beschäftigten Personen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen oder Arbeitnehmer mit zusätzlichen, selbständigen Tätigkeiten zurückzuführen sein.[83]

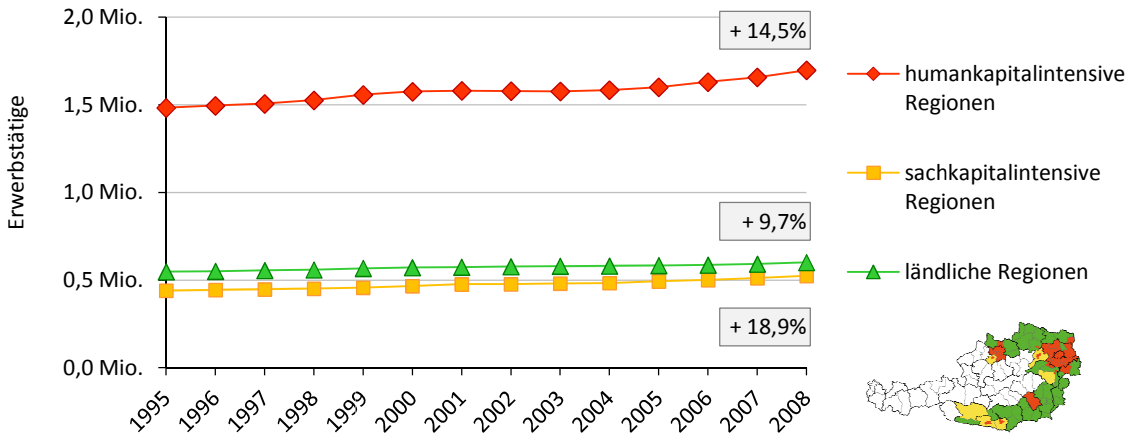


*Abbildung 37* *Entwicklung der Erwerbstätigen 1995 bis 2008 nach wirtschaftlichen Regionstypen.*
*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: J8K Regionale Wirtschaftsindikatoren, ESVG 95 nach Wirtschaftsbereichen (A3 der ÖNACE 2003) sowie nach NUTS 3, NUTS 2 und NUTS 1); eigene Darstellung.*

Im Detail sind die Zuwächse in den sachkapitalintensiven Regionen auf die starken Zuwächse in den Regionen Linz-Wels und Niederösterreich-Süd zurückzuführen. (Siehe Abbildung 38) Die Zuwächse in Oberkärnten fielen etwas geringer aus.

[82] Die von der Statistik Austria verwendeten Zahlen der Erwerbstätigen entsprechen der Anzahl an Beschäftigungsverhältnissen. Bei Mehrfachbeschäftigung von einzelnen Personen scheinen diese öfter in der Statistik auf. Dieser Fakt muss bei Betrachtung der Absolutzahlen berücksichtigt werden.

[83] Diesbezüglich ist darauf hinzuweisen, dass die Anzahl der Arbeitnehmer etwa 80% der Erwerbstätigen entspricht und im zeitlichen Verlauf – mit Ausnahme der humankapitalintensiven Regionen – leicht gestiegen ist. Absolut gesehen sind etwa 430.000 Personen in der gesamten Untersuchungsregion im Jahr selbständig tätig gewesen.

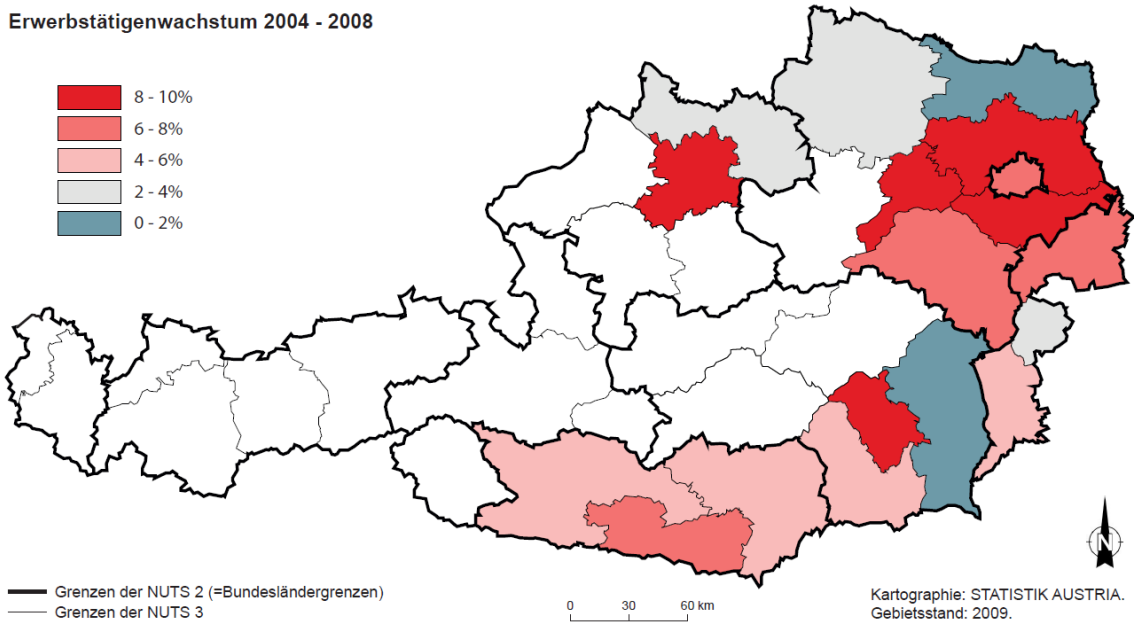


*Abbildung 38* *Wachstum der Erwerbstätigenzahlen (Beschäftigungsverhältnisse) in der Untersuchungsregion 2004 bis 2008.*
*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: J8K Regionale Wirtschaftsindikatoren, ESVG 95 nach Wirtschaftsbereichen (A3 der ÖNACE 2003) sowie nach NUTS 3, NUTS 2 und NUTS 1); Kartengrundlage: Statistik Austria (2011e: Geodaten); eigene Bearbeitung.*

Den geringsten Zuwachs gab es in der Oststeiermark und dem Weinviertel nördlich von Wien. Auch Mühl- und Waldviertel sowie das mittlere Burgenland konnten keine starken Zuwächse in der Erwerbstätigkeit verzeichnen. All diese Regionen sind nach Palme (1995: 401) als kapitalextensive Regionen eingestuft, die den geringsten Tertiärisierungsgrad und einen besonders hohen Anteil an Landwirtschaft und extensivem Tourismus als vorherrschende Branchen aufweisen. Wie zu erwarten, kam es in den Landeshauptstadt-Regionen zu großen Veränderungen. Im Wiener Umland ist der Anteil Erwerbstätiger – wie in Abbildung 38 anhand der Färbung erkennbar – höher als in Wien selbst. Diese Regionen sind zu einem gewissen Teil bereits mit Wien verwachsen und unterstützen aufgrund der räumlichen Nähe zur Bundeshauptstadt den Trend der Suburbanisierung – des Lebens außerhalb städtischer Regionen und täglichem Pendeln in die Hauptstadt.

Die Entwicklung der Beschäftigungsquote – des Anteils der tatsächlich Erwerbstätigen bzw. der aufrechten Beschäftigungsverhältnisse an der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Regionstyps[84] – verdeutlicht die Problematik ländlicher Regionen, die eine deutlich geringere Beschäftigungsquote als die restlichen Regionen aufweisen. In human- und sachkapitalintensiven Regionen ist die Beschäftigungsquote im zeitlichen Verlauf zwischen 52% und 57% gelegen. In ländlichen Regionen ist die Quote nicht über 42% gestiegen, weist jedoch seit 2004 ein stetiges Wachstum auf.

Im Vergleich zum Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung (siehe Abbildung 20 auf Seite 74) an der Gesamtbevölkerung ist der Trend der Beschäftigungsquote in der gesamten Untersuchungsregion steigend. Seit 2004 ist die Beschäftigungsquote in sachkapitalintensiven Regionen am höchsten, was sich mit dem insgesamt stärksten Zuwachs an Erwerbstätigen in

[84] Im Vergleich dazu errechnet sich die Erwerbsquote als Quotient der Erwerbspersonen (erwerbstätige und erwerbslose Personen) an der Gesamtbevölkerung.

diesem Regionstyp (siehe Abbildung 39) deckt. Vergleicht man den Anteil der Bevölkerung zwischen 15 und 59 Jahren mit der Zahl der Erwerbstätigen fällt auf, dass es viele Personen in dieser Altersgruppe gibt, die nicht erwerbstätig waren. Dies könnte allerdings auch darauf zurückzuführen sein, dass häufig im Alter zwischen 15 und 20 Jahren noch kein Beschäftigungsverhältnis besteht.

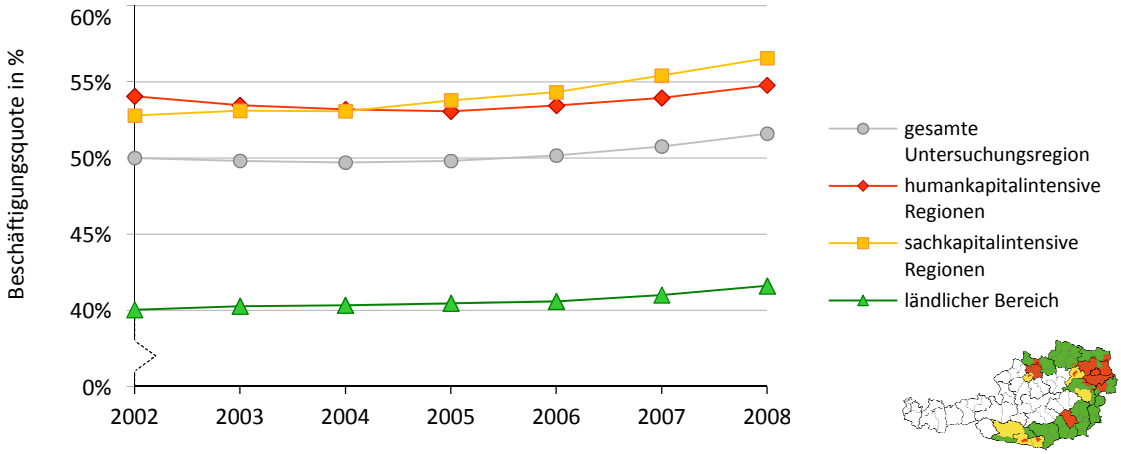


*Abbildung 39* *Entwicklung der Beschäftigungsquote (Beschäftigungsverhältnisse/Gesamtbevölkerung) von 2002 bis 2008 nach wirtschaftlichen Regionstypen.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria (2011: K8X Wohnbevölkerung zu Jahresbeginn gemäß Bevölkerungsregister <2002 BIS 2011>; J8K Regionale Wirtschaftsindikatoren, ESVG 95 nach Wirtschaftsbereichen (A3 der ÖNACE 2003) sowie nach NUTS 3, NUTS 2 und NUTS 1); eigene Darstellung.*

In den Bundesländern der Untersuchungsregion[85] ist der Anteil nicht-österreichischer Bevölkerung von etwa 9% im Jahr 2004 auf 10,4% im Jahr 2010 gestiegen. Innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung wurde eine ähnliche Verteilung festgestellt. Der Anteil der nicht-österreichischen Erwerbstätigen an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung betrug 2004 knapp über 9% und 2010 10,5%. Dies entspricht Absolutwerten von etwa 300.000 nicht-österreichischen Erwerbstätigen bei einer Gesamtzahl von etwa 3 Mio. Erwerbstätigen im Jahr 2010.

Unabhängig vom zeitlichen Verlauf betrug der Anteil der nicht-österreichischen, erwerbstätigen Personen an allen Nicht-Österreichern knapp unter 46%.[86] Der Anteil der arbeitslosen nicht-österreichischen Bevölkerung in dieser Gruppe ist gegenüber 2004 zwar auf 8% gesunken, jedoch weiterhin deutlich über dem Anteil arbeitsloser Österreicher von 3% an allen Österreichern in diesen Bundesländern. Die Zahl der dauerhaft arbeitsunfähigen Personen ist in beiden Fällen unter 2%, jedoch gegenüber 2004 um jeweils etwa 0,4% gestiegen.

In Pension befindliche Personen machen bei Nicht-Österreichern nur etwa 8% der Personen aus, während es innerhalb der österreichischen Bevölkerung knapp auf ein Viertel der Personen zutrifft. Umgekehrt verhält es sich bei ausschließlich haushaltsführenden Personen, die bei

[85] Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Burgenland, Steiermark, Kärnten. Wie bereits im vorigen Kapitel erläutert, ergibt sich die Abgrenzungsproblematik aus der Datentiefe. Wien, Burgenland und Kärnten befinden sich gänzlich in der abgegrenzten Untersuchungsregion. Teile der anderen drei Bundesländern nicht darin, müssen in dieser Berechnung jedoch mit berücksichtigt werden.

[86] 2,6% der Nicht-Österreicher waren 2010 in Elternkarenz, 8% in Pension, 9% haushaltsführend, 24,3% Kinder, Schüler und Studenten, 8% arbeitslos und 1,3% dauerhaft arbeitsunfähig.

Österreichern nur einen sehr geringen Anteil von unter 5% ausmachen, während es bei Personen nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit knapp unter 10% sind (Datengrundlage: Datenbank ISIS der Statistik Austria, 2011: E7S Wohnbevölkerung in Privathaushalten).

Diese dargestellten Verteilungen innerhalb der Bevölkerungsgruppen nach Beschäftigung zeigen, dass in Summe der Großteil der Bevölkerung erwerbstätig ist oder in Zukunft in diesen Status eintreten wird[87]. In der Untersuchungsregion bzw. den sechs Bundesländern sind dies etwa zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung und fast drei Viertel der Personen nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft. Die tatsächliche Beschäftigungsquote von nicht-österreichischen Personen unter Berücksichtigung derzeit erwerbstätiger Personen und der Personen in Elternkarenz liegt mit annähernd 49% jedoch unter dem Durchschnitt der Untersuchungsregion. (Siehe Abbildung 39)

Eine detaillierte Datenbasis bietet das AMS (Arbeitsmarktservice) Österreich (für die folgenden Daten siehe AMS Österreich, Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation, 2011.).

Wie bereits dargestellt, besitzen in den abgefragten Bundesländern etwa ein Zehntel der Personen – also etwa 300.000 – keine österreichische Staatsbürgerschaft. Dieser Anteil hat sich im zeitlichen Verlauf nur geringfügig geändert.

Aus den neuen Mitgliedstaaten wurde seit 2004 der Bestand an bewilligungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen wie in Abbildung 40 dargestellt erhoben.[88] (Absolutzahlen grau hinterlegt)

Absolut betrachtet waren im Jahr 2008 die meisten bewilligungspflichtigen Beschäftigten im Osten der Untersuchungsregion tätig. Etwa 34% aller bewilligungspflichtig Beschäftigten (5.340 Personen) waren in der Metropolregion Wien tätig, etwa 13% (1.965 Personen) im Nordburgenland sowie 10% in der Region Linz-Wels (1.477 Personen) und ca. 8% (1.294 Personen) in der Oststeiermark. Dies sind einerseits die Hauptstadtregion, die ein vielfältiges Arbeitsplatzangebot aufweist, mit ihren umliegenden Gemeinden und Regionen als Einzugsbereich, und andererseits Linz-Wels mit einem großen Anteil sachkapitalintensiver Produktion, aber auch humankapitalintensiver Branchen und der räumlichen Nähe zur tschechischen Grenze. Auch die anderen genannten Regionen liegen nahe an der Grenze zu neuen Mitgliedstaaten, wobei der Wert in der ländlichen Oststeiermark im Vergleich zum Grazer Wert von 735 bewilligungspflichtig Beschäftigten hoch erscheint.

[87] Hierzu werden derzeit erwerbstätige, Personen, die ihren Präsenz- oder Zivildienst ableisten, sich in Elternkarenz befinden oder noch Kinder bzw. in Ausbildung sind.

[88] Bis 2004 war die Beschäftigung für Personen aus allen 12 neuen Mitgliedstaaten bewilligungspflichtig. Ab 2004 galt dies nur noch für 10 Staaten, da Malta und Zypern von Beginn an keine Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit hatten. Seit 1. Mai 2011 gelten die Einschränkungen nur noch für Erwerbstätige aus Bulgarien und Rumänien.

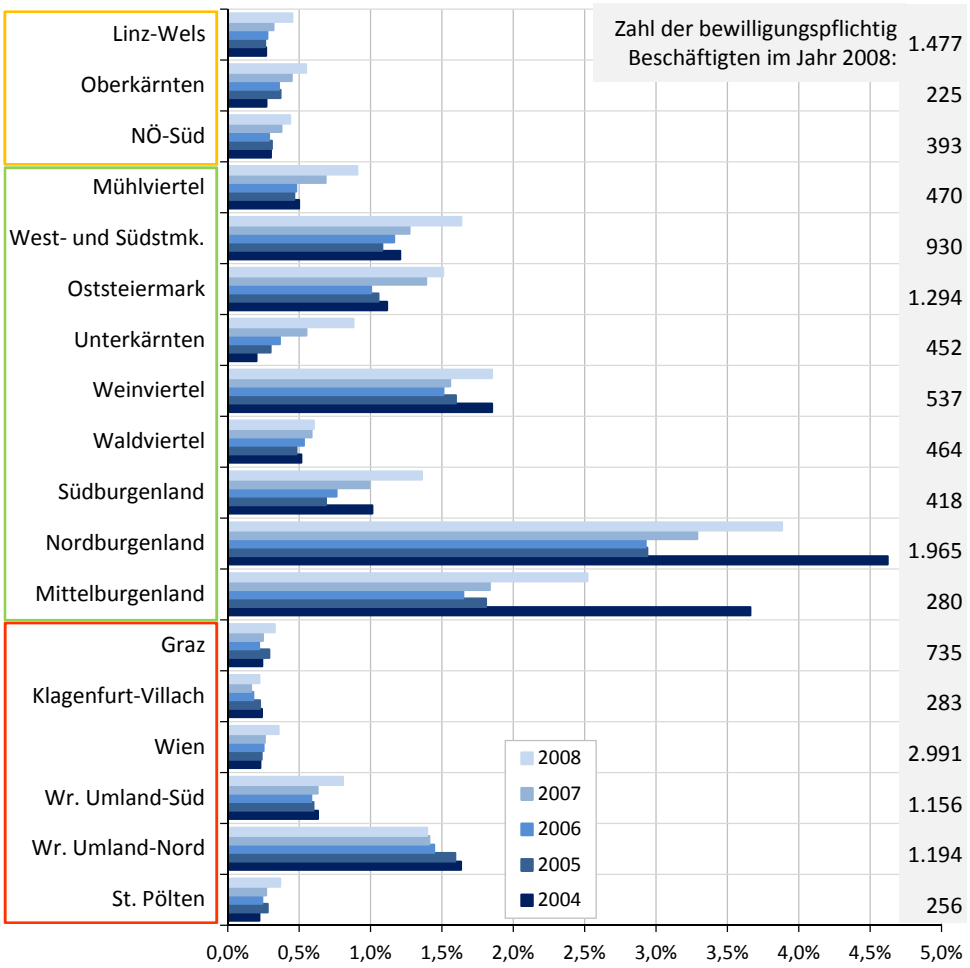


*Abbildung 40* *Anteil der bewilligungspflichtig Beschäftigten an allen Arbeitnehmern der Untersuchungsregion 2004 bis 2008. Farbliche Zuordnung nach wirtschaftlichen Regionstypen.*

*Quelle* *Datengrundlage: AMS Österreich, Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation (2011: Bestand an bewilligungspflichtig beschäftigten Ausländern nach NUTS3 in Österreich, Jahresdurchschnitt 2004 – 2010); eigene Darstellung.*

Das Jahr 2008 stellte den Höchstwert von 15.519 Personen an bewilligungspflicht beschäftigten Ausländern in der Untersuchungsregion dar. Bis 2010 ist dieser Anteil auf 15.365 Personen im Jahresdurchschnitt zurückgegangen.

Wichtig ist jedoch die Zusammensetzung der Erwerbstätigen nach ihrer Herkunft. Zur Analyse wurde die Zahl der bewilligungspflichtig Beschäftigten mit den Zahlen der Arbeitnehmer in der Untersuchungsregion in ein Verhältnis gesetzt. Daraus ergibt sich ein anderes Bild, als die absoluten Werte vermitteln.

In sachkapitalintensiven Regionen ist der Anteil bewilligungspflichtig Beschäftigter an allen Arbeitnehmern mit einem Maximum von 0,55% (Oberkärnten) im Jahr 2008 sehr gering. In Linz-Wels ist der Anteil der bewilligungspflichtig Beschäftigten mit 0,45% sehr gering, was auf die hohe Gesamtzahl von etwa 300.000 Arbeitnehmern in dieser Region zurückgeführt werden kann. Am

höchsten sind die Anteile bewilligungspflichtig Beschäftigter an allen Arbeitnehmern der jeweiligen Untersuchungsregion in den ländlichen Regionen, was vermutlich auf die verstärkte Beschäftigung von Zuwanderern in wenigen, bevorzugten Tätigkeitsbranchen bei allgemein geringer absoluter Anzahl der Erwerbstätigen und Arbeitnehmer im ländlichen Bereich zurückzuführen ist. Speziell die Tourismusbranche, aber auch die Landwirtschaft, erscheinen für saisonale Beschäftigung für Personen aus den Nachbarstaaten attraktiv. (Vgl. hierzu Bock-Schappelwein et al., 2009: 86-87)

Im Vergleich dazu sind die Anteile in humankapitalintensiven Regionen mit Ausnahme des nördlichen Wiener Umlandes und darüber hinaus in allen Landeshauptstadt-Regionen relativ gering. Dies ist vermutlich wiederum auf die absolut große Zahl an Arbeitnehmern in diesen Regionen zurückzuführen.

Im zeitlichen Verlauf haben sich die Anteile in den Regionen sehr unterschiedlich entwickelt. In den sachkapitalintensiven Regionen ist der Anteil bewilligungspflichtig Beschäftigter seit 2004 stetig gestiegen. Für die anderen beiden Regionstypen gibt es kein einheitliches Bild. Im ländlichen Bereich gab es vor allem im Burgenland starke Rückgänge nach 2004. Die allgemein sehr hohen Werte könnten auf das Grenzgängerabkommen zurückzuführen sein. Eine andere mögliche Erklärung ist die geringe Pendlerdistanz aus der Slowakei und Ungarn bei einer absolut geringen Arbeitnehmerzahl im Burgenland, die zu einem hohen Anteil bewilligungspflicht Beschäftigter führte. Ein einheitliches Bild ergibt sich aufgrund der Darstellung der Veränderung im zeitlichen Lauf nicht. Dies unterstreicht wiederum die unterschiedlichen Herausforderungen für die einzelnen Regionen je nach wirtschaftlicher Ausrichtung und die Schwierigkeit, einheitliche Regelungen für Österreich zu schaffen.

Die regionale Verteilung konzentriert sich wie bereits erläutert auf die östlichen und humankapitalintensiven Regionen. Die Herkunft – ob aus einem der neuen Mitgliedstaaten aus der Erweiterungsrunde 2004 oder 2007 – hat hinsichtlich der regionalen Verteilung eine geringe Bedeutung. Im Jahr 2004 waren Personen aus Bulgarien und Rumänien in Wien, Graz und Linz sowie den umliegenden Regionen konzentriert während Personen aus den übrigen 6 Mitgliedstaaten von 2004[89] räumlich verstreut waren. Im Jahr 2010 sind die bewilligungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse weiterhin in den östlichen bzw. humankapitalintensiven Regionen konzentriert, wobei die Anteile von Personen aus Bulgarien und Rumänien in direkten Grenzregionen etwas geringer sind als aus den übrigen Mitgliedstaaten. Dies ist auf die räumliche Nähe zu vier Mitgliedstaaten zurückzuführen, aus denen neben der Migration auch das Pendeln zum Arbeitsort eine Option darstellt.

In Zusammenhang mit der Beschäftigungsstruktur und der räumlichen Verteilung sind auch Bestand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit sowie die Staatszugehörigkeit der Arbeitslosen von größter Bedeutung. Hierzu wurden in einem Überblick die Arbeitslosenraten[90] der neuen Mitgliedstaaten und Österreich im Vergleich betrachtet.

Da, wie Abbildung 41 zeigt, die innereuropäischen Veränderungen der Arbeitslosenquoten sehr unterschiedlich sind und Österreich hier deutlich unter dem Durchschnitt der EU 12, aber auch der EU 15 liegt, sollte Österreich hinsichtlich dieses Aspekts ein attraktives Zielland für Migranten oder Pendler als Erwerbstätige darstellen. Die geringere Arbeitslosenquote entspricht einer höheren Wahrscheinlichkeit, eine Beschäftigung im Zielland zu erhalten. Verstärkt wird diese

[89] Ohne Malta und Zypern, da hier keine Bewilligungspflicht bestand.

[90] Berechnet wird die Arbeitslosenquote als das Verhältnis der arbeitslosen Personen zur Summe aller Erwerbspersonen, die sich aus der Summe aller im Referenzzeitraum erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Personen zusammensetzen.

Motivation zur Migration durch die gestiegenen Arbeitslosenquoten in den meisten der neuen Mitgliedstaaten und in den EU 12 insgesamt.

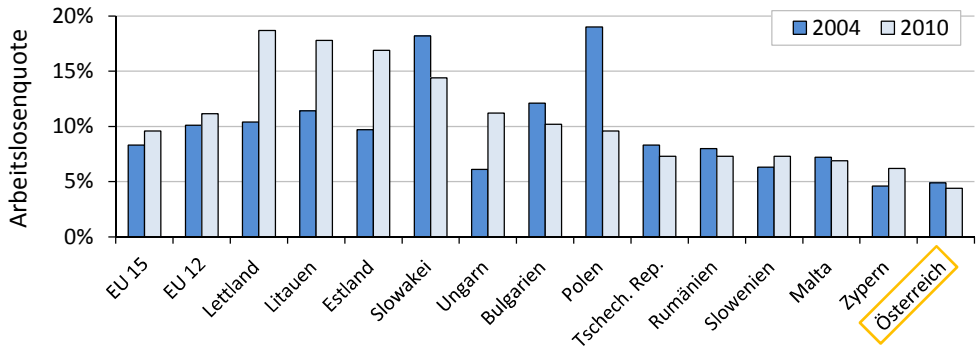


*Abbildung 41* *Arbeitslosenquoten der EU 12-Staaten und Österreich 2004 und 2010. Jahresdurchschnitt. Relativer Anteil arbeitsloser Personen an allen Erwerbspersonen zwischen 15 und 74 Jahren.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank Statistiken der Eurostat der Europäischen Union (2011: une_rt_a: Arbeitslosenquoten, Jahresdurchschnitte, nach Geschlecht und Altersgruppe (%)); eigene Darstellung.*

Bei detaillierterer Betrachtung Österreichs und der Untersuchungsregion in Abbildung 42 fallen einige Teilregionen auf, die über dem österreichischen Durschnitt liegen. Wien ist mit einer Arbeitslosenquote von 7,5% im Jahr 2009 Spitzenreiter, wobei gegenüber 2004 ein Rückgang um 1,4 Prozentpunkte festgestellt wurde. In den nieder- und oberösterreichischen Regionen kam es zu keiner bzw. zu einer äußerst geringen Veränderung der Arbeitslosenraten. Im Burgenland und Kärnten kam es zu einem Rückgang, während die Steiermark eine gestiegene, durchschnittliche jährliche Arbeitslosenrate zu verzeichnen hatte.

Hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeit als Entscheidungsfaktor zur Migration bedeutet dieser Fakt – gegenteilig zur Attraktivität aufgrund des vielfältigen Arbeitsplatzangebots – eine geringe Attraktivität Wiens als Zielort der Migration, da die Arbeitslosigkeit hier besonders hoch war. Da der Trend jedoch rückläufig und daher mit einem weiteren Sinken der Rate zu rechnen ist, kann daraus ein positiver Aspekt für die Zukunft abgeleitet werden.

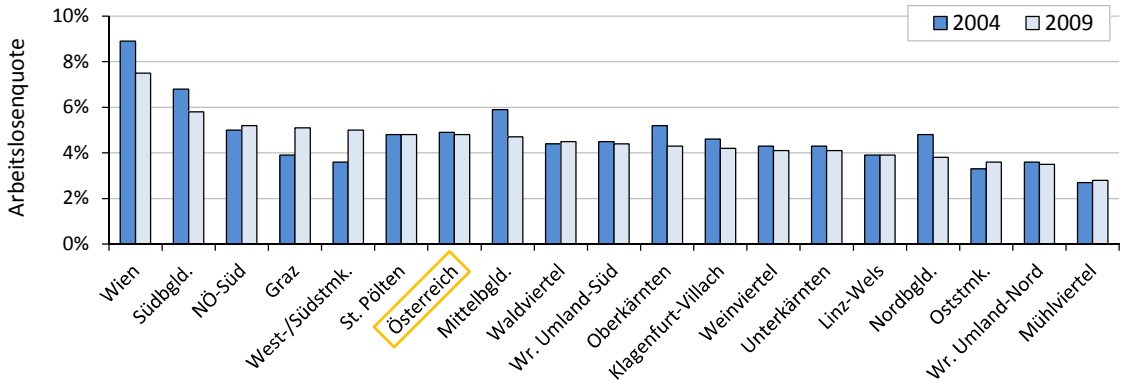


*Abbildung 42* *Arbeitslosenquoten in der Untersuchungsregion 2004 und 2009. Jahresdurchschnitt. Relativer Anteil arbeitsloser Personen an allen Erwerbspersonen (erwerbstätig und arbeitslos) zwischen 15 und 74 Jahren.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank Statistiken der Eurostat der Europäischen Union (2011: lfst_r_lfu3rt: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Alter auf NUTS-Ebene 1, 2 und 3 (%)); eigene Darstellung.*

Der Anteil der Arbeitslosen aus den neuen Mitgliedstaaten an allen Arbeitslosen ist in allen NUTS 3-Regionen der Untersuchungsregion gegenüber 2004 gestiegen. (Abbildung 43)

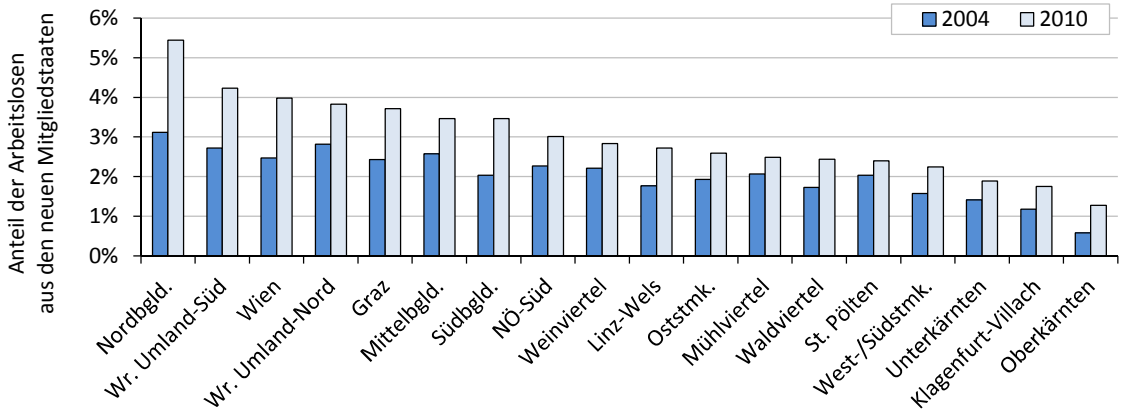


*Abbildung 43* *Anteil Arbeitsloser mit Herkunft aus einem der neuen Mitgliedstaaten an allen Arbeitslosen der jeweiligen NUTS 3-Region.*

*Quelle* *Datengrundlage: AMS Österreich, Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation (2011: Bestand an vorgemerkten Arbeitslosen nach NUTS3 in Österreich, Jahresdurchschnitt 2004 - 2010; Bestand an vorgemerkten arbeitslosen In- und AusländerInnen nach NUTS3 in Österreich, Jahresdurchschnitt 2004 - 2010); eigene Darstellung.*

Die größten Veränderungen des Anteils der Arbeitslosen mit Herkunft aus den neuen Mitgliedstaaten gab es in den östlichen niederösterreichischen, burgenländischen und steirischen Regionen sowie in Wien. Auffallend war die annähernde Verdoppelung des Anteils im gesamten Burgenland, wobei vor allem das nördliche und südliche Burgenland einen starken Zuwachs zu verzeichnen hatten. In den Kärntner Regionen ist der Anteil der Arbeitslosen mit Herkunft aus den neuen Mitgliedstaaten ebenfalls stark gestiegen, doch war der Ausgangswert vor allem in Oberkärnten mit unter 1% sehr gering. Die Anteilswerte an der gesamten Arbeitslosenzahl liegen mit Werten zwischen 1,3% in Oberkärnten und 5,4% im Nordburgenland in den meisten Regionen über dem Anteil der Bevölkerung aus den neuen Mitgliedstaaten in der Untersuchungsregion von etwa 2,2% der Bevölkerung. Dies bestätigt wiederum den verstärkten Zuzug bereits seit 2004.

Interessant ist im Falle der Arbeitslosen auch die absolute Ausprägung. Wien bildet hier in der Untersuchungsregion mit der hervorstechend hohen Ausprägung sowohl bei Österreichern als auch bei Personen aus den neuen Mitgliedstaaten eine Ausnahme. (Siehe Tabelle 3) In Zusammenhang mit der zuvor erfolgten relativen Betrachtung wird deutlich, dass die Verdoppelung der Anteile im Burgenland und in Kärnten absolut betrachtet nicht sehr stark zu gewichten sind, da in diesen beiden Bundesländern von 209 Arbeitslosen im Burgenland im Jahr 2004 und 184 in Kärnten ausgegangen wurde.

Die regionale Verteilung betreffend, waren in Wien im Jahr 2004 knapp über 2.000 Arbeitslose aus den EU 12 vorgemerkt was 43% aller Arbeitslosen aus den EU 12 entspricht. Im Jahr 2010 waren es bereits annähernd 3.000 Personen, jedoch nur 40% der Arbeitslosen. Dies ist vor allem in Verbindung mit der Zahl der bewilligungspflichtig Beschäftigten in Wien in den beiden Jahren bedenklich. Im Jahr 2004 waren 1.817 Personen aus den neuen Mitgliedstaaten, allerdings ohne Zypern und Malta, in Wien beschäftigt, was unter der Zahl der Arbeitslosen liegt. 2010 hat sich

diese Verteilung zwar umgekehrt, doch standen auch in diesem Jahr 3.169 bewilligungspflichtig Beschäftigte 2.950 Arbeitslosen gegenüber.

Außergewöhnlich war die Verteilung auch im Nordburgenland, wo die Zahl der Arbeitslosen mit 113 (2004) und 196 (2010) absolut betrachtet gering sind, während in den gleichen Jahren 2.164 (2004) bzw. 2.129 (2010) bewilligungspflichtig beschäftigte Ausländer gemeldet waren. 2004 war das Verhältnis Arbeitslose zu bewilligungspflichtig Beschäftigten 1 zu 11, 2010 war es auf 1 zu 6 gesunken. Noch *besser* war das jeweilige Verhältnis in den Regionen Südburgenland, Niederösterreich-Süd, nördliches Wiener Umland, Unterkärnten und Mühlviertel. Hier verhielten sich die Arbeitslosen zu den bewilligungspflichtig Beschäftigten aus den EU 12 bis zu 1 zu 15.

| | 2004 (EU 12) | | 2010 (EU 12) | | 2010 (Österreicher) | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **NUTS 3-Region** | **absolut** | **Regionale Verteilung** | **absolut** | **Regionale Verteilung** | **absolut** | **Regionale Verteilung** |
| Mittelburgenland | 29 | 0,6% | 37 | 0,5% | 978 | 0,7% |
| Nordburgenland | 113 | 2,4% | 196 | 2,7% | 3.142 | 2,2% |
| Südburgenland | 67 | 1,4% | 111 | 1,5% | 2.939 | 2,0% |
| NÖ-Süd | 172 | 3,7% | 243 | 3,3% | 6.761 | 4,7% |
| Sankt Pölten | 87 | 1,8% | 110 | 1,5% | 3.785 | 2,6% |
| Waldviertel | 103 | 2,2% | 147 | 2,0% | 5.569 | 3,8% |
| Weinviertel | 70 | 1,5% | 87 | 1,2% | 2.783 | 1,9% |
| Wiener Umland-Nord | 180 | 3,8% | 264 | 3,6% | 5.751 | 4,0% |
| Wiener Umland-Süd | 229 | 4,9% | 380 | 5,1% | 7.397 | 5,1% |
| Wien | 2.027 | 43,3% | 2.950 | 40,0% | 53.987 | 37,3% |
| Klagenfurt-Villach | 98 | 2,1% | 177 | 2,4% | 8.500 | 5,9% |
| Oberkärnten | 25 | 0,5% | 63 | 0,8% | 4.424 | 3,1% |
| Unterkärnten | 61 | 1,3% | 98 | 1,3% | 4.779 | 3,3% |
| Graz | 268 | 5,7% | 471 | 6,4% | 9.993 | 6,9% |
| Oststeiermark | 131 | 2,8% | 165 | 2,2% | 5.967 | 4,1% |
| West- u. Südsteiermark | 82 | 1,8% | 140 | 1,9% | 5.838 | 4,0% |
| Linz-Wels | 191 | 4,1% | 322 | 4,4% | 9.220 | 6,4% |
| Mühlviertel | 57 | 1,2% | 81 | 1,1% | 2.949 | 2,0% |
| **Gesamt** | **4.683** | **100%** | **7.379** | **100%** | **144.763** | **100%** |

*Tabelle 3* *Arbeitslose Personen mit Staatsangehörigkeit aus einem der EU 12-Staaten in der Untersuchungsregion 2004 und 2010.*

*Quelle* *Datengrundlage: AMS Österreich, Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation (2011: Bestand an vorgemerkten Arbeitslosen nach NUTS3 in Österreich, Jahresdurchschnitt 2004 - 2010); eigene Darstellung.*

Allgemein hat sich die regionale Verteilung der Arbeitslosen aus den neuen Mitgliedstaaten gegenüber 2004 jedoch kaum verändert. In Wien kam es mit einem Rückgang von 3,3 Prozentpunkten zur größten Veränderung. In allen anderen Regionen war der Zuwachs bzw.

Rückgang des Anteils der Arbeitslosen jeweils unter einem Prozentpunkt. Auch die arbeitslosen Österreicher verteilen sich sehr ähnlich – jedoch etwas weniger konzentriert – auf die NUTS 3-Regionen. Abgesehen von der Konzentration in Wien, die bei Personen aus den neuen Mitgliedstaaten höher ist als bei Österreichern, verteilen sich die Arbeitslosen gleichmäßig in der Untersuchungsregion. Eklatante regionale Unterschiede können nicht abgeleitet werden.

Im Vergleich sind Zuwanderer – vor allem aus den neuen Mitgliedstaaten – mit größerer Wahrscheinlichkeit arbeitslos als Österreicher, wie bereits der Anteil der Arbeitslosen aus den EU 12 an allen Arbeitslosen gezeigt hat. Setzt man die Zahl der arbeitslosen Personen nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft mit der Zahl der nicht-österreichischen Erwerbspersonen als Summe aus Erwerbstätigen, Präsenz- und Zivildiener, in Elternkarenz befindlicher Personen und arbeitslosen Personen in der Untersuchungsregion in Beziehung, ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 15,9% im Jahr 2004, die bis 2010 auf 14,3% gesunken ist. Unter den gleichen Voraussetzungen ergibt sich für die österreichische Bevölkerung eine Arbeitslosenquote von 6,2% im Jahr 2004 und 6,0% im Jahr 2010. (Datenbank ISIS der Statistik Austria, 2011: E7S Wohnbevölkerung in Privathaushalten)

Im Detail zeigt Abbildung 44 ein ähnliches Bild. Hier wurden aufgrund der Datenverfügbarkeit die arbeitslosen Österreicher mit der österreichischen Wohnbevölkerung in Beziehung gesetzt. Ebenso wurde mit den Arbeitslosen bzw. der Wohnbevölkerung aus den neuen Mitgliedstaaten und den gesamten Bevölkerung der Untersuchungsregion vorgegangen.[91] Die Grundgesamtheit zur Berechnung der Anteile ist die jeweilige Wohnbevölkerung nach Herkunft.

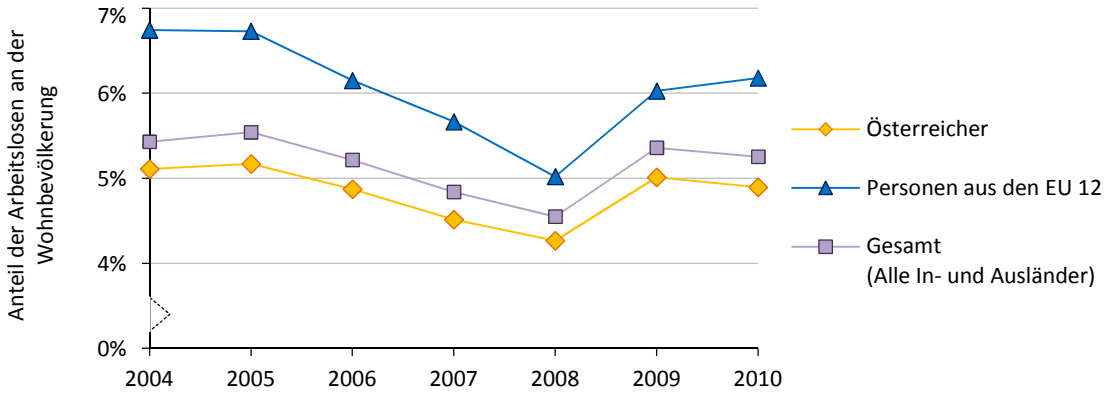


*Abbildung 44* *Anteil der Arbeitslosen an der Wohnbevölkerung (jeweils nach Herkunft) zwischen 15 und 59 Jahren in der Untersuchungsregion 2004 bis 2010.*

*Quelle* *Datengrundlage: AMS Österreich, Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation (2011: Bestand an vorgemerkten Arbeitslosen nach NUTS3 in Österreich, Jahresdurchschnitt 2004 – 2010; Bestand an vorgemerkten arbeitslosen In- und AusländerInnen nach NUTS3 in Österreich, Jahresdurchschnitt 2004 - 2010); eigene Darstellung.*

Die abgeänderte Arbeitslosenquote hat sich für alle Personen – unabhängig von der Herkunft – ähnlich entwickelt. Im Jahr 2010 sind bei Österreichern und der gesamten Bevölkerung annähernd die Ausgangswerte von 2004 erreicht. Der hier errechnete Anteil der arbeitslosen Österreicher liegt etwas über der tatsächlichen Arbeitslosenquote, die das Verhältnis der Arbeitslosen zu den

[91] Die Gesamtwerte enthalten neben Österreichern und Personen aus den neuen Mitgliedstaaten auch Personen mit Herkunft aus den restlichen EU-Staaten sowie aus sonstigen Staaten.

Erwerbspersonen abbildet. Er ist jedoch deutlich niedriger als der Anteil der Personen aus den neuen Mitgliedstaaten, der wiederum im Jahr 2010 noch deutlicher unter dem Ausgangswert von 2004 liegt. Der Trend ist allerdings nur bei Personen aus den EU 12 steigend, was für die zukünftige Entwicklung nicht positiv zu bewerten ist. Die gesunkenen Quoten ab 2005 könnten auf die Bevölkerungszahl zurückzuführen sein, die stärker gestiegen ist als die Zahl der Arbeitslosen. Eine andere mögliche Erklärung ist, dass die Spitze im Jahr 2004 aufgrund der Verfügbarkeit früherer Daten hier nicht erkennbar ist und es im Zuge der Zuwanderung zu einer gestiegenen Arbeitslosigkeit durch Zuwanderung gekommen ist und diese in den darauffolgenden Jahren durch die Anstellung der Zuwanderer abgebaut werden konnte. Dies erklärt allerdings nicht die Entwicklung des Anteils der Arbeitslosen an der österreichischen Bevölkerung im zeitlichen Verlauf. Das Ansteigen aller Anteile nach 2008 könnte durch die Finanzkrise 2007 und darauf folgende Einsparungen der Unternehmen erklärt werden.[92]

Setzt man die Anzahl der arbeitslosen Personen in den Jahren 2004 und 2010 mit der Zahl der sofort verfügbaren offenen Stellen in der Untersuchungsregion in Beziehung, so kommen 2004 8 Arbeitslose – unabhängig von der Herkunft – auf eine offene Stelle. (Siehe Tabelle 4) Bis 2010 verbesserte sich dieses Verhältnis auf 6 Arbeitslose je offener Stelle. Da jedoch davon ausgegangen werden kann, dass die Personen eine Stelle am Wohnort suchen, wird im Folgenden eine detaillierte Aufschlüsselung nach NUTS 3-Regionen dargestellt.

| | **Arbeitslose je sofort verfügbarer offener Stelle** | |
|---|---|---|
| **NUTS 3-Region** | **2004** | **2010** |
| Mittelburgenland | 12 | 14 |
| Nordburgenland | 10 | 9 |
| Südburgenland | 15 | 17 |
| Niederösterreich-Süd | 8 | 12 |
| Sankt Pölten | 9 | 9 |
| Waldviertel | 12 | 15 |
| Weinviertel | 12 | 22 |
| Wiener Umland-Nordteil | 7 | 10 |
| Wiener Umland-Südteil | 8 | 11 |
| Wien | 28 | 11 |
| Klagenfurt-Villach | 11 | 12 |
| Oberkärnten | 12 | 14 |
| Unterkärnten | 5 | 9 |
| Graz | 7 | 7 |

Fortsetzung auf der nächsten Seite

[92] Demnach wurde in den USA aufgrund der Vergabe von Hypothekarkrediten, deren Bündelung in Wertpapieren und niedrig gehaltene Zinsen ein *Bauboom* (bereits Ende der 1990er Jahre) inszeniert, der zu einem Konjunkturaufschwung führte. Leitzinsen wurden erhöht, wodurch sich der Boom abschwächte und die Immobilienpreise ab 2007 zu sinken begannen. Dies hatte weitreichende Folgen, u.a. eine sinkende Konsum- und Investitionsbereitschaft. Seit 2008 führen verfallende Immobilien-, Aktien- und Rohstoffpreise zu einer Entwertung des Vermögens von u.a. Haushalten und Unternehmen. Diese Entwicklung wiederum führt zu einem sinkenden BIP. (Schulmeister, 2009: 2-3, 12, 31)

| NUTS 3-Region | Arbeitslose je sofort verfügbarer offener Stelle | |
|---|---|---|
| | 2004 | 2010 |
| Oststeiermark | 9 | 7 |
| West- und Südsteiermark | 12 | 14 |
| Linz-Wels | 4 | 3 |
| Mühlviertel | 6 | 6 |
| **Gesamte Untersuchungsregion** | **8** | **6** |

*Tabelle 4* *Anzahl der Arbeitslosen insgesamt je sofort verfügbarer offener Stellen nach NUTS-3 Regionen 2004 und 2010.*

*Quelle* *Datengrundlage: AMS Österreich, Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation (2011: Bestand an sofort verfügbaren offenen Stellen nach NUTS3 in Österreich, Jahresdurchschnitt 2004 – 2010; Bestand an vorgemerkten arbeitslosen In- und AusländerInnen nach NUTS3 in Österreich, Jahresdurchschnitt 2004 - 2010); eigene Darstellung.*

In Wien hat sich das Verhältnis deutlich verbessert und auch in der gesamten Untersuchungsregion kommen auf eine offene Stelle um zwei Arbeitslose weniger. Gleichzeitig hat sich das Verhältnis im burgenländischen, niederösterreichischen und kärntnerischen Teil der Untersuchungsregion deutlich verschlechtert. Bei der Betrachtung der offenen Stellen im Verhältnis zur Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten zeigt sich, dass in jeder Region für jeden Zuwanderer in den Jahren 2004 bis 2010 im Jahresdurchschnitt eine offene Stelle sofort verfügbar war. Nicht berücksichtigt sind allerdings Ausbildung und Tätigkeitsbranche der Personen und Branchen der offenen Stellen.

Zu den Stellen nach räumlicher Zuteilung kamen im Jahr 2004 158 nicht zuordenbare Stellen. Im Jahr 2010 betrug die Anzahl dieser Stellen nur noch 89. Dazu kommen wiederum offene Stellen außerhalb der Untersuchungsregion, die ebenfalls in Anspruch genommen werden könnten, vor allem, da außerhalb der Untersuchungsregion von einer deutlich geringeren Zuwanderung ausgegangen wird.

### *5.2.3 Preis- und Lohnniveaus*

Die Analyse der Entwicklung des Preis- und in weiterer Folge des Lohnniveaus wird auf nationaler Ebene durchgeführt, da diese Untersuchung vor allem im Vergleich mit der Entwicklung in den neuen Mitgliedstaaten für Österreich von Interesse ist.

Anhand der vergleichenden Preisniveaus[93] (Datenbank Statistiken der Eurostat der Europäischen Union, 2011: tsier010: Vergleichende Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern (EU-27=100)), die von der EU errechnet werden, können Rückschlüsse auf die Konvergenz der EU-Mitgliedstaaten gezogen werden.

Wie Abbildung 45 zeigt, lag Österreich mit einem Preisniveauindex von 107 im Jahr 2010 in etwa im Durchschnitt der EU 15 (105), wobei gegenüber 2004 ein Anstieg des Preisniveaus um 3,7% zu verzeichnen war, was im Vergleich zum Anstieg in den meisten neuen Mitgliedstaaten eine sehr geringe Veränderung darstellt.

[93] Die vergleichenden Preisniveaus werden aus den Kaufkraftparitäten und dem Devisenmarktkurs für jeden Staat errechnet. Das Verhältnis wird in Bezug zum Durchschnitt der EU 27 angegeben.

Das Preisniveau in Zypern entsprach nach einem Anstieg zwischen 2000 und 2004 auf etwa 91 im Jahr 2010 wieder einem Wert von 89. Alle anderen Staaten hatten einen Anstieg des Niveaus um 5,6% (Ungarn) bis 35,3% (Rumänien) zu verzeichnen. Weitere sehr starke Anstiege hatten auch Tschechien (30,0%) und die Slowakei (29,7%) zu verzeichnen, die in etwa im Mittelfeld der Preisniveaus der neuen Mitgliedstaaten, aber auch weit unter dem Niveau der EU 15 liegen.

Absolut liegen die beiden jüngsten EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien mit Preisniveauindizes von 50,5 und 58,6 am weitesten unter dem Durchschnitt der EU 27 bzw. der EU 15, wobei Rumänien mit der stärksten relativen Veränderung bereits annähernd das Niveau von Polen oder Litauen erreicht hat.

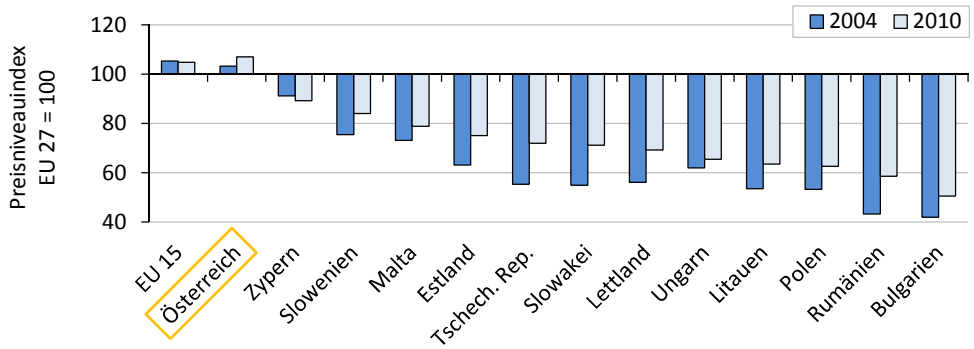


*Abbildung 45* *Preisniveauindizes der neuen Mitgliedstaaten und Österreich 2004 und 2010. Basis EU 27 = 100.*
*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank Statistiken der Eurostat der Europäischen Union (2011: tsier010: Vergleichende Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern (EU-27=100)); eigene Darstellung.*

Für die Migration bzw. das Pendeln und dessen Auswirkungen bedeutet dies vor allem steigende Preise in den Herkunftsländern. Je nachdem, welche Veränderungen es im gleichen Zeitraum bei den Löhnen der Bevölkerung gegeben hat, hat diese Veränderung einen anderen Einfluss auf die Motivation, zu migrieren oder zu pendeln, da es zu Veränderungen der Reallöhne kommt, die die Kaufkraft der Bevölkerung (aus konsumtheoretischer Sicht) bestimmen.

Zusätzliche Indikatoren zur Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung und Konvergenz der EU 12 und Österreich stellen der Verbraucherpreisindex (VPI) bzw. dessen harmonisierter Wert auf EU-Ebene (HVPI) dar. Diese sind Maßstäbe für Preisentwicklung (Inflation/Deflation) auf nationaler Ebene bzw. im europäischen Vergleich. Die Inflationsrate bildet die Veränderungsrate des (H)VPI gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ab und ist ein Maßstab für die Veränderung des allgemeinen, gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus; sie bewertet daher die Geldwertstabilität.[94] (Statistik Austria, 2011f)

Je höher die Inflation, desto höher der Preisanstieg durch Geldentwertung aufgrund des geänderten Verhältnisses der Güter- zur Geldmenge. In Tabelle 5 sind die jährlichen Inflationsraten für jeden Staat nach ihrer Höhe farblich abgestuft gekennzeichnet.

[94] In einem Warenkorb, der die Güter und Dienstleistungen enthält, die von den Haushalten am meisten nachgefragt werden, werden die einzelnen Güter- und Dienstleistungspreise summiert und mit Hilfe der Ausgabenanteile am gesamten Warenkorb gewichtet. Dadurch erfolgt die Bewertung der Kaufkraft für Konsumenten und die Veränderung im Zeitverlauf. Die Indizes stellen die Basis in Lohnverhandlungen und der Wertsicherung von Beträgen wie Mieten dar. (Statistik Austria, 2011f)

| EU-Mitgliedstaat | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Bulgarien | 5,8 | 2,3 | 6,1 | 6,0 | 7,4 | 7,6 | 12,0 | 2,5 | 3,0 |
| Estland | 3,6 | 1,4 | 3,0 | 4,1 | 4,4 | 6,7 | 10,6 | 0,2 | 2,7 |
| Lettland | 2,0 | 2,9 | 6,2 | 6,9 | 6,6 | 10,1 | 15,3 | 3,3 | -1,2 |
| Litauen | 0,3 | -1,1 | 1,2 | 2,7 | 3,8 | 5,8 | 11,1 | 4,2 | 1,2 |
| Malta | 2,6 | 1,9 | 2,7 | 2,5 | 2,6 | 0,7 | 4,7 | 1,8 | 2,0 |
| Österreich | 1,7 | 1,3 | 2,0 | 2,1 | 1,7 | 2,2 | 3,2 | 0,4 | 1,7 |
| Polen | 1,9 | 0,7 | 3,6 | 2,2 | 1,3 | 2,6 | 4,2 | 4,0 | 2,7 |
| Rumänien | 22,5 | 15,3 | 11,9 | 9,1 | 6,6 | 4,9 | 7,9 | 5,6 | 6,1 |
| Slowakei | 3,5 | 8,4 | 7,5 | 2,8 | 4,3 | 1,9 | 3,9 | 0,9 | 0,7 |
| Slowenien | 7,5 | 5,7 | 3,7 | 2,5 | 2,5 | 3,8 | 5,5 | 0,9 | 2,1 |
| Tschech. Rep. | 1,4 | -0,1 | 2,6 | 1,6 | 2,1 | 3,0 | 6,3 | 0,6 | 1,2 |
| Ungarn | 5,2 | 4,7 | 6,8 | 3,5 | 4,0 | 7,9 | 6,0 | 4,0 | 4,7 |
| Zypern | 2,8 | 4,0 | 1,9 | 2,0 | 2,2 | 2,2 | 4,4 | 0,2 | 2,6 |

*Tabelle 5* *Jährliche Inflationsraten der EU 12 und Österreich 2002 bis 2010. Veränderung des HVPI in % zum Vorjahr. Farblicher Verlauf je Mitgliedstaat: dunkelblau = hohe Inflationsrate, weiß = geringe Inflationsrate.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank Statistiken der Eurostat der Europäischen Union (2011: tsieb060: HVPI - Inflationsrate); eigene Darstellung.*

Eindeutig erkennbar sind die hohen Inflationsraten 2008, die in diesem Jahr in allen neuen Mitgliedstaaten über der österreichischen lagen.[95] Danach kam es wieder zu einer geringeren Inflation in allen Staaten, die eine geringere, jährliche Preissteigerung abbildet. Die hohen Werte 2008 könnten wie bereits zuvor bei Betrachtung des BRP auf die Finanzkrise 2007 zurückzuführen sein. (Siehe dazu Punkt 5.2.2 und Schulmeister, 2009)

Entsprechend dem Ziel der Wertstabilität in der Euro-Zone (Statistik Austria, 2011f) müssen die jährlichen Änderungsraten der VPIs stabil gehalten werden, was am Beispiel Österreich mit Raten zwischen 0,4% und 3,2% zwischen 2002 und 2010 erreicht wurde. In Staaten wie Rumänien, wo die Raten zwischen 4,9% und 22,5% lagen ist dieses Ziel noch nicht erreicht.

Für Migranten könnte die dargestellte Preisentwicklung (siehe Abbildung 45 und Tabelle 5) bereits in den vergangenen Jahren Anreiz zur Wanderung gewesen sein, da in den neuen Mitgliedstaaten ein schnellerer Anstieg der Preisniveaus zu verzeichnen gewesen ist.

Dafür wird in weiterer Folge eine Untersuchung der Nettoverdienste in den Mitgliedstaaten und Österreich im zeitlichen Verlauf durchgeführt. Diese erfolgt zur besseren Vergleichbarkeit wiederum in Kaufkraftstandards.

Wie die Linien in Abbildung 46 zeigen, ist in allen Staaten ein Anstieg der Nettolöhne zu verzeichnen gewesen. Wichtig ist diese Entwicklung im Vergleich zur jährlichen Inflation. Vor

[95] In Rumänien, der Slowakei, Slowenien und Ungarn traten die nationalen Maxima bereits vor 2008 auf. Die Werte waren jedoch auch im Jahr 2008 im Vergleich zu den folgenden Jahren erhöht.

allem in den Jahren 2008 und 2009 lagen die Lohnzuwächse in den meisten Staaten unter der Inflationsrate, was zu geringeren Reallöhnen und daher einer geringeren Kaufkraft der Haushalte führte.

Die Ursache für den starken Anstieg der Nettolöhne in Zypern 2005 kann womöglich auf eine geänderte Berechnungsmethode zurückgeführt werden, während die geringeren Zuwächse bzw. teilweise Rückgänge in einigen Staaten nach 2007 wiederum durch die Finanzkrise oder durch die verstärkte Zuwanderung und die daraus folgende Anpassung der Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen und Löhne erklärt werden können.

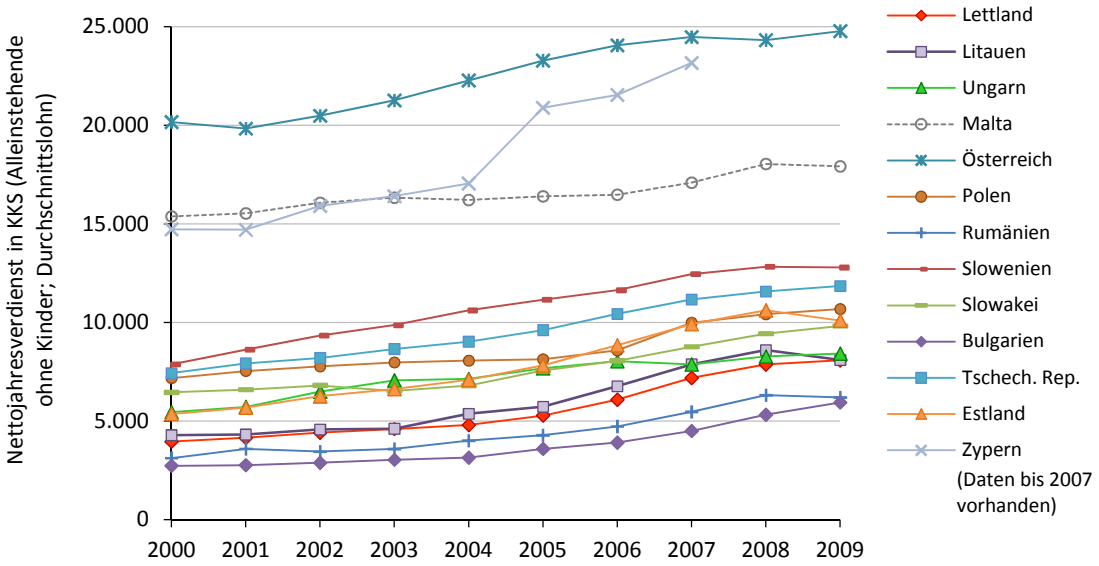


*Abbildung 46* *Entwicklung der Netto-Jahreslöhne in den Mitgliedstaaten und Österreich 2000 bis 2009 in KKS. Grundlage: Alleinstehende ohne Kinder, 100% des Durchschnittsarbeiter-Lohns.*

*Quelle* *Datengrundlage: Datenbank Statistiken der Eurostat der Europäischen Union (2011: earn_nt_net: Nettojahresverdienste); eigene Darstellung.*

Eine Annäherung der Nettolöhne in den neuen Mitgliedstaaten an das österreichische Niveau ist kaum erkennbar. Abgesehen von Zypern, das eine starke Annäherung zum österreichischen Niveau erreicht hat und Lettland, dessen Nettolöhne um 11 Prozentpunkte auf 32% des österreichischen Niveaus gestiegen sind, kam es zu geringen Annäherungen. Diese Entwicklung ist hinsichtlich des theoretischen Ansatzes vom *Optionswert des Wartens* (Siebert, 1993; Burda, 1995) interessant, demzufolge es für Personen aus den neuen Mitgliedstaaten bei schneller Annäherung unterschiedlicher Niveaus zwischen den Staaten sinnvoll sein kann, zu warten und die Migrationsentscheidung zu verschieben und sich zu einem späteren Zeitpunkt aufgrund zusätzlicher Informationen womöglich gegen die Migration zu entscheiden.

Aufgrund der Analyse der Preis- und Lohnniveauentwicklung in der Betrachtungsperiode seit 2004 oder – wo möglich – davor können keine Veränderungen aufgrund von Migration mit Sicherheit genannt werden. Dadurch ist es nicht möglich – wie ursprünglich erwartet – detaillierte Aussagen über die Auswirkungen der Migration zu treffen.

## 5.3 Schlussfolgerungen zur Aufnahmefähigkeit österreichischer Grenzregionen

Die Analyse bisheriger Entwicklungen seit der EU-Erweiterung zeigt, dass ein stetiges Bevölkerungswachstum in der Untersuchungsregion stattgefunden hat, wobei allerdings der ländliche Raum annähernd stagnierte. Die Zuwanderung war in der Bevölkerungsentwicklung der Untersuchungsregion tatsächlich leicht erkennbar, da im Jahr 2005 in den einzelnen NUTS 3-Regionen das größte Wachstum bzw. der geringste Rückgang zu verzeichnen war. In den letzten beiden Jahren war das Wachstum wieder geringer, was sich mit den in Kapitel 3.3 beschriebenen Prognosen über das nach der Arbeitnehmerfreizügigkeit sinkende Potential deckt. Wie zu erwarten war, sind Wien und Graz sowie das Wiener Umland am stärksten gewachsen, während das Burgenland und die nicht städtischen Regionen Kärntens geschrumpft sind. Urbane Regionen kristallisieren sich als präferierte Lebensräume heraus.

Die Prognose von Huber und Brücker (2003: 100), dass es bis 2030 einen Wohnbevölkerungsbestand von über 270.000 Personen mit Herkunft aus den neuen Mitgliedstaaten geben wird und 2011 von knapp unter 100.000 Personen, scheinen in Folge der Analyse der bisherigen Entwicklung zu gering. Bereits im Jahr 2010 stammten 121.337 Personen in der Untersuchungsregion aus den neuen Mitgliedstaaten. Diese Personen sind allerdings deutlich jünger als die österreichische Bevölkerung; nur 4% sind über 59 Jahre alt. Es gab keine Änderung in der Altersstruktur, während in der österreichischen Bevölkerung die älteste Gruppe seit 2002 um 2 Prozentpunkte auf ein Viertel der Bevölkerung gewachsen und die Gruppe der Kinder geschrumpft ist. Daher kann der Zuwanderung ein positiver Effekt auf die demographische Struktur der Wohnbevölkerung in der Untersuchungsregion zugeschrieben werden.

Regional betrachtet sind in humankapitalintensiven Regionen alle Altersgruppen absolut gewachsen. Relativ ist die älteste Gruppe in allen Regionen am meisten gewachsen, in ländlichen und sachkapitalintensiven Regionen auch absolut. Gleichzeitig ist dort auch ein starker Rückgang in der jüngsten Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen gewesen, was die problematische Lage ländlicher Regionen hinsichtlich drohender Überalterung hervorhebt, die von einem rückläufigen Trend in der Entwicklung der erwerbsfähigen Personen begleitet wird. Lediglich humankapitalintensive Regionen verzeichnen einen steigenden Trend der jungen Bevölkerung und des Anteils der erwerbsfähigen Bevölkerung. Da der Anteil der Personen aus den EU 12 nur sehr gering ist, sind allerdings die positiven Auswirkungen auf die demographische Struktur in Hinblick auf die Senkung des Durchschnittsalters ebenfalls gering.

Das Bildungsniveau hat sich in Österreich nur geringfügig verändert, während es in einigen neuen Mitgliedstaaten stark gestiegen ist und daher eine Annäherung der Niveaus zwischen allen EU-Staaten stattgefunden hat. Der größere Anteil der Hochschulabsolventen in den neuen Mitgliedstaaten als in Österreich lässt die Motivation bzw. die Möglichkeit, zu migrieren nur vermuten. Je nach theoretischer Betrachtung ist für diese Bevölkerungsgruppe die Attraktivität zu migrieren größer, da die absolute Position durch Migration noch weiter verbessert werden kann, oder geringer, da die relative Stellung im Heimatland sehr gut ist. Die im Vergleich mit den anderen Staaten unterdurchschnittliche Stellung Österreichs kann nicht auf die starke Zuwanderung niedrig qualifizierter Personen aus den neuen Mitgliedstaaten zurückgeführt werden, da die absolute Anzahl der Zuwanderer seit 2004 hierfür zu gering ist. Zudem war bisher die Zuwanderung unter bestimmten Voraussetzungen unter anderem für hochqualifizierte Schlüsselarbeitskräfte oder

Facharbeiter möglich. Niedrig qualifizierte Personen werden aufgrund weggefallener Restriktionen erst seit der Öffnung im Mai 2011 verstärkt erwartet.

Die Bildungsstruktur der zuwandernden Bevölkerung, wie sie in Kapitel 3 von Berger et al. (2011: 30) und Nowotny (2011a: 33) prognostiziert wurde, war zumindest in den beiden unteren Ebenen primärer und sekundärer Bildung besser als die der bereits ansässigen Bevölkerung nicht-österreichischer, teilweise auch österreichischer Herkunft. Der Anteil der Hochschulabsolventen lag unter jenem der Nicht-Österreicher, jedoch nach Berger et al. über dem österreichischen Anteil. Dies ist interessant, da zu erwarten war, dass bisher vor allem gut gebildete Personen migrierten, für die Ausnahmeregelungen von der eingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit galten.

Die jährliche Wanderung ist tatsächlich trotz eingeschränkter Arbeitnehmerfreizügigkeit in Folge der Erweiterungen 2004 und 2007 bzw. in den Folgejahren angestiegen.

Sollte der derzeitig rückläufige Trend anhalten, dürfte die Zahl der Zuwanderer unter den prognostizierten Werten bleiben. Da jedoch die Restriktionen seit Mai 2011 geringer sind, ist mit einer erneuten Zuwanderungsspitze 2011/2012 zu rechnen, die jedoch aufgrund der stufenweisen Öffnung des Marktes vermutlich schwächer ausfallen wird, als ursprünglich erwartet. Im Vergleich zur Prognose von Nowotny (2011a, 20-24) sind die Migrationszahlen bereits jetzt darüber; bei geringeren Restriktionen ist daher mit einer deutlich erhöhten Zuwanderung als ursprünglich prognostiziert zu rechnen.

Die regionale Verteilung der Zuwanderung wie sie in der Studie *PREPARITY* (Huber, 2001: 80) prognostiziert wurde, entspricht annähernd der bis 2009 stattgefundenen. Tatsächlich sind mehr Personen als erwartet in sachkapitalintensive Regionen gewandert, während ländliche Regionen eine geringere Zuwanderung zu verzeichnen hatten.

Obwohl der Großteil der bisherigen Zuwanderung aus Rumänien und Polen zu verzeichnen war, was auf die Bevölkerungsgröße der Staaten zurückzuführen ist, zeigt die regionale Verteilung der Zuwanderer, dass die räumliche Nähe ein wichtiger Faktor in der Entscheidung über den Zielort ist. Dies zeigt vor allem die höhere Konzentration von Personen aus Slowenien oder der Slowakei bei stärkerer Streuung der Personen aus Rumänien in der Untersuchungsregion. Unabhängig davon fand eine Konzentration in Wien als Bundeshauptstadt statt.

Wie prognostiziert, sind Migranten jünger als die ansässige Bevölkerung und die Zahl der Personen über 54 sehr gering. Die zuwandernde Bevölkerung war sogar jünger als ursprünglich von Berger et al. (2011: 30) und Nowotny (2011a: 33) prognostiziert. Die Zuwanderer in ländliche Regionen sind zwar zu einem größeren Teil Personen in der ältesten Gruppe, allerdings ist hier auch die jüngste Gruppe stärker vertreten. Dies zeigt die Herausforderung auf, dass weniger erwerbsfähige Personen zuwandern, was u.a. auf das wenig diversifizierte Arbeitsplatzangebot zurückzuführen ist und somit nicht gegen die Strukturschwäche der ländlichen Regionen wirkt.

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten auf BRP, Lohn- und Preisniveaus können anhand der in Kapitel 3.3 analysierten Studien und der Analyse bisheriger Entwicklungen im Rahmen dieser Arbeit nicht abgeschätzt werden, da ein direkter Schluss auf die bisherige Zuwanderung nicht möglich ist. Die vorliegenden Studien prognostizierten geringe direkte Auswirkungen auf das reale BIP Österreichs von maximal 0,2% und das BIP/Kopf von -0,2% bis 0,1%. Tatsächlich ist das Wirtschaftswachstum 2005 und 2008 etwas zurückgegangen und danach wieder gestiegen, was auf andere national- und weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen zurückzuführen ist. Allgemein waren die größten Zuwächse des BRP in Unterkärnten und den angrenzenden steirischen Regionen (inklusive Graz)

und dem Wiener Umland (inklusive St. Pölten und Niederösterreich-Süd) zu verzeichnen, was sich nicht mit der größten regionalen Zuwanderung deckt. Aus den genannten Gründen der nicht expliziten Extraktion der migrationsbedingten Auswirkungen können daher keine gesichterten Schlussfolgerungen abgeleitet werden.

Im Vergleich ist allerdings eine Annäherung der Bruttoinlandsprodukte – auch pro Kopf – der EU 12 an das österreichische Niveau erkennbar. Auch die Preisniveaus sind – mit Ausnahme des zypriotischen – gestiegen, wodurch sich auch hier eine Annäherung an das österreichische Niveau ergab. Hinsichtlich des Lohnniveaus haben Bock-Schappelwein et al. (2009: 121-123) im Durchschnitt um 1,7% pro Jahr steigende Reallöhne prognostiziert; Huber und Brücker (2003: 71-72) lagen mit ihren Schätzungen deutlich darunter und prognostizierten geringere Löhne für die Folgejahre der Migration. Tatsächlich stiegen die Nettolöhne (in KKS) in den neuen Mitgliedstaaten und Österreich im Zeitraum von 2000 bis 2009 jährlich, allerdings geringer als die Inflationsrate, was sinkende Reallöhne zur Folge hatte. Hinsichtlich Lohn- und Preisniveaus können vor allem mangels entsprechender statistischer Daten keine detaillierten Aussagen auf regionaler Ebene getroffen werden.

Für die Wanderungsentscheidung bedeutet die rasche Annäherung hinsichtlich der beschriebenen Aspekte jedoch, dass sich Migration womöglich nicht rentiert (vgl. hierzu die Theorie vom *Optionswert des Wartens* von Siebert, 1993 und Burda, 1995). Dies kann für die Grenzregionen eine abgeschwächte Zuwanderung bedeuten, da die Übergangsregelungen zwar grundsätzlich zu einer zeitlichen Verschiebung der Öffnung geführt haben, in dieser Zeit jedoch bereits die Annäherung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Niveaus fortschreiten konnte. Sind Migranten aus den neuen Mitgliedstaaten bereits in Österreich, so haben sie hinsichtlich Arbeitslosigkeitsrisiko und Beschäftigungswahrscheinlichkeit andere Voraussetzungen auf dem Arbeitsmarkt als Österreicher.

Allgemein haben sich die Prognosen der Studien, dass die meisten Erwerbstätigen in Städten und dem Stadtumland zu erwarten sind, im Zuge der deskriptiven Datenanalyse bestätigt. Die größten relativen Zuwächse hatten sachkapitalintensive Regionen zu verzeichnen. Die erwarteten Effekte nach Huber und Brücker (2003: 78), dass in Wien die Zuwanderung zu geringen Effekten des Beschäftigungswachstums führt, haben sich bestätigt, da tatsächlich ein geringerer Anstieg als in anderen Regionen zu verzeichnen war. Im Burgenland wurde von Huber und Brücker eine Anpassung über die Schaffung neuer Arbeitsplätze erwartet, die sich bisher teilweise bestätigt hat, wobei der Rückschluss auf Migration mit großer Unsicherheit behaftet ist. Die Arbeitslosenquote im Südburgenland lag in den vergangenen Jahren über dem österreichischen Durchschnitt. In den anderen Teilregionen lag sie darunter, wobei seit 2004 allgemein ein rückläufiger Trend zu erkennen ist. Die erwartete Anpassung des Arbeitsmarktes infolge der Zuwanderung in Wien und Oberösterreich über eine erhöhte Arbeitslosigkeit konnte zumindest für Oberösterreich nicht bestätigt werden, da hier die niedrigste Quote verzeichnet wurde, die 2010 gegenüber 2004 annähernd stagnierte, während Wien zwar einen rückläufigen Trend, jedoch die höchste Arbeitslosenrate aufwies. Eine weitere Prognose von Huber und Brücker (2003: 81) über die Anpassung des Arbeitsmarktes durch Verringerung der Erwerbsquote (neben dem Anstieg der Arbeitslosigkeit) konnte nicht bestätigt werden, da die Erwerbstätigenquote seit 2004 gestiegen ist und anzunehmen ist, dass auch die Erwerbsquote sich ähnlich entwickelt hat.

In ländlichen Gebieten ist die geringste Erwerbstätigenquote zu verzeichnen, die seit 2004 kontinuierlich steigt. Die Effekte der Migration müssen als gering eingestuft werden, zumal die

Anzahl der erwerbsfähigen Zuwanderer in diese Regionen im Vergleich zu den anderen Regionstypen niedrig war.

Um den Bogen zu den unterschiedlichen Voraussetzungen für Erwerbspersonen nach Herkunft zu spannen, zeigen die Indikatoren Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote, wo Unterschiede zwischen Personen unterschiedlicher Herkunft bestehen. Die tatsächliche Beschäftigungsquote von Personen nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft liegt mit annähernd 49% unter dem Durchschnitt der Untersuchungsregion. Die Arbeitslosenquote ist in Österreich im EU-Vergleich gering, was in Kombination mit den Anstiegen im Baltikum und den allgemein höheren Werten in den EU 12 einen positiven Aspekt in der Entscheidungssituation zur Migration darstellt. Die Arbeitslosenquote von etwa 5% entspricht der bisher prognostizierten, wobei der Höchstwert in Wien von 7,5% im Jahr 2009 negativen Einfluss auf die Entscheidung zu Migration bzw. zur Wahl Wiens als Zielort haben sollte. Zu vermuten ist, dass andere Aspekte wie ein höheres Lohnniveau und das vielfältige und umfangreiche Arbeitsplatzangebot einen höheren Stellenwert in der Entscheidung haben. Zudem ist die Arbeitslosenrate für Pendler von geringer Relevanz, da sie erst bei vorhandenem Arbeitsplatz auf den österreichischen Arbeitsmarkt eintreten.

Die bisherige Arbeitslosigkeit teilt sich zu einem Großteil auf Österreicher und zu einem sehr kleinen Teil auf Personen der neuen Mitgliedstaaten sowie Personen aus dritten Staaten auf, wobei sich die Anteile in den vergangenen Jahren zugunsten der Österreicher entwickelt haben und Ausländer mit höherer Wahrscheinlichkeit arbeitslos sind.

In der regionalen Verteilung der Arbeitslosigkeit gibt es eine starke Konzentration auf Wien, die unabhängig von der Herkunft besteht und sich im Zeitverlauf auch kaum verändert hat. Obwohl die sofort verfügbaren offenen Stellen für alle Migranten aus den neuen Mitgliedstaaten zahlenmäßig ausgereicht hätten, war die Arbeitslosigkeit für diese Personengruppe erhöht, vermutlich deshalb, weil Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft strukturell leichter gekündigt werden können und daher bei Rückgang des Wirtschaftswachstums schneller ihren Arbeitsplatz verlieren (größere Fluktuation). Problematisch ist, dass die Zahl der offenen Stellen keine branchenspezifische Zuordnung offenlegt und die Kombination aus regionaler Verfügbarkeit und Branche Einschränkungen für das Qualifikationsprofil bilden. Die Verhältniszahl der gesamten Arbeitslosen je offener Stelle hat sich regional differenziert entwickelt, doch zeigt sie deutlich, dass das Arbeitsangebot in der Untersuchungsregion bis ins Jahr 2010 nicht gedeckt werden konnte. Da aufgrund der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit eine weitaus höhere Anzahl an Migranten als bisher erwartet zuwandern kann, die zumindest 2011 und 2012 zu einer Spitze führen wird, werden die offenen Stellen nicht ausreichen, um das Arbeitskräfteangebot zu decken, zumal bisher keine sichtbare Anpassung des Arbeitsmarktes wie in der neoklassischen Theorie durch gesunkene Reallöhne bei Ausweitung der Nachfrage der Unternehmen beschrieben, stattgefunden hat. Vielmehr bestätigt sich die realitätsnähere keynesianische Theorie, in der es zu Arbeitslosigkeit kommt, die in weiterer Folge – vor allem bei substitutiven Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedstaaten – in Zukunft auch verstärkt die österreichische Bevölkerung treffen wird. Andererseits bedeutet Zuwanderung auch eine Veränderung der Produktions- und Absatzmöglichkeiten (Wirtschaftswachstum), wodurch mittel- und langfristig wiederum die Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen steigen wird (Angebotsorientierung).

Bestätigt werden konnte auch das zu Beginn des Kapitels angeführte Zitat über den Aufholprozess der EU 12 gegenüber Österreich. Anhand der statistischen Analysen der bisherigen Entwicklung kann die Aussage in jedem Fall unterstützt werden.

# 6 Resümee

Untersucht wurden in der vorliegenden Arbeit die potentiellen Migrations- und Pendlerströme sowie deren Wirkungen auf regionale Arbeitsmärkte in den österreichischen Grenzregionen im weiteren Sinne - theoretisch und aufgrund empirischer Studien. Mithilfe der deskriptiven Statistik wurde die bisherige Entwicklung untersucht und zur Verifizierung oder zum Falsifizieren einzelner Aspekte der vorhandenen empirischen Studien herangezogen und daraus die Aufnahmefähigkeit der Untersuchungsregion für Zuwanderung abgeleitet.

Daraus und aufbauend auf einem Ausblick über zukünftige Erweiterungen, neue Arbeitsmärkte und Perspektiven sollen abschließend Herausforderungen für die Zielregion und Handlungsanforderungen erarbeitet werden, die eine Grundlage für politische Handlungsmöglichkeiten und Instrumente darstellen.

## 6.1 Handlungsanforderungen und -möglichkeiten für die Untersuchungsregion

Die jeweiligen Spezifika der zu erwartenden Migration wurden mit Fortschritt der vorliegenden Arbeit herausgearbeitet. Bereits nach den ersten Analysen ergab sich ein klares Bild der unterschiedlichen Entwicklung in den Regionstypen der Untersuchungsregion, das in weiterer Folge durch ergänzende Analysen bestätigt werden konnte.

Mithilfe der Regionstypen wird die administrativ abgegrenzte Untersuchungsregion nach der wirtschaftlichen Struktur (am stärksten vertretene Branchen) funktional gegliedert. Dabei werden humankapitalintensive, sachkapitalintensive und kapitalextensive (ländliche) Regionen unterschieden (siehe Kapitel 2.3).

Für humankapitalintensive Regionen stellt die hohe Attraktivität für Zuwanderung die größte Herausforderung, aber auch wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten aufgrund einer erhöhten Dynamik dar, wenn auch die zukünftige räumliche Verteilung aus der bisherigen Entwicklung schwer abzuschätzen ist. Die hohe Zuwanderung zeigt sich in der räumlichen Verteilung aller Zuwanderer aus den EU 12, die zum größten Teil nach Wien, Graz und ins Wiener Umland gerichtet ist. Relativ zur Gesamtbevölkerung betrachtet ist die Zuwanderung allerdings gering. Die stärksten Zuwächse sind in jedem Fall in den ersten fünf Jahren nach der Arbeitnehmerfreizügigkeit zu erwarten. Hier ist es von großer Bedeutung, einen Schwerpunkt auf den Umgang mit hoher Zuwanderung hinsichtlich Integrationspolitik zu legen. Urbane Räume und humankapitalintensive Regionen werden daher den größten Zuwachs in der Erwerbstätigkeit durch Migration erfahren, zumal diese Regionen auch für Pendler von Interesse sind, die ihren Wohnort im Heimatland beibehalten können. Gleichzeitig stellt diese Entwicklung die Wirtschaftspolitik vor die Herausforderung der höchsten Arbeitslosigkeit in den urbanen Räumen der Untersuchungsregion, die weiter wächst, wenn vor allem zu Beginn der Arbeitnehmerfreizügigkeit hauptsächlich primär und sekundär ausgebildete Personen zuwandern, die vermehrt Substitute zu lokalen Beschäftigten darstellen. Da ein steigender Anteil gering qualifizierter Zuwanderer nach Beginn der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenüber der Zeit davor erwartet werden kann, ist aufgrund der größten absoluten Ausprägung in den humankapitalintensiven Regionen tatsächlich mit erhöhten Arbeitslosenraten zu rechnen. Die in diesen Regionen negative Entwicklung bestätigt sich auch durch das Verhältnis der Arbeitslosen insgesamt je offener, sofort verfügbarer Stelle.

Positiv ist für diese Regionen definitiv die Altersstruktur, da humankapitalintensive Regionstypen in der Untersuchungsregion am jüngsten sind, wenn auch die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen am geringsten wächst. Im Vergleich zu den anderen Regionstypen sind urbane Räume jung.

Die Herausforderung für humankapitalintensive Regionen besteht in der sozialen und wirtschaftlichen Integration der zugewanderten Bevölkerung, die einen Zugang zum Arbeitsmarkt und allen Ausbildungsmöglichkeiten voraussetzt.

Sachkapitalintensive Regionen sind im Gegensatz dazu vor die Herausforderung einer alternden Bevölkerung gestellt. Der Trend der absoluten Bevölkerungszahl der über 59-Jährigen ist steigend und der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung stark rückläufig. Da in diesen Regionen jedoch ein größeres Migrations- als Pendlerpotential erwartet wird, das bisherige Beschäftigungswachstum stark positiv war und die Beschäftigungsquote in der Untersuchungsregion bei steigendem Trend am höchsten ist, ist für sachkapitalintensive Regionen derzeit ein eher positives Bild erkennbar. Auch das Verhältnis von sechs Arbeitslosen je offener, sofort verfügbarer Stelle ist in sachkapitalintensiven Regionen äußerst positiv zu bewerten. Die Zuwanderung hat in diesem Fall keine besonders auffallenden Auswirkungen auf den Regionstyp. Sachkapitalintensive Regionen stehen somit vor der Handlungsanforderung, die Zuwanderung junger, gut ausgebildeter Personen in die Regionen zu lenken. Dies kann durch ein vielfältiges Arbeitsplatzangebot ermöglicht werden, das zu einer Erhöhung der Standortqualität für Unternehmen und Arbeitnehmer führt.

Für ländliche Regionen kann Zuwanderung grundsätzlich als Chance betrachtet werden. Das bisher annähernd stagnierende Bevölkerungswachstum und die geringe prognostizierte Zuwanderung führen im ländlichen Bereich zu Überalterung und dem rückläufigen Trend erwerbsfähiger und junger Bevölkerung. Ohnehin verzeichneten strukturschwache, kapitalextensive Regionen somit die geringsten Zuwächse der Erwerbstätigen bzw. erwerbsfähigen Bevölkerung in den vergangenen Jahren, was in Kombination mit der geringen Beschäftigungsquote eine Herausforderung für den ländlichen Raum ist. Das gegenüber der Migration erhöhte Pendlerpotential stellt ländliche Regionen vor die Herausforderungen, dass einerseits Erwerbstätige zwar in der Gemeinde arbeiten, ihre Kaufkraft jedoch ins Ausland abfließt, weil der Wohnort behalten wird und andererseits mit einer erhöhten Arbeitslosigkeit für Österreicher zu rechnen ist, wenn Erwerbstätige aus den Nachbarstaaten Substitute zu den österreichischen Beschäftigten darstellen. Allgemein war die Arbeitslosenquote in ländlichen Regionen bisher jedoch am geringsten, was womöglich auf die bereits stattgefundene Landflucht zurückzuführen ist.

Die wirtschaftlichen Effekte betreffend, war im ländlichen Bereich das geringste regionale BIP-Wachstum zu verzeichnen, in manchen Teilregionen kam es seit 2004 sogar zu einem Rückgang. Auch das Beschäftigungswachstum war äußerst gering und auf eine offene, verfügbare Stelle kamen im Jahr 2010 zehn Arbeitslose. Für periphere Regionen sollte daher das Ziel sein, internationale Zuwanderung auch verstärkt in die Peripherie und den ländlichen Raum zu lenken, um damit einem schrumpfenden Erwerbspotential sowie der Alterung und womöglich der Schrumpfung entgegenzuwirken.

Die allgemeine Handlungsanforderung besteht darin, auch Orte mit geringerer Angebotsvielfalt am Arbeitsmarkt, von Ausbildungsstätten oder sozialer Infrastruktur für Migranten zu attraktivieren. Hier wird es für ländliche und sachkapitalintensive Regionen schwierig, gegenüber humankapitalintensiven Regionen zu bestehen. Diese Entwicklung erfordert

integrationspolitisch Handlungen auf regionaler Ebene, wie sie teilweise bereits auf nationaler Ebene erfolgt sind (z.B. *Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz*). Ein mögliches, jedoch *weiches* Instrument stellt die Information für Migranten dar, die nach Österreich wandern wollen. Inhalte könnte beispielsweise die Arbeitsmarktsituation mit einer Information über verfügbare Stellen in der österreichischen Grenzregion bzw. der gewünschten Zielregion nach Branchen sein. Eine weitere Möglichkeit sind Informationen über den Wohnungsmarkt ebendort. Da diese Personen, bevor sie zuwandern, schwer erreichbar sind, kann vor allem in Grenzregionen über die Einrichtung von grenzüberschreitenden Partnerschaften oder Kleinregionsmanagements eine Möglichkeit geschaffen werden, Netzwerke zu knüpfen und Information anzubieten, um neu entstehende, grenzüberschreitende Arbeitsmärkte transparent zu gestalten und die Mobilität in beide Richtungen zu erleichtern. Ähnliche Regionen oder Managements bestehen bereits, wie z.B. die CENTROPE Region im Osten Österreichs mit Ungarn, Slowakei und Tschechien, das Stadt-Umland-Management Wien-Niederösterreich, die Planungsgemeinschaft Ost oder die zahlreichen EUREGIOs, die grenzüberschreitenden Europaregionen. Diese könnten gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice auch vermehrt in Arbeitsmarkt-Bereichen tätig werden und Informationsplattform für Pendler aus und nach Österreich in der Grenzregion sein.

Aufgrund des Arbeitsschwerpunktes wurde in der vorliegenden Arbeit der Zuzug nach Österreich untersucht, die Chancen und Risiken von Migranten sowie die Auswirkungen der Zuwanderung betrachtet. Dabei ist nicht zu vernachlässigen, dass die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit die Arbeitskräftemobilität in beide Richtungen ermöglicht und auch viele Personen in österreichischen Grenzregionen in Nachbarstaaten pendeln können bzw. dauerhaft ihren Wohnort in einen der neuen Mitgliedstaaten verlegen können.

Nicht nur für die Untersuchungsregion besteht die Herausforderung darin, weg von der Betrachtung administrativer Regionen hin zu funktionalen Regionen und deren Verflechtungen zu gehen. In Zukunft wird es nicht mehr den österreichischen Arbeitsmarkt neben vielen nationalen Arbeitsmärkten, sondern vielmehr einen europäischen Arbeitsmarkt in dem Sinne geben, dass grenzüberschreitende, regionale Arbeitsmärkte – unabhängig von nationalstaatlichen oder anderen administrativen Grenzen – vorherrschen, was die Anpassung nationaler Instrumente erfordern wird.

## 6.2 Ausblick: Regionale Perspektiven in Hinblick auf zusätzliche Erweiterungen und neue Arbeitsmärkte in der EU

Für zukünftige Erweiterungen der EU werden derzeit bereits Beitrittsverhandlungen mit drei Staaten geführt, wobei die Ausgangsbedingungen hinsichtlich zukünftiger Migration aus Kroatien und der Türkei – die bereits seit 2005 in Verhandlung stehen – ähnlich der Situation in Folge der Ostererweiterung zu erwarten sind. Ein großer Unterschied besteht in der deutlich größeren Bevölkerungszahl der Türkei im Vergleich zu den bisherigen neuen Mitgliedstaaten. Seit 2010 führt auch Island Beitrittsverhandlungen. Das Migrationspotential und die Auswirkungen auf Österreich können hier aufgrund der Entfernung und Größe ähnlich wie aus den baltischen Staaten eingeschätzt werden. Diese drei Staaten werden mit großer Sicherheit Mitglieder der EU werden und einen Einfluss auf den österreichischen Arbeitsmarkt sowie regionalen Teilarbeitsmärkte haben. Der Beitritt Kroatiens als 28. Mitglied der EU wurde am 01.12.2011 durch das Europäische Parlament bestätigt, der Zeitpunkt des Beitritts der Türkei ist bisher ungewiss.

Mazedonien wurde bereits als Beitrittskandidat bestätigt, wobei die Verhandlungen noch nicht begonnen wurden. Zudem werden Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien und der Kosovo als potentielle Beitrittskandidaten gehandelt. Sobald diese Staaten die Kopenhagener Beitrittskriterien – also die Umwandlung der Staaten in Demokratien, die Einführung der Markt- an Stelle der Planwirtschaft sowie die Übernahme der Ziele und des Rechtsbestandes der EU – erfüllen, erhalten sie den Status als Beitrittskandidat, mit dem Verhandlungen begonnen werden können. (Informationen zum Status der (potentiellen) Beitrittskandidaten siehe European Union. 2010: 2; European Union. 2011)

Hinzu kommt die eingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit für Personen aus Rumänien und Bulgarien, die am 1. Mai 2013 ausläuft. Aus diesen beiden Staaten ist – wie die Analysen der bisherigen Entwicklung gezeigt haben – bereits in den vergangenen Jahren ein – in Relation zur Migration aus den EU 10 – starker Zuwachs zu verzeichnen gewesen. Die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien für die Zeit nach der Arbeitsmarktöffnung ist schwer einzuschätzen. Die größere geographische Entfernung lässt auf ein geringeres Migrationspotential und ein nicht vorhandenes Pendlerpotential schließen. Da diese Staaten allerdings deutlich ärmer sind als jene, für die die Arbeitnehmerfreizügigkeit bereits seit Mai 2011 gültig ist, kann das Potential deutlich erhöht sein. Da für die absolute Ausprägung der Zuwanderung eher die Größe des Herkunftslandes und nicht die räumliche Nähe von Bedeutung ist, wie die bisherige Migration aus Rumänien und Polen gezeigt hat, kann daher davon ausgegangen werden, dass die Situation 2013 etwas verschärfter sein wird, als 2011. Das Arbeitskräfteangebot wird jedoch nicht zusätzlich durch Pendler erhöht werden, wie es bisher aus den Nachbarstaaten der EU 10 passiert ist.

Die Übergangsregelungen als Instrument zur Verringerung der Zuwanderung in die neuen Mitgliedstaaten, um die Gefährdung des Arbeitsmarktes abzuwenden, sind hinsichtlich der Grundrechte für EU-Bürger kritisch zu betrachten. Aus der bisherigen Zuwanderung ist erkennbar, dass bereits trotz vielfältiger Einschränkungen, viele Personen aus den neuen Mitgliedstaaten in Österreich erwerbstätig sind. Die jährliche Zuwanderung entsprach dabei etwa den prognostizierten Zahlen nach der Arbeitsmarktöffnung – eine Reduktion des Potentials ist daher anzunehmen. Es konnte zudem prognostiziert werden, dass sich das gesamte Zuwanderungspotential durch Übergangsregelungen nur sehr geringfügig verringert. Der Grundgedanke, dass es im Zeitraum der aufrechten Einschränkungen zu einer Annäherung von Preis- und Lohnniveaus, der Arbeitslosigkeit und ähnlichen – für die Migrationsentscheidung relevanten – Faktoren kommt, hat sich als richtig erwiesen, doch dürfte dies nicht zu einem geringeren Potential führen. Vielmehr kommt es zu einer Verschiebung der Migrationsentscheidung und zur Wanderung zu einem späteren Zeitpunkt. Dabei werden die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt bei plötzlicher, starker Zuwanderung, wie sie durch das Ende der Übergangsregelungen forciert wird, zu stärkeren Auswirkungen als langsame, kontinuierliche Zuwanderung führen. Huber und Brücker (2003: 89-90) stellten daher zur Diskussion, die Arbeitsmärkte innerhalb der aufrechten Einschränkungen graduell zu liberalisieren und beispielsweise durch bilaterale Abkommen mit ausgewählten Staaten den Arbeitsmarktzugang teilweise zu erlauben. Eine weitere Idee ist die stufenweise Liberalisierung nach Branchen oder Qualifikation, wie sie in Österreich in den vergangenen Jahren tatsächlich erfolgt ist. Das Grenzgängerabkommen mit Ungarn erlaubte bereits vor der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit die Tätigkeit am österreichischen Arbeitsmarkt. Während der Übergangsregelungen war es Fachkräften zudem erlaubt, bereits in Österreich zu arbeiten, da durch

die Zuwanderung hoch qualifizierter Personen geringere negative Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt prognostiziert waren, als durch gering Qualifizierte.

Dieses Konzept scheint aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll, wenn es auch aus sozialpolitischer Sicht zu hinterfragen ist (*brain drain*). Um eine für Österreich praktikable Steuerung der Zuwanderung zu erreichen, erscheinen zeitlich abgestufte Liberalisierungsschritte jedoch sinnvoll, um den plötzlichen, absoluten Anstieg möglichst gering zu halten, der weitaus stärker spürbare Auswirkungen zur Folge hätte.

Zudem sind Maßnahmen zur raschen Annäherung der unterschiedlichen Lohn- und Preisniveaus von großer Bedeutung, um das Migrationspotential zu verringern. Wie die deskriptive Statistik gezeigt hat, ist es in Rumänien und Bulgarien, die die geringsten Niveaus aufweisen, bereits zu einer starken Annäherung gekommen, was die Chance erhöht, das Migrationspotential bis 2013 zu verringern.

Weniger gut abschätzbar, kontrollier- und steuerbar ist das Pendlerpotential. Vor allem in Grenzregionen – nicht nur der österreichischen – besteht knapp nach der Einführung der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit (seit Mai 2011) ein großes Potential zum grenzüberschreitenden Pendeln. Ein geringeres Preisniveau im Heimatland bei gleichzeitig höherem Lohnniveau im Zielland ermöglicht Pendlern eine Reallohnsteigerung. Auch hier sind Maßnahmen zur Annäherung der Niveaus von äußerst großer Bedeutung.

Im Zuge des erwarteten verstärkten Arbeitskräfteangebots sind auch die Auswirkungen auf die lokale Beschäftigung relevant. Aus der Befürchtung, dass zugewanderte Personen ihre Arbeitsleistung in Österreich billiger anbieten können, als einheimische Beschäftigte, da das Niveau im jeweiligen Heimatland deutlich unter dem österreichischen liegt, wurden Maßnahmen zur Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze diskutiert. In weiterer Folge wurde das *Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz* am 31.03.2011 vom österreichischen Nationalrat beschlossen und ist am 01.05.2011 mit der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit in Kraft getreten. Darin werden Grundentlohnung und Arbeitszeitregelung nach Kollektivvertrag, unabhängig von der Herkunft der Arbeitnehmer und ob in- oder ausländische Unternehmen, verlangt. Übertretungen werden strafrechtlich verfolgt. (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. 2011a.)

Ein Gesetz wie dieses soll die Gleichbehandlung von zugewanderten Arbeitnehmern sicherstellen und sowohl österreichische als auch zugewanderte Beschäftigte schützen. Diese Maßnahme erzwingt daher Untergrenzen von Löhnen, wodurch der Markt mit Arbeitslosigkeit bei erhöhtem Arbeitskräfteangebot reagieren muss. Betrachtet man die europäische Idee der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit, die jede unterschiedliche Behandlung von Arbeitskräften aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit unterbindet, so entspricht dieses Gesetz exakt diesen Inhalten.

Auch die seit 01.07.2011 in Kraft befindliche *Kriteriengeleitete Zuwanderung nach Österreich* als Zuwanderungssystem mit Ausstellung der *Rot-Weiß-Rot-Karte*, die eine Zuwanderung von außerhalb der EU bei der Erfüllung ausgewählter Kriterien zulässt, entspricht nicht der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit. Nach Kriterien wie Qualifikation, erlangte Berufserfahrung, Alter, vorhandene Sprachkenntnisse, ein entsprechendes Arbeitsplatzangebot und Mindestentlohnung werden Zuwanderer zur Niederlassung und zur Beschäftigung bei einem bestimmten Arbeitgeber oder zum freien Arbeitsmarktzugang berechtigt. Dabei wird besonders Hochqualifizierten, Fachkräften in Mangelberufen, sonstigen Schlüsselkräften und Studienabsolventen der Zugang zu

bestimmten Arbeitgebern erlaubt. Deren Familienangehörige erhalten die Möglichkeit des freien Arbeitsmarkzugangs. Nach einem Punktesystem wird ermittelt, ob die Ausstellung der *Rot-Weiß-Rot-Karte* erfolgen kann oder nicht. (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. 2011b: 1)

Aus sozialpolitischer Sicht kritische Instrumente, haben sie beide zum Ziel, die negativen Auswirkungen auf regionale Arbeitsmärkte wie Lohnrückgänge und Arbeitslosigkeit zu verringern.

Gleichzeitig bietet Zuwanderung große Chancen, da Zuwanderer auch Konsumenten sind und der zusätzliche Konsum zu größeren Absatzmärkten führt, was wiederum positiv für Unternehmen ist, die eine erhöhte Produktion haben. Durch den Eintritt von Zuwanderern in den österreichischen Arbeitsmarkt bzw. regionale Arbeitsmärkte entsteht eine neue Dynamik, die kurzfristig zu erhöhter Arbeitslosigkeit oder ähnlichen, negativen Effekten führen kann, jedoch langfristig zu Wirtschaftswachstum führt.

Für Grenzregionen zu neuen Mitgliedstaaten bedeuten Erweiterungen ein erhöhtes Arbeitskräfteangebot, dass vor allem in Bezug auf grenzüberschreitendes Pendeln schwer abschätzbar ist – unabhängig von den erwarteten positiven oder negativen Effekten. In Österreich ist die Ausgangssituation speziell, da Wien als Bundeshauptstadt in der Grenzregion liegt und einerseits als Metropole, andererseits aufgrund der räumlichen Nähe von hoher Attraktivität ist und es daher zu einer räumlichen Konzentration der Zuwanderung kommt.

Die Instrumente, die zur Verringerung der negativen Arbeitsmarktauswirkungen dienen (sollen), werden auf nationaler Ebene beschlossen und gelten gleichsam für das gesamte Bundesgebiet; unabhängig von der wirtschaftlichen Struktur, dem Zuwanderungspotential oder der Lage. Sie versuchen auch nicht, verteilungspolitisch die Zuwanderung zu steuern. Regional differenzierte, grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik oder zumindest die Kenntnis über ungleiche Effekte der Zuwanderung und des Pendelns auf unterschiedliche Regionstypen werden zu zentralen Herausforderungen für folgende Erweiterungen und die Arbeitsmarktpolitik.

## 6.3 Schlussfolgerungen für (österreichische) Grenzregionen

Die bereits erfolgte, verstärkte Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten nach 2004 und 2007 lässt in Kombination mit der Prognose und vorhandenen rückläufigen Trends für die Region schließen, dass die stärksten Zuwanderungsströme bereits vorbei sind. Es muss mit erneuten kurzfristigen Spitzen in Folge der Erweiterungsjahre beim Beitritt neuer Staaten und dem Ende der Übergangsregelungen bei bestehenden Mitgliedstaaten gerechnet werden, doch kann hier von den bisherigen Werten ausgegangen werden.

Die Frage, welche kurz- und langfristigen Auswirkungen die Arbeitsmarktöffnung im Rahmen der EU-Ostintegration am 1. Mai 2011 auf die Arbeitsmärkte der Grenzregionen unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung hat und wie diese darauf reagieren können, lässt sich daher aus heutiger Sich (noch) nicht eindeutig beantworten.

Detaillierte Vorhersagen der Zuwanderung und daher der Effekte sind, wie die bisherige Entwicklung gezeigt hat, mit großer Unsicherheit behaftet. Zu viele Faktoren wie persönliche Aspekte, Zuwanderungsregelungen anderer Staaten oder die wirtschaftliche Entwicklung und daher Annäherung an das EU-Niveau beeinflussen die Wanderungsentscheidung.

Wahrscheinlich ist auch eine verstärkte Zuwanderung von niedrig qualifizierten Personen direkt nach Auslaufen der Übergangsregelungen, da die Ausnahmebestimmungen während der

eingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit hauptsächlich für hoch qualifizierte Arbeitnehmer gültig waren. Dies kann vorübergehend zu negativen Effekten für niedrig qualifizierte Beschäftigte österreichischer Herkunft führen, so Migranten Substitute darstellen.

Da die Zahl der Zuwanderer im Vergleich zur österreichischen Bevölkerung gering ist, bedeutet die Arbeitsmarktöffnung, die im Mai 2011 für acht neue Mitgliedstaaten erfolgte, keinen außergewöhnlichen Zuwachs. Die Zahl der Personen aus diesen Staaten ist in den vergangenen Jahren relativ am stärksten gewachsen, die Wanderungsbilanz lag jedoch auch schon vor 2004 über jener der Personen aus den *alten* EU-Staaten und unter jener der Personen aus sonstigen Staaten. Zudem ist der Trend der Wanderungsbilanz seit 2007 rückläufig.

Die regionale Verteilung mit ihrer Konzentration auf urbane und andere humankapitalintensive Regionen mit den folgenden Effekte wird bei zukünftiger Zuwanderung und unveränderter (Regional-)Politik ähnlich der in der Arbeit festgestellten aussehen. Tatsächlich wurde jedoch bereits während der Übergangsregelungen viel Zuwanderung abgefedert.

Die Zuwanderung aus den EU 12 wird daher zu weniger starken wirtschaftlichen Effekten führen, als ursprünglich erwartet. Sie wird allerdings trotz einer jüngeren Altersstruktur den Trend der gesellschaftlichen Alterung in der Untersuchungsregion nicht aufhalten oder gar umkehren können. Es wird zwar kurzfristig wiederum zu einer erhöhten Zuwanderung kommen, die in den Folgejahren allerdings zurückgeht. Die als gering eingeschätzten Auswirkungen berücksichtigen keine Verteilung auf unterschiedliche Branchen und Bevölkerungsgruppen. Es kann daher vereinzelt zu spürbaren Effekten in einzelnen Teilregionen kommen, die gesamtwirtschaftlich gering sind.

Die Hypothese, dass der mediale Diskurs zur Thematik die Situation überbewertet hat und die tatsächliche Zuwanderung und ihre Folgen geringer sind, als in den Medien vermittelt, konnte mit Hilfe der vorliegenden Arbeit zu großen Teilen verifiziert werden. Die höhere Einschätzung von Zuwanderungszahlen ist vermutlich auf die Grundlage früherer Prognosen zurückzuführen, die mit großer Unsicherheit behaftet sind, teilweise auf unterschiedlichen Annahmen basierten, daher verschiedene Ergebnisse lieferten und *Extrem*-Szenarien darstellten.

Wie ursprünglich angenommen, werden regional differenzierte Entwicklungen auftreten, die ein Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik und die Erarbeitung neuer Instrumente für einen geregelten Umgang mit den geringen Auswirkungen ermöglichen und zu einer Chancengleichheit der Bevölkerung – unabhängig von der Herkunft – führen. Teilweise ist dies durch die Erlassung des Gesetzes zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping bereits geschehen; auch mithilfe der kriteriengeleitete Zuwanderung wird versucht, Zuwanderungsströme nach Qualifikation zu steuern. Wichtig wären jedoch auch Instrumente, die die räumliche Verteilung in Verbindung mit der Qualifikation der Zuwanderer und verfügbaren Stellen in den Regionen steuern. So können Migration und grenzüberschreitendes Pendeln positiv für die regionale Wirtschaft in den alten und neuen Mitgliedstaaten genutzt werden, denn

*„Die langfristige Perspektive muss ein gemeinsamer Arbeitsmarkt mit auch umgekehrter Mobilität sein. Wichtig ist auch die Herstellung von Transparenz über vorhandene Qualifikationen in den jeweiligen Ländern." (Lachmayr et al., 2010: 36)*

## Literaturübersicht


**AMS Österreich, Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation. 2011.** *Sonderauswertung AMS-DWH/AMB/ABV durch Michaela Eichenberger.*
*Bestand an bewilligungspflichtig beschäftigten Ausländern nach NUTS3 in Österreich, Jahresdurchschnitt 2004 – 2010, abgerufen am 14.11.2011.*
*Bestand an vorgemerkten arbeitslosen In- und AusländerInnen nach NUTS3 in Österreich, Jahresdurchschnitt 2004 – 2010, abgerufen am 21.11.2011.*
*Bestand an vorgemerkten Arbeitslosen nach NUTS3 in Österreich, Jahrsdurchschnitt 2004 – 2010, abgerufen am 14.11.2011.*
*Bestand an sofort verfügbaren offenen Stellen nach NUTS3 in Österreich, Jahrsdurchschnitt 2004 – 2010, abgerufen am 15.11.2011.*

**APA. 2010.** *Hundstorfer: Auf Arbeitsmarktöffnung vorbereitet.* Artikel vom 01.09.2010. Online im Internet: abgerufen am 13.10.2010.
URL: http://relevant.at/wirtschaft/karriere/41750/hundstorfer-arbeitsmarktoeffnung- vorbereitet.story

**Beck, Bernhard. 2008.** *Volkswirtschaft verstehen.* Zürich: vdf Hochschulverlag AG. 5. Auflage.

**Benkert, Dirk. 2005.** *Übersichtskarte Deutschland in Europa.* Online im Internet: abgerufen am 07.09.2011.
URL: http://www.mygeo.info/landkarten/deutschland/Deutschland_in_Europa.png

**Berger, Johannes/Hofer, Helmut/Miess, Michael/Schuh, Ulrich/Strohner, Ludwig/Biffl, Gudrun. 2011.** *Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai auf den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich.* Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend. Projektbericht. Wien: Institut für Höhere Studien. Online im Internet: abgerufen am 10.08.2011.
URL: http://www.google.at/search?q=ihs+duk+auswirkungen+der+arbeitsmarkt%C3%B6ffnung+au f+den+&ie=utf-8&oe=utf-8&aq=t&rls=org.mozilla:de:official&client=firefox-a

**Bock-Schappelwein, Julia/Bremberger, Christoph/Hierländer, Robert/Huber, Peter/Knittler Käthe/Berger, Johannes/Hofer, Helmut/Miess, Michael/Strohner, Ludwig. 2009.** *Die ökonomischen Wirkungen der Immigration in Österreich 1989-2007.* Wien: WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; IHS – Institut für Höhere Studien.

**Boeri, Tito/Brücker, Herbert. 2000.** *The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States. Final Report.* Europoean Integration Consortium. Berlin und Mailand: DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Online im Internet: abgerufen am 09.08.2011.
URL: http://www.fh-brandenburg.de/~brasche/EU/k4/k44/k444/Enlarge_EU_labour.pdf

**Borjas, George J. 1999a.** *Immigration and welfare magnets.* In: The Journal of Labor Economics. 17. Jg. (1999), Nr. 4. Chicago: University of Chicago Press. S. 607-637. Online im Internet: abgerufen am 11.01.2011.
URL: http://isites.harvard.edu/fs/docs/icbtopic803549.files/Week%209-November%203/borjas_ immigration.pdf

**Borjas, George J. 1999b.** *The Economic Analysis of Immigration.* In: Ashenfelter, Orley C./Layard, Richard (Hrsg.): Handbook of Labor Economics. 3. Jg. (1999), Nr. 3. Amsterdam: Elsevier B.V. S. 1697-1760. Online im Internet: abgerufen am 11.01.2011.
URL: http://www.hks.harvard.edu/fs/gborjas/Papers/HANDBOOK.pdf

**Breuss, Fritz. 2007.** *Erfahrungen mit der fünften EU-Erweiterung.* In: WIFO-Monatsberichte. 80. Jg. (2007), Nr. 12. Wien: WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. S. 933-950. Online im Internet: abgerufen am 29.10.2010.
URL: http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=MB_200 7_12_03_EU_ERWEITERUNG$.PDF

**Brücker, Herbert./Defoort, Cécily. 2006.** *The (self-)selection of international migrants reconsidered: theory and new evidence.* In: IZA Discussion Papers 2052. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH (IZA). Online im Internet: abgerufen am 11.01.2011.
URL: http://hdl.handle.net/10419/33353

**Buettner, Thiess/Rincke, Johannes. 2007.** *Labor market effects of economic integration: the impact of re-unification in German border regions.* In: German Economic Review. 8. Jg. (2007), Nr. 4. Oxford: Verein für Socialpolitik and Blackwell Publishing Ltd. S. 536-560.

**Bug, Arnold. 2011.** *Arbeitnehmerfreizügigkeit nach der Osterweiterung der Europäischen Union. Chancen und Risiken für den Arbetismarkt.* Infobrief des Deutschen Bundestags WD 6 – 3010 – 001/11. Online im Internet: abgerufen am 16.10.2011.
URL: http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2011/arbeitnehmerfreizuegigkeit_nach_der_ost erweiterung.pdf

**Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. 2011a.** *Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, das Landarbeitsgesetz 1984, das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden (Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz - LSDB-G).* Bundesgesetzblatt Nr. BGBl. I Nr. 24/2011 t. Online im Internet: abgerufen am 23.11.2011.
URL: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2011_I_24/BGBLA_2011_I_24.pdf

**Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. 2011b.** *Kriteriengeleitete Zuwanderung nach Österreich (Rot-Weiß-Rot-Karte).* Online im Internet: abgerufen am 23.11.2011.
URL: http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?angid=1&docid=1709229&conid=593788&stid=64135

**Burda, Michael C. 1995.** *Migration and the Option Value of Waiting.* In: The Economic and Social Review. 27. Jg. Dublin: Economic and Social Studies. S. 1-19. Online im Internet: abgerufen am 17.01.2011.
URL: http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download;jsessionid=08B6177BA711F8E90075B3FAE82FDE5E?doi=10.1.1.51.7176&rep=rep1&type=pdf

**Datenbank Statistiken der Eurostat der Europäischen Union. 2011.**
*edat_lfs_9901 Bevölkerung nach Bildungsgrad, Geschlecht und Altersgruppe (1 000), abgerufen am 13.09.2011.*
*lfst_r_lfu3pers: Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und Alter auf NUTS-Ebene 1, 2 und 3 (1 000), abgerufen am 18.11.2011.*
*lfst_r_lfu3rt: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Alter auf NUTS-Ebene 1, 2 und 3 (%), abgerufen am 18.11.2011.*
*nama_gdp_c: BIP und Hauptkomponenten - Jeweilige Preise, abgerufen am 12.11.2011.*
*prc_hicp_aind: HVPI (2005=100) - Jährliche Daten (Durchschnittsindex und Veränderungsrate), abgerufen am 13.11.2011.*
*tsieb060: HVPI – Inflationsrate, abgerufen am 13.11.2011.*
*tsier010: Vergleichende Preisniveaus - Vergleichende Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern (EU-27=100), abgerufen am 13.11.2011.*
*une_rt_a: Arbeitslosenquoten, Jahresdurchschnitte, nach Geschlecht und Altersgruppe (%), abgerufen am 13.11.2011*
URL: http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=edat_lfs_9901&lang=de

**Datenbank ISIS der Statistik Austria. 2011.**
*E7S Wohnbevölkerung in Privathaushalten, abgerufen am 05.03.2011.*
*J8A Bruttoregionalprodukt ESVG 95 nach NUTS 3, NUTS 2, und NUTS 1, abgerufen am 01.03.2011.*
*J8K Regionale Wirtschaftsindikatoren, ESVG 95 nach Wirtschaftsbereichen (A3 der ÖNACE 2003) sowie nach NUTS 3, NUTS 2 und NUTS 1, abgerufen am 01.03.2011.*
*K8X Wohnbevölkerung zu Jahresbeginn gemäß Bevölkerungsregister <2002 BIS 2011>, abgerufen am 04.05.2011.*
*V5D Wanderung (Binnen- und Außenwanderung) nach Alter, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und politischem Bezirk <2002 BIS 2009>, abgerufen am 04.05.2011.*
*W5K Wanderung (Binnen- und Außenwanderung) nach Alter, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Bundesland, abgerufen am 02.03.2011.*
URL: http://www.statistik.at/web_de/services/datenbank_isis/index.html

**Enigl, Marianne. 2011.** Durchgehend geöffnet. In: profil. Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs. 42. Jg. (2011), Nr. 2. Wien: Verlagsgruppe NEWS Gesellschaft m.b.H. S. 20-21.

**Europäische Union. 2010**. *Fakten und Zahlen über Europa und die Europäer.* Online im Internet: abgerufen am 17.01.2011.
URL: http://europa.eu/abc/keyfigures/index_de.htm

**European Union. 2010.** *Enlargement of the European Union. FACTSHEET.* Online im Internet: abgerufen am 20.11.2011.
URL: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/publication/elarg-factsheet_en.pdf

**European Union. 2011.** *News about "Croatia".* European Parliament approves Croatia's accession as the 28th member of the EU. Online im Internet: abgerufen am 04.12.2011.
URL: http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/whatsnew/croatia_en.htm

**Eurostat. 2006.** *Verwaltungseinheiten/Statistische Einheiten.* Online im Internet: abgerufen am 06.11.2011.
URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/gisco_Geographical_information_maps/popups/references/administrative_units_statistical_units_1

**Hofer, Helmut/Huber, Peter. 2001.** *Teilprojekt 9: Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt.* In: Mayerhofer, Peter/Palme, Gerhard (Hrsg.). 2001. *Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung.* Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC. Wien: WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online im Internet: abgerufen am 29.10.2010
URL: http://www.preparity.wsr.ac.at/public/veroeffentlichungen/at/tp9_1_huber.pdf

**Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim. 1970.** *Migration. Ein Beitrag zu einer soziologischen Erklärung.* Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.

**Huber, Peter. 2001.** *Teilprojekt 10: Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung.* In: Mayerhofer, Peter/Palme, Gerhard (Hrsg.). 2001. *Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung.* Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC. Wien: WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online im Internet: abgerufen am 29.10.2010
URL: http://www.preparity.wsr.ac.at/public/veroeffentlichungen/at/tp10_1_huber.pdf

**Huber, Peter/Brücker, Herbert. 2003.** *Auswirkungen und Ausnutzung von Übergangsfristen für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte nach EU-Erweiterung.* Wien: WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online im Internet: abgerufen am 29.10.2010.
URL: http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2003_FREIZUEGIGKEIT$.PDF

**Huber, Peter/Nowotny, Klaus. 2008.** *Moving Across Borders: Who is Willing to Migrate or to Commute?* Wien: WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online im Internet: abgerufen am 17.01.2011.
URL: http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=WP_2007_322$.PDF

**Kapek, Wolfgang. 2010.** *e|n|w|c Rechtsanwälte: Schwachstellen bei Arbeitsmarktöffnung 2011 für EU-8-Mitgliedstaaten.* Artikel vom 24.06.2010. Online im Internet: abgerufen am 13.10.2010.
URL: http://recht.extrajournal.net/2010/06/24/enwc-rechtsanwalte-schwachstellen-bei-arbeitsmarktoffnung-2011-fur-eu-8-mitgliedstaaten-9556/

**Kommission der europäischen Gemeinschaften. 2006.** *Bericht über die Anwendung der im Beitrittsvertrag 2003 festgelegten Übergangsregelungen (Zeitraum 1. Mai 2004 – 30. April 2006).* Brüssel: Kommission der europäischen Gemeinschaften. Online im Internet: abgerufen am 11.01.2011.
URL: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0048:FIN:DE:PDF

**Kramer, Helmut. 2004**. *Editorial: Zur Erweiterung der EU.* In: WIFO-Monatsberichte. 77. Jg. (2004), Nr. 4. Wien: WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. S. 227-229. Online im Internet: abgerufen am 29.10.2010.
URL: http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=MB_2004_04_01_EDITORIAL$.PDF

**Krugman, Paul R./Obstfeld, Maurice. 2009.** *Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft.* Original: International economics, theory and policy. München u.a.: Pearson Studium. 8. Auflage. S.216-228.

**Krumm, Ronald J./Tolley, George S. 1987.** *Regional economics.* In: Eatwell, John/Milgate, Murray/Newman, Peter. (Hrsg.) 1987. *The New Palgrave: A Dictionary of Economics. Volume 2: Q to Z.* London: The Macmillan Press Limited. S. 117-120

**Lachmayr, Norbert/Mayerl, Martin/Proinger, Judith/Schilder, Roswitha (Hrsg.). 2010.** *Arbeitsmarktöffnung 2011 – Mögliche Auswirkungen für die Grenzregion zur Slowakei.* Wien: öibf – Österreichisches Institut für Bildungsforschung. Online im Internet: abgerufen am 24.11.2011.
URL: http://www.oeibf.at/db/calimero/tools/proxy.php?id=14484

**Longhi, Simonetta/Nijkamp, Peter/Poot, Jacques. 2008.** *Meta-analysis of empirical evidence on the labour market impacts of immigration.* In: IZA Discussion Papers 3418. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH (IZA). Online im Internet: abgerufen am 11.01.2011.
URL: http://hdl.handle.net/10419/35195

**McCann, Philip. 2001.** *Urban and Regional Economics.* Oxford [u.a.]: Oxford University Press. Chapter 5: Regional and Inter-Regional Labour Market Analysis. S.175-207

**Nowotny, Klaus/Hierländer, Robert. 2009.** *FAMO – Fachkräftemonitoring. Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei. FAMO I: Migrations- und Pendelpotentiale in Wien und den slowakischen Grenzregionen zu Österreich.* Wien: WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online im Internet: abgerufen am 28.10.2010.
URL: http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2009_FACHKRAEFTEMONITORING_MIGRATIONSPOTENTIALE_37422$.PDF

**Nowotny, Klaus. 2010.** *Risk Aversion, Time Preference and Cross-border Commuting and Migration Intentions.* In: WIFO Working Papers, Nr. 379. Wien: WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online im Internet: abgerufen am 01.11.2010.
URL: http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=WP_2010_379$.PDF

**Nowotny, Klaus. 2011a.** *AFLA – Arbeitskräftemobilität und Fachkräftebedarf nach der Liberalisierung des österreichischen Arbeitsmarktes. Migrations- und Pendelpotentiale nach Ende der Übergangsfristen für die Arbeitskräftefreizügigkeit.* Wien: WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online im Internet: abgerufen am 06.05.2011.
URL: http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2011_AFLA_ARBEITSKRAEFTEMOBILITAET_41563$.PDF

**Nowotny, Klaus. 2011b.** *Kein Arbeitsmarktansturm nach Ende der Übergangsfristen zu erwarten.* Presseinformation vom 08.04.2011. Wien: WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online im Internet: abgerufen am 08.09.2011.
URL: http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=P_2011_04_11$.pdf

**Ottaviano, Gianmarco I.P./Peri, Giovanni. 2006.** *Rethinking the Effects of Immigration on Wages.* In: NBER Working Paper Series. Nr. 12497. Cambridge: National Bureau of Economic Research. Online im Internet: abgerufen am 10.06.2011.
URL: http://www.nber.org/papers/w12497.pdf

**Palme, Gerhard. 1995.** *Struktur und Entwicklung österreichischer Wirtschaftsregionen.* In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft. 137. Jg. (1995). Wien: Österreichische Geographische Gesellschaft. S.393-416.

**Republik Österreich. Parlamentsdirektion. 2011.** *EU – Glossar.* Online im Internet: abgerufen am 07.09.2011.
URL: http://www.parlament.gv.at/PERK/GL/EU/Alle.shtml

**Richter, Ulrike. 1994.** *Geographie der Arbeitslosigkeit in Österreich. Theoretische Grundlagen – Empirische Befunde.* Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung. Band 13. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

**Roberts, Laura (Red.). 2010.** *Gabler Wirtschaftslexikon. A - Be* . Wiesbaden: Gabler. 17. Auflage.

**Schulmeister, Stephan. 2009.** *Die neue Weltwirtschaftskrise – Ursachen, Folgen, Gegenstrategien.* In: Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien (Hrsg.): Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft. (2009), Nr. 106. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Online im Internet: abgerufen am 04.12.2011.
URL: http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/Grosskrise_AK_MuWG_106.pdf

**Siebert, Horst. 1993.** *Internationale Wanderungsbewegungen - Erklärungsansätze und Gestaltungsfragen.* In: Schweizerische Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik SGVS (Hrsg.): Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik. 129. Jg. (1993), Nr. 3. Bern: Peter Lang AG. S. 229-255. Online im Internet: abgerufen am 10.06.2011.
URL: http://www.sjes.ch/papers/1993-III-1.pdf

**Sjaastad, Larry A. 1962.** *The Costs and Returns of Human Migration.* In: The Journal of Political Economy. 70. Jg. (1962), Nr. 5. Teil 2: Investment in Human Beings (Oktober 1962). Chicago: University of Chicago Press. S. 80-93. Online im Internet: abgeurfen am 11.01.2011.
URL: http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/vwl/aussenhandel/internationalewirtschaftsbeziehungen/Hauptstudium/Migration/WiSe_08_09/VL4_Sjaastad_The_costs_and_returns.pdf

**Stankovsky, Jan. 2000.** *Institutionelle Rahmenbedingungen für die Osterweiterung der EU.* Wien: WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online im Internet: abgerufen am 01.11.2010.
URL: http://preparity.wsr.ac.at/public/veroeffentlichungen/at/tp1_1_stank_022000_lang.pdf

**Stark, Oded/Micevska, Maja/Mycielski, Jerzy. 2009.** *Relative poverty as a determinant of migration: evidence from Poland.* In: Economics Letters. 103. Jg (2009), Nr. 3. Amsterdam: Elsevier B.V. S. 119-122. Online im Internet: abgerufen am 11.01.2011.
URL: http://ostark.uni-klu.ac.at/publications/2009/Relative%20Poverty%20as%20a%20Determinant%20of%20Migration-Evidence%20from%20Poland%202.pdf

**Stark, Oded/Taylor, J. Edward. 1991.** *Migration Incentives, Migration Types: The Role of Relative Deprivation.* In: Royal Economic Society (Hrsg.): The Economic Journal. 101. Jg. (1991), Nr. 408. S. 1163-1178. Online im Internet: abgerufen am 11.01.2011.
URL: http://rmru.birzeit.edu/resources/133/Migration_Incentives__Migration_Types_The_Role_of_Relative_Deprivation.pdf

**Statistik Austria. 2011a.** *Arbeitsmarktbezirke Österreichs, Gebietsstand 1.1.2011.* Online im Internet: abgerufen am 21.01.2011.
URL: http://www.statistik.at/web_de/static/arbeitsmarktbereiche_oesterreichs_gebietsstand_1.1.2011_027517.pdf

**Statistik Austria. 2011b.** *Ausgewählte demographische Indikatoren des Jahres 2010 für die Bundesländer.* Online im Internet: abgerufen am 26.10.2011.
URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_masszahlen/demographische_indikatoren/023578.html

**Statistik Austria. 2011c.** *Erwerbstätige.* Online im Internet: abgerufen am 04.08.2011.
URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbstaetige/index.html

**Statistik Austria. 2011d.** *Kaufkraftparitäten (KKP).* Online im Internet: abgerufen am 09.03.2011.
URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/preise/preisniveaus_kaufkraftparitaeten/kaufkraftparitaeten/index.html

**Statistik Austria. 2011e.** *NUTS-Einheiten.* Online im Internet: abgerufen am 14.11.2011.
URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/preise/verbraucherpreisindex_vpi_hvpi/index.html

**Statistik Austria. 2011f.** *Verbraucherpreisindex.* Online im Internet: abgerufen am 21.01.2011.
URL: http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/nuts_einheiten/index.html

**Steinhardt, Max/Hönekopp, Elmar/Bräuninger, Michael/Radu, Dragos/Straubhaar, Thomas. 2005.** *Effekte der Migrationssteuerung bei Erwerbstätigen durch das Zuwanderungsgesetz.* Expertise im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Hamburg: Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (Hrsg.). Online im Internet: angerufen am 10.06.2011.
URL: http://doku.iab.de/externe/2006/k061026f10.pdf

**Straubhaar, Thomas. 2000.** *Internationale Migration. Gehen oder Bleiben: Wieso gehen so wenige und bleiben die meisten.* In: HWWA Discussion Paper 111. Hamburg: Hamburg Institute of International Economics. Online im Internet: abgerufen am 11.01.2011.
URL: https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/19440/1/111.pdf

**Straubhaar, Thomas. 2002.** *Migration im 21. Jahrhundert: von der Bedrohung zur Rettung sozialer Marktwirtschaften?* In: Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik: 167. Tübingen: Mohr Siebeck.

**Todaro, Michael P./Maruszko, Lydia. 1987.** *International migration.* In: Eatwell, John/Milgate, Murray/Newman, Peter. (Hrsg.) 1987. *The New Palgrave: A Dictionary of Economics. Volume 2: E to J.* London: The Macmillan Press Limited. S. 912-917

**Zimmermann, Klaus F. 1998**. *Immigration und Arbeitsmarkt: Eine ökonomische Perspektive.* In: IZA Discussion Papers 7. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH (IZA). Online im Internet: abgerufen am 30.06.2011.
URL: http://hdl.handle.net/10419/20853

## Anlagen

A.1 Untersuchungsregion nach politischen Bezirken, NUTS 3 - Regionen und Arbeitsmarktbezirken
A.2 Zuordnung der NUTS 3-Regionen zu den wirtschaftlichen Regionstypen nach der Bezirkszuordnung von Palme (1995)
A.3 Berechnete Migrations- und Pendlerpotentiale in die österreichische Grenzregion

## A.1 Untersuchungsregion nach politischen Bezirken, NUTS 3 - Regionen und Arbeitsmarktbezirken

| politischer Bezirk | | NUTS 3 - Region | | Arbeitsmarktbezirk | |
|---|---|---|---|---|---|
| **Code** | **Name** | **Code** | **Name** | **Code** | **Name** |
| 108 | Oberpullendorf | AT111 | Mittelburgenland | 104 | Oberpullendorf |
| 102 | Rust(Stadt) | AT112 | Nordburgenland | 101 | Eisenstadt |
| 101 | Eisenstadt(Stadt) | AT112 | Nordburgenland | 102 | Mattersburg |
| 103 | Eisenstadt-Umgebung | AT112 | Nordburgenland | 103 | Neusiedl / See |
| 106 | Mattersburg | AT112 | Nordburgenland | 306 | Bruck /Leitha (Süd)* |
| 107 | Neusiedl am See | AT112 | Nordburgenland | | |
| 109 | Oberwart | AT113 | Südburgenland | 105 | Oberwart |
| 105 | Jennersdorf | AT113 | Südburgenland | 106 | Stegersbach |
| 104 | Güssing | AT113 | Südburgenland | 107 | Jennersdorf |
| 306 | Baden (Süd)* | AT122 | Niederösterreich-Süd | 305 | Berndorf - St. Veit |
| 304 | Wiener Neustadt(Stadt) | AT122 | Niederösterreich-Süd | 316 | Lilienfeld |
| 318 | Neunkirchen | AT122 | Niederösterreich-Süd | 323 | Neunkirchen |
| 314 | Lilienfeld | AT122 | Niederösterreich-Süd | 334 | Wr. Neustadt |
| 323 | Wiener Neustadt(Land) | AT122 | Niederösterreich-Süd | | |
| 302 | Sankt Pölten(Stadt) | AT123 | Sankt Pölten | 326 | St. Pölten |
| 319 | Sankt Pölten(Land) | AT123 | Sankt Pölten | | |
| 301 | Krems an der Donau(Stadt) | AT124 | Waldviertel | 311 | Gmünd |
| 311 | Horn | AT124 | Waldviertel | 313 | Horn |
| 322 | Waidhofen an der Thaya | AT124 | Waldviertel | 315 | Krems / Donau |
| 309 | Gmünd | AT124 | Waldviertel | 332 | Waidhofen / Thaya |
| 313 | Krems(Land) | AT124 | Waldviertel | 335 | Zwettl |
| 325 | Zwettl | AT124 | Waldviertel | | |
| 316 | Mistelbach (Nord)* | AT125 | Weinviertel | 308 | Gänserndorf (Nord)* |
| 308 | Gänserndorf (Nord)* | AT125 | Weinviertel | 312 | Hollabrunn |
| 310 | Hollabrunn | AT125 | Weinviertel | 319 | Mistelbach (Nord)* |
| 321 | Tulln | AT126 | Wiener Umland-Nordteil | 308 | Gänserndorf (Süd)* |
| 312 | Korneuburg | AT126 | Wiener Umland-Nordteil | 314 | Korneuburg |
| 316 | Mistelbach (Süd)* | AT126 | Wiener Umland-Nordteil | 319 | Mistelbach (Süd)* |
| 308 | Gänserndorf (Süd)* | AT126 | Wiener Umland-Nordteil | 331 | Tulln / Donau |
| 324 | Wien-Umgebung (Nord)* | AT126 | Wiener Umland-Nordteil | | |
| 317 | Mödling | AT127 | Wiener Umland-Südteil | 303 | Baden |
| 324 | Wien-Umgebung (Süd)* | AT127 | Wiener Umland-Südteil | 306 | Bruck / Leitha (Nord)* |
| 306 | Baden (Nord)* | AT127 | Wiener Umland-Südteil | 321 | Mödling |
| 307 | Bruck an der Leitha | AT127 | Wiener Umland-Südteil | 329 | Schwechat |
| 900 | Wien(Stadt) | AT130 | Wien | 960 | Esteplatz |
| | | AT130 | Wien | 961 | Dresdner Straße |
| | | AT130 | Wien | 962 | Redergasse |

| politischer Bezirk | | NUTS 3 - Region | | Arbeitsmarktbezirk | |
|---|---|---|---|---|---|
| **Code** | **Name** | **Code** | **Name** | **Code** | **Name** |
| | | AT130 | Wien | 963 | Währigner Gürtel |
| | | AT130 | Wien | 964 | Geiselbergstraße |
| | | AT130 | Wien | 965 | Schönbrunner Straße |
| | | AT130 | Wien | 966 | Hietzinger Kai |
| | | AT130 | Wien | 967 | Huttengasse |
| | | AT130 | Wien | 968 | Schloßhoferstraße |
| | | AT130 | Wien | 969 | Prandaugasse |
| 202 | Villach(Stadt) | AT211 | Klagenfurt-Villach | 203 | Klagenfurt |
| 201 | Klagenfurt(Stadt) | AT211 | Klagenfurt-Villach | 206 | Villach |
| 204 | Klagenfurt Land | AT211 | Klagenfurt-Villach | | |
| 207 | Villach Land | AT211 | Klagenfurt-Villach | | |
| 210 | Feldkirchen | AT212 | Oberkärnten | 201 | Feldkirchen |
| 203 | Hermagor | AT212 | Oberkärnten | 202 | Hermagor |
| 206 | Spittal an der Drau | AT212 | Oberkärnten | 204 | Spittal / Drau |
| 209 | Wolfsberg | AT213 | Unterkärnten | 205 | St. Veit / Glan |
| 205 | Sankt Veit an der Glan | AT213 | Unterkärnten | 207 | Völkermarkt |
| 208 | Völkermarkt | AT213 | Unterkärnten | 208 | Wolfsberg |
| 601 | Graz(Stadt) | AT221 | Graz | 607 | Graz |
| 606 | Graz-Umgebung | AT221 | Graz | | |
| 617 | Weiz | AT224 | Oststeiermark | 604 | Feldbach |
| 615 | Radkersburg | AT224 | Oststeiermark | 605 | Fürstenfeld |
| 607 | Hartberg | AT224 | Oststeiermark | 606 | Gleisdorf |
| 605 | Fürstenfeld | AT224 | Oststeiermark | 609 | Hartberg |
| | | AT224 | Oststeiermark | 615 | Mureck |
| 604 | Feldbach | AT224 | Oststeiermark | 623 | Weiz |
| 610 | Leibnitz | AT225 | West- und Südsteiermark | 603 | Deutschlandsberg |
| 616 | Voitsberg | AT225 | West- und Südsteiermark | 614 | Leibnitz |
| 603 | Deutschlandsberg | AT225 | West- und Südsteiermark | 622 | Voitsberg |
| 405 | Eferding | AT312 | Linz-Wels | 402 | Eferding |
| 416 | Urfahr-Umgebung (Süd)* | AT312 | Linz-Wels | 409 | Linz (Süd)* |
| 401 | Linz(Stadt) | AT312 | Linz-Wels | 419 | Wels |
| 410 | Linz-Land | AT312 | Linz-Wels | 421 | Traun |
| 418 | Wels-Land | AT312 | Linz-Wels | | |
| 413 | Rohrbach | AT313 | Mühlviertel | 403 | Freistadt |
| 411 | Perg | AT313 | Mühlviertel | 409 | Linz (Nord)* |
| 416 | Urfahr-Umgebung (Nord)* | AT313 | Mühlviertel | 411 | Perg |
| 406 | Freistadt | AT313 | Mühlviertel | 413 | Rohrbach in Oberösterreich |

## A.2 Zuordnung der NUTS 3-Regionen zu den wirtschaftlichen Regionstypen nach der Bezirkszuordnung von Palme (1995)

| Code | Name | Wirtschaftlicher Regionstyp | Farbcode |
|---|---|---|---|
| AT111 | Mittelburgenland | kapitalextensiv, ländlich | |
| AT112 | Nordburgenland | kapitalextensiv, ländlich | |
| AT113 | Südburgenland | kapitalextensiv, ländlich | |
| AT122 | Niederösterreich-Süd | sachkapitalintensiv | |
| AT123 | Sankt Pölten | humankapitalintensiv | |
| AT124 | Waldviertel | kapitalextensiv, ländlich | |
| AT125 | Weinviertel | kapitalextensiv, ländlich | |
| AT126 | Wiener Umland-Nordteil | humankapitalintensiv | |
| AT127 | Wiener Umland-Südteil | humankapitalintensiv | |
| AT130 | Wien | humankapitalintensiv | |
| AT211 | Klagenfurt-Villach | humankapitalintensiv | |
| AT212 | Oberkärnten | sachkapitalintensiv | |
| AT213 | Unterkärnten | kapitalextensiv, ländlich | |
| AT221 | Graz | humankapitalintensiv | |
| AT224 | Oststeiermark | kapitalextensiv, ländlich | |
| AT225 | West- und Südsteiermark | kapitalextensiv, ländlich | |
| AT312 | Linz-Wels | sachkapitalintensiv | |
| AT313 | Mühlviertel | kapitalextensiv, ländlich | |

## A.3 Berechnete Migrations- und Pendlerpotentiale in die österreichische Grenzregion

| Migrationspotential (Huber/Brücker, 2003: 100; eigene Interpolation) | | Metropole (Wien) | Großstädte | Umland | Mittelstädte | Intensive Industrieregionen | Intensive Tourismusregionen | Extensive Industrieregionen | Touristische Randgebiete | Industrialisierte Randgebiete |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 47,0% | 5,4% | 15,3% | 4,0% | 7,0% | 2,3% | 7,3% | 2,8% | 8,8% |
| **2011** | 21.857 | 10.273 | 1.180 | 3.344 | 874 | 1.530 | 503 | 1.596 | 612 | 1.923 |
| **2012** | 21.863 | 10.276 | 1.181 | 3.345 | 875 | 1.530 | 503 | 1.596 | 612 | 1.924 |
| **2013** | 21.466 | 10.089 | 1.159 | 3.284 | 859 | 1.503 | 494 | 1.567 | 601 | 1.889 |
| **2014** | 20.276 | 9.530 | 1.095 | 3.102 | 811 | 1.419 | 466 | 1.480 | 568 | 1.784 |
| **2015** | 18.546 | 8.717 | 1.001 | 2.838 | 742 | 1.298 | 427 | 1.354 | 519 | 1.632 |
| **2016** | 15.972 | 7.507 | 862 | 2.444 | 639 | 1.118 | 367 | 1.166 | 447 | 1.406 |
| **2017** | 13.755 | 6.465 | 743 | 2.104 | 550 | 963 | 316 | 1.004 | 385 | 1.210 |
| **2018** | 11.845 | 5.567 | 640 | 1.812 | 474 | 829 | 272 | 865 | 332 | 1.042 |
| **2019** | 10.201 | 4.794 | 551 | 1.561 | 408 | 714 | 235 | 745 | 286 | 898 |
| **2020** | 8.785 | 4.129 | 474 | 1.344 | 351 | 615 | 202 | 641 | 246 | 773 |
| **2021** | 7.155 | 3.363 | 386 | 1.095 | 286 | 501 | 165 | 522 | 200 | 630 |
| **2022** | 5.828 | 2.739 | 315 | 892 | 233 | 408 | 134 | 425 | 163 | 513 |
| **2023** | 4.747 | 2.231 | 256 | 726 | 190 | 332 | 109 | 347 | 133 | 418 |
| **2024** | 3.866 | 1.817 | 209 | 592 | 155 | 271 | 89 | 282 | 108 | 340 |
| **2025** | 3.149 | 1.480 | 170 | 482 | 126 | 220 | 72 | 230 | 88 | 277 |
| **2026** | 2.512 | 1.181 | 136 | 384 | 100 | 176 | 58 | 183 | 70 | 221 |
| **2027** | 2.004 | 942 | 108 | 307 | 80 | 140 | 46 | 146 | 56 | 176 |
| **2028** | 1.599 | 752 | 86 | 245 | 64 | 112 | 37 | 117 | 45 | 141 |
| **2029** | 1.276 | 600 | 69 | 195 | 51 | 89 | 29 | 93 | 36 | 112 |
| **2030** | 1.018 | 478 | 55 | 156 | 41 | 71 | 23 | 74 | 29 | 90 |
| | | **92.929** | **10.677** | **30.251** | **7.909** | **13.840** | **4.548** | **14.434** | **5.536** | **17.399** |

| | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Jährl. Pendlerpotential (Huber/Brücker, 2003: 61-64; eigene Berechnung)** | 72.773 | 27.399 | 13.445 | 13.372 | 7.289 | 1.015 | - | 3.110 | 1.253 |

| zusätzliche Arbeitskräfte (kumuliert aus den ersten beiden Tabellen) | | Metropole (Wien) | Großstädte | Umland | Mittelstädte | Intensive Industrieregionen | Intensive Tourismusregionen | Extensive Industrieregionen | Touristische Randgebiete | Industrialisierte Randgebiete |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 47,0% | 5,4% | 15,3% | 4,0% | 7,0% | 2,3% | 7,3% | 2,8% | 8,8% |
| **2011** | 94.609 | 37.672 | 14.625 | 16.716 | 8.163 | 2.545 | 503 | 4.706 | 1.865 | 7.814 |
| **2012** | 116.450 | 47.947 | 15.806 | 20.061 | 9.038 | 4.075 | 1.006 | 6.302 | 2.477 | 9.738 |
| **2013** | 137.895 | 58.036 | 16.965 | 23.345 | 9.896 | 5.578 | 1.499 | 7.869 | 3.078 | 11.627 |
| **2014** | 158.151 | 67.566 | 18.060 | 26.448 | 10.707 | 6.997 | 1.966 | 9.349 | 3.646 | 13.412 |
| **2015** | 176.678 | 76.283 | 19.061 | 29.285 | 11.449 | 8.296 | 2.392 | 10.703 | 4.165 | 15.044 |
| **2016** | 192.634 | 83.789 | 19.924 | 31.729 | 12.088 | 9.414 | 2.760 | 11.869 | 4.612 | 16.449 |
| **2017** | 206.374 | 90.254 | 20.667 | 33.833 | 12.638 | 10.376 | 3.076 | 12.873 | 4.998 | 17.660 |
| **2018** | 218.208 | 95.821 | 21.306 | 35.646 | 13.112 | 11.206 | 3.348 | 13.737 | 5.329 | 18.702 |
| **2019** | 228.399 | 100.616 | 21.857 | 37.206 | 13.520 | 11.920 | 3.583 | 14.482 | 5.615 | 19.600 |
| **2020** | 237.175 | 104.745 | 22.332 | 38.551 | 13.872 | 12.535 | 3.785 | 15.123 | 5.861 | 20.373 |
| **2021** | 244.323 | 108.108 | 22.718 | 39.645 | 14.158 | 13.035 | 3.950 | 15.646 | 6.061 | 21.002 |
| **2022** | 250.145 | 110.847 | 23.033 | 40.537 | 14.391 | 13.443 | 4.084 | 16.071 | 6.224 | 21.515 |
| **2023** | 254.887 | 113.078 | 23.289 | 41.263 | 14.581 | 13.776 | 4.193 | 16.418 | 6.357 | 21.933 |
| **2024** | 258.750 | 114.895 | 23.498 | 41.855 | 14.735 | 14.046 | 4.282 | 16.700 | 6.466 | 22.273 |
| **2025** | 261.895 | 116.375 | 23.668 | 42.337 | 14.861 | 14.267 | 4.354 | 16.930 | 6.554 | 22.550 |
| **2026** | 264.405 | 117.556 | 23.803 | 42.721 | 14.962 | 14.443 | 4.412 | 17.113 | 6.624 | 22.771 |
| **2027** | 266.408 | 118.498 | 23.912 | 43.028 | 15.042 | 14.583 | 4.458 | 17.259 | 6.680 | 22.948 |
| **2028** | 268.005 | 119.250 | 23.998 | 43.272 | 15.106 | 14.695 | 4.495 | 17.376 | 6.725 | 23.089 |
| **2029** | 269.280 | 119.849 | 24.067 | 43.468 | 15.157 | 14.784 | 4.524 | 17.469 | 6.761 | 23.201 |
| **2030** | 270.297 | 120.328 | 24.122 | 43.623 | 15.198 | 14.855 | 4.548 | 17.544 | 6.789 | 23.290 |